

ISSN 2315-2036

eurostat
Statistische Bücher

Schlüsseldaten über Europa

Ausgabe 2015



eurostat 

Schlüsseldaten über Europa
Ausgabe 2015

Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden.

**Gebührenfreie Telefonnummer (*):
00 800 6 7 8 9 10 11**

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind über Internet verfügbar (<http://europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

ISBN 978-92-79-50792-2

ISSN 2315-2036

doi: 10.2785/809387

Katalognummer: KS-EI-15-001-DE-N

Thema: Allgemeine und Regionalstatistiken

Reihe: Statistische Bücher

© Europäische Union, 2015

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet, Fotos ausgenommen, sofern die Quelle angegeben wird.

Copyright für Fotos: © Fotolia, 2015

Für die Vervielfältigung oder sonstige Verwendung dieser Fotos muss die Genehmigung des Rechteinhabers eingeholt werden.

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF ELEMENTAR CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER (ECF)



Vorwort

Unser statistisches Buch *Schlüsseldaten über Europa* bietet Ihnen eine Auswahl der wichtigsten und interessantesten Statistiken über Europa. Auf Grundlage der großen Menge an Daten, über die Eurostat verfügt, möchten wir Aufschluss über die europäische Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt geben: zum Beispiel wie sich die Bevölkerung der Europäischen Union verändert, wie sich die Lebensbedingungen zwischen den EU Mitgliedstaaten unterscheiden oder über die Wirtschaftsleistung im Vergleich zu anderen großen Ländern, wie etwa Brasilien, China, Japan oder den Vereinigten Staaten. Ich hoffe, dass diese Informationen sowohl für Ihre berufliche Tätigkeit als auch für Ihren Alltag von Interesse sind.



Der Inhalt dieser Veröffentlichung ist in weitaus umfassenderer Form als jährlich aktualisierte Online-Veröffentlichung *Europa in Zahlen — Eurostat-Jahrbuch* verfügbar. Die aktuellsten und vollständigen Fassungen der Daten können Sie von der [Eurostat-Webseite](#) herunterladen.

Eurostat ist das statistische Amt der Europäischen Union. Wir erstellen in Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Behörden, die dem Europäischen Statistischen System angehören, amtliche Statistiken, die den höchsten Qualitätsstandards genügen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Walter Radermacher
Generaldirektor, Eurostat
Chefstatistiker der Europäischen Union



Zusammenfassung

Schlüsseldaten über Europa enthält eine Auswahl statistischer Daten über Europa. Die meisten Daten beziehen sich auf die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Einige Indikatoren werden auch für andere Länder, wie die EFTA-Mitgliedstaaten, die EU Beitrittskandidaten, Japan oder die Vereinigten Staaten bereitgestellt. Dieses statistische Buch enthält einen Teil der interessantesten Informationen aus der kontinuierlich aktualisierten Online-Veröffentlichung *Europa in Zahlen — Eurostat-Jahrbuch* (verfügbar unter <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained>). Es kann als Einführung in die europäische Statistik betrachtet werden und bietet einen Ausgangspunkt für jene Leser, welche das kostenlos verfügbare Datenangebot auf der Eurostat-Webseite unter <http://ec.europa.eu/eurostat> erkunden möchten

Redaktion

Veröffentlichungsabteilung: Catherine Coyette, Isabelle Fiasse, Annika Johansson, Helene Strandell, Pascal Wolff
Eurostat, Referat B4 — Verbreitung und Veröffentlichungen

Kontaktadresse

Eurostat
Gebäude Joseph Bech
5, rue Alphonse Weicker
L-2721 Luxembourg
LUXEMBOURG
E-mail: estat-user-support@ec.europa.eu

Produktion

Diese Veröffentlichung wurde von William Helminger, Alain Mahieu, Carla Martins und Bruno Scuvée — CRI (Luxembourg) S.A. — erstellt

Weitere Informationen finden Sie:

auf der Eurostat Webseite: <http://ec.europa.eu/eurostat>
auf Statistics Explained: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Main_Page/de

Danksagung

Die Redaktion dieses statistischen Buchs bedankt sich bei all den Eurostat Kollegen, welche bei der Erstellung dieses Buches geholfen haben.



Inhalt

Vorwort	3
Zusammenfassung	4
Inhalt	5
Einleitung	9
1. Bevölkerung	17
1.1 Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsalterung	18
1.2 Bevölkerung und Bevölkerungsveränderung	20
1.3 Eheschließungen und Scheidungen	22
1.4 Fruchtbarkeit	24
1.5 Sterblichkeit und Lebenserwartung	27
1.6 Wanderungsströme und Migrantenbevölkerung	29
1.7 Asyl	31
2. Lebensbedingungen	35
2.1 Soziale Eingliederung	36
2.2 Einkommensverteilung	38
2.3 Wohnen	41
2.4 Sozialschutz	42
2.5 Kriminalität	44
3. Gesundheit	47
3.1 Gesunde Lebensjahre	48
3.2 Todesursachen	51
3.3 Gesundheitsversorgung	53
3.4 Gesundheitsausgaben	55
3.5 Arbeitsunfälle	57



4. Bildung und Weiterbildung	61
4.1 Schülerzahlen und frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	63
4.2 Fremdsprachenerwerb	66
4.3 Bildungsausgaben	69
4.4 Tertiäre Bildung	71
4.5 Lebenslanges Lernen	73
5. Arbeitsmarkt	75
5.1 Beschäftigung	76
5.2 Arbeitslosigkeit und mehr	79
5.3 Löhne und Arbeitskosten	81
5.4 Mindestlöhne	83
5.5 Offenen Stellen	84
6. Wirtschaft und Finanzen	87
6.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und BIP	88
6.2 Sektorkonten	91
6.3 Öffentliche Finanzen	93
6.4 Wechselkurse und Zinssätze	95
6.5 Verbraucherpreisindizes — Inflation und vergleichende Preisniveaus	98
6.6 Zahlungsbilanzstatistik	100
6.7 Ausländische Direktinvestitionen	102
7. Außenhandel	105
7.1 Internationaler Warenverkehr	106
7.2 Internationaler Dienstleistungsverkehr	109



8. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	113
8.1 Landwirtschaftliche Erzeugung, Preisindizes und Einkommen	115
8.2 Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe	117
8.3 Landwirtschaftliche Erzeugnisse	119
8.4 Forstwirtschaft	121
8.5 Fischerei	123
9. Industrie, Handel und Dienstleistungen	127
9.1 Strukturelle Unternehmensstatistik	129
9.2 Industrieproduktion	131
9.3 Industrie und Baugewerbe — konjunkturelle Entwicklung	134
9.4 Dienstleistungen — konjunkturelle Entwicklung	136
9.5 Tourismus	138
10. Innovation und Informationsgesellschaft	141
10.1 FuE-Ausgaben	143
10.2 FuE-Personal	145
10.3 Innovation	147
10.4 Patente	149
10.5 Informationsgesellschaft — Haushalte und Einzelpersonen	152
10.6 Informationsgesellschaft — Unternehmen	154



11. Umwelt	157
11.1 Bodenbedeckung, Bodennutzung und Landschaft	159
11.2 Treibhausgasemissionen nach Industrien und für Haushalte	161
11.3 Kohlendioxidemissionen durch die letzte Verwendung von Gütern	164
11.4 Materialflussrechnung und Ressourcenproduktivität	166
11.5 Abfall	167
11.6 Wasser	170
11.7 Umweltwirtschaft — Wachstum und Beschäftigung	172
11.8 Umweltschutzausgaben	173
11.9 Umweltsteuern	175
12. Energie	179
12.1 Energieerzeugung und -einführen	180
12.2 Energieverbrauch	182
12.3 Stromerzeugung, Stromverbrauch und Marktüberblick	185
12.4 Erneuerbare Energien	187
12.5 Energiepreise	189
13. Verkehr	193
13.1 Personenverkehr	194
13.2 Güterverkehr	197
Anhänge	201

Einleitung



Das statistische Buch von Eurostat

Schlüsseldaten über Europa enthält einen Teil der interessantesten Informationen aus der kontinuierlich aktualisierten Online-Veröffentlichung *Europa in Zahlen — Eurostat-Jahrbuch* (verfügbar unter http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Europe_in_figures_-_Eurostat_yearbook/de).

Diese Veröffentlichung vermittelt den Nutzern amtlicher Statistiken einen Überblick über die umfangreichen Informationen, die auf der Webseite von Eurostat und in den Online-Datenbanken zur Verfügung stehen. *Schlüsseldaten über Europa* soll einen ausgewogenen Satz von Indikatoren mit einem breiten Informationsquerschnitt bereitstellen.

Struktur der Veröffentlichung

Schlüsseldaten über Europa ist in eine Einleitung und 13 Hauptkapitel gegliedert.

Die Einleitung enthält Informationen über:

- die Datenextraktion und den Datenumfang in der Veröffentlichung;
- Eurostat — das statistische Amt der Europäischen Union (EU) — und das Europäische Statistische System (ESS);
- den Zugang zu europäischen Statistiken;
- die Zusammenhänge zwischen Statistiken und der EU Politik und wichtigen Initiativen mit hoher Priorität.

In den Hauptkapiteln dieser Veröffentlichung werden folgende Themengebiete behandelt: Bevölkerung; Lebensbedingungen und soziale Sicherheit; Gesundheit; Bildung und Weiterbildung; Arbeitsmarkt; Wirt-

schaft und Finanzen; Außenhandel; Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei; Industrie, Handel und Dienstleistungen; Innovation und Informationsgesellschaft; Umwelt; Energie sowie Verkehr.

Die Hauptkapitel enthalten Daten und/oder Hintergrundinformationen zu einer breiten Palette von Eurostat-Daten. Auf der Webseite von Eurostat finden Sie noch deutlich mehr Informationen, darunter themenspezifische Veröffentlichungen und Online-Datenbanken.

Datenextraktion und Datenerfassung

Datenextraktion

Dieses statistische Buch enthält statistische Daten, die in der kontinuierlich aktualisierten Online-Veröffentlichung *Europa in Zahlen — Eurostat-Jahrbuch* analysiert wurden. Der Begleittext wurde im August 2015 verfasst.

Räumliche Datenerfassung

In *Schlüsseldaten über Europa* werden in der Regel die Daten für die EU-28 (die 28 Mitgliedstaaten der EU), den Euroraum (normalerweise auf Basis von 19 Mitgliedern) sowie die einzelnen Mitgliedstaaten angegeben. Liegen für die EU-28 keine Zahlen vor, werden die Ergebnisse für die EU-27 (die 27 EU-Mitgliedstaaten vor dem Beitritt Kroatiens im Juli 2013) präsentiert. Das Aggregat für den Euroraum basiert auf den Daten für 18 Mitglieder (vor der Einführung des Euro durch Litauen im Januar 2015), wenn keine Daten für den Euroraum mit 19 Mitgliedern vorliegen. Die Nennung



der Mitgliedstaaten in diesem Buch erfolgt normalerweise in protokollarischer Reihenfolge, d.h. in der alphabetischen Reihenfolge der Ländernamen in der jeweiligen Landessprache. In einigen Abbildungen richtet sich die Reihenfolge der Daten nach dem Wert des jeweiligen Indikators.

Die Aggregate für die EU-28 und den Euroraum werden nur dargestellt, wenn für alle Länder Angaben vorliegen oder für die fehlenden Angaben eine Schätzung vorgenommen wurde. Auf unvollständige Gesamtwerte wird grundsätzlich in einer Fußnote hingewiesen. Bei Zeitreihen für geografische Aggregate werden, sofern nicht anders angegeben, für den gesamten dargestellten Zeitraum dieselben Länder zugrunde gelegt. Mit anderen Worten: Die Zeitreihe für die EU-28 basiert auf der Summe oder dem Durchschnitt aller 28 Mitgliedstaaten für die gesamte dargestellte Zeitreihe, als ob alle 28 Mitgliedstaaten zu früheren Zeitpunkten schon Teil der EU waren.

Wenn vorhanden werden auch Informationen für die EFTA- und Kandidatenländer,

d.h. Albanien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien⁽¹⁾, Montenegro Serbien und die Türkei, sowie für Japan und die Vereinigten Staaten veröffentlicht. Liegen für eines dieser Länder keine Daten vor, wurde dieses in den Tabellen und Abbildungen nicht berücksichtigt. In den Tabellen werden jedoch immer sämtliche 28 Mitgliedstaaten aufgeführt, während in Abbildungen durch Fußnoten auf fehlende Angaben für bestimmte Mitgliedstaaten hingewiesen wird.

Zeitlicher Umfang

Liegen für ein Referenzjahr für ein Land keine Daten vor, wurde versucht, Tabellen und Abbildungen mit den Angaben aus vorangegangenen Referenzjahren zu ergänzen (diese Ausnahmen sind durch Fußnoten kenntlich gemacht). Für gewöhnlich wurde versucht mindestens zwei Referenzjahre zurückzugehen, zum Beispiel werden für die Länder (oder geografischen Aggregate), für die noch keine 2014 Daten verfügbar sind, Daten für 2012 oder 2013 verwendet.

Eurostat und das Europäische Statistische System

Eurostat ist das statistische Amt der **Europäischen Union (EU)** mit Sitz in Luxemburg. Es hat die Aufgabe, der EU europäische Statistiken zu bereitzustellen, die Vergleiche zwischen Ländern und Regionen ermöglichen. Eurostat hat den Auftrag, „*führender Anbieter hochwertige Statistiken über Europa zu sein*“. Im Jahr 2015 gibt es bei Eurostat rund 860 Stellen. Davon sind 75 % von Be-

amten besetzt, 6 % von durch die EU-Mitgliedstaaten abgeordneten Sachverständigen und 19 % von anderem Personal. Die bereitgestellten operativen Mittel für Eurostat beliefen sich 2014 auf 53,4 Mio. EUR. Der Haushalt wurde für die Durchführung des Europäischen Statistischen Programms (ESP) verwendet.

(1) Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wird in Tabellen und Abbildungen als EJR Mazedonien bezeichnet; dies greift der endgültigen Benennung des Landes nicht vor, die nach Abschluss der laufenden Verhandlungen innerhalb der Vereinten Nationen festgelegt wird.

Das Europäische Statistische System (ESS)

Das ESS ist eine Partnerschaft der statistischen Stellen der EU, d.h. der Europäischen Kommission (Eurostat), der nationalen statistischen Ämter (NSÄ) und anderer nationalen Stellen, die in den EU-Mitgliedstaaten für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken zuständig sind. Diese Partnerschaft umfasst auch die EFTA-Länder.

Das ESS arbeitet als Netzwerk, in dem Eurostat in enger Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Stellen bei der Harmonisierung der Statistiken federführend ist. Die Arbeiten des ESS werden auch mit den **Kandidatenländern** sowie auf europäischer Ebene mit anderen Dienststellen der Europäischen Kommission, mit Agenturen und der **Europäischen Zentralbank (EZB)** sowie mit internationalen Organisationen, wie der **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)**, den **Vereinten Nationen (UN)**, dem **Internationalen Währungsfonds (IWF)** und der **Weltbank** abgestimmt.

Rechtsrahmen von europäischen Statistiken

Mit der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 wurde ein rechtlicher Rahmen für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken geschaffen. Laut der Verordnung werden europäische Statistiken nach den in Artikel 338 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegten und im Verhaltenskodex für europäische

Statistiken weiter ausgearbeiteten statistischen Grundsätzen entwickelt. Im Vertrag heißt es: „Die Erstellung der Unionsstatistiken erfolgt unter Wahrung der Unparteilichkeit, der Zuverlässigkeit, der Objektivität, der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, der Kostenwirksamkeit und der statistischen Geheimhaltung; der Wirtschaft dürfen dadurch keine übermäßigen Belastungen entstehen.“

Ziele und Instrumente

Um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Verordnung zu begegnen will Eurostat:

- andere europäische Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten mit den Informationen versorgen, die sie zur Konzipierung, Durchführung, Überwachung und Bewertung der europäischen Politik benötigen;
- Statistiken für die europäische Öffentlichkeit und Unternehmen sowie für alle wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsträger verbreiten;
- eine Reihe von Standards, Methoden und Organisationsstrukturen umsetzen, die im Einklang mit den Grundsätzen des Verhaltenskodex für europäische Statistiken die Erstellung vergleichbarer, verlässlicher und relevanter Statistiken in der gesamten EU ermöglichen;
- die Funktionsweise des Europäischen Statistischen Systems verbessern, die Mitgliedstaaten unterstützen und bei der Entwicklung statistischer Systeme auf internationaler Ebene behilflich sein.



Zugang zu europäischen Statistiken

Den einfachsten Zugang zu der Fülle statistischer Informationen von Eurostat bietet die Website (<http://ec.europa.eu/eurostat>). Eurostat bietet den Nutzern über das Internet freien Zugriff auf die Datenbanken und die gesamten Veröffentlichungen im PDF-Format. Die Webseite wird täglich aktualisiert und bietet Zugang zu den neuesten und umfassendsten statistischen Informationen über die EU, ihre Mitgliedstaaten, die EFTA-Länder sowie die Beitritts- und Kandidatenländer.

Eurostat-Datenkodes — einfacher Online-Zugang zu den aktuellsten Daten

Online-Datenkodes von Eurostat, z.B. tps00001 und nama_gdp_c (?) ermöglichen den einfachen Zugriff auf die aktuellsten Daten auf der Eurostat-Webseite. Diese Codes werden als Teil der Quellenangabe unter den einzelnen Tabellen, Abbildungen oder Karten aufgeführt. In der PDF-Fassung dieser Veröffentlichung gelangt der Leser direkt zu den aktuellsten Daten, wenn er auf die in jeden Online-Datenkode integrierten Hyperlinks klickt. Die Leser der Papierfassung können direkt auf die aktuellsten Daten zugreifen, indem sie den standardisierten Hyperlink in einen Web-Browser eingeben — http://ec.europa.eu/eurostat/product?code=<data_code>&mode=view — wobei <data_code> durch den unter der entsprechenden Tabelle oder Abbildung angegebenen Online-Datenkode zu ersetzen ist. Diese Online-Datenkodes führen entwe-

der zu einer zwei- oder dreidimensionalen Tabelle in der TGM-Schnittstelle (Tabellen, Abbildungen und Karten) oder zu einem offenen Datensatz des Data-Explorers, der mehr Dimensionen und längere Zeitreihen enthält.

Die Online-Datenkodes können auch in die Suchfunktion der Eurostat-Webseite eingegeben werden. Als Ergebnisse einer solchen Suche werden ein oder mehrere verwandte Datensätze und eventuell Veröffentlichungen sowie Metadaten angezeigt. Durch Klicken auf die Hyperlinks kommen die Nutzer auf die Produktseite(n) ⁽³⁾, die Informationen zu den einzelnen Datensätzen/Veröffentlichungen oder Metadatenansätzen bieten.

Die Daten auf der Eurostat-Webseite werden häufig aktualisiert. Die obige Beschreibung entsprechen dem Stand von August 2015.

Statistics Explained

Statistics Explained ist Teil der Eurostat-Webseite und ermöglicht einen einfachen Zugriff auf statistische Informationen über die EU. Der Zugang erfolgt durch Klicken auf „Veröffentlichungen > Statistics Explained“ in der oberen Menüleiste der meisten Eurostat-Webseiten oder direkt auf <http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained>.

Statistics Explained ist ein Online-Portal über die EU-Statistik, das die MediaWiki-Technologie verwendet und Wikipedia ähnelt. Es handelt sich um eine Kooperationsplattform, die dazu genutzt wird, statistische Artikel zugänglich zu machen, die

(?) Es gibt zwei Arten von Online-Datenkodes: Die Codes für Tabellen bestehen aus acht Zeichen: der erste Buchstabe ist immer ein „t“ – z.B. tps00001 und tsdph220, während die Syntax der Datenkodes für die Datenbanken einen Unterstrich „_“ enthält, z.B. nama_gdp_c oder demo_pjan

(3) Die Produktseiten können auch über einen Hyperlink aufgerufen werden, beispielsweise http://ec.europa.eu/eurostat/product?code=<data_code>; dabei ist <data_code> durch den entsprechenden Datenkode zu ersetzen.

diezusammen eine Enzyklopädie der europäischen Statistik bilden, ergänzt durch ein Glossar der verwendeten statistischen Konzepte und Begriffe. Darüber hinaus werden zahlreiche Links zu den neuesten Daten und Metadaten sowie weiterführende Informationen angeboten. *Statistics Explained* ist daher ein für regelmäßige und gelegentliche Nutzer gleichermaßen geeignetes Portal.

Derzeit (August 2015) umfassen die *Statistics Explained*-Seiten in englischer Sprache rund 625 statistische Artikel mit Daten, 175 Hintergrundartikel über angewandte Methoden oder methodische Entwicklungen sowie etwa 1865 Glossarseiten mit Begriffsbestimmungen oder -erklärungen. Die entsprechenden Zahlen steigen kontinuierlich. Das ausschließlich online verfügbare

Eurostat-Jahrbuch sowie die Online-Version des *Jahrbuchs der Regionen* — mit insgesamt nahezu 100 statistischen Artikeln — stehen auch auf Deutsch und Französisch zur Verfügung, und 20 wichtige Artikel aus diesen beiden Veröffentlichungen liegen in 19 weiteren EU-Amtssprachen vor.

Bestimmte Artikel können über eine Reihe von Navigationshilfen auf der linken Seite im Menü der einzelnen *Statistics Explained*-Webseiten gesucht werden, während in der Menüleiste oben rechts Funktionen aufgeführt sind, die es unter anderem ermöglichen, Inhalte zu verbreiten, für Blogs zu verwenden, zu zitieren, auszudrucken, mit Lesezeichen zu versehen oder weiterzusenden.

Statistiken für die europäische Politik und Initiativen mit hoher Priorität

Wirkungsvolle politische Entscheidungen sind abhängig von der regelmäßigen Versorgung mit verlässlichen Daten. Statistiken bieten als eine der Hauptquellen für derartige Informationen grundlegende quantitative Unterstützung bei der Ausarbeitung, Durchführung und Überwachung dieser politischen Maßnahmen. Sie sind auch ein wirksames Instrument für die Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit.

Der Informationsbedarf für politische Zwecke erfordert eine ständige Interaktion zwischen politischen Entscheidungsträgern und Statistikern: Politiker formulieren ihren Datenbedarf und Statistiker versuchen, den künftigen Bedarf vorherzusehen und passen das statistische Produktionssystem entsprechend an. So können neue politische Maßnahmen sowohl im Hinblick auf die Steigerung der Qualität vorhandener als

auch auf die Schaffung neuer Indikatoren zu Verbesserungen in der statistischen Produktion führen.

Politiker benötigen stark aggregierte Indikatoren, die ein synthetisches und klares Bild unterschiedlicher Phänomene zeichnen, an denen sie interessiert sind. Statistiker müssen daher Ausgangsdaten filtern und aggregieren, um die Verständlichkeit der Daten zu erhöhen und Informationen (oder Indikatoren) zu extrahieren.

In den letzten Jahren haben eine Reihe von Politikbereichen die Prioritäten und Aktivitäten von *Eurostat* maßgeblich beeinflusst:

- die **Wirtschafts- und Währungsunion** (WWU) und die Errichtung des **Euro-raums** (1999);
- die **Lissabon-Strategie** (2000, 2005 neu



ausgerichtet und 2010 ausgelaufen), einschließlich z.B. der **offenen Methode der Koordinierung (OMK)** für soziale Eingliederung und **Sozialschutz**;

- die **Strategie für nachhaltige Entwicklung der Europäischen Union (EU)**, EU SDS (2001, 2006 erneuert) (auf Englisch);
- die **Strategie Europa 2020** (2010), die Nachfolgerin der Lissabon-Strategie;
- die **verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung** (2010).

Europäer legen großen Wert auf ihre Lebensqualität, zu der auch Aspekte wie eine saubere Umwelt, Sozialschutz, Wohlstand und Chancengleichheit gehören. In den letzten Jahren hat der **Europäische Rat** den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf mehrere Kernbereiche gelegt, die die zukünftige soziale, wirtschaftliche und umweltbezogene Entwicklung der EU gestalten sollen. Während sich die EU mit der Strategie Europa 2020 für die nächsten zehn Jahre das Ziel eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums gesetzt hat, will sie mit der Strategie für nachhaltige Entwicklung die Lebensqualität und den Wohlstand sowohl jetziger als auch künftiger Generationen verbessern, indem sie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Zusammenhalt und Umweltschutz anstrebt. Darüber hinaus hat die 2008 einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise die Notwendigkeit einer

breiteren Koordinierung der politischen Maßnahmen vor Augen geführt, so dass einschlägige statistische Informationen größeres Gewicht erhielten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion und die Errichtung der **Europäischen Zentralbank (EZB)** im Jahr 1999 erforderten ein breites Spektrum unterjähriger Konjunkturstatistiken, um die wirtschaftlichen und geldpolitisch relevanten Entwicklungen innerhalb des Euroraums zu messen und die Umsetzung einer gemeinsamen Geldpolitik zu unterstützen. Eine effiziente Geldpolitik ist angewiesen auf aktuelle, zuverlässige und umfassende Wirtschaftsstatistiken, die einen Überblick über die wirtschaftliche Situation geben. Diese unterjährigen Konjunkturstatistiken werden auch für eine Bewertung der Konjunktur benötigt.

Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** ist die bekannteste Messgröße für die makroökonomische Tätigkeit. Das BIP, das in den 1930er Jahren entwickelt wurde, ist zu einem Standard-Maßstab geworden, den politische Entscheidungsträger weltweit anwenden und der in öffentlichen Diskussionen häufig herangezogen wird. Es setzt sich allerdings die Erkenntnis durch, dass die Daten und Indikatoren zur Ergänzung des BIP verbessert werden müssen, und diese Notwendigkeit steht im Mittelpunkt einer Reihe internationaler Initiativen, die auch die veränderten gesellschaftlichen und politischen Prioritäten wie ökologische Nachhaltigkeit und soziale Eingliederung widerspiegeln.



Eurostat hat gemeinsam mit anderen Dienststellen der Europäischen Kommission auf den Bedarf der Politik in diesen Bereichen reagiert und dafür Sätze von Indikatoren zu EU-Politiken und Initiativen entwickelt. Weitere Informationen zu den einzelnen Indikatorsätzen sind über spezielle Bereiche auf der Eurostat-Webseite zugänglich:

- Europa-2020-Indikatoren;
- Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten;
- Indikatoren für nachhaltige Entwicklung;

- Indikatoren für Beschäftigung und Sozialpolitik;
- Euro-Indikatoren und Wichtigste Europäische Wirtschaftsindikatoren (WEWI);
- BIP und mehr.

Nähere Informationen über [Statistiken für die Europäische Politik und Initiativen mit hoher Priorität](#) stehen in *Statistics Explained* zur Verfügung.

Bevölkerung

1





Einleitung

Die Bevölkerung der **Europäischen Union (EU)** zählt mittlerweile über 500 Millionen Einwohner, zugleich vollzieht sich ein Wandel der Bevölkerungsstruktur. An den jüngsten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung lässt sich ablesen, dass die Bevölkerung langsam wächst, sich jedoch die Bevölkerungsstruktur verändert, da mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in das Rentenalter die Bevölkerung insgesamt älter wird. Zudem leben die EU-Bürger länger, da die **Lebenserwartung** weiter steigt. Andererseits nahmen die **Fruchtbarkeitsziffern** mehrere Jahre lang bis 2010 zu, doch liegen sie aufgrund ihres über Jahrzehnte festzustellenden Rückgangs weiter deutlich unter dem Niveau, bei dem die Bevölkerungszahl ohne **Zu- oder Abwanderung** konstant bliebe. Die EU wird sich daher in den kommenden Jahrzehnten einer ganzen Reihe von Herausforderungen stellen müssen, die mit

einer alternden Gesellschaft verbunden sind und viele Bereiche betreffen, darunter die Arbeitsmärkte, die Renten- und **Gesundheitssysteme**, den Wohnungsmarkt und die Sozialleistungen.

Die **Bevölkerungsveränderung** und die **Bevölkerungsstruktur** stehen zunehmend im Mittelpunkt politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Analysen. Die Trends in der Bevölkerungsentwicklung im Hinblick auf Bevölkerungswachstum, **Fruchtbarkeit**, **Sterblichkeit** und **Wanderungsströme** werden von den politischen Entscheidungsträgern genau beobachtet. Politikmaßnahmen auf EU Ebene, insbesondere im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, verwenden demografische Daten für die Planung, Überwachung von Programmen und Bewertung.

1.1 Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsalterung

Dieser Abschnitt behandelt die Auswirkungen der demografischen Alterung in der **Europäischen Union (EU)**, die in den kommenden Jahrzehnten von erheblicher Bedeutung sein dürfte. Anhaltend niedrige **Geburtenraten** und eine gestiegene **Lebenserwartung** werden die Form der **Alterspyramide** für die **EU-28** verändern. Die wahrscheinlich wichtigste Veränderung wird die deutliche Verschiebung hin zu einer wesentlich älteren Bevölkerung sein eine Entwicklung, die sich in mehreren Mitgliedstaaten bereits abzeichnet.

Die Bevölkerung der EU-28 wurde am 1. Januar 2014 auf 506,8 Millionengeschätzt. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen (0 bis 14 Jahre) an der Bevölkerung der EU-28

belief sich auf 15,6%, der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) auf 65,8%. Ältere Menschen (65 Jahre oder älter) machten 18,5% aus (ein Anstieg um 0,3% gegenüber dem Vorjahr). Unter den EU-Mitgliedstaaten hatte Irland 2014 den höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung (22,0%) und Deutschland den niedrigsten (13,1%). Bei den Menschen im Alter von 65 Jahren oder älter verzeichneten Italien (21,4%) und Deutschland (20,8%) die höchsten Anteile und Irland den niedrigsten (12,6%).

Die Belastungsquotienten sind wichtige demografische Indikatoren, die den Anteil der jüngeren und/oder der älteren Menschen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter



Tabelle 1.1: Indikatoren für die Altersstruktur der Bevölkerung, 1. Januar 2014
(in %)

	Jugendquotient	Altenquotient	Gesamtbelastungsquotient	Anteil der Bevölkerung im Alter über 80
EU-28	23,7	28,1	51,8	5,1
Belgien	26,1	27,3	53,4	5,3
Bulgarien	20,6	29,3	50,0	4,4
Tsch. Republik	22,2	25,7	47,9	3,9
Dänemark	26,7	28,3	54,9	4,2
Deutschland	19,9	31,5	51,4	5,4
Estland	24,0	27,9	51,9	4,9
Irland	33,6	19,3	52,9	3,0
Griechenland	22,6	31,6	54,2	6,0
Spanien	22,8	27,2	50,0	5,7
Frankreich	29,3	28,4	57,6	5,7
Kroatien	22,1	27,6	49,7	4,5
Italien	21,5	33,1	54,6	6,4
Zypern	23,3	19,9	43,1	3,1
Lettland	22,2	28,8	51,0	4,8
Litauen	21,8	27,5	49,4	5,0
Luxemburg	24,4	20,4	44,7	3,9
Ungarn	21,2	25,8	47,0	4,2
Malta	21,2	26,4	47,6	3,9
Niederlande	25,8	26,4	52,2	4,3
Österreich	21,3	27,2	48,4	5,0
Polen	21,5	21,2	42,7	3,9
Portugal	22,3	30,3	52,5	5,5
Rumänien	22,8	24,3	47,1	4,0
Slowenien	21,5	25,7	47,2	4,7
Slowakei	21,5	19,0	40,6	3,0
Finnland	25,6	30,2	55,8	5,0
Schweden	26,9	30,6	57,4	5,2
Ver. Königreich	27,2	27,0	54,2	4,7
Island	31,0	19,9	50,9	3,6
Liechtenstein	22,0	22,4	44,4	3,3
Norwegen	27,7	24,2	51,8	4,3
Schweiz	22,1	26,1	48,1	4,9
Montenegro	27,3	19,6	46,9	2,6
EJR Mazedonien	23,8	17,5	41,3	2,1
Albanien	27,9	17,5	45,3	2,2
Serbien	21,2	26,7	47,9	4,0
Türkei	36,3	11,3	47,6	1,6

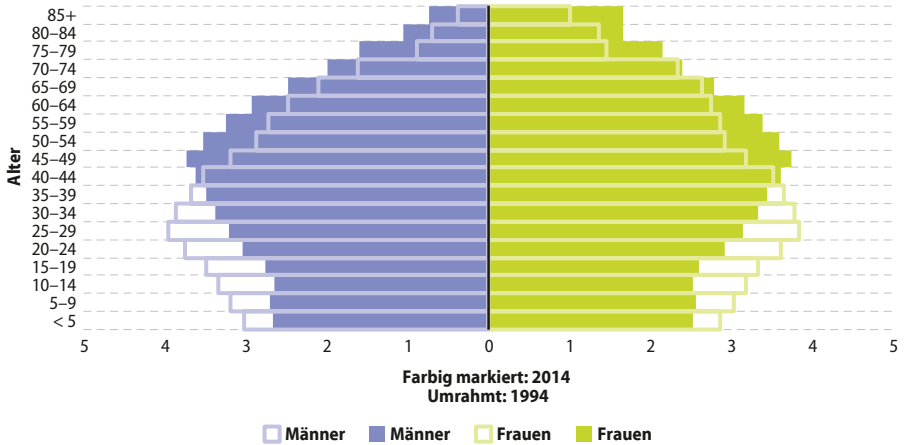
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_pjanind](#))



in Beziehung setzen. Am 1. Januar 2014 betrug der Altenquotient für die EU-28 28,1 %; das bedeutet, dass auf jeden Einwohner der

EU-28 im Alter von 65 Jahren oder älter vier Einwohner im erwerbsfähigen Alter kamen.

Abbildung 1.1: Bevölkerungspyramiden, EU-28, 1994 und 2014 ⁽¹⁾
(in % der Gesamtbevölkerung)



⁽¹⁾ 1994: EU-27. 2014: vorläufig; Schätzung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_pjangroup](#))

1.2 Bevölkerung und Bevölkerungsveränderung

Zum 1. Januar 2015 wurde die Bevölkerung der EU-28 auf 508,2 Millionen und damit auf 1,3 Millionen mehr als im Jahr davor geschätzt (bei diesen Zahlen für 2015 ist der Bruch in der Reihe durch die Hinzuzählung des französischen Übersee-Departements Mayotte zu beachten). Die Zunahme im Jahr 2014 fiel geringer als 2013 aus, als die EU-28 Bevölkerung um 1,7 Millionen wuchs.

Im Jahr 2014 waren 14,5 % (0,2 Millionen Personen) des Bevölkerungsanstiegs in der EU-28 auf natürliches Bevölkerungswachstum (positive Differenz zwischen **Lebendgeburten** und **Sterbefällen**) zurückzuführen. Etwa 85,5 % des Bevölkerungswachstums

insgesamt entfielen auf den Wanderungssaldo einschliesslich statistischer Anpassungen, welcher mit einem Anstieg von knapp 1,0 Millionen Personen weiterhin die wichtigste Determinante des Bevölkerungswachstums im Jahr 2014 darstellte.

Die Bevölkerungszahlen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zum 1. Januar 2015 reichten von 0,4 Millionen in Malta bis 81,2 Millionen in Deutschland. Die Einwohner Deutschlands, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und Italiens machten am 1. Januar 2015 zusammengenommen mehr als die Hälfte (54 %) der Gesamtbevölkerung der EU-28 aus.



Tabelle 1.2: Bevölkerungsbilanz, 2014
(in Tsd.)

	Bevölkerung, 1. Januar 2014	Lebendgeb- urten	Sterbefälle	Wanderungs- saldo (korrigiert)	Bevölkerung, 1. Januar 2015
EU-28 (¹)	506 857,5	5 108,4	4 947,0	951,9	508 191,1
Belgien	11 204,0	125,0	104,8	34,2	11 258,4
Bulgarien	7 245,7	67,6	109,0	-2,1	7 202,2
Tsch. Republik	10 512,4	109,9	105,7	21,7	10 538,3
Dänemark	5 617,3	56,9	51,3	36,8	5 659,7
Deutschland	80 767,5	700,0	875,0	581,5	81 174,0
Estland	1 315,8	13,6	15,5	-0,6	1 313,3
Irland	4 605,5	66,5	29,3	-16,8	4 625,9
Griechenland	10 903,7	92,1	113,9	-69,4	10 812,5
Spanien	46 512,2	426,0	396,1	-102,3	46 439,9
Frankreich (¹)	65 835,6	820,8	556,1	31,9	66 352,5
Kroatien	4 246,8	39,6	50,8	-10,2	4 225,3
Italien	60 782,7	502,6	598,4	108,7	60 795,6
Zypern	858,0	9,3	5,3	-15,0	847,0
Lettland	2 001,5	21,7	28,5	-8,7	1 986,1
Litauen	2 943,5	30,4	40,3	-12,3	2 921,3
Luxemburg	549,7	6,1	3,8	11,0	563,0
Ungarn	9 877,4	93,3	126,3	4,6	9 849,0
Malta	425,4	4,2	3,3	3,0	429,3
Niederlande	16 829,3	175,2	139,2	35,5	16 900,7
Österreich	8 506,9	81,7	78,3	74,6	8 584,9
Polen	38 017,9	375,2	376,5	-10,9	38 005,6
Portugal	10 427,3	82,4	104,8	-30,1	10 374,8
Rumänien	19 947,3	183,8	253,3	-16,4	19 861,4
Slowenien	2 061,1	21,2	18,9	-0,5	2 062,9
Slowakei	5 415,9	55,0	51,3	1,7	5 421,3
Finnland	5 451,3	57,2	52,2	15,4	5 471,8
Schweden	9 644,9	114,9	89,0	76,6	9 747,4
Ver. Königreich	64 351,2	776,4	570,3	210,0	64 767,1
Island	325,7	4,4	2,0	1,1	329,1
Liechtenstein	37,1	0,4	0,3	0,1	37,4
Norwegen	5 108,0	59,1	40,4	39,1	5 165,8
Schweiz	8 139,6	83,8	63,6	76,8	8 236,6
Montenegro	621,5	7,5	6,0	-0,9	622,1
EJR Mazedonien	2 065,8	23,6	19,7	-0,5	2 069,2
Albanien	2 895,9	35,8	20,7	-18,0	2 893,0
Serbien (²)	7 146,8	66,5	101,2	:	7 112,0
Türkei	76 667,9	1 337,5	390,1	80,7	77 695,9
Bosnien und Herzegowina (²)	3 830,9	29,2	34,8	:	3 825,3
Kosovo	1 820,6	32,1	8,2	-39,6	1 804,9

(¹) Bruch in der Reihe bei der Bevölkerung: einschließlich Mayotte am 1. Januar 2015.

(²) Aufgrund fehlender Daten zur Wanderung wurde bei der Bevölkerungsbilanz nur das natürliche Wachstum berücksichtigt.

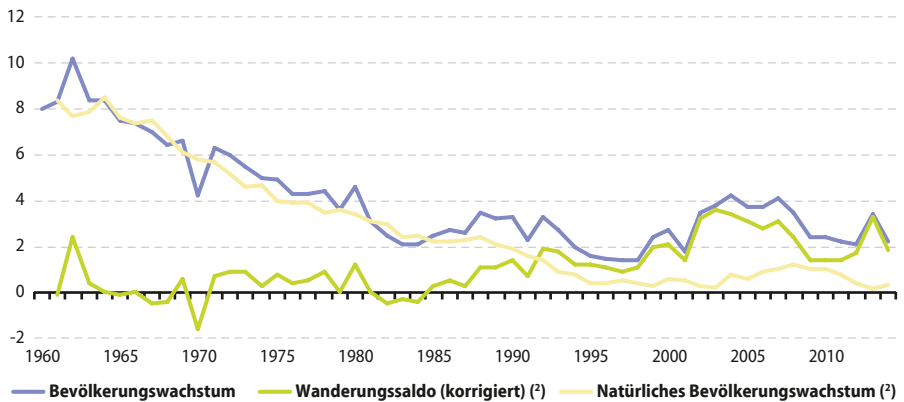
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_gind](#))



Der Bevölkerungszuwachs im Jahr 2014 fiel in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich aus: Während insgesamt 16 Mitgliedstaaten einen Anstieg der Bevölkerung verzeichneten, entwickelte sich die Einwohnerzahl in den übrigen 12 Mitgliedstaaten

rückläufig. Luxemburg, Schweden, Malta und Österreich verzeichneten 2014 mit mehr als 9,0 pro 1 000 Einwohner die höchsten Bevölkerungszuwächse; sie lagen damit um mehr als das Dreifache über dem EU-28-Durchschnitt von 2,2 pro 1 000 Einwohner.

Abbildung 1.2: Bevölkerungswachstum nach Komponenten (jährliche rohe Ziffern), EU-28, 1960–2014 ⁽¹⁾
(pro Tsd. Einwohner)



⁽¹⁾ Vor 1998 ohne die französischen Überseedepartements. 2001 und 2010–12: jeweils Bruch in der Reihe.

⁽²⁾ 1960: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_gind](#))

1.3 Eheschließungen und Scheidungen

Im Jahr 2011 wurden in der EU-28 2,1 Mio. Ehen geschlossen und 986 000 Ehen geschieden, laut den letzten verfügbaren Daten für die gesamte EU. Dies bedeutet, dass 4,2 Eheschließungen auf je 1 000 Personen entfallen (d.h. die **rohe Eheschließungsziffer**) und 2,0 Scheidungen auf je 1 000 Personen (d.h. die **rohe Scheidungsziffer**).

Seit 1965 ist die rohe Eheschließungsziffer in der EU-28 relativ gesehen um nahe-

zu 50 % zurückgegangen (von 7,8 pro 1 000 Personen im Jahr 1965 auf 4,2 im Jahr 2011). Gleichzeitig stieg die rohe Scheidungsziffer von 0,8 pro 1 000 Personen im Jahr 1965 auf 2,0 im Jahr 2011. Zum Teil ist diese Zunahme darauf zurückzuführen, dass Ehescheidung in diesem Zeitraum in mehreren Mitgliedstaaten legalisiert wurde (beispielsweise in Italien, Spanien, Irland und Malta).



Tabelle 1.3: Rohe Eheschließungs- und Scheidungsziffer, ausgewählte Jahre, 1970–2013 (pro Tsd. Einwohner)

	Eheschließung				Scheidung (¹)			
	1970	2011	2012	2013	1970	2011	2012	2013
EU-28 (²)	7,9	4,2	:	:	0,9	2,0	:	:
Belgien (³)	7,6	3,7	3,8	:	0,7	2,5	2,3	:
Bulgarien	8,6	2,9	2,9	3,0	1,2	1,4	1,6	1,5
Tsch. Republik	9,2	4,3	4,3	4,1	2,2	2,7	2,5	2,7
Dänemark	7,4	4,9	5,1	4,9	1,9	2,6	2,8	3,4
Deutschland	7,4	4,6	4,8	4,6	1,3	2,3	2,2	2,1
Estland	9,1	4,1	4,5	4,3	3,2	2,3	2,4	2,5
Irland	7,0	4,3	4,5	:	:	0,6	0,6	:
Griechenland	7,7	5,0	4,5	4,7	0,4	1,1	1,3	:
Spanien	7,3	3,4	3,5	3,3	:	2,2	2,2	2,0
Frankreich (⁴)	7,8	3,6	3,7	:	0,8	2,0	:	:
Kroatien	8,5	4,7	4,8	4,5	1,2	1,3	1,3	1,4
Italien	7,3	3,4	3,5	3,2	:	0,9	0,9	:
Zypern (⁵)	8,6	7,3	6,7	6,4	0,2	2,3	2,4	:
Lettland	10,2	5,2	5,5	5,7	4,6	4,0	3,6	3,5
Litauen	9,5	6,3	6,9	6,9	2,2	3,4	3,5	3,4
Luxemburg (⁶)	6,4	3,3	3,4	3,2	0,6	2,3	2,0	2,1
Ungarn (⁷)(⁸)	9,3	3,6	3,6	3,7	2,2	2,3	2,2	2,0
Malta	7,9	6,2	6,7	6,1	:	0,1	1,1	0,8
Niederlande	9,5	4,3	4,2	3,8	0,8	2,0	2,1	2,0
Österreich	7,1	4,3	4,6	4,3	1,4	2,1	2,0	:
Polen	8,6	5,4	5,4	4,7	1,1	1,7	1,7	1,7
Portugal	9,4	3,4	3,3	3,1	0,1	2,5	2,4	2,2
Rumänien	7,2	5,2	5,4	5,4	0,4	1,8	1,6	1,4
Slowenien	8,3	3,2	3,4	3,0	1,1	1,1	1,2	1,1
Slowakei	7,9	4,7	4,8	4,7	0,8	2,1	2,0	2,0
Finnland	8,8	5,3	5,3	4,6	1,3	2,5	2,4	2,5
Schweden	5,4	5,0	5,3	5,4	1,6	2,5	2,5	2,8
Ver. Königreich	8,5	4,5	:	:	1,0	2,1	2,0	:
Island	7,8	4,6	:	:	1,2	1,6	:	:
Liechtenstein	5,9	4,5	5,0	:	:	2,5	2,4	:
Norwegen	7,6	4,6	4,8	4,7	0,9	2,1	2,0	2,0
Schweiz (⁹)(¹)	7,6	5,3	5,3	4,9	1,0	2,2	2,2	2,1
Montenegro	:	:	5,3	6,2	:	0,8	0,8	0,8
EJR Mazedonien	9,0	7,2	6,8	6,8	0,3	0,9	0,9	1,0
Albanien	6,8	:	:	8,2	0,8	:	:	:
Serbien	:	4,9	4,8	5,1	:	1,1	1,0	1,1
Türkei	:	8,0	8,0	7,9	:	1,6	1,6	1,6
Bosnien und Herzegowina	9,3	:	4,8	:	:	:	0,6	:
Kosovo	:	9,3	9,5	:	:	0,8	0,7	:

(¹) Scheidungen gesetzlich nicht möglich in Italien bis 1970, in Spanien bis 1981, in Irland bis 1995 und in Malta bis 2011.

(²) 1970: ohne die französischen Überseedepartements.

(³) Eheschließungen, 2011: Bruch in der Reihe.

(⁴) Eheschließungen, 1970: die Daten beziehen sich auf die Gesamtzahl der in dem Land geschlossenen Ehen, einschließlich Eheschließungen zwischen nicht Gebietsansässigen.

(⁵) Eheschließungen, 2012: Bruch in der Reihe.

(⁶) Scheidungen, 2012: Bruch in der Reihe.

(⁷) Scheidungen, 2011: Bruch in der Reihe.

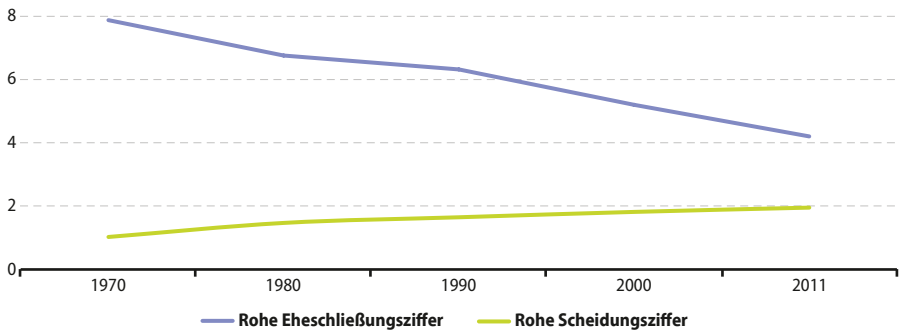
Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [demo_nind](#) und [demo_ndivind](#))



Im Zeitraum 2011–13 wiesen Irland (0,6 Scheidungen pro 1000 Personen im Jahr 2012), Slowenien (1,1 im Jahr 2013) und mehrere südeuropäische Mitgliedstaaten — Malta (0,8 im Jahr 2013), Italien (0,9 im Jahr 2012) und Griechenland (1,3 im Jahr 2012) — erheblich niedrigere rohe Scheidungsziffern auf als mehrere nordeuropäische Mitgliedstaaten, insbesondere Lettland (3,5 im

Jahr 2013), Litauen und Dänemark (jeweils 3,4 im Jahr 2013). Bei den EFTA-Ländern, den **Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländern** war die rohe Scheidungsziffer in Montenegro genauso niedrig wie in Malta. In allen EFTA-Ländern, Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländern, für die Daten vorliegen, lag die rohe Scheidungsziffer unter 2,5 (pro 1000 Personen).

Abbildung 1.3: Rohe Eheschließungs- und rohe Scheidungsziffern, EU-28, 1970–2011 ⁽¹⁾ (pro Tsd. Einwohner)



⁽¹⁾ Auf der x-Achse ist die Änderung im Zeitintervall zu beachten. Von 1970 bis 1990 ohne die französischen Überseedepartements.
Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [demo_nind](#) und [demo_ndivind](#))

1.4 Fruchtbarkeit

Im Jahr 2013 kamen in der EU-28 5,1 Millionen Kinder zur Welt, was einer **Bruottogeburtenziffer** (Zahl der Lebendgeburten pro 1000 Personen) von 10 entsprach.

Die höchste Gesamtzahl an Lebendgeburten wurde in der EU-28 im Jahr 1964 mit 7,7 Lebendgeburten verzeichnet. Seit den 1960er Jahren bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts sank die Zahl der Lebendgeburten in der EU-28 von 7,5 Millionen auf einen Tiefstand von 5,0 Millionen im Jahr 2002.

Darauf folgte ein leichter Anstieg der Zahl der Lebendgeburten bis zu einem Höchstwert von 5,5 Millionen Geburten in der EU-28 im Jahr 2008, worauf die Zahl im Zeitraum 2009–12 wiederum jährlich sank.

In den letzten Jahrzehnten wurden in Europa generell weniger Kinder geboren, wodurch sich das Abflauen des Bevölkerungswachstums in der EU-28 (siehe [Statistiken zur Bevölkerung und zum Bevölkerungswachstum](#)) teilweise erklären lässt. Der wichtigste

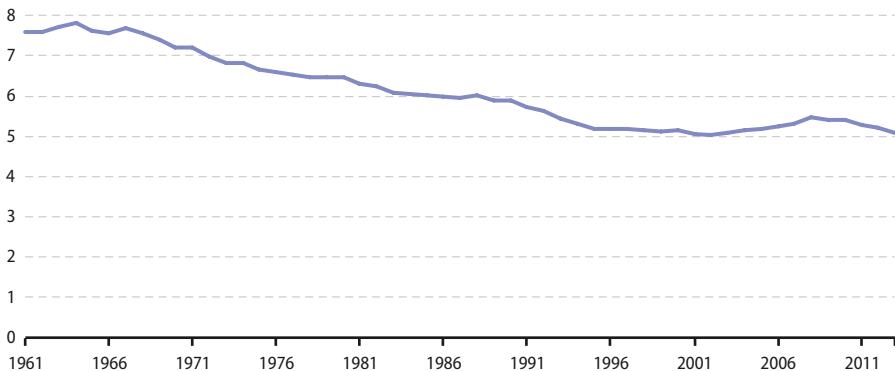


Fruchtbarkeitsindikator ist die Gesamtfruchtbarkeitsziffer, d.h. die mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. Unter der Annahme eines Wanderungssaldos von Null gilt eine Gesamtfruchtbarkeitsziffer von etwa 2,1 Lebendgeburten pro Frau als notwendig, um die Bevölkerungszahl in den Industrieländern konstant zu halten. Eine Gesamtfruchtbarkeitsziffer unter 1,3 Lebendgeburten pro Frau gilt als besonders niedrig („lowest-low fertility“). Die Gesamtfruchtbarkeitsziffer ist ein Indikator für das Fertilitätsniveau und eignet sich für den Ländervergleich, da sie Veränderungen des Umfangs und der Struktur der Bevölkerung berücksichtigt.

In den vergangenen 50 Jahren haben sich die Gesamtfruchtbarkeitsziffern der Mitgliedstaaten im Allgemeinen einander angenähert: 1960 und 1980 lag der Unterschied zwischen der höchsten (Irland) und der niedrigsten (Estland 1960, Luxemburg 1980) bei etwa 1,8 Lebendgeburten pro Frau, während er 1970 etwa 2,0 betrug. Bis 1990 verringerte sich diese Differenz (zwischen Zypern und Italien) auf 1,1 Lebendgeburten pro Frau und liegt seit dem Jahr 2000 bei ca. 0,7 bis 0,8 Lebendgeburten pro Frau. Irland und Frankreich verzeichneten mit knapp unter 2,00 Lebendgeburten pro Frau im letzten Zeitraum, für den Daten vorliegen (2013), die höchsten Fruchtbarkeitsziffern. Die niedrigsten Fruchtbarkeitsziffern wurden 2013 hingegen in Polen (1,29 Lebendgeburten pro Frau), Spanien (1,27) und Portugal (1,21) verzeichnet.

Abbildung 1.4: Zahl der Lebendgeburten, EU-28, 1961–2013 ⁽¹⁾

(in Mio.)



⁽¹⁾ Vor 1998 ohne die französischen Überseedepartements. 2013: vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_gind](#))



Tabelle 1.4: Gesamtfruchtbarkeitsziffer, 1960–2013
(Lebendgeburten pro Frau)

	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2011	2012	2013
EU-28 ⁽¹⁾(²)	:	:	:	:	:	1,62	1,58	1,58	1,55
Belgien ⁽¹⁾	2,54	2,25	1,68	1,62	1,67	1,86	1,81	1,79	1,75
Bulgarien	2,31	2,17	2,05	1,82	1,26	1,57	1,51	1,50	1,48
Tsch. Republik	2,09	1,92	2,08	1,90	1,15	1,51	1,43	1,45	1,46
Dänemark	2,57	1,95	1,55	1,67	1,77	1,87	1,75	1,73	1,67
Deutschland	:	:	:	:	1,38	1,39	1,36	1,38	1,39
Estland	1,98	2,17	2,02	2,05	1,36	1,72	1,61	1,56	1,52
Irland	3,78	3,85	3,21	2,11	1,89	2,05	2,03	2,01	1,96
Griechenland	2,23	2,40	2,23	1,40	1,27	1,47	1,40	1,35	1,30
Spanien	:	:	2,20	1,36	1,23	1,37	1,34	1,32	1,27
Frankreich ⁽¹⁾ (²)	:	:	:	:	1,89	2,03	2,01	2,01	1,99
Kroatien	:	:	:	:	:	1,55	1,48	1,51	1,46
Italien	2,37	2,38	1,64	1,33	1,26	1,46	1,44	1,43	1,39
Zypern	:	:	:	2,41	1,64	1,44	1,35	1,39	1,30
Lettland	:	:	:	:	1,25	1,36	1,33	1,44	1,52
Litauen	:	2,40	1,99	2,03	1,39	1,50	1,55	1,60	1,59
Luxemburg ⁽²⁾	2,29	1,97	1,50	1,60	1,76	1,63	1,52	1,57	1,55
Ungarn ⁽²⁾	2,02	1,98	1,91	1,87	1,32	1,25	1,23	1,34	1,35
Malta	:	:	1,99	2,04	1,70	1,36	1,45	1,43	1,38
Niederlande	3,12	2,57	1,60	1,62	1,72	1,79	1,76	1,72	1,68
Österreich	2,69	2,29	1,65	1,46	1,36	1,44	1,43	1,44	1,44
Polen ⁽²⁾	:	:	:	2,06	1,37	1,41	1,33	1,33	1,29
Portugal	3,16	3,01	2,25	1,56	1,55	1,39	1,35	1,28	1,21
Rumänien	:	:	2,43	1,83	1,31	1,59	1,47	1,52	1,41
Slowenien	:	:	:	1,46	1,26	1,57	1,56	1,58	1,55
Slowakei	3,04	2,41	2,32	2,09	1,30	1,43	1,45	1,34	1,34
Finnland	2,72	1,83	1,63	1,78	1,73	1,87	1,83	1,80	1,75
Schweden	:	1,92	1,68	2,13	1,54	1,98	1,90	1,91	1,89
Ver. Königreich	:	:	1,90	1,83	1,64	1,92	1,91	1,92	1,83
Island	:	2,81	2,48	2,30	2,08	2,20	2,02	2,04	1,93
Liechtenstein	:	:	:	:	1,57	1,40	1,69	1,51	1,45
Norwegen	:	2,50	1,72	1,93	1,85	1,95	1,88	1,85	1,78
Schweiz ⁽¹⁾	2,44	2,10	1,55	1,58	1,50	1,52	1,52	1,53	1,52
Montenegro	:	:	:	:	:	1,70	1,65	1,72	1,73
EJR Mazedonien	:	:	:	:	1,88	1,56	1,46	1,51	1,49
Serbien ⁽¹⁾	:	:	:	:	1,48	1,40	1,40	1,45	1,43
Türkei	:	:	:	:	:	2,04	2,03	2,09	2,08

⁽¹⁾ 2011: Bruch in der Reihe.

⁽²⁾ 2012: Bruch in der Reihe.

⁽³⁾ 2000 und 2010: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_frate](#))



1.5 Sterblichkeit und Lebenserwartung

Im Jahr 2013 wurden in der EU-28 etwa 5 Millionen Todesfälle zu verzeichnen; dies entsprach im Großen und Ganzen den in den vergangenen 40 Jahren registrierten Todeszahlen. Besonders hoch war die Zahl mit 5,03 Millionen Sterbefällen im Jahr 1993. Die rohe Sterbeziffer (d.h. die Zahl der Todesfälle pro 1000 Einwohner) lag 2013 in der EU-28 bei 9,9.

Der gebräuchlichste Indikator zur Analyse der Sterblichkeit ist die **Lebenserwartung bei der Geburt**, d.h. die Anzahl der Jahre, die eine Person im Durchschnitt zu leben hat, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während des Rests ihres Lebens bestehen bleiben. So lässt sich die Entwicklung der Sterblichkeit auf einfache, doch aussagekräftige Weise darstellen. Die Gesamtzahl der Sterbefälle hängt von der Größe der Altersgruppen (Kohorten) der Bevölkerung, die am Ende ihres Lebenszyklus stehen, und der Sterblichkeitsrate ab. Die Entwicklung der Wirtschaft und bessere Umweltbedingungen (beispielsweise in vielen städtischen Gebieten), eine gesündere Lebensweise, Fortschritte im Gesundheitswesen und in der Medizin, einschließlich der zurückgehenden Säuglingssterblichkeit, haben dazu geführt, dass die Lebenserwartung bei der Geburt in Europa im Laufe des letzten Jahrhunderts kontinuierlich gestiegen ist. Da dieser Prozess in Europa früher

eingesetzt hat als in den meisten anderen Teilen dieser Welt, gehört die EU-28 bei der Lebenserwartung zur Weltspitze. In den letzten fünfzig Jahren ist die Lebenserwartung bei der Geburt in der EU-28 bei Männern und Frauen gleichermaßen um etwa zehn Jahre gestiegen. Ein weiterer Anstieg ist vor allem von der Senkung der Sterblichkeit im höheren Lebensalter zu erwarten. Neben der sinkenden Fruchtbarkeit ist die schrittweise Verringerung der Sterblichkeit der wichtigste Faktor bei der Bevölkerungsalterung in der EU-28.

Ogleich die Lebenserwartung in allen EU-Mitgliedstaaten gestiegen ist, bestehen sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der einzelnen Länder erhebliche Unterschiede.

Bei Männern wurde die niedrigste Lebenserwartung 2013 in Litauen (68,5 Jahre) und die höchste in Italien (80,3 Jahre) ermittelt. Bei den Frauen waren die Unterschiede weniger stark ausgeprägt; bei ihnen reichte die Lebenserwartung von 78,6 Jahren in Bulgarien bis 86,1 Jahre in Spanien. Demgegenüber wurde 2003 die niedrigste Lebenserwartung bei den Männern in Lettland (65,3 Jahre) und die höchste in Schweden (78,0) festgestellt, bei den Frauen in Rumänien (74,8 Jahre) bzw. in Spanien (83,0).



Tabelle 1.5: Lebenserwartung bei der Geburt, 1990–2013
(in Jahren)

	Insgesamt					Männer					Frauen				
	1990	2000	2011	2012	2013	1990	2000	2011	2012	2013	1990	2000	2011	2012	2013
EU-28 ⁽¹⁾(²)	:	:	80,3	80,3	80,6	:	:	77,3	77,4	77,8	:	:	83,1	83,1	83,3
Belgien ⁽¹⁾	76,2	77,9	80,7	80,5	80,7	72,7	74,6	78,0	77,8	78,1	79,5	81,0	83,3	83,1	83,2
Bulgarien	71,2	71,6	74,2	74,4	74,9	68,0	68,4	70,7	70,9	71,3	74,7	75,0	77,8	77,9	78,6
Tsch. Republik	71,5	75,1	78,0	78,1	78,3	67,6	71,6	74,8	75,1	75,2	75,5	78,5	81,1	81,2	81,3
Dänemark	74,9	76,9	79,9	80,2	80,4	72,0	74,5	77,8	78,1	78,3	77,8	79,2	81,9	82,1	82,4
Deutschland	75,4	78,3	80,8	81,0	80,9	72,0	75,1	78,4	78,6	78,6	78,5	81,2	83,2	83,3	83,2
Estland	69,9	71,1	76,6	76,7	77,5	64,7	65,6	71,4	71,4	72,8	74,9	76,4	81,3	81,5	81,7
Irland	74,8	76,6	80,9	80,9	81,1	72,1	74,0	78,6	78,7	79,0	77,7	79,2	83,0	83,2	83,1
Griechenland	77,1	78,2	80,8	80,7	81,4	74,7	75,5	78,0	78,0	78,7	79,5	80,9	83,6	83,4	84,0
Spanien	77,0	79,3	82,6	82,5	83,2	73,4	75,8	79,5	79,5	80,2	80,6	82,9	85,6	85,5	86,1
Frankreich	:	79,2	82,3	82,1	82,4	:	75,3	78,7	78,7	79,0	:	83,0	85,7	85,4	85,6
Kroatien	:	:	77,2	77,3	77,8	:	:	73,8	73,9	74,5	:	:	80,4	80,6	81,0
Italien	77,1	79,9	82,4	82,4	82,9	73,8	76,9	79,7	79,8	80,3	80,3	82,8	84,8	84,8	85,2
Zypern	:	77,7	81,2	81,1	82,5	:	75,4	79,3	78,9	80,1	:	80,1	83,1	83,4	85,0
Lettland	:	:	73,9	74,1	74,3	:	:	68,6	68,9	69,3	:	:	78,8	78,9	78,9
Litauen	71,5	72,1	73,7	74,1	74,1	66,4	66,7	68,1	68,4	68,5	76,3	77,4	79,3	79,6	79,6
Luxemburg ⁽²⁾	75,7	78,0	81,1	81,5	81,9	72,4	74,6	78,5	79,1	79,8	78,7	81,3	83,6	83,8	83,9
Ungarn ⁽²⁾	69,4	71,9	75,1	75,3	75,8	65,2	67,5	71,2	71,6	72,2	73,8	76,2	78,7	78,7	79,1
Malta	:	78,4	80,9	80,9	81,9	:	76,2	78,6	78,6	79,6	:	80,3	83,0	83,0	84,0
Niederlande	77,1	78,2	81,3	81,2	81,4	73,8	75,6	79,4	79,3	79,5	80,2	80,7	83,1	83,0	83,2
Österreich	75,8	78,3	81,1	81,1	81,3	72,3	75,2	78,3	78,4	78,6	79,0	81,2	83,8	83,6	83,8
Polen ⁽³⁾	70,7	73,8	76,8	76,9	77,1	66,3	69,6	72,5	72,6	73,0	75,3	78,0	81,1	81,1	81,2
Portugal	74,1	76,8	80,7	80,6	80,9	70,6	73,3	77,3	77,3	77,6	77,5	80,4	83,8	83,6	84,0
Rumänien	69,9	71,2	74,4	74,4	75,2	66,7	67,7	70,8	70,9	71,6	73,1	74,8	78,2	78,1	78,7
Slowenien ⁽³⁾	73,9	76,2	80,1	80,3	80,5	69,8	72,2	76,8	77,1	77,2	77,8	79,9	83,3	83,3	83,6
Slowakei	71,1	73,3	76,1	76,3	76,6	66,7	69,2	72,3	72,5	72,9	75,7	77,5	79,8	79,9	80,1
Finnland	75,1	77,8	80,6	80,7	81,1	71,0	74,2	77,3	77,7	78,0	79,0	81,2	83,8	83,7	84,1
Schweden	77,7	79,8	81,9	81,8	82,0	74,8	77,4	79,9	79,9	80,2	80,5	82,0	83,8	83,6	83,8
Ver. Königreich	:	78,0	81,0	81,0	81,1	:	75,5	79,0	79,1	79,2	:	80,3	83,0	82,8	82,9
Island	78,1	79,7	82,4	83,0	82,1	75,5	77,8	80,7	81,6	80,5	80,7	81,6	84,1	84,3	83,7
Liechtenstein	:	77,0	81,9	82,5	82,5	:	73,9	79,5	79,7	80,7	:	79,9	84,2	85,2	83,9
Norwegen	76,6	78,8	81,4	81,5	81,8	73,4	76,0	79,1	79,5	79,8	79,9	81,5	83,6	83,5	83,8
Schweiz ⁽¹⁾	77,5	80,0	82,8	82,8	82,9	74,0	77,0	80,5	80,6	80,7	80,9	82,8	85,0	84,9	85,0
Montenegro	:	:	76,1	76,3	76,5	:	:	73,3	74,2	74,1	:	:	78,8	78,3	79,0
EJR Mazedonien	:	73,0	75,1	74,9	75,5	:	70,8	73,1	73,0	73,4	:	75,2	77,2	76,9	77,5
Serbien ⁽¹⁾	:	71,6	74,6	74,9	75,3	:	68,9	72,0	72,3	72,6	:	74,4	77,2	77,5	77,9
Türkei	:	:	77,1	77,6	78,2	:	:	74,4	74,8	75,4	:	:	79,8	80,5	81,1

⁽¹⁾ 2011: Bruch in der Reihe.

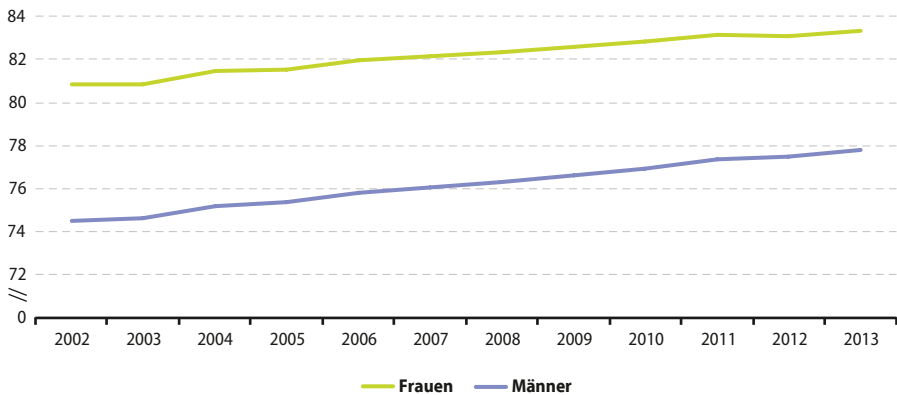
⁽²⁾ 2012: Bruch in der Reihe.

⁽³⁾ 2000: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_mlexec](#))



Abbildung 1.5: Lebenserwartung bei der Geburt, EU-28, 2002–13 ⁽¹⁾
(in Jahren)



(¹) 2009, 2011 und 2012: Brüche in den Reihen. Hinweis: verkürzte y-Achse.
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [demo_mlexpec](#))

1.6 Wanderungsströme und Migrantenbevölkerung

Die Wanderungsströme werden durch das Zusammenwirken wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren entweder in den Herkunftsländern (Push-Faktoren) oder in den Zielländern der Migranten (Pull-Faktoren) beeinflusst. Dabei ist davon auszugehen, dass der relative wirtschaftliche Wohlstand und die politische Stabilität der EU auf Einwanderer historisch gesehen eine beträchtliche Anziehungskraft (Pull-Effekt) ausüben.

Im Jahr 2013 wanderten insgesamt 3,4 Millionen Menschen in einen Mitgliedstaat der EU-28 ein, zugleich verließen mindestens 2,8 Millionen Auswanderer einen der

EU-Mitgliedstaaten. Diese Gesamtangaben betreffen nicht die Wanderungsströme in die bzw. aus der EU insgesamt, da sie auch die Wanderungsströme zwischen den Mitgliedstaaten enthalten.

Von diesen 3,4 Millionen Einwanderern im Jahr 2013 kamen schätzungsweise 1,4 Millionen aus Drittstaaten, 1,2 Millionen aus einem anderen EU Mitgliedstaat und etwa 830 000 Menschen wanderten in einen EU-Mitgliedstaat ein, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen (z.B. zurückkehrende Staatsbürger oder im Ausland geborene Staatsbürger). Hinzu kamen etwa 6 100 Staatenlose.



Tabelle 1.6: Einwanderung nach Staatsangehörigkeit, 2013 ⁽¹⁾
(in Tsd.)

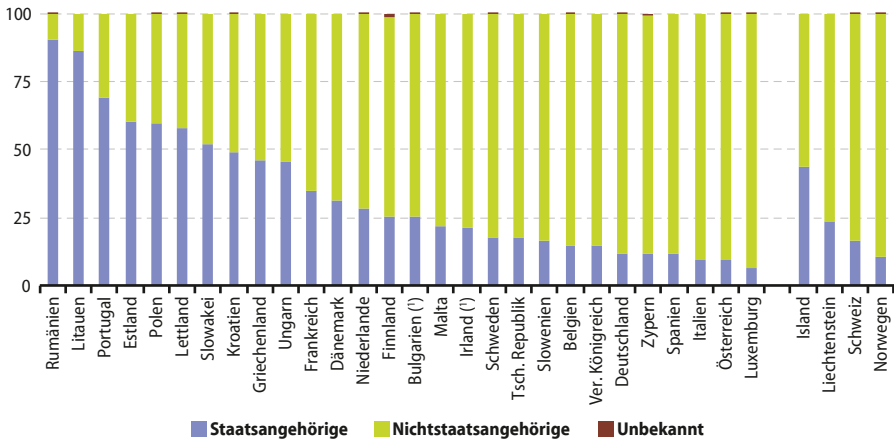
	Einwanderer insgesamt	Staatsangehörige	Nichtstaatsangehörige		
			Insgesamt	Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten	Drittstaatsangehörige
Belgien	118,3	17,5	100,5	62,0	38,4
Bulgarien	18,6	4,7	13,8	1,6	12,0
Tsch. Republik	30,1	5,3	24,8	14,0	10,8
Dänemark	60,3	19,0	41,3	21,3	19,6
Deutschland	692,7	83,2	606,8	354,0	252,1
Estland	4,1	2,5	1,6	0,1	1,5
Irland	59,3	12,7	46,6	23,3	23,2
Griechenland	47,1	21,6	25,4	12,2	13,2
Spanien	280,8	32,4	248,4	90,4	157,8
Frankreich	332,6	115,4	217,2	90,6	126,6
Kroatien	10,4	5,1	5,3	1,8	3,4
Italien	307,5	28,4	279,0	77,5	201,5
Zypern	13,1	1,5	11,5	6,7	4,8
Lettland	8,3	4,8	3,5	0,9	2,6
Litauen	22,0	19,0	3,0	0,7	2,4
Luxemburg	21,1	1,3	19,7	15,5	4,2
Ungarn	39,0	17,7	21,3	10,4	10,8
Malta	8,4	1,8	6,6	3,1	3,5
Niederlande	129,4	36,3	93,1	52,2	40,8
Österreich	101,9	9,2	92,6	60,2	32,2
Polen	220,3	131,4	88,7	29,6	59,0
Portugal	17,6	12,2	5,4	1,7	3,7
Rumänien	153,6	138,9	14,7	1,0	13,7
Slowenien	13,9	2,3	11,6	3,3	8,3
Slowakei	5,1	2,7	2,5	2,0	0,5
Finnland	31,9	8,1	23,4	10,2	13,2
Schweden	115,8	20,5	94,9	26,4	64,2
Ver. Königreich	526,0	76,1	449,9	201,4	248,5
Island	6,4	2,8	3,6	2,8	0,8
Liechtenstein	0,7	0,2	0,5	0,3	0,2
Norwegen	68,3	7,0	61,3	36,4	24,5
Schweiz	160,2	26,1	134,1	96,8	37,2

⁽¹⁾ Die Summe der Werte für die einzelnen Kategorien von Staatsangehörigkeiten kann aufgrund von Rundungen und der Nichtberücksichtigung der Kategorie "unbekannte Staatsangehörigkeit" in der Tabelle vom Gesamtwert abweichen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [migr_imm1ctz](#))



Abbildung 1.6: Verteilung der Einwanderer nach Staatsangehörigkeit, 2013
(in % aller Einwanderer)



(¹) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: migr_imm2ctz)

1.7 Asyl

Asyl ist eine Form des Schutzes, den ein Staat auf seinem Hoheitsgebiet einer Person gewährt. Asyl wird einer Person gewährt, die in dem Land, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren Wohnsitz hat, keinen Schutz suchen kann, insbesondere aus Furcht vor Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Einstellung.

Nach Spitzenwerten im Jahr 1992 (672 000 Anträge in der EU-15) und erneut im Jahr 2001 (424 000 Anträge in der EU-27) fiel die Zahl der Asylanträge in der EU-27 in den nachfolgenden Jahren auf knapp 200 000 Anträge im Jahr 2006. Im

Hinblick auf Anträge von Drittstaatenangehörigen zeigt sich bis zum Jahr 2012 ein schrittweiser Anstieg der Zahl der Asylanträge in der EU-27 und später in der EU-28. Danach erhöhte sich die Veränderungsrate deutlich: die Zahl der Asylsuchenden stieg von 431 000 im Jahr 2013 auf 626 000 im Jahr 2014. Dies war die höchste Anzahl an Asylanträgen in der EU seit dem Höchstwert aus dem Jahr 1992.

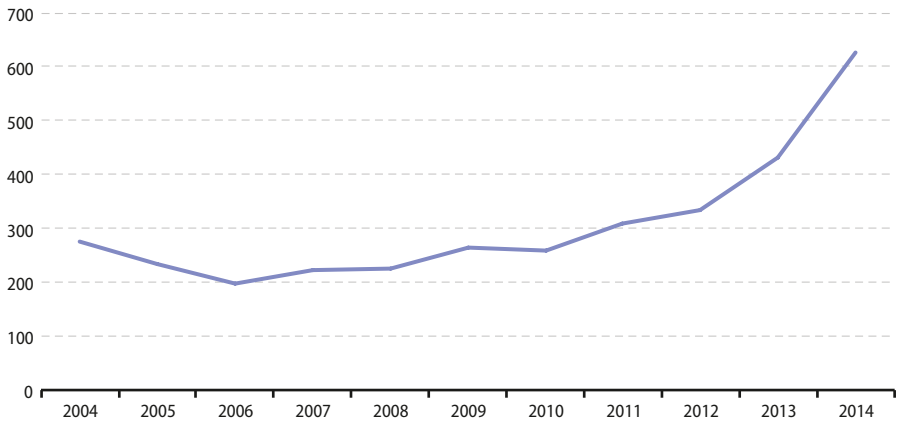
Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der Asylbewerber 2014 gegenüber 2013 in Italien (143 % Zunahme), Ungarn (126 %) und Dänemark (105 %), während sie sich in Kroatien mehr als halbierte (– 58 %) und in Polen beinahe halbierte (– 47 %).



Im Jahr 2014 waren fast vier von fünf Asylbewerbern (79 %) in der EU-28 unter 35 Jahre alt. Dabei entfiel auf die Gruppe der 18- bis 34-Jährigen gut die Hälfte (54 %) der Gesamtzahl der Bewerber, die Gruppe der Minderjährigen im Alter unter 18 Jahren machte hingegen mehr als ein Viertel (26 %) der Bewerber aus. Diese Altersverteilung

der Asylbewerber war in der überwiegenden Zahl der EU-Mitgliedstaaten die Norm, wobei der größte Anteil der Antragsteller in der Regel auf die Gruppe der 18- bis 34-Jährigen entfiel. Die Ausnahme von dieser Regel stellt Polen dar: Dort war Anteil der Asylbewerber im Alter unter 18 Jahren größer.

Abbildung 1.7: Asylanträge (Drittstaaten) in den Mitgliedstaaten der EU-28, 2004–14 ⁽¹⁾ (in Tsd.)



⁽¹⁾ 2004–07: EU-27 und extra-EU-27.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [migr_asyctz](#) und [migr_asyappctza](#))



Tabelle 1.7: Anzahl der Asylbewerber (aus Drittstaaten) in den EU- und EFTA-Mitgliedstaaten, nach Altersverteilung, 2014 ⁽¹⁾

	Insgesamt (Anzahl)	Minderjährige (in %)		Im Alter von 18 und älter (in %)		
		0–13	14–17	18–34	35–64	65 und älter
EU-28	625 920	19	7	54	20	1
Belgien	22 710	23	7	48	22	1
Bulgarien	11 080	17	13	56	13	0
Tsch. Republik	1 145	17	3	41	37	2
Dänemark	14 680	13	7	55	24	1
Deutschland	202 645	25	6	48	19	1
Estland	155	10	3	55	32	3
Irland	1 450	14	4	58	23	1
Griechenland	9 430	7	7	65	21	0
Spanien	5 615	17	4	56	23	1
Frankreich	64 310	19	3	51	26	1
Kroatien	450	1	2	76	21	0
Italien	64 625	3	4	84	9	0
Zypern	1 745	16	5	55	23	0
Lettland	375	11	5	49	32	4
Litauen	440	20	3	50	26	1
Luxemburg	1 150	25	6	50	19	0
Ungarn	42 775	19	8	57	16	0
Malta	1 350	15	8	59	17	1
Niederlande	24 495	14	7	53	25	1
Österreich	28 035	20	11	51	18	0
Polen	8 020	37	4	33	24	1
Portugal	440	14	5	57	24	2
Rumänien	1 545	15	9	53	21	1
Slowenien	385	12	18	48	21	0
Slowakei	330	17	3	59	21	0
Finnland	3 620	16	6	55	21	1
Schweden	81 180	19	10	46	24	1
Ver. Königreich	31 745	14	8	54	21	1
Island	170	15	3	50	29	0
Liechtenstein	65	23	8	38	31	0
Norwegen	13 205	20	10	54	17	0
Schweiz	23 555	22	7	55	16	0

⁽¹⁾ Da diesen Berechnungen gerundete Zahlen zugrundeliegen, ergibt die Summe aller Altersgruppen nicht immer 100 %.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [migr_asyapptza](#) und [migr_asyunaa](#))

Lebensbedingungen

2





Einleitung

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene **Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum** gibt eine Wachstumsstrategie für das nächste Jahrzehnt vor. Zu den sieben Leitinitiativen der Strategie zählt die Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut. Sie soll:

- für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt sorgen;
- die Anerkennung der Grundrechte der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen auf ein Leben in Würde und auf aktive Teilhabe an der Gesellschaft gewährleisten;
- die Eingliederung von Menschen in ihr lokales Umfeld, die berufliche Ausbildung, die Arbeitsuche und den Zugang zu Sozialleistungen erleichtern.

Um die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 zu messen, wurden fünf **Kernziele** festgelegt, die bis 2020 erreicht werden sollen. Diese Kernziele sollen von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen **nationaler Ziele** umgesetzt werden, die den unterschiedlichen inneren und äußeren Gegebenheiten

der Länder Rechnung tragen. Eines dieser Ziele lautet, dass bis 2020 die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen in der gesamten EU um mindestens 20 Millionen sinken sollte. Die zum ersten Mal im Jahr 2008 kombinierten und **im Jahr 2010 konkretisierten zusammengefassten wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Leitlinien** werden im Kontext der Strategie Europa 2020 unter Verwendung des **Gemeinsamen Bewertungsrahmens** (auf Englisch) bewertet. Die Leitlinie 10 betrifft die Bekämpfung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Armut. Im März 2015 hat die Europäische Kommission ein **neues Paket integrierter Leitlinien** vorgeschlagen, die die Leitlinien von 2010 ablösen, sobald sie angenommen sind: In Leitlinie 8 geht es um Fairness, Armutsbekämpfung und Chancengleichheit.

Die Daten von **Eurostat** über Lebensbedingungen und soziale Sicherheit vermitteln anhand von Indikatoren zu Einkommen, Wohnverhältnissen, materieller Entbehrung, Armut, sozialer Ausgrenzung und Sozialschutz ein umfassendes Bild der sozialen Situation in der EU.

2.1 Soziale Eingliederung

Als mehrdimensionale Konzepte lassen sich Begriffe wie Armut und soziale Ausgrenzung nur schwierig anhand von Statistiken messen. Folglich wurden sowohl monetäre als auch nichtmonetäre Indikatoren entwickelt, so z.B. die **Armutsgefährdungsquote**, die **Armutsgefährdungsschwelle**, die **Quote der erheblichen materiellen Entbehrung**

und der Prozentsatz von **Personen, die in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung leben**. Bei der Analyse der sozialen Eingliederung sollten noch weitere ebenfalls relevante Faktoren in Betracht gezogen werden, beispielsweise der Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung, Gesundheit oder die Wohnsituation.



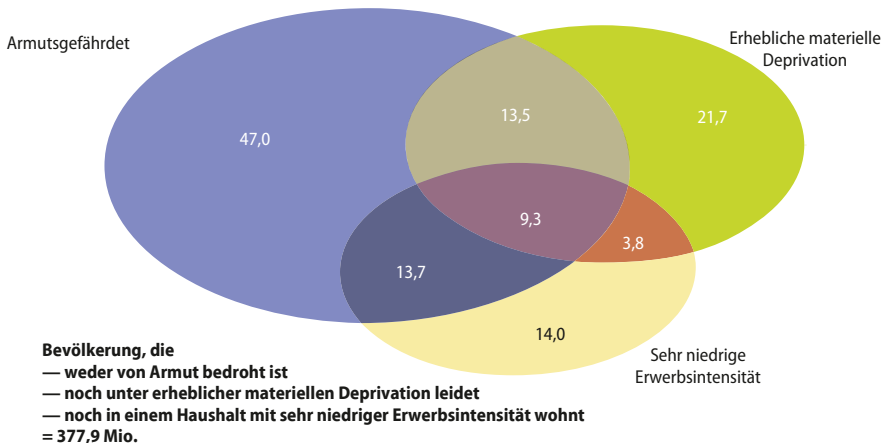
Im Jahr 2013 lebten 123 Mio. Personen in der EU-28 in Haushalten, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren. Das entspricht einem Anteil von 24,5% der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2013 sank die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen um 1,2 Millionen, womit sich der Anteil der betroffenen Personen an der Gesamtbevölkerung gegenüber 2012 um 0,2 Prozentpunkte verringerte.

Hinter diesem, als gewichteter Durchschnittswert der nationalen Angaben berechneten, Gesamtergebnis für die EU-28 verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. So galt 2013 in Bulgarien knapp die Hälfte (48,0%) der Bevölkerung als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht; in Rumänien (40,4%), Griechenland (35,7%), Lettland (35,1%) und Ungarn (33,5%) betrug dieser

Anteil über ein Drittel der Bevölkerung.

Über ein Viertel der Bevölkerung galt 2013 in acht weiteren Mitgliedstaaten der EU-28 als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, nämlich in Litauen (30,8%), Kroatien (29,9%), Irland (29,5%), Italien (28,4%), Zypern (27,8%), Portugal (27,5%), Spanien (27,3%) und Polen (25,8%). Zu den Mitgliedstaaten mit den geringsten Quoten der von Armut oder sozialen Ausgrenzung bedrohten Personen zählten 2013 die Tschechische Republik (14,6%), die Niederlande (15,9%), Finnland (16,0%) und Schweden (16,4%); auch Island (13,0%), Norwegen (14,1%) und die Schweiz (16,3%) verzeichneten einen relativ niedrigen Anteil ihrer jeweiligen Bevölkerung als armutsgefährdet bzw. von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet.

Abbildung 2.1: Anzahl der von sozialer Ausgrenzung bedrohten bzw. armutsgefährdeten Personen, aufgeschlüsselt nach Art der Gefährdung, EU-28, 2013 ⁽¹⁾ (Mio.)



(1) Rundungsbedingung unterscheidet sich die Summe für die sieben Gruppen der Armutsgefährdung oder der sozialen Ausgrenzung vom anderweitig veröffentlichten Gesamtwert. Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ilc_pees01](#))


Tabelle 2.1: Von sozialer Ausgrenzung bedrohte oder armutsgefährdete Bevölkerung, 2008–13

	Anteil der Gesamtbevölkerung (in %)			Anzahl Personen (in Tsd.)		
	2008	2012	2013	2008	2012	2013
EU-28	:	24,7	24,5	:	124060	122 897
EU-27	23,8	24,7	24,5	116 584	122 676	121 626
ER-18	21,7	23,2	23,1	70 642	76 603	75 827
Belgien	20,8	21,6	20,8	2 194	2 356	2 286
Bulgarien	44,8	49,3	48,0	3 421	3 621	3 493
Tsch. Republik	15,3	15,4	14,6	1 566	1 580	1 508
Dänemark	16,3	19,0	18,9	887	1 057	1 059
Deutschland	20,1	19,6	20,3	16 345	15 909	16 212
Estland	21,8	23,4	23,5	291	311	313
Irland	23,7	30,0	29,5	1 050	1 378	1 358
Griechenland	28,1	34,6	35,7	3 046	3 795	3 904
Spanien	24,5	27,2	27,3	11 124	12 628	12 630
Frankreich	18,5	19,1	18,1	11 150	11 760	11 229
Kroatien	:	32,6	29,9	:	1 384	1 271
Italien	25,3	29,9	28,4	15 099	18 194	17 326
Zypern	23,3	27,1	27,8	181	234	240
Lettland	34,2	36,2	35,1	740	731	702
Litauen	27,6	32,5	30,8	928	975	917
Luxemburg	15,5	18,4	19,0	72	95	96
Ungarn	28,2	32,4	33,5	2 794	3 188	3 285
Malta	20,1	23,1	24,0	81	94	99
Niederlande	14,9	15,0	15,9	2 432	2 492	2 648
Österreich	20,6	18,5	18,8	1 699	1 542	1 572
Polen	30,5	26,7	25,8	11 491	10 128	9 748
Portugal	26,0	25,3	27,5	2 757	2 667	2 879
Rumänien	44,2	41,7	40,4	9 418	8 907	8 601
Slowenien	18,5	19,6	20,4	361	392	410
Slowakei	20,6	20,5	19,8	1 111	1 109	1 070
Finnland	17,4	17,2	16,0	910	916	854
Schweden	14,9	15,6	16,4	1 367	1 519	1 602
Ver. Königreich (!)	23,2	24,1	24,8	14 069	15 099	15 586
Island	11,8	12,7	13,0	36	38	40
Norwegen	15,0	13,7	14,1	701	681	714
Schweiz	18,1	17,5	16,3	1 333	1 350	1 271
EJR Mazedonien	:	50,3	48,1	:	1 038	933
Serbien	:	:	42,0	:	:	3 005

(!) Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ilc_peps01](#))

2.2 Einkommensverteilung

Im Jahr 2013 wurden 16,6% der Bevölkerung der EU-28 als **armutsgefährdet** nach sozialen Transfers eingestuft. Hinter dieser Zahl, die als gewichteter Durchschnitt der Ergebnisse der einzelnen Mitgliedstaaten berechnet wird, verbergen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. In fünf Mitgliedstaaten, nämlich in Griechenland (23,1%), Ru-

mänien (22,4%), Bulgarien (21,0%), Litauen (20,6%) und Spanien (20,4%), galt ein Fünftel oder mehr der Bevölkerung als armutsgefährdet; gleiches gilt für Serbien (24,5%) und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (24,2%). Die niedrigsten Anteile der armutsgefährdeten Bevölkerung wurden in den Niederlanden (10,4%) und in der Tschechischen Republik (8,6%) regis-

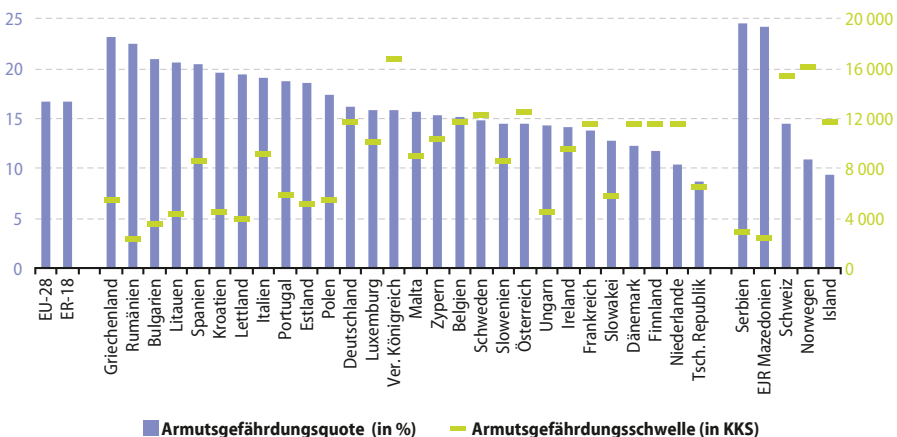


triert. Norwegen (10,9%) und Island (9,3%) verzeichneten ebenfalls einen relativ niedrigen Anteil ihrer Bevölkerung, der als arbeitsgefährdet galt.

Die **Arbeitsgefährdungsschwelle** ist auf 60% des nationalen **medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens** festgesetzt. Um den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen, wird dieser Wert häufig in **Kaufkraftstandards (KKS)** ausgedrückt. Dieser Wert schwankte 2013 in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten beträchtlich — von 2361 KKS in Rumänien, 3540 KKS in Bulgarien und 3868 KKS in Lettland hin zu Werten zwischen 11 507 KKS und 12 542 KKS in Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Deutschland, Belgien, Schweden und Österreich bis zu dem Spitzenwert von 16 818 KKS in Luxemburg. Die Arbeitsgefährdungsschwelle war auch in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (2 396 KKS) und in Serbien (2 863 KKS) relativ niedrig, in der Schweiz (15 439 KKS) und Norwegen (16 069 KKS) hingegen hoch.

Die Arbeitsgefährdungsquote (nach **Sozialtransfers**) blieb in der EU-28 in den Jahren 2011, 2012 und 2013 relativ konstant. Von 2012 bis 2013 sank sie in der Tschechischen Republik, Finnland und Irland um mindestens 1,0 Prozentpunkte. Insgesamt zehn weitere Mitgliedstaaten verzeichneten Rückgänge im Zeitraum 2012–13, die von 0,9 Prozentpunkten in Kroatien bis zu 0,1 Prozentpunkten im Vereinigten Königreich reichten. Die Schweiz (1,4 Prozentpunkte) meldete ebenso wie die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (2,0 Prozentpunkte) für 2013 einen Rückgang der Arbeitsgefährdungsquote gegenüber dem Vorjahr. In drei Mitgliedstaaten, nämlich in Deutschland, Griechenland und Österreich, blieb sie unverändert. Die größten Anstiege von 2012 bis 2013 gab es in Litauen (+2,0 Prozentpunkte), Estland (+1,1 Prozentpunkte) und Slowenien (+1,0 Prozentpunkte); auch Island meldete einen vergleichsweise hohen Anstieg (+1,4 Prozentpunkte).

Abbildung 2.2: Arbeitsgefährdungsquote und Arbeitsgefährdungsschwelle, 2013



Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: ilc_li01 und ilc_li02)



Tabelle 2.2: Armutsgefährdungsquote nach Haushaltstyp, 2013
(in % der angegebenen Bevölkerung)

	Haushalte ohne abhängige Kindern			Haushalte mit abhängigen Kindern		
	Alleinstehende Person	Zwei Erwachsene, einer mindestens 65 Jahre und mehr	Zwei oder mehr Erwachsene ohne abhängige Kindern	Alleinstehende Person mit abhängigen Kindern	Zwei Erwachsene mit einem abhängigen Kind	Zwei Erwachsene mit drei oder mehr abhängigen Kindern
EU-28	24,9	10,4	10,7	31,9	12,7	26,6
ER-18	24,7	10,4	11,0	34,2	12,9	24,0
Belgien	24,5	16,9	10,9	34,2	10,6	19,9
Bulgarien	41,4	21,0	14,2	31,6	16,4	68,1
Tsch. Republik	14,7	2,3	4,7	27,8	8,5	13,8
Dänemark	27,8	6,8	7,3	13,3	4,8	15,7
Deutschland	31,9	10,4	11,2	35,2	11,1	13,7
Estland	38,6	9,9	12,2	39,8	13,0	18,9
Irland	26,1	8,2	9,6	36,6	9,7	15,3
Griechenland	22,4	11,7	16,9	37,2	20,2	31,4
Spanien	19,2	15,0	13,5	38,0	18,8	39,4
Frankreich	18,0	5,6	7,3	34,9	10,5	23,1
Kroatien	32,4	21,3	17,5	31,7	15,7	30,1
Italien	23,1	12,1	12,5	35,9	13,5	38,1
Zypern	26,8	18,7	14,6	23,2	14,0	17,0
Lettland	31,3	14,2	13,9	38,3	14,3	32,6
Litauen	33,7	9,9	11,4	42,8	17,4	45,1
Luxemburg	15,7	4,6	5,9	46,1	14,2	27,1
Ungarn	13,9	4,3	7,8	34,3	12,0	34,4
Malta	21,0	19,0	9,2	41,9	14,9	36,6
Niederlande	19,7	4,7	5,6	20,1	6,5	20,1
Österreich	22,0	11,9	9,5	27,4	11,8	22,1
Polen	22,0	7,5	10,3	29,5	11,6	37,3
Portugal	21,9	13,4	13,7	33,1	16,0	40,4
Rumänien	25,5	8,2	13,2	31,3	15,2	60,6
Slowenien	32,8	12,0	10,3	30,1	14,4	17,3
Slowakei	15,5	3,8	5,5	30,1	10,0	29,9
Finnland	31,3	4,7	5,8	20,5	4,6	9,5
Schweden	32,6	5,8	6,7	36,8	9,0	15,1
Ver. Königreich	25,8	13,2	10,2	25,2	13,1	28,4
Island	16,1	1,3	4,9	27,1	8,0	11,5
Norwegen	25,7	1,5	4,6	28,2	6,9	6,4
Schweiz	23,8	26,1	12,2	29,3	7,2	25,1
EJR Mazedonien	8,9	18,2	20,4	29,9	16,7	49,9
Serbien	26,3	18,1	20,2	34,2	24,9	44,4

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ilc_li03](#))



2.3 Wohnen

Angemessener Wohnraum zu einem bezahlbaren Preis und in einer sicheren Umgebung ist ein Grundbedürfnis und zugleich ein Grundrecht. Diesen Bedarf zu decken und damit zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung beizutragen, stellt für einige europäische Länder immer noch eine erhebliche Herausforderung dar.

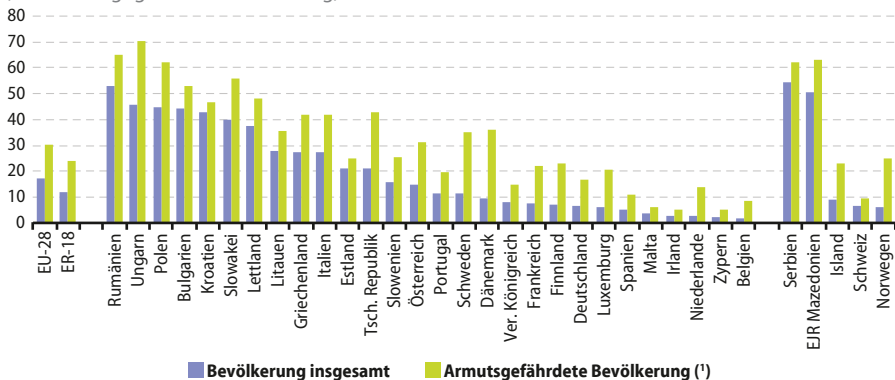
Im Jahr 2013 lebten 41,1 % der Bevölkerung der EU-28 in Wohnungen, knapp über ein Drittel (34,0 %) in Einfamilienhäusern und 24,1 % in Doppelhaushälften. Der Anteil der Bevölkerung, der in Wohnungen lebte, war unter den EU-Mitgliedstaaten in Spanien (65,4 %), Lettland (65,3 %) und Estland (63,8 %) am höchsten. Den höchsten Anteil an Bewohnern von Einfamilienhäusern verzeichneten Kroatien (70,9 %), Slowenien (66,5 %), Ungarn (64,0 %), Rumänien (60,1 %) und Dänemark (55,8 %); in Norwegen (61,1 %) und Serbien (60,5 %) war dieser Anteil ebenfalls hoch. Die höchsten Anteile von Bewohnern von Doppelhaushälften wurden hingegen aus den Niederlan-

den (60,7 %), dem Vereinigten Königreich (60,0 %) und Irland (58,3 %) gemeldet.

Ein wesentliches Kriterium zur Bewertung der Qualität von Wohnraum ist die Frage, ob der Wohnraum ausreicht. Die **Überbelegungsquote** gibt den prozentualen Anteil der Bevölkerung an, der in überbelegtem Wohnraum lebt. Der Indikator, der auf der Grundlage der Zahl der Räume berechnet wird, die einem **Haushalt** zur Verfügung stehen, richtet sich nach der Größe des Haushalts, dem Alter der Haushaltsmitglieder und der familiären Situation. Im Jahr 2013 lebten 17,3 % der Bevölkerung der EU-28 in überbelegten Wohnungen.

Die Überbelegungsquote in der Gruppe der **armutsgefährdeten** Bevölkerung (mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen von unter 60 % des nationalen medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens) lag 2013 in der EU-28 bei 30,2 % und damit etwa 12,9 Prozentpunkte über der Überbelegungsquote für die Bevölkerung insgesamt.

Abbildung 2.3: Überbelegungsquote, 2013
(in % der angegebenen Bevölkerung)



(¹) Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 60 % des medianen Äquivalenzeinkommens.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ilc_vho05a](#))



Tabelle 2.3: Bevölkerung nach Art der Wohnung, 2013
(in % der Bevölkerung)

	Wohnung	Einfamilienhaus	Doppelhaus	Andere
EU-28	41,1	34,0	24,1	0,7
ER-18	46,2	29,6	23,4	0,7
Belgien	21,9	36,5	41,1	0,5
Bulgarien	43,2	45,9	10,5	0,4
Dänemark	52,8	36,6	10,3	0,2
Deutschland	30,0	55,8	0,0	14,2
Estland	54,4	27,8	16,4	1,3
Irland	63,8	31,0	4,7	0,5
Griechenland	4,7	36,8	58,3	0,1
Spanien	56,8	33,9	9,2	0,1
Frankreich	65,4	14,3	20,0	0,3
Kroatien	32,2	44,1	23,5	0,2
Italien	21,6	70,9	7,3	0,2
Zypern	50,0	21,2	28,6	0,2
Lettland	24,5	48,2	26,2	1,2
Litauen	65,3	30,9	3,7	0,2
Luxemburg	58,4	35,4	5,9	0,3
Ungarn	32,2	36,6	30,8	0,5
Malta	30,4	64,0	5,0	0,6
Niederlande	52,4	5,1	42,2	0,3
Österreich	18,7	16,0	60,7	4,6
Polen	43,6	47,6	7,8	1,0
Portugal	44,5	50,1	5,3	0,1
Rumänien	43,5	39,3	17,0	0,2
Slowenien	38,1	60,1	1,8	0,0
Slowakei	29,2	66,5	4,1	0,2
Finnland	48,3	49,7	1,9	0,1
Schweden	33,2	47,0	19,3	0,4
Tsch. Republik	40,6	48,9	10,0	0,4
Ver. Königreich	14,3	25,2	60,0	0,5
Island	45,4	35,1	19,0	0,6
Norwegen	15,9	61,1	20,2	2,8
Schweiz	59,2	24,2	13,6	3,0
Serbien	28,2	60,5	11,3	0,1

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ilc_lvho01](#))

2.4 Sozialschutz

Der Sozialschutz umfasst Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen zur Verringerung der Lasten, die für **private Haushalte** und Einzelpersonen durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse entstehen, sofern diese weder eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit erfordern noch im Rahmen individueller Vereinbarungen erfolgen.

Im Jahr 2012 machten **Sozialschutzleistungen** 96,2% der Sozialschutzausgaben der EU-28 aus; die übrigen 3,8% entfielen auf Verwaltungskosten und andere Ausgaben. Auf Alterssicherungs- und Gesundheitsleistungen/**Gesundheitswesen** entfielen zusammen 67,6% der Sozialschutzausgaben insgesamt, während Leistungen für Familien/



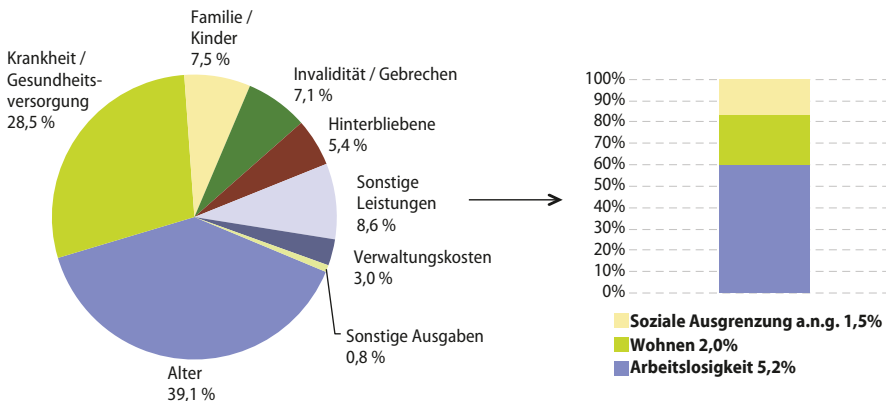
Kinder, Invaldität/Gebrechen, Hinterbliebene und **Arbeitslosigkeit** jeweils zwischen 5,2 % und 7,5 % ausmachten. Auf Leistungen im Zusammenhang mit Wohnen und sozialer Ausgrenzung (soweit nicht anderweitig klassifiziert) entfielen die übrigen 2,0 % bzw. 1,5 %.

Bei der Höhe der Sozialschutzausgaben im Verhältnis zum BIP war 2012 Dänemark führend (34,6 %), gefolgt von Frankreich (34,2 %) und den Niederlanden (33,3 %), während Irland, Griechenland, Finnland, Belgien, Schweden, Italien und Österreich ebenfalls 30,0 % oder mehr meldeten. Dagegen lagen die Sozialschutzausgaben in den folgenden Ländern bei unter 20,0 % des BIP: Polen, Malta, Slowakei, Bulgarien, Litauen, Rumänien, Estland und Lettland (wo mit 14,0 % der niedrigste Anteil ver-

zeichnet wurde). Die Türkei meldete eine noch niedrigeren Wert von gerade 13,8 %.

In Irland, wo die Sozialschutzausgaben im Verhältnis zum BIP 2012 um 11,3 Prozentpunkte über dem Wert von 2008 lagen, wurde der höchste Anstieg während dieses Zeitraums in den EU-Mitgliedstaaten verzeichnet. Griechenland, Finnland, die Niederlande, Slowenien, Dänemark, Spanien, Zypern und das Vereinigte Königreich meldeten während desselben Zeitraums Anstiege zwischen 3,2 und 5,0 Prozentpunkten. Dagegen betrug der Anstieg der Sozialschutzausgaben im Verhältnis zum BIP zwischen 2008 und 2012 in Schweden, Estland und Litauen 1,0 Prozentpunkte oder weniger; während dieser Wert in Ungarn und Polen 2012 niedriger war als 2008.

Abbildung 2.4: Struktur der Sozialschutzausgaben, EU-28, 2012 ⁽¹⁾
(in % der Gesamtausgaben)



⁽¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [spr_exp_sum](#))



Tabelle 2.4: Sozialschutzausgaben, 2002–12
(in % des BIP)

	2002	2005	2008	2009	2010	2011	2012
EU-28	:	:	26,7	29,5	29,4	29,0	29,5
EU-27	:	27,0	26,7	29,6	29,4	29,0	29,5
ER-18	27,3	27,6	27,5	30,3	30,3	30,0	30,4
Belgien	26,8	27,5	28,3	30,6	30,1	30,4	30,8
Bulgarien	:	15,1	15,5	17,2	18,1	17,7	17,4
Tsch. Republik	19,4	18,4	18,0	20,3	20,2	20,4	20,8
Dänemark	29,7	30,2	30,7	34,7	34,3	34,3	34,6
Deutschland	30,4	29,9	28,0	31,5	30,6	29,4	29,5
Estland	12,7	12,6	14,9	19,0	18,0	16,1	15,4
Irland	16,4	17,2	21,2	26,2	29,0	30,2	32,5
Griechenland	24,0	24,9	26,2	28,0	29,1	30,2	31,2
Spanien	20,0	20,6	22,0	25,2	25,5	26,0	25,9
Frankreich (¹)	30,5	31,5	31,3	33,6	33,7	33,4	34,2
Kroatien	:	:	18,7	20,8	21,0	20,7	21,2
Italien	25,2	26,3	27,7	29,9	29,9	29,7	30,3
Zypern	16,3	18,4	19,5	21,1	22,1	22,8	23,1
Lettland	14,3	12,8	12,7	16,9	17,8	15,1	14,0
Litauen	14,0	13,2	16,1	21,2	19,1	17,0	16,5
Luxemburg	21,6	21,7	21,4	24,3	23,1	22,5	23,3
Ungarn	20,4	21,9	22,9	23,4	23,1	22,1	21,8
Malta	17,2	17,8	18,1	19,6	19,1	18,7	19,4
Niederlande	27,6	27,9	28,5	31,6	32,1	32,3	33,3
Österreich	28,9	28,8	28,5	30,7	30,6	29,8	30,2
Polen	21,1	20,0	19,4	20,6	20,0	19,1	18,1
Portugal	22,8	24,5	24,3	26,8	26,8	26,5	26,9
Rumänien	13,6	13,4	14,4	17,2	17,6	16,4	15,6
Slowenien	24,3	23,0	21,4	24,2	25,0	25,0	25,4
Slowakei	19,1	16,5	16,1	18,8	18,7	18,3	18,4
Finnland	25,7	26,7	26,2	30,4	30,6	30,0	31,2
Schweden	31,3	31,1	29,5	32,0	30,4	29,7	30,5
Ver. Königreich	25,6	25,8	25,6	28,3	27,9	28,0	28,8
Island	21,2	21,7	22,0	25,4	24,5	25,0	25,2
Norwegen	26,0	23,7	22,2	26,0	25,6	25,1	25,0
Schweiz	26,4	27,2	24,5	26,9	27,0	26,8	27,5
Serbien	:	:	:	:	24,6	23,2	24,4
Türkei (²)	9,6	11,0	11,9	14,1	13,5	13,2	13,8

(¹) 2009: Bruch in der Reihe.

(²) 2008: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [spr_exp_sum](#))

2.5 Kriminalität

Bei Vergleichen zwischen den Kriminalitätsstatistiken der EU-Mitgliedstaaten sollten keine direkten Vergleiche zwischen den Kriminalitätsraten der Länder für ein bestimmtes Jahr vorgenommen werden, vielmehr sollten die Entwicklungen im zeitlichen Verlauf zugrunde gelegt werden.

Grund hierfür ist, dass die Darstellung der Daten durch verschiedene Faktoren beeinflusst sein kann, z.B. den Umfang der Kriminalisierung, die Effizienz der Strafjustizsysteme und die Praktiken der polizeilichen Erfassung. Zudem werden nicht alle Straftaten polizeilich registriert.



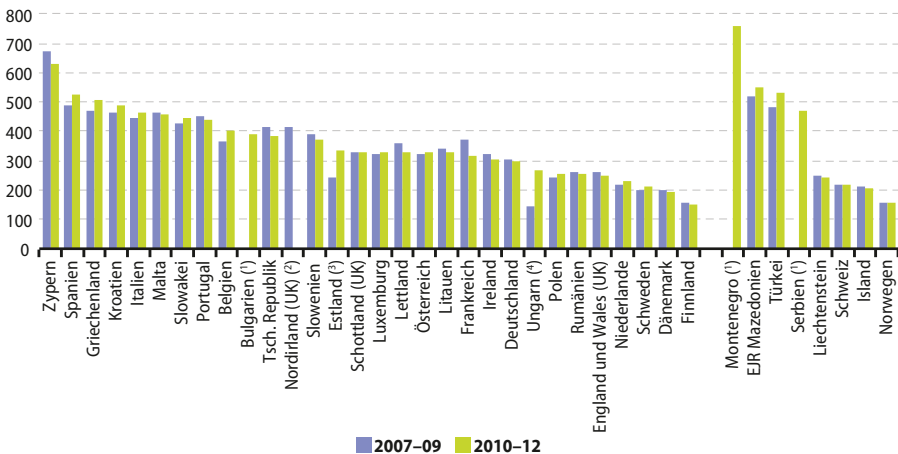
In zehn EU-Mitgliedstaaten hat die Zahl der Straftaten zwischen 2007 und 2012 zugenommen (für Irland und Frankreich sind keine Zeitreihen verfügbar). In den verbleibenden 16 EU-Mitgliedstaaten hingegen die registrierte Gesamtkriminalität zurück, wobei die deutlichsten Veränderungen in Griechenland (54%), Teilen des Vereinigten Königreichs (25% in England und Wales sowie 29% in Schottland), Estland (19%) und der Slowakei (18%) zu beobachten waren; es ist zu beachten, dass der besonders starke Rückgang in Griechenland zum Teil auf einen Zeitreihenbruch zurückzuführen sein könnte.

England und Wales hatten den größten Anteil an der in diesem Zeitraum in der EU-28 verzeichneten rückläufigen Entwicklung: Hier wurden 2012 über 1,2 Mio. weniger Straftaten erfasst als 2007. Im Hinblick auf die Drittländer, stieg in der Türkei die

Gesamtzahl der polizeilich erfassten Straftaten zwischen 2007 und 2012 um 96%.

Im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße meldete Zypern im Zeitraum zwischen 2010 und 2012 die meisten Polizeibeamten (631 pro 100 000 Einwohner), während diesbezüglich in Finnland (151 pro 100 000 Einwohner) der niedrigste Wert verzeichnet wurde. Zwischen den Zeiträumen von 2007 bis 2009 sowie von 2010 bis 2012 waren hinsichtlich der Zahl der Polizeibeamten im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße in Ungarn und Estland — wobei allerdings die Daten für diese beiden Mitgliedstaaten in diesem Zeitraum Zeitreihenbrüche aufweisen — sowie in Belgien, Spanien und Griechenland besonders starke Zuwächse festzustellen. Frankreich und Zypern hingegen verzeichneten in diesem Zeitraum den stärksten Rückgang der Zahl der Polizeibeamten im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsgröße.

Abbildung 2.5: Polizeibeamte, Durchschnitt pro Jahr, 2007–09 und 2010–12 (pro 100 000 Einwohner)



(¹) 2007–09: nicht verfügbar.

(²) 2010–12: nicht verfügbar.

(³) 2010: Bruch in der Reihe.

(⁴) 2008 und 2011: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [crim_plce](#), [demo_pjan](#) und [demo_r_d2jan](#))



Tabelle 2.5: Polizeilich registrierte Kriminalität, 2002–12
(in Tsd.)

	2002	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Belgien	1 012,8	1 034,4	1 043,6	1 067,3	1 072,0	1 111,0	1 073,8
Bulgarien	146,9	134,7	126,7	138,1	147,0	128,6	120,6
Tsch. Republik	372,3	357,4	343,8	332,8	313,4	317,2	304,5
Dänemark	491,5	445,3	477,0	491,8	471,1	466,8	440,8
Deutschland	6 507,4	6 284,7	6 114,1	6 054,3	5 933,3	5 990,7	5 997,0
Estland (¹)	53,3	50,4	51,0	48,4	48,3	42,6	40,8
Irland	106,4	:	:	:	:	:	:
Griechenland (²)	441,1	423,4	417,4	386,9	334,0	194,0	194,1
Spanien (¹)(³)	2 183,5	2 309,9	2 396,9	2 339,2	2 297,5	2 285,5	2 268,9
Frankreich	4 113,9	3 589,3	3 558,3	3 521,3	:	:	:
Kroatien	77,9	75,9	74,6	73,5	73,3	75,6	72,2
Italien (¹)	2 231,6	2 933,1	2 709,9	2 629,8	2 621,0	2 763,0	2 818,8
Zypern	4,8	7,6	7,3	7,1	8,4	8,5	8,0
Lettland (¹)	49,3	55,6	57,5	56,7	51,1	51,6	49,9
Litauen	72,6	68,0	72,0	76,3	70,6	72,1	75,3
Luxemburg	26,0	28,3	28,2	32,4	30,5	35,7	37,6
Ungarn	420,8	426,9	408,4	394,0	447,2	451,4	472,2
Malta	17,0	15,0	13,8	12,0	13,3	14,2	15,6
Niederlande (¹)	1 401,9	1 303,8	1 277,8	1 254,5	1 194,0	1 194,1	1 139,7
Österreich	591,6	594,2	572,7	591,6	535,7	540,0	548,0
Polen	1 404,2	1 153,0	1 082,1	1 129,6	1 151,2	1 159,6	1 119,8
Portugal	391,6	398,6	430,5	426,0	422,6	413,7	403,2
Rumänien	312,2	281,5	289,3	299,9	292,7	258,9	308,5
Slowenien	77,2	88,2	81,9	87,5	89,5	88,7	91,4
Slowakei	107,4	110,8	104,8	104,9	95,3	92,9	90,4
Finnland (⁴)	435,0	435,8	440,7	441,4	431,6	458,3	425,4
Schweden	1 234,8	1 306,3	1 377,9	1 405,6	1 370,4	1 416,3	1 402,6
Ver. Königreich:							
England und Wales	5 975,0	4 952,3	4 702,7	4 338,3	4 150,9	4 023,3	3 731,3
Schottland (¹)	427,0	385,5	377,4	338,1	323,2	314,2	273,1
Nordirland	142,5	108,5	110,1	109,1	105,0	103,4	100,4
Island (¹)(⁵)	19,9	13,0	14,6	16,0	14,9	12,6	11,7
Liechtenstein	1,0	1,1	1,1	1,2	1,0	1,1	1,1
Norwegen	319,5	271,7	264,2	277,1	270,7	264,2	273,5
Schweiz (⁴)	356,8	326,2	323,2	676,3	656,9	693,0	750,4
Montenegro	8,9	9,3	8,3	8,1	7,0	6,1	5,8
EJR Mazedonien	18,3	26,2	28,3	27,3	28,5	29,5	29,9
Serbien	95,6	104,9	106,0	102,4	101,1	99,5	96,1
Türkei (¹)	438,7	970,6	1 012,3	1 288,1	1 521,7	1 652,8	1 904,5
Albanien	:	:	58,1	:	:	:	:
Kosovo	:	:	36,2	33,1	36,8	64,8	65,2

(¹) Zwischen 2002 und 2007: Bruch in der Reihe.

(²) 2011: Bruch in der Reihe.

(³) 2008: Bruch in der Reihe.

(⁴) 2009: Bruch in der Reihe.

(⁵) 2010: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: crim_gen)

Gesundheit

3





Einleitung

Gesundheit liegt den Europäerinnen und Europäern besonders am Herzen. Sie wünschen sich ein langes gesundes Leben und erwarten Schutz vor Krankheiten und Unfällen sowie eine angemessene Gesundheitsversorgung. Gesundheitsthemen berühren zahlreiche Aspekte — etwa den Verbraucherschutz (Fragen der Lebensmittelsicherheit), die Sicherheit am Arbeitsplatz und umwelt- oder sozialpolitische Maßnahmen.

Im März 2014 wurde das dritte mehrjährige Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2014–20) (Verordnung (EU) Nr. 282/2014) mit dem Titel „Gesundheit für Wachstum“ verabschiedet. In diesem neuen Programm wird der Zusammenhang zwischen Gesundheit und wirtschaftlichem Wohlstand betont; denn die Gesundheit des Einzelnen hat direkte Auswirkungen auf die Produktivität, die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und das Humankapital und damit auf die Wirtschaftsleistung.

Europäische Gesundheitsstatistiken basieren auf zwei Quellen: Verwaltungsdaten und Erhebungen. Verwaltungsdaten bilden die Grundlage für wichtige Datensammlungen u. a. über personelle und technische Ressourcen und Aktivitäten, Gesundheitsausgaben, Todesursachen und Arbeitsunfälle. Die allgemeinen Bevölkerungserhebungen in der Gesundheitsstatistik umfassen das europäische Mindestmodul zur Gesundheit, das in die jährliche Erhebung zur EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) integriert wurde, die fünfjährliche European health interview survey (EHIS) (auf Englisch) sowie spezifische Ad-hoc-Module der Arbeitskräfteerhebung (AKE), beispielsweise die Module der Jahre 1999, 2007 und 2013 über Arbeitsunfälle und andere arbeitsbedingte Gesundheitsschäden.

3.1 Gesunde Lebensjahre

Ob wir die zusätzlichen Lebensjahre, die wir durch die gestiegene Lebenserwartung erhoffen können, bei guter Gesundheit verbringen, ist eine entscheidende Frage. Da sich diese Frage durch den Indikator [Lebenserwartung bei der Geburt](#) nicht vollständig beantworten lässt, wurden Indikatoren für die Gesundheitserwartung eingeführt, zum Beispiel der Indikator für [gesunde Lebensjahre](#) (auch [behinderungsfreie Lebenserwartung](#)) genannt. Bei diesen Indikatoren liegt der Schwerpunkt auf der Lebensqualität im Sinne einer guten Gesundheit und nicht auf der Lebensdauer, die anhand der [Lebenserwartung](#) gemessen wird. Der Indikator „gesunde Lebensjahre“ ist eine wichtige Messgröße für die relative

Gesundheit der Bevölkerung der [Europäischen Union \(EU\)](#).

Im Jahr 2013 wurde die Zahl der gesunden Lebensjahre bei der Geburt in der [EU-28](#) auf 61,4 Jahre für Männer und 61,5 Jahre für Frauen geschätzt. Diese Werte entsprachen rund 79% der gesamten Lebenserwartung bei der Geburt für Männer und 74% für Frauen.

Frauen hatten 2013 in der EU-28 eine um durchschnittlich 5,5 Jahre höhere Lebenserwartung als Männer. Allerdings ist davon auszugehen, dass Frauen in den Jahren, die sie länger leben als Männer, mit Aktivitätseinschränkungen rechnen müssen.



Tatsächlich war der **geschlechtsspezifische Unterschied** beim Indikator für gesunde Lebensjahre 2013 mit gerade 0,1 Jahren Differenz zugunsten der Frauen deutlich geringer als bei der Lebenserwartung insgesamt. Männer verbringen zumeist einen größeren Teil ihres im Vergleich zu den Frauen kürzeren Lebens frei von Aktivitätseinschränkungen. In 16 EU-Mitgliedstaaten hatten Frauen mehr gesunde Lebensjahre bei der Geburt zu erwarten als Männer, wobei in Estland, Polen und Bulgarien eine Differenz von mehr als 3,0 Jahren und in Litauen ein Spitzenwert von 4,8 Jahren verzeichnet wurde.

Eine Analyse, bei der die gesunden Lebensjahre beider Geschlechter im Alter von 65 miteinander verglichen wurden, zeigt, dass 2013 in 12 EU-Mitgliedstaaten Männer davon ausgehen konnten, länger gesund zu bleiben als Frauen. Dies galt insbesondere für Griechenland (hier konnten Männer erwarten, mindestens ein Jahr länger ohne Beeinträchtigungen zu leben). In Dänemark, Irland und Bulgarien hingegen konnten Frauen davon ausgehen, mindestens ein Jahr länger ohne Beeinträchtigungen zu leben als Männer.

Tabelle 3.1: Gesunde Lebensjahre, 2013
(in Jahren)

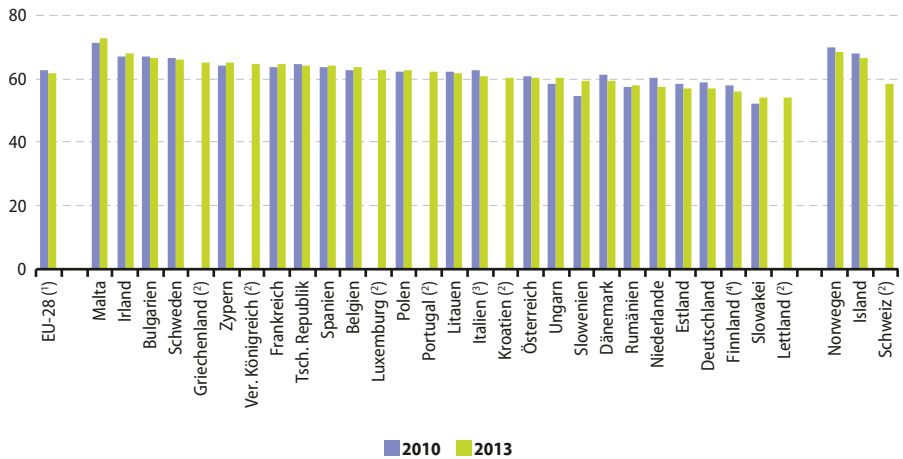
	Gesunde Lebensjahre bei der Geburt			Gesunde Lebensjahre mit 65 Jahren		
	Frauen	Männer	Unterschied	Frauen	Männer	Unterschied
EU-28	61,5	61,4	0,1	8,6	8,5	0,1
Belgien	63,7	64,0	-0,3	10,9	10,8	0,1
Bulgarien	66,6	62,4	4,2	9,9	8,7	1,2
Tsch. Republik	64,2	62,5	1,7	8,9	8,5	0,4
Dänemark	59,1	60,4	-1,3	12,7	11,6	1,1
Deutschland	57,0	57,8	-0,8	7,0	7,0	0,0
Estland	57,1	53,9	3,2	5,7	5,1	0,6
Irland	68,0	65,8	2,2	12,1	10,9	1,2
Griechenland	65,1	64,7	0,4	6,8	8,0	-1,2
Spanien	63,9	64,7	-0,8	9,0	9,7	-0,7
Frankreich	64,4	63,0	1,4	10,7	9,8	0,9
Kroatien	60,4	57,6	2,8	5,9	5,5	0,4
Italien	60,9	61,8	-0,9	7,1	7,7	-0,6
Zypern	65,0	64,3	0,7	8,7	9,5	-0,8
Lettland	54,2	51,7	2,5	4,2	4,0	0,2
Litauen	61,6	56,8	4,8	6,3	5,9	0,4
Luxemburg	62,9	63,8	-0,9	10,6	10,9	-0,3
Ungarn	60,1	59,1	1,0	6,1	6,2	-0,1
Malta	72,7	71,6	1,1	12,7	12,8	-0,1
Niederlande	57,5	61,4	-3,9	9,2	9,5	-0,3
Österreich	60,2	59,7	0,5	8,8	8,9	-0,1
Polen	62,7	59,2	3,5	7,8	7,2	0,6
Portugal	62,2	63,9	-1,7	9,3	9,6	-0,3
Rumänien	57,9	58,6	-0,7	5,2	5,8	-0,6
Slowenien	59,5	57,6	1,9	7,6	7,2	0,4
Slowakei	54,3	54,5	-0,2	3,7	4,2	-0,5
Finnland (¹)	56,2	57,3	-1,1	9,0	8,4	0,6
Schweden	66,0	66,9	-0,9	13,8	12,9	0,9
Ver. Königreich	64,8	64,4	0,4	10,7	10,6	0,1
Island	66,7	71,7	-5,0	15,1	15,1	0,0
Norwegen	68,6	71,0	-2,4	14,8	15,0	-0,2
Schweiz	58,4	61,5	-3,1	10,4	10,6	-0,2

(¹) 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [hlth_hlye](#))



Abbildung 3.1.1: Gesunde Lebensjahre bei der Geburt, Frauen, 2010 und 2013
(in Jahren)



(1) Schätzungen.

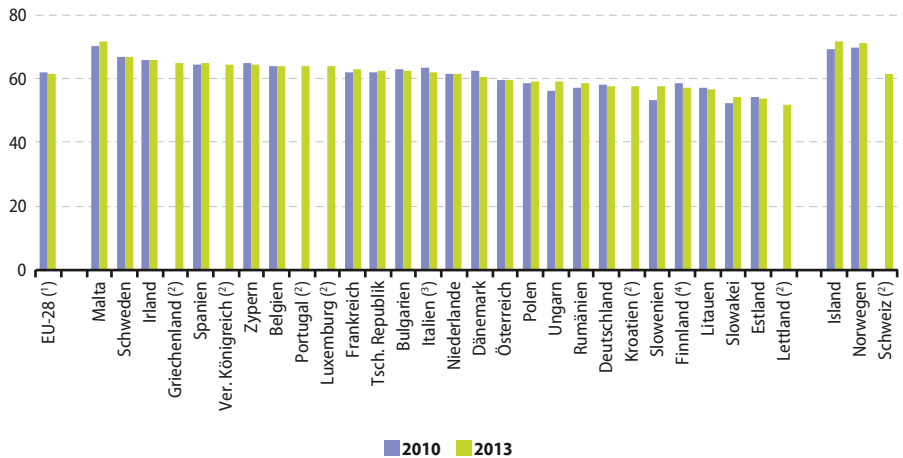
(2) 2010: nicht vergleichbar aufgrund eines Bruchs in den Zeitreihen.

(3) Daten für 2011 statt 2010.

(4) Daten für 2012 statt 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hlth_hlye)

Abbildung 3.1.2: Gesunde Lebensjahre bei der Geburt, Männer, 2010 und 2013
(in Jahren)



(1) Schätzungen.

(2) 2010: nicht vergleichbar aufgrund eines Bruchs in den Zeitreihen.

(3) Daten für 2011 statt 2010.

(4) Daten für 2012 statt 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hlth_hlye)



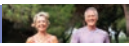
3.2 Todesursachen

Das Risiko, an einer bestimmten Krankheit oder aufgrund anderer Ursachen zu sterben, lässt sich ermitteln, indem man alle Todesfälle in der Bevölkerung zu den zugrunde liegenden Todesursachen ins Verhältnis setzt. Anhand **standardisierter Sterberaten** können die ermittelten Zahlen nach Alter, Geschlecht, Land, in dem sich der Todesfall ereignete/Wohnort des Verstorbenen, und Region (NUTS Ebene 2) weiter aufgeschlüsselt werden.

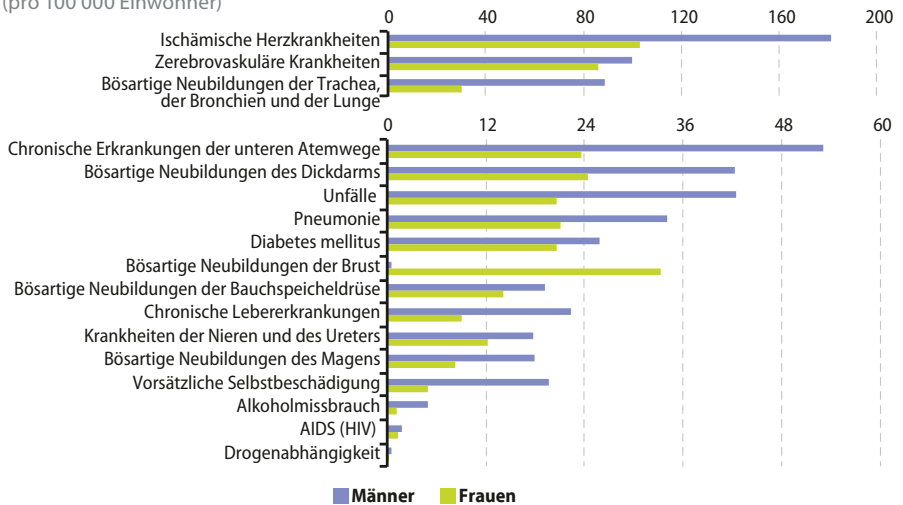
Zwischen 2004 und 2012 nahmen in der EU-28 die standardisierten Sterberaten im Fall von Krebs bei den Männern um 10,2% und bei den Frauen um 5,5% ab. Größere Rückgänge gab es auch bei den Todesfällen aufgrund von ischämischen Herzkrankheiten: Hier gingen die Sterbeziffern um 28,5% (Männer) bzw. 30,4% (Frauen) zurück. Bei den Verkehrsunfällen fielen die Rückgänge mit 40,8% (Männer) bzw. 43,8% (Frauen) noch höher aus.

Zu den Krankheiten des Kreislaufsystems zählen Krankheiten, die auf Bluthochdruck, Cholesterin, Diabetes und Rauchen zurückzuführen sind. Was diese Gruppe von Erkrankungen des Kreislaufsystems betrifft, so führten ischämische Herzkrankheiten und zerebrovaskuläre Krankheiten am häufigsten zum Tod. Im Jahr 2012 starben in der EU-28 137 von 100 000 Einwohnern an ischämischen Herzkrankheiten.

Krebs stellte mit durchschnittlich 267 Sterbefällen pro 100 000 Einwohner 2012 eine der Haupttodesursachen in der EU-28 dar. Zu den am häufigsten auftretenden Krebsformen zählten mit einer standardisierten Sterberate von jeweils mehr als 10 von 100 000 Einwohnern bösartige Neubildungen im Bereich von Luftröhre, Bronchien und Lunge, Dickdarm, Übergangsstelle des Colon sigmoideum in das Rektum, Rektum, Anus und Afterkanal, Brust, Bauchspeicheldrüse, Magen, Leber und Gallengängen.

**Abbildung 3.2:** Todesursachen — standardisierte Sterberate, EU-28, 2012 ⁽¹⁾

(pro 100 000 Einwohner)



⁽¹⁾ Schätzungen. Die Rangfolge richtet sich nach dem Durchschnitt der Werte für Männer und Frauen. Zu beachten sind die unterschiedlichen Skalen in den beiden Teilen der Abbildung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [hlth_cd_asdr2](#))

Tabelle 3.2: Todesursachen — standardisierte Sterberate pro 100 000 Einwohner, EU-28,2004–12 ⁽¹⁾

(2009 = 100)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Frauen								
Krebs ⁽²⁾	104,2	103,4	102,3	101,6	101,4	100,0	99,2	99,0	98,5
Lungenkrebs ⁽²⁾	:	:	:	:	:	100,0	101,8	104,5	105,7
Nervensystem	89,7	93,9	93,6	95,5	99,0	100,0	101,3	104,1	110,6
Ischämische Herzkrankheiten	127,5	123,9	114,8	110,2	104,8	100,0	95,7	90,3	88,7
Transportmittelunfälle	138,9	130,6	122,2	119,4	111,1	100,0	88,9	85,3	78,1
Brustkrebs	107,6	106,1	104,4	102,0	102,0	100,0	98,8	98,1	97,1
	Männer								
Krebs ⁽²⁾	107,5	105,5	103,5	102,2	101,4	100,0	98,5	97,4	96,5
Lungenkrebs ⁽²⁾	:	:	:	:	:	100,0	98,4	97,0	95,1
Nervensystem	93,4	97,1	95,8	96,3	99,2	100,0	101,1	102,6	108,6
Ischämische Herzkrankheiten	125,6	121,8	113,3	108,9	104,1	100,0	96,7	91,6	89,8
Transportmittelunfälle	135,4	128,3	121,3	119,7	111,0	100,0	88,2	86,5	80,2

⁽¹⁾ 2004, 2005 und 2010: vorläufig. 2012: Schätzungen.

⁽²⁾ Bösartige Neubildungen.

⁽³⁾ Bösartige Neubildungen der Trachea, der Bronchien und der Lunge.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [hlth_cd_asdr](#) und [hlth_cd_asdr2](#))



3.3 Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitssituation des Einzelnen und der Bevölkerung insgesamt wird durch genetische Faktoren und Umweltfaktoren, kulturelle und sozioökonomische Gegebenheiten sowie das zur Verhütung und Behandlung von Krankheiten zur Verfügung stehende Angebot an Gesundheitsleistungen beeinflusst.

Mit nichtmonetären Statistiken kann beurteilt werden, inwieweit das Gesundheitssystem eines Landes in der Lage ist, einen allgemeinen Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung zu bieten, indem die personellen und technischen Ressourcen, der Einsatz dieser Ressourcen und der Bedarf der Patienten gemessen werden.

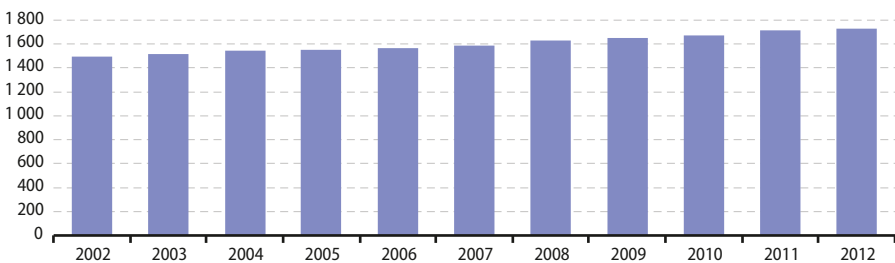
Im Jahr 2012 gab es in der EU-28 etwa 1,7 Millionen Ärzte und damit 227 000 mehr als zehn Jahre zuvor.

Einer der wichtigsten Indikatoren, mit denen das Gesundheitspersonal gemessen wird, ist die Zahl der Ärzte pro 100 000 Einwohner. Griechenland verzeichnete mit 614 pro 100 000 Einwohner den

höchsten Anteil (Daten von 2011 für fachlich aktive Ärzte). Österreich (490), Litauen (422) und Portugal (410; approbierte Ärzte) hatten die nächsthöchsten Quoten und waren die einzigen anderen Mitgliedstaaten, die mehr als 400 Ärzte pro 100 000 Einwohner meldeten. Weniger als 270 Ärzte pro 100 000 Einwohner wurden hingegen in Rumänien, Slowenien und Polen verzeichnet, wo die niedrigste Quote registriert wurde (221 Ärzte pro 100 000 Einwohner).

Die Zahl der Krankenhausbetten pro 100 000 Einwohner lag 2011 bei durchschnittlich 534,9 in der EU-28. Sie sank von 2001 bis 2011 in der gesamten EU-28 um 92 Betten pro 100 000 Einwohner. Ursachen für den Abbau können unter anderem wirtschaftliche Zwänge, Effizienzsteigerungen durch den Einsatz technischer Mittel (beispielsweise bildgebende Geräte), eine allgemeine Verlagerung von stationären zu ambulanten Behandlungsformen und eine kürzere Krankenhausverweildauer nach medizinischen Eingriffen sein.

Abbildung 3.3: Anzahl der praktizierenden Ärzte, EU-28, 2002–12 ⁽¹⁾
(in Tsd.)



⁽¹⁾ Zum Zwecke dieser Veröffentlichung vorgenommene Schätzungen. Brüche in den Zeitreihen. Ohne Dänemark und Irland. Griechenland, Frankreich, Italien, Niederlande, Slowakei und Finnland: fachlich aktive Ärzte. Malta und Portugal: approbierte Ärzte.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [hlth_rs_psr1](#))



Tabelle 3.3: Ärzte nach medizinischer Fachrichtung, 2012 ⁽¹⁾
(pro 100 000 Einwohner)

	Insgesamt	Allgemein- mediziner	Kinderärzte	Gynäkologen und Geburtsheifer	Psychiater	Medizinische Fachgruppe	Chirurgische Fachgruppe	Andere Spezialisten, nicht anderswo erwähnt
Belgien ⁽²⁾	293	111,2	12,2	12,2	16,9	80,3	54,8	:
Bulgarien ⁽²⁾	391	67,0	19,4	18,9	8,0	127,9	76,7	68,5
Tsch. Republik ⁽²⁾	367	70,2	12,6	25,2	14,2	149,2	87,1	:
Dänemark ⁽³⁾	348	73,3	6,7	9,5	16,9	57,8	52,2	:
Deutschland ⁽²⁾	389	160,0	11,8	19,7	20,8	89,7	78,0	2,2
Estland ⁽²⁾	328	84,9	12,3	20,2	13,8	87,0	72,5	11,6
Irland	271	240,0	11,5	8,4	25,4	83,0	55,5	1,3
Griechenland ⁽⁵⁾	614	30,3	29,6	25,3	16,9	185,7	101,6	4,0
Spanien ⁽²⁾	369	74,3	25,8	12,1	10,1	74,5	83,4	25,5
Frankreich	308	155,6	11,6	12,3	22,3	81,8	45,1	3,0
Kroatien ⁽²⁾	299	77,0	17,6	17,3	14,5	99,8	56,1	9,3
Italien ⁽²⁾	385	98,1	13,0	22,0	18,9	137,5	104,4	24,9
Zypern	304	:	:	:	:	:	:	:
Lettland ⁽²⁾	314	64,5	13,3	21,8	16,0	94,0	69,0	34,9
Litauen ⁽²⁾	422	85,1	28,2	25,1	21,4	147,0	95,6	7,4
Luxemburg	280	83,1	15,6	15,3	20,5	81,9	61,8	0,0
Ungarn ⁽⁴⁾	309	33,5	26,6	12,2	10,5	78,4	37,4	:
Malta	329	192,2	15,0	11,7	6,4	63,9	60,1	:
Niederlande ⁽⁶⁾	313	125,5	8,9	7,8	20,5	77,8	36,6	19,2
Österreich ⁽²⁾	490	159,7	15,2	19,6	14,7	103,5	88,7	0,8
Polen ⁽²⁾	221	41,2	12,5	13,4	8,3	94,0	49,0	0,2
Portugal ⁽²⁾	410	207,6	15,6	15,1	10,8	91,3	61,2	10,7
Rumänien ⁽²⁾	261	87,9	11,3	11,3	9,2	74,1	44,0	16,0
Slowenien ⁽²⁾	254	52,9	24,2	16,4	10,8	83,3	51,0	5,4
Slowakei	336	:	:	:	:	:	:	:
Finnland ⁽²⁾	329	116,5	9,8	11,1	20,0	62,5	37,9	3,6
Schweden ⁽⁶⁾	392	62,9	10,4	14,2	21,9	87,6	62,5	11,1
Ver. Königreich	275	80,1	14,9	11,9	18,8	63,4	74,2	10,9
Island	357	57,1	4,4	11,5	21,2	111,6	69,5	0,3
Liechtenstein	316	100,9	13,6	21,8	27,3	84,6	68,2	0,0
Norwegen ⁽²⁾	423	99,2	11,9	9,8	20,2	53,3	43,0	85,8
Schweiz ⁽²⁾	392	105,6	17,6	18,1	45,1	64,8	68,1	2,2
EJR Mazedonien ⁽²⁾	279	93,9	19,3	17,4	10,1	76,9	41,9	14,8
Serbien	310	:	:	:	:	:	:	:
Türkei ⁽²⁾	173	56,4	8,9	8,5	3,8	47,7	38,6	5,8

⁽¹⁾ Praktizierende Ärzte, außer: Griechenland, Niederlanden, Slowakei, Finnland, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und Türkei (Fachlich aktive); Portugal (approbierte).

⁽²⁾ Analyse nach medizinischer Fachrichtung: 2011.

⁽³⁾ 2009.

⁽⁴⁾ 2010.

⁽⁵⁾ 2011.

⁽⁶⁾ Insgesamt: 2011. Analyse nach medizinischer Fachrichtung: 2010.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [hlth_rs_prs1](#), [hlth_rs_spec](#) und [demo_pjan](#))



3.4 Gesundheitsausgaben

Zwischen den EU-Mitgliedstaaten bestehen zwar erhebliche Unterschiede hinsichtlich Organisation und Finanzierung ihrer Gesundheitssysteme, doch würden sicherlich die meisten Bürgerinnen und Bürger Europas zustimmen, dass der allgemeine Zugang zu einer guten und bezahlbaren Gesundheitsversorgung zu den Grundbedürfnissen sowohl des Einzelnen als auch der Gesellschaft als Ganzes zählt. Darüber hinaus gehört er zu den gemeinsamen Werten und Grundsätzen in den EU-Gesundheitssystemen.

In Deutschland beliefen sich die laufenden Gesundheitsausgaben im Jahr 2012 auf ungefähr 290 Mrd. EUR, was 10,9% des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** entsprach. In Belgien betragen die laufenden Gesundheitsausgaben ebenfalls 10,9% des BIP; Frankreich (11,2%) und die Niederlande (11,8%) waren die einzigen EU-Mitgliedstaaten, von denen höhere Werte gemeldet wurden. Auch Dänemark und Österreich teilten mit, dass die laufenden Gesundheitsausgaben 10,0% des BIP überstiegen. Von den in Tabelle 1 aufgeführten Drittstaaten erreichte oder überstieg das Verhältnis der laufenden Gesundheitsausgaben zum BIP 10,0% in Neuseeland, Japan, Kanada (jeweils Daten für 2011) und der Schweiz und verzeichnete in den Vereinigten Staaten mit 16,2% einen Höchststand. Dagegen

entsprachen die laufenden Gesundheitsausgaben in Litauen, Polen, Lettland (Daten für 2010) und Estland weniger als 6,5% des BIP, und die niedrigste Quote (5,5%) meldete Rumänien.

Die funktionellen Muster der Gesundheitsausgaben zeigen dass 2012 in den meisten EU-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, mit Ausnahme Belgiens, Bulgariens, der Slowakei (beide Daten für 2011) und Rumäniens mehr als 50,0% der laufenden Gesundheitsausgaben Leistungen der kurativen und der rehabilitativen Gesundheitsversorgung betrafen; in Kanada (Daten für 2011) entfiel auf die Leistungen der kurativen und der rehabilitativen Gesundheitsversorgung ebenfalls weniger als die Hälfte der laufenden Gesundheitsausgaben.

Die ambulante Abgabe medizinischer Güter bildete die größtmäßig zweitbedeutendste Funktion; im Durchschnitt beliefen sich die Ausgaben für diese Kategorie auf rund ein Viertel der gesamten laufenden Gesundheitsausgaben, wenngleich mit erheblichen Unterschieden: Der niedrigste Anteil wurde mit 10,1% in Dänemark verzeichnet, in Ungarn (35,4%), der Slowakei (38,0%, Daten für 2011) und Bulgarien (41,4%, Daten für 2011) lag er dagegen bei mehr als einem Drittel der Gesamtausgaben.



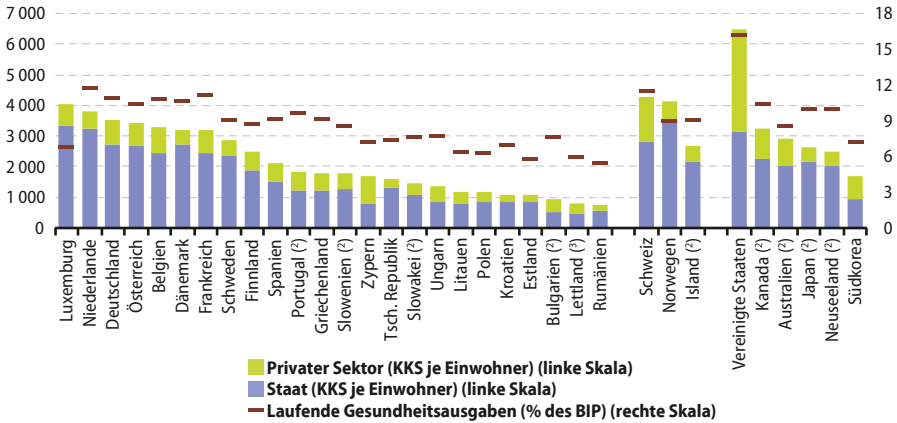
Tabelle 3.4: Gesundheitsausgaben nach Funktionen, 2012
(in % der laufenden Gesundheitsausgaben)

	Leistungen der kurativen und der rehabilitativen Gesundheitsversorgung	Langzeitpflege	Hilfsleistungen der Gesundheitsversorgung	Ambulante Abgabe medizinischer Güter	Prävention und Gesundheitsschutz	Verwaltung und Versicherung der Gesundheitsversorgung
Belgien	49,0	22,4	3,8	18,8	1,1	4,9
Bulgarien (†)	48,9	0,1	3,2	41,4	3,8	2,0
Tsch. Republik	60,1	3,9	5,7	24,5	2,1	3,0
Dänemark	57,3	24,0	4,1	10,1	2,3	2,2
Deutschland	54,5	12,6	4,8	19,4	3,3	5,4
Estland	54,9	4,4	11,1	24,3	3,4	2,0
Irland	:	:	:	:	:	:
Griechenland	64,4	0,7	4,5	27,2	1,2	2,0
Spanien	58,9	10,9	5,4	19,6	2,1	3,2
Frankreich	54,6	11,4	5,1	20,8	2,0	6,1
Kroatien	53,7	0,7	8,5	31,1	2,3	2,7
Italien	:	:	:	:	:	:
Zypern	64,8	2,8	10,7	18,9	1,3	1,3
Lettland (‡)	52,3	6,0	6,4	29,7	2,4	3,3
Litauen	52,4	7,7	5,0	31,8	1,2	2,0
Luxemburg	56,5	22,5	5,8	11,6	1,9	1,7
Ungarn	50,4	3,8	5,2	35,4	3,4	1,7
Malta	:	:	:	:	:	:
Niederlande	51,0	25,1	2,0	13,3	3,6	3,9
Österreich	60,2	14,5	3,2	16,5	1,8	3,8
Polen	60,1	7,0	5,1	24,6	2,0	1,2
Portugal (†)	62,6	1,7	8,8	23,0	2,1	1,8
Rumänien	46,2	11,5	3,9	29,9	6,8	1,7
Slowenien (†)	56,5	8,9	3,4	23,8	4,0	3,5
Slowakei (†)	46,9	0,3	8,5	38,0	2,8	3,5
Finnland	62,4	9,4	3,6	16,7	6,2	1,7
Schweden	66,6	7,6	4,4	15,2	3,9	1,6
Ver. Königreich	:	:	:	:	:	:
Island	59,3	18,6	1,7	17,0	1,3	2,2
Norwegen	50,1	28,9	7,2	10,6	2,5	0,6
Schweiz	58,9	20,1	3,4	11,0	2,1	4,4
Australien (†)	70,1	1,2	6,0	18,6	2,0	2,1
Kanada (†)	48,2	14,9	6,5	20,3	6,1	3,4
Japan (†)	63,7	9,1	0,7	22,0	2,9	1,6
Neuseeland (†)	59,2	14,5	5,2	10,7	6,4	4,0
Südkorea	56,0	12,7	1,0	22,5	3,1	4,8
Vereinigte Staaten	70,1	5,8	:	13,6	3,1	7,5

(†) 2011.

(‡) 2010.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hlth_sha_hc)


Abbildung 3.4: Laufende Gesundheitsausgaben, 2012 ⁽¹⁾


(1) Die Rangfolge richtet sich nach den laufenden Gesundheitsausgaben (KKS pro Einwohner). Dänemark, Zypern, Portugal, Island, Norwegen und Schweiz: vorläufig. Irland, Italien, Malta und Vereinigtes Königreich: nicht verfügbar.

(2) 2011.

(3) 2010.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [hlth_sha_hf](#))

3.5 Arbeitsunfälle

Ein Arbeitsunfall ist ein während der Arbeit eintretendes konkretes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Nicht tödliche Arbeitsunfälle sind Unfälle, die Ausfallzeiten von mehr als drei Tagen nach sich ziehen (und bisweilen auch als „schwere Arbeitsunfälle“ bezeichnet werden). Bei tödlichen Arbeitsunfällen handelt es sich um Unfälle, die innerhalb eines Jahres zum Tod des Unfallopfers führen.

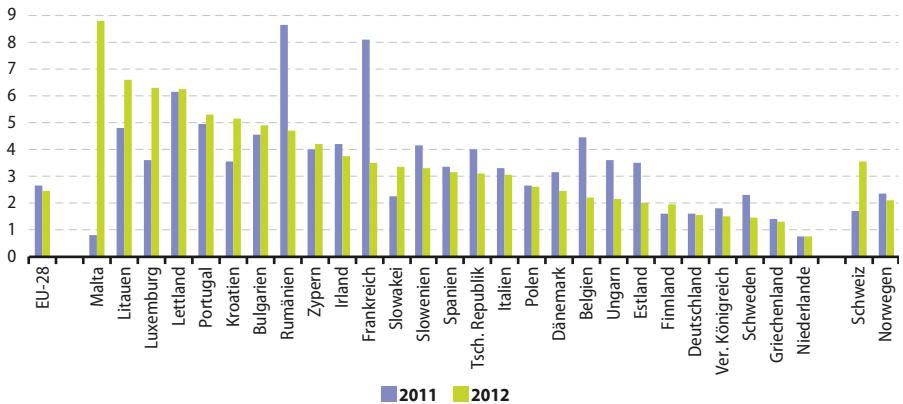
Im Jahr 2012 wurden etwas weniger als 2,5 Mio. nicht tödliche Arbeitsunfälle in der EU-28 verzeichnet, die Ausfallzeiten von mindestens vier Kalendertagen nach sich zogen, sowie schätzungsweise 3 515 tödliche Unfälle. Diese Werte bedeuten einen erheblichen Rückgang im Vergleich zu 2009. Damals war die Zahl der nicht tödlichen Unfälle um etwa 313 000 höher, die der tödlichen Unfälle um 310. Bei den Männern ist die Wahrscheinlichkeit eines nicht töd-

lichen oder eines tödlichen Arbeitsunfalls deutlich höher als bei den Frauen. 2009 waren in der EU-28 bei nahezu vier von fünf (78,5%) nicht tödlichen Arbeitsunfällen und bei neunzehn von zwanzig (95,6%) tödlichen Arbeitsunfällen Männer betroffen.

Eine andere Möglichkeit zur Analyse von Arbeitsunfällen besteht darin, die Zahl der Unfälle in Relation zur Zahl der Beschäftigten zu setzen („Inzidenzrate“). Abbildungen 3.5.1 und 3.5.2 zeigen standardisierte „Inzidenzraten“. Dabei wird davon ausgegangen, dass die relative Größe der Wirtschaftszweige in den einzelnen Volkswirtschaften denen in der EU insgesamt entspricht. In der EU-28 ereigneten sich 2012 durchschnittlich 2,44 tödliche Arbeitsunfälle pro 100 000 Beschäftigten, während es zu 1 702 nicht tödlichen Unfällen pro 100 000 Beschäftigten kam.



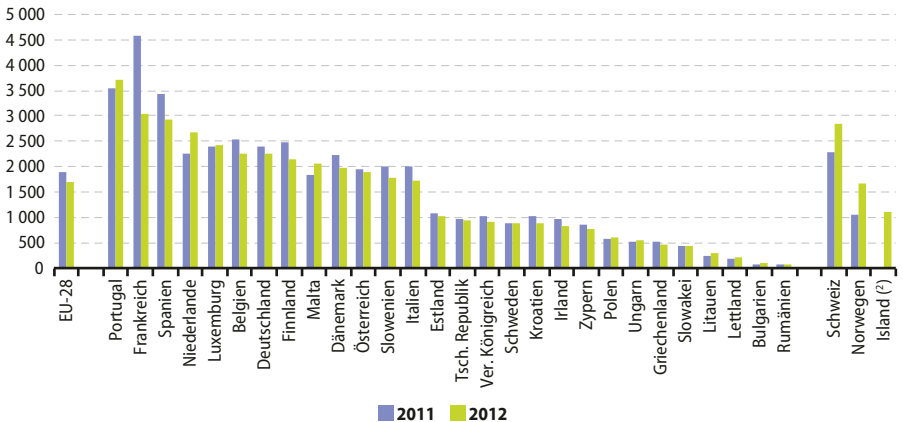
Abbildung 3.5.1: Tödliche Arbeitsunfälle, 2011 und 2012 ⁽¹⁾
(Standardisierte Inzidenzraten pro 100 000 Beschäftigten)



⁽¹⁾ NACE Rev. 2 Abschnitt A und Abschnitt C bis N, Österreich: Daten noch nicht validiert.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hsw_mi01)

Abbildung 3.5.2: Nicht tödliche Arbeitsunfälle, 2011 und 2012 ⁽¹⁾
(Standardisierte Inzidenzraten pro 100 000 Beschäftigten)



⁽¹⁾ NACE Rev. 2 Abschnitt A und Abschnitte C bis N. Im Rahmen von ESAW gemeldete nicht tödliche (schwere) Unfälle sind Unfälle, die Ausfallzeiten von mindestens vier vollen Kalendertagen nach sich ziehen.

⁽²⁾ 2011: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: hsw_n2_01)



Tabelle 3.5: Zahl der nicht tödlichen und tödlichen Arbeitsunfälle, 2012 ⁽¹⁾
(in Personen)

	Arbeitsunfälle mit Ausfallzeiten von mindestens vier Kalendertagen			Tödliche Arbeitsunfälle		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
EU-28	2 487 794	1 953 554	533 984	3 515	3 362	153
Belgien	49 546	40 451	9 093	46	46	0
Bulgarien	1 768	1 353	415	90	82	8
Tsch. Republik	36 013	26 820	9 193	104	102	2
Dänemark	34 245	26 825	7 292	43	42	1
Deutschland	709 940	578 076	131 794	473	452	21
Estland	4 993	3 065	1 928	11	10	1
Irland	9 794	6 828	2 921	42	42	0
Griechenland	11 926	9 446	2 480	37	34	3
Spanien	281 045	212 968	68 077	273	266	7
Frankreich	461 376	353 980	107 396	524	494	30
Kroatien	8 844	6 766	2 078	50	50	0
Italien	274 040	219 282	54 758	469	450	19
Zypern	1 511	1 127	384	7	7	0
Lettland	1 213	875	338	33	30	3
Litauen	2 303	1 698	605	55	54	1
Luxemburg	6 299	5 378	921	13	13	0
Ungarn	16 717	11 879	4 838	60	58	2
Malta	2 190	1 978	212	7	7	0
Niederlande	116 029	89 307	26 722	31	31	0
Österreich	56 299	46 731	9 568	137	128	9
Polen	67 472	50 290	17 182	303	284	19
Portugal	109 511	82 685	26 826	162	157	5
Rumänien	2 889	2 308	581	257	245	12
Slowenien	11 505	9 318	2 187	21	21	0
Slowakei	7 469	5 405	2 064	49	49	0
Finnland	34 821	28 042	6 779	32	30	2
Schweden	24 864	18 674	6 189	37	34	3
Ver. Königreich	143 171	111 998	31 162	149	144	5
Norwegen ⁽²⁾	14 855	12 335	2 520	34	32	2
Schweiz	72 106	60 352	11 754	60	57	3

⁽¹⁾ NACE Rev. 2 Abschnitt A und Abschnitte C bis N. Im Rahmen von ESAW gemeldete nicht tödliche Unfälle sind Unfälle, die Ausfallzeiten von mindestens vier vollen Kalendertagen nach sich ziehen (schwere Unfälle).

⁽²⁾ 2011.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [hsw_mi01](#))

Bildung und Weiterbildung

4





Einleitung

Bildung, berufliche Bildung und ganz allgemein lebenslanges Lernen spielen sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht eine entscheidende Rolle. Die Möglichkeiten, die die Europäische Union (EU) ihren Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf Leben, Studium und Arbeit in anderen Ländern bietet, leisten einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Verständnis, zur persönlichen Entwicklung und zur vollen Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials der EU. Alljährlich nutzen weit über eine Million Bürgerinnen und Bürger jeden Alters die von der EU finanzierten Programme in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und aktive Staatsbürgerschaft.

Der strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“), wurde im Mai 2009 vom Rat verabschiedet. Im strategischen Rahmen sind verschiedene Vorgaben festgesetzt, die bis 2020 erreicht werden sollen:

- Mindestens 95 % der Kinder ab vier Jahren bis zum gesetzlichen Einschulungsalter sollten an frühkindlichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen;
- der Anteil frühzeitiger Schul- und Ausbildungsabgänger sollte weniger als 10 % betragen;
- der Anteil der 15-Jährigen mit schlechten Leistungen in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften sollte unter 15 % liegen;
- mindestens 40 % der 30- bis 34-Jährigen sollten einen Hochschulabschluss besitzen;

- die durchschnittliche Beteiligung am lebenslangen Lernen der 25- bis 64-Jährigen sollte bei mindestens 15 % liegen.

Im November 2011 verabschiedete der Rat zwei weitere Benchmarks für die Mobilität zu Lernzwecken:

- Bis 2020 sollten mindestens 20 % der Absolventen höherer Bildungsgänge eine Studien- oder Ausbildungsphase (einschließlich Praktika) im Ausland absolviert haben, die mindestens 15 Punkten im Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (ECTS) entspricht oder mindestens drei Monate dauert;
- bis 2020 sollten im EU-Durchschnitt mindestens 6 % der 18- bis 34-Jährigen mit einer beruflichen Erstausbildung mindestens zwei Wochen zu Ausbildungs- oder Qualifizierungszwecken (einschließlich Praktika) im Ausland verbracht haben, oder weniger, wenn dies im Europass belegt ist.

Im Mai 2012 kam eine Benchmark zur Beschäftigungsfähigkeit hinzu:

- Bis 2020 sollte der Anteil erwerbstätiger Absolventen (20- bis 34-Jährige), die höchstens drei Jahre vor dem Referenzjahr ihre Ausbildung abgeschlossen haben, mindestens 82 % betragen.



4.1 Schülerzahlen und frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger

In der Schule erwerben Kinder und Jugendliche grundlegende Fertigkeiten und Kompetenzen, die sie im täglichen Leben und für ihre Persönlichkeitsentwicklung benötigen. Die schulischen Erfahrungen wirken sich nicht nur auf die weitere Entwicklung der Schüler aus, sondern auch auf ihre spätere Stellung in der Gesellschaft, auf den Bildungsgrad und ihre Chancen am Arbeitsmarkt. Die Qualität der **Bildung** kann mit den Unterrichtsstandards in Zusammenhang gebracht werden, die wiederum von den Anforderungen an die Lehrkräfte, ihrer Ausbildung, den ihnen zugewiesenen Aufgaben und den verfügbaren Mitteln bestimmt werden.

Die Daten über den Bildungsgrad zeigen, dass 2014 gut vier Fünftel (82,3%) der Bevölkerung der EU-28 im Alter von 20 bis 24 Jahren wenigstens den Sekundarbereich II abgeschlossen hatten; bei den Frauen lag dieser Anteil bei 84,7%. Bei 11,1% der 18- bis 24-Jährigen (12,7% der Männer und 9,5% der Frauen) handelte es sich jedoch um **frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger**, die höchstens einen Abschluss des Sekundarbereichs I hatten. In den EU-Mitgliedstaaten wurde 2014 der höchste Anteil

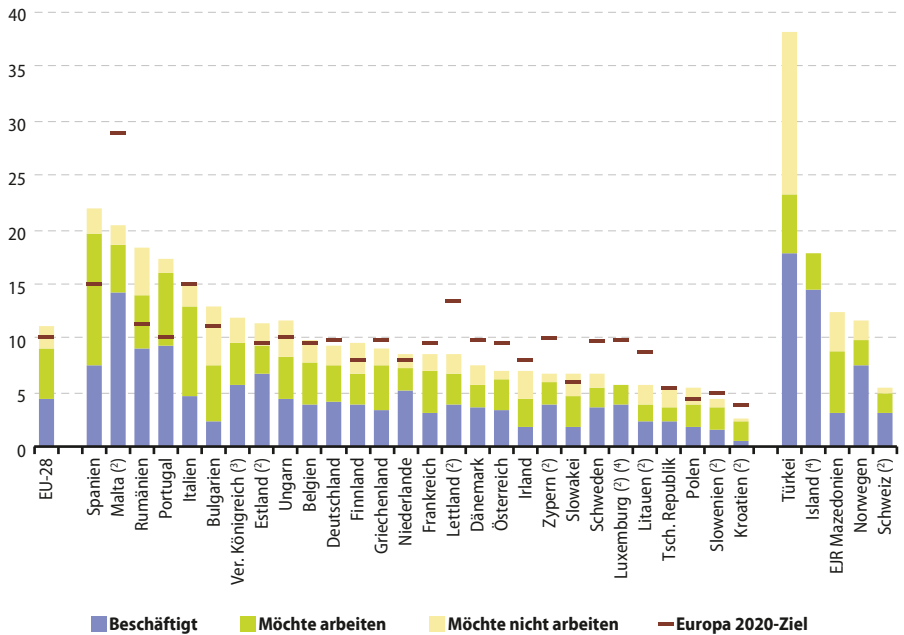
frühzeitiger Abgänger mit 21,9% in Spanien und der niedrigste mit 2,7% in Kroatien registriert.

2012 waren 93,2 Millionen Schüler und Studenten in Bildungseinrichtungen der **EU-28** eingeschrieben. Den höchsten Anteil (14,9%) von Schülern und Studierenden am Gesamtwert der EU-28 verzeichnete Deutschland, wo 2012 13,9 Millionen Schüler und Studierende Bildungseinrichtungen besuchten; dies waren 823 000 mehr als im Vereinigten Königreich, dem Land mit der zweitgrößten Population von Schülern und Studierenden, und 1,5 Millionen mehr als in Frankreich.

Zwischen 2007 und 2012 stieg der Anteil der Schüler und Studierenden im tertiären Bildungsbereich in der EU-28 um 1,5 Prozentpunkte auf 21,7%. In mehreren EU-Mitgliedstaaten, nämlich in Slowenien, Irland, Ungarn, Italien, Lettland und Rumänien, ging die relative Bedeutung der tertiären Bildung gemessen an ihrem Anteil an den Schüler- und Studierendenzahlen während des Betrachtungszeitraums hingegen zurück.



Abbildung 4.1: Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger, 2014 ⁽¹⁾
(in % der 18- bis 24-Jährigen)



⁽¹⁾ Aufgelistet nach dem Gesamtanteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger.

⁽²⁾ Enthält unzuverlässige Daten für eine oder mehrere Kategorien.

⁽³⁾ Kein Europa 2020-Ziel.

⁽⁴⁾ Möchte nicht arbeiten: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: edat_lfse_14)

**Tabelle 4.1:** Schüler und Studierende (ohne Elementarbereich), 2012 ⁽¹⁾

	Insgesamt (ISCED 1–6) (in Tsd.)	Nach Bildungsgrad (in %)			
		Primarbereich (ISCED 1)	Sekundarbereich I (ISCED 2)	Sekundarbereich II und nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich (ISCED 3–4)	Tertiäre Bildung (ISCED 5–6)
EU-28	93 237	30,2	23,1	24,9	21,7
Belgien	2 484	30,0	13,6	37,2	19,2
Bulgarien	1 066	23,7	21,8	27,8	26,7
Tsch. Republik	1 794	26,6	20,4	28,5	24,5
Dänemark	1 301	36,2	18,9	23,8	21,1
Deutschland	13 916	21,1	34,3	22,9	21,1
Estland	238	31,2	16,0	24,3	28,5
Irland	1 114	46,5	17,0	19,1	17,3
Griechenland	2 013	31,6	16,3	19,1	33,0
Spanien	8 172	35,6	25,0	15,4	24,1
Frankreich	12 419	33,5	26,6	21,4	18,5
Kroatien	702	22,8	28,1	26,7	22,4
Italien	9 408	30,3	19,4	29,8	20,5
Zypern	149	36,5	19,8	22,3	21,4
Lettland	350	32,4	16,3	23,6	27,7
Litauen	615	18,1	35,1	18,3	28,5
Luxemburg	88	40,3	24,5	28,3	6,9
Ungarn	1 762	21,9	22,5	34,1	21,6
Malta	70	33,7	19,9	28,8	17,4
Niederlande	3 698	34,5	21,8	22,0	21,5
Österreich	1 484	22,0	23,1	29,5	25,4
Polen	7 410	29,5	16,7	26,7	27,1
Portugal	1 969	36,6	22,2	21,4	19,8
Rumänien	3 315	24,4	24,7	29,6	21,3
Slowenien	362	29,8	15,0	26,5	28,7
Slowakei	954	21,9	28,0	26,9	23,2
Finnland	1 229	28,3	15,0	31,6	25,1
Schweden	2 062	34,6	16,0	27,4	22,0
Ver. Königreich	13 094	34,5	19,0	27,4	19,1
Island	89	33,2	14,6	30,6	21,6
Liechtenstein	6	30,9	27,1	26,1	15,0
Norwegen	1 108	38,2	17,2	23,1	21,5
Schweiz	1 391	34,8	20,4	24,5	19,4
EJR Mazedonien	358	30,0	26,0	26,3	17,7
Albanien	:	:	:	:	:
Türkei	20 089	32,0	22,6	23,7	21,7
Japan	18 266	37,9	19,8	20,2	21,3
Vereinigte Staaten	70 062	34,8	17,7	17,6	30,0

(1) Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadaten/DE/educ_uae_h_esms.htm).

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: tps00051 und educ_enr11t)



4.2 Fremdsprachenerwerb

In der Europäischen Union (EU) sind derzeit 24 Sprachen als Amtssprachen anerkannt. Daneben gibt es regionale Sprachen, Minderheitensprachen und von Migranten gesprochene Sprachen. Die Schule und andere Bildungseinrichtungen stellen für die überwiegende Mehrheit der Menschen die Hauptmöglichkeit zum Erlernen von Sprachen dar, obgleich die sprachliche Vielfalt in vielen Weiterbildungseinrichtungen und an vielen Arbeitsstellen gefördert wird.

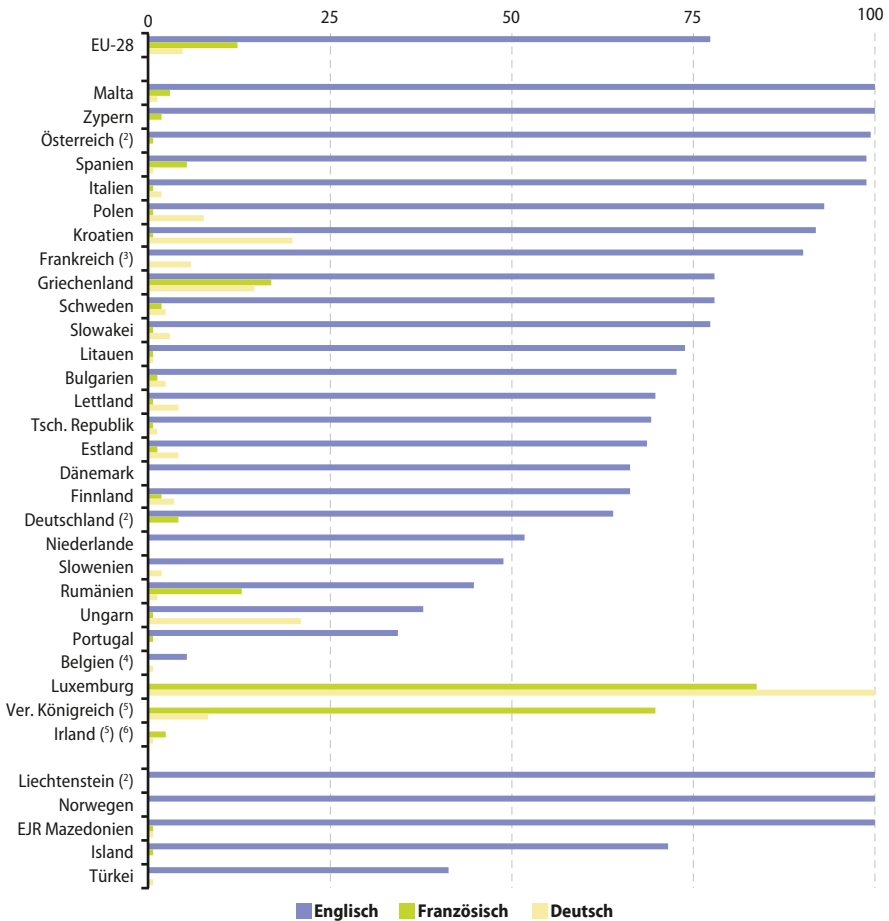
In den allermeisten EU-Mitgliedstaaten lernt (wählt) die große Mehrheit der Schüler im Primarbereich als erste Fremdsprache Englisch. In einigen Ländern ist Englisch im Sekundarbereich Pflichtfach; daher lag in mehreren EU-Mitgliedstaaten der Anteil der Schüler, die diese Sprache bereits im Primarbereich lernen, bei fast 100. In Malta und Zypern lernten ebenso wie in Liechtenstein, Norwegen und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien 2012 alle Schüler im Primarbereich Englisch.

Auch in Österreich, Spanien und Italien gab es hohe Anteile Englisch lernender Schüler im Primarbereich (zwischen 98,9% und 99,6%); in Polen, Kroatien und Frankreich waren es neun von zehn Schülern. Die relative Bedeutung von Englisch als Fremdsprache könnte dadurch noch verstärkt werden, dass die Schüler im Allgemeinen mehr Unterricht in ihrer ersten Fremdsprache erhalten als in weiteren Sprachen, die sie später noch dazulernen.

Im Jahr 2012 lernten im Sekundarbereich II, ISCED-Ebene 3, 94,5% aller Schüler in der EU-28 Englisch und nur etwas weniger als ein Viertel Französisch (23,6%) sowie etwas mehr als ein Fünftel Deutsch (20,9%). Von 2007 bis 2012 erhöhte sich der Anteil der Schüler auf der ISCED-Ebene 3 in der EU-28, die Englisch lernten, um 2,0 Prozentpunkte, wogegen der Anteil der Schüler, die Französisch und Deutsch lernten, um 1,7 bzw. 7,6 Prozentpunkte abnahm.



Abbildung 4.2: Anteil der Schüler, die Fremdsprachenlernen, im Primarbereich (nach Sprachen), 2012 ⁽¹⁾
(in %)



(1) Auf Englisch Rang. Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/DE/educ_uoe_h_esms.htm).

(2) Deutsch: nicht zutreffend.

(3) Französisch: nicht zutreffend.

(4) Französisch: nicht verfügbar.

(5) Englisch: nicht zutreffend.

(6) 2011.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [educ_ilang](#)), UNESCO Institute for Statistics (UIS), OECD



Tabelle 4.2: Pro Schüler im Sekundarbereich II erlernte Fremdsprachen, 2007 und 2012 ⁽¹⁾
(in %)

	Sekundarbereich II (ISCED-Stufe 3 (GEN))						Prozentualer Anteil der Schüler der ISCED-Stufe 3 (GEN), die mindestens zwei Fremdsprachen lernen	
	Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Englisch lernen		Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Französisch lernen		Schüler, die in allgemeinen Bildungsgängen Deutsch lernen		2007	2012
	2007	2012	2007	2012	2007	2012		
EU-28 ⁽²⁾	92,5	94,5	25,3	23,6	28,5	20,9	57,2	50,6
Belgien	94,1	95,4	:	:	28,5	28,3	88,5	89,1
Bulgarien	86,2	90,0	15,0	12,9	38,5	34,1	77,0	74,3
Tsch. Republik	100,0	100,0	24,5	19,3	65,8	63,2	100,0	98,8
Dänemark	91,8	91,1	10,7	9,0	35,6	33,5	60,8	59,2
Deutschland	91,0	94,7	27,4	26,3	–	–	:	:
Estland ⁽³⁾	95,0	95,8	6,7	6,5	41,6	31,8	80,9	91,1
Irland	–	–	59,6	54,5	18,3	14,9	8,2	7,6
Griechenland ⁽⁴⁾	94,0	94,1	8,6	4,4	2,9	2,1	6,9	3,5
Spanien	95,3	97,7	27,7	22,3	1,1	1,2	28,3	24,6
Frankreich	99,4	99,7	–	–	21,8	22,1	90,0	94,5
Kroatien ⁽⁴⁾	98,3	99,2	3,4	3,6	65,6	62,0	89,9	87,9
Italien	95,3	95,5	20,5	18,0	7,2	8,0	24,7	24,9
Zypern ⁽⁵⁾	78,5	89,9	32,2	37,7	2,4	3,5	100,0	82,4
Lettland	96,0	98,6	4,1	5,8	32,2	31,2	75,6	82,9
Litauen	85,1	93,4	4,9	3,2	25,4	11,5	56,2	45,0
Luxemburg	96,5	97,9	96,5	100,0	96,5	100,0	100,0	100,0
Ungarn	76,4	79,1	6,5	5,7	50,1	43,9	41,9	45,3
Malta ⁽³⁾	36,2	100,0	5,0	22,7	1,1	5,2	26,6	64,7
Niederlande	100,0	100,0	70,3	32,8	86,3	42,4	100,0	69,8
Österreich ⁽⁴⁾	96,9	99,6	54,1	42,7	–	–	76,2	74,2
Polen	91,2	93,7	9,8	8,2	62,7	48,8	79,3	70,1
Portugal ⁽⁴⁾	50,7	53,1	15,1	3,2	1,6	1,0	9,2	5,3
Rumänien	95,9	99,9	83,0	85,0	0,0	12,0	92,1	98,4
Slowenien	98,3	98,1	10,8	10,9	76,0	66,0	98,3	98,0
Slowakei	97,9	98,8	16,0	15,9	71,2	59,9	98,3	99,0
Finnland	99,3	99,6	19,3	16,7	33,2	24,8	99,8	99,6
Schweden	99,9	100,0	21,1	18,9	29,6	21,9	91,6	80,1
Ver. Königreich	–	–	32,0	27,3	11,7	9,4	6,1	4,4
Island	73,2	72,5	15,7	12,7	27,6	24,7	63,3	61,4
Liechtenstein	:	100,0	:	100,0	:	–	:	100,0
Norwegen ⁽³⁾	100,0	43,0	9,2	10,3	15,8	20,9	100,0	:
EJR Mazedonien ⁽³⁾	:	:	:	:	:	:	0,0	51,5
Türkei ⁽⁴⁾	67,3	99,4	0,7	0,7	6,5	4,9	7,6	:

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/DE/educ_uoe_h_esms.htm).

⁽²⁾ Sekundarbereich II, Englisch, Französisch und Deutsch, 2007: EU-27.

⁽³⁾ Prozentualer Anteil der Schüler, die mindestens zwei Fremdsprachen lernen: Daten für 2006 statt 2007.

⁽⁴⁾ Daten für 2006 statt 2007.

⁽⁵⁾ Prozentualer Anteil der Schüler, die mindestens zwei Fremdsprachen lernen: Daten für 2008 statt 2007.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [educ_thfrlan](#) und [educ_ilang](#)), Unesco Institute for Statistics (UIS), OECD



4.3 Bildungsausgaben

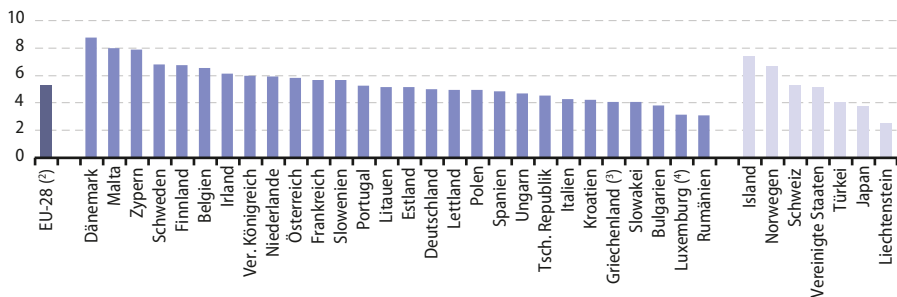
Ausgaben für **Bildung** sind Investitionen, die dazu beitragen können, das Wirtschaftswachstum und die **Produktivität** zu steigern, die persönliche und soziale Entwicklung zu fördern und soziale Ungleichheiten abzubauen. Welcher Anteil der finanziellen Gesamtressourcen für Bildung ausgegeben wird, gehört in den Ländern der **Europäischen Union** (EU) zu den Grundsatzentscheidungen der nationalen Regierungen. Analog dazu entscheiden **Unternehmen** sowie Schüler und Studierende und deren Familien darüber, welche finanziellen Mittel sie für Bildung aufwenden können oder wollen.

Die öffentlichen Bildungsausgaben in der **EU-28** beliefen sich 2011 auf schätzungsweise 5,3 % des **Bruttoinlandsprodukts** (BIP), während die **Ausgaben** für Bildungseinrichtungen aus öffentlichen und privaten Quellen zusammen 6,0 % des BIP entsprachen.

Am höchsten waren die öffentlichen Bildungsausgaben im Verhältnis zum BIP in

Dänemark (8,8 % des BIP), aber auch in Malta (8,0 %), Zypern (7,9 %), Schweden, Finnland (jeweils 6,8 %) und Belgien (6,6 %) waren sie vergleichsweise hoch. Die meisten EU-Mitgliedstaaten verzeichneten öffentliche Bildungsausgaben im Bereich von 3,8 % bis 6,2 % ihres BIP; lediglich Rumänien (3,1 %) und Luxemburg (3,2 %) lagen unter dieser Spanne (die Daten von Luxemburg beziehen sich auf das Jahr 2007 und enthalten keine Angaben zum tertiären Bildungsbereich). Von 2006 bis 2011 stieg der Anteil von öffentlichen und privaten Bildungsausgaben zusammengenommen um 2,4 Prozentpunkte in Malta, 1,6 Prozentpunkte in Irland und 1,3 Prozentpunkte in Zypern. Sechs EU-Mitgliedstaaten verzeichneten einen Rückgang ihrer Ausgaben im Verhältnis zum BIP, der am deutlichsten in Rumänien (0,7 Prozentpunkte im Zeitraum 2005–11) ausfiel. Aufgrund von Veränderungen des BIP (nach oben oder unten) sind erhebliche Ab- oder Zunahmen bei der Höhe der Bildungsausgaben mitunter nicht erkennbar.

Abbildung 4.3: Öffentliche Ausgaben für Bildung, 2011 ⁽¹⁾
(in % des BIP)



⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadaten/DE/tsdsc510_esmsip.htm).

⁽²⁾ Schätzung.

⁽³⁾ 2005.

⁽⁴⁾ 2007; ohne tertiäre Bildung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsdsc510)

**Tabelle 4.3:** Ausgaben für Bildungseinrichtungen, 2006 und 2011 ⁽¹⁾

	Öffentliche Ausgaben (in % des BIP)		Private Ausgaben (in % des BIP)		Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierendem (KKS für Vollzeitäquivalente)	
	2006	2011	2006	2011	2006	2011
EU-28	4,9	5,3	0,7	0,7	5930	6846
Belgien	6,0	6,6	0,3	0,3	6961	8235
Bulgarien	4,0	3,8	0,6	0,7	2127	2713
Tsch. Republik	4,4	4,5	0,5	0,6	4410	5032
Dänemark	8,0	8,8	0,6	0,4	8386	9665
Deutschland	4,4	5,0	0,7	0,7	6463	8042
Estland	4,7	5,2	0,3	0,3	3175	4426
Irland ⁽²⁾	4,7	6,2	0,3	0,5	6023	:
Griechenland ⁽³⁾	4,1	:	0,3	:	4479	:
Spanien	4,3	4,8	0,5	0,9	6158	6689
Frankreich	5,6	5,7	0,5	0,7	6481	7368
Kroatien	4,0	4,2	0,4	0,4	:	3902
Italien	4,7	4,3	0,4	0,5	6436	6107
Zypern	7,0	7,9	1,2	1,7	7134	9519
Lettland	5,1	5,0	0,7	0,6	3093	3988
Litauen	4,8	5,2	0,5	0,7	2750	4044
Luxemburg ⁽⁴⁾	3,4	:	:	:	:	:
Ungarn	5,4	4,7	0,5	:	3987	:
Malta	6,5	8,0	0,4	1,3	6176	9435
Niederlande	5,5	5,9	0,9	1,1	7591	8591
Österreich	5,4	5,8	0,6	0,5	8617	9449
Polen	5,3	4,9	0,5	0,7	3035	4641
Portugal ⁽⁵⁾	5,1	5,3	0,4	0,4	5007	5302
Rumänien ⁽³⁾	3,5	3,1	0,4	0,1	1437	2075
Slowenien	5,7	5,7	0,8	0,7	6297	6782
Slowakei	3,8	4,1	0,6	0,6	2931	4262
Finnland	6,2	6,8	0,2	0,2	6388	7716
Schweden	6,8	6,8	0,2	0,2	7381	8571
Ver. Königreich	5,4	6,0	1,4	1,6	7912	7914
Island	7,6	7,4	0,8	0,7	7903	7493
Liechtenstein	2,1	2,5	:	0,7	7647	:
Norwegen	6,5	6,7	:	0,1	9273	10377
Schweiz	5,3	5,3	0,5	0,5	:	:
Türkei	2,9	4,1	:	0,4	:	2552
Japan	3,5	3,8	1,7	1,6	7209	7956
Vereinigte Staaten	5,2	5,1	2,3	2,2	10798	11308

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/DE/educ_esms.htm).⁽²⁾ Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierendem: Daten für 2005 statt 2006.⁽³⁾ Daten für 2005 statt 2006.⁽⁴⁾ Ohne tertiäre Bildung.⁽⁵⁾ Ausgaben für öffentliche und private Bildungseinrichtungen pro Schüler/Studierendem: Daten für 2009 statt 2011.Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [educ_figdp](#), [tps00068](#) und [tps00067](#)), UNESCO, OECD



4.4 Tertiäre Bildung

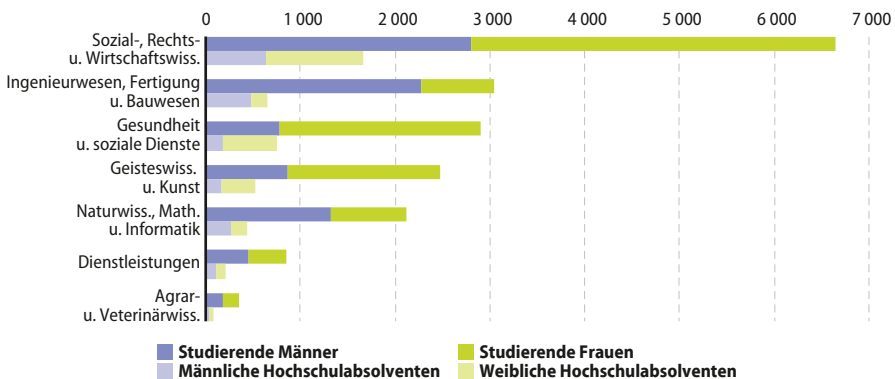
Der Bereich der tertiären Bildung — an Universitäten und anderen Hochschuleinrichtungen — folgt auf den Sekundarbereich der schulischen Bildung. Er spielt für die Gesellschaft eine wichtige Rolle, sorgt er doch für die Wissensvermittlung an die Studierenden und die Innovationsförderung. Einige europäische Hochschulen zählen zu den renommiertesten der Welt.

In der EU-28 gab es 2012 gut 20 Millionen Studierende im Bereich der tertiären Bildung. Fünf Mitgliedstaaten — Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Polen und Spanien — verzeichneten 2012 2,0 Millionen Studierende an Hochschulen oder mehr. Die Zahl der Studierenden im Tertiärbereich in Italien lag knapp unter diesem Niveau; auf diese sechs Länder zusammen entfielen zwei Drittel aller Hochschulstudierenden der EU-28. In allen

anderen Mitgliedstaaten lag die Zahl der Studierenden 2012 unter 800 000.

EU weit entschied sich 2012 ein Drittel (32,8%) der Studierenden für Sozial-, Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften, wobei der Anteil der Frauen (3,9 Millionen gegenüber 2,8 Millionen Männern) hier überwog. Der zweitgrößte Anteil der Studierenden entfiel mit 15,0% auf die Fachgebiete Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen; in diesem Fächerspektrum waren drei Viertel der Studierenden männlichen Geschlechts. Das am dritthäufigsten gewählte Studienfach war mit 14,3% aller Studierenden im Tertiärbereich das Gebiet Gesundheit und soziale Dienste; hier waren nahezu drei Viertel der Studierenden weiblichen Geschlechts. Etwa 4,8 Millionen Studierende schlossen 2012 in der EU-28 ihre tertiäre Bildung ab.

Abbildung 4.4: Studierende und Hochschulabsolventen im Bereich der tertiären Bildung nach Studienfächern und Geschlecht, EU-28, 2012 ⁽¹⁾
(in Tsd.)



⁽¹⁾ Schätzungen. Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/DE/educ_uoe_h_esms.htm).

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: educ_enr15 und educ_grad5)

**Tabelle 4.4:** Studierende im Bereich der tertiären Bildung, 2012 ⁽¹⁾

	Gesamtzahl der Studierenden (in Tsd.)	davon in den Studienfächern (in %)						Dienstleist.
		Geisteswiss. u. Kunst	Sozial-, Rechts- u. Wirtschaftswiss.	Naturwiss., Math. u. Informatik	Ingenieurwesen, Fertigung u. Bauwesen	Agrar- u. Veterinärwiss.	Gesundheit u. soziale Dienste	
EU-28	20246	12,2	32,8	10,4	15,0	1,8	14,3	4,2
Belgien	478	10,0	29,0	5,2	10,5	2,4	23,3	1,8
Bulgarien	285	7,6	40,5	5,3	19,2	2,3	7,6	8,5
Tsch. Republik	440	9,3	31,9	11,4	13,5	3,8	11,1	5,2
Dänemark	275	12,7	33,9	8,3	10,8	1,5	20,8	2,4
Deutschland	2940	12,9	25,9	14,5	18,3	1,5	16,4	2,6
Estland	68	13,6	32,8	11,5	14,8	2,2	9,7	7,9
Irland	193	17,1	25,4	16,4	11,7	1,7	17,2	4,2
Griechenland	664	14,3	31,5	15,0	17,6	4,5	7,9	2,8
Spanien	1966	11,0	31,6	9,5	16,9	1,5	12,8	5,5
Frankreich	2296	13,4	38,1	11,6	13,4	1,1	16,0	3,4
Kroatien	157	9,5	40,3	8,5	15,8	3,9	9,3	8,7
Italien	1926	14,6	34,0	8,0	16,3	2,3	15,0	2,8
Zypern	32	10,9	45,6	8,8	12,0	0,5	7,9	4,7
Lettland	97	9,3	43,3	6,6	14,5	1,3	10,4	7,9
Litauen	175	7,6	45,5	5,5	16,7	2,2	10,4	3,0
Luxemburg	6	11,2	46,3	11,0	7,2	0,4	7,3	0,0
Ungarn	381	9,1	39,4	7,4	15,2	2,5	9,7	10,0
Malta	12	13,2	33,2	12,7	8,2	0,3	20,4	2,0
Niederlande	794	8,0	38,8	6,5	7,9	1,1	17,4	6,7
Österreich	377	12,5	35,6	10,9	14,6	1,3	7,6	2,4
Polen	2007	9,0	36,9	8,0	14,7	1,7	8,5	8,1
Portugal	390	9,5	31,3	7,2	21,9	1,9	15,9	6,4
Rumänien	705	8,5	43,0	5,8	22,8	2,6	10,8	4,5
Slowenien	104	8,7	33,6	7,5	19,3	3,1	10,7	9,2
Slowakei	221	7,5	30,6	8,4	14,8	2,2	17,8	6,2
Finnland	309	13,8	23,2	9,9	24,1	2,2	16,5	5,4
Schweden	453	13,5	27,1	9,3	16,6	1,0	17,7	2,4
Ver. Königreich	2496	16,5	28,4	13,7	8,4	1,1	17,6	1,7
Island	19	15,8	37,0	9,5	8,4	1,0	13,9	2,5
Liechtenstein	1	0,0	72,3	0,0	22,4	0,0	5,3	0,0
Norwegen	238	10,4	31,6	8,6	8,3	0,8	19,9	5,1
Schweiz	270	11,2	34,7	10,0	14,2	1,1	13,4	5,6
EJR Mazedonien	63	12,4	38,0	12,1	10,9	2,2	11,8	7,6
Türkei	4354	9,6	54,5	7,0	10,7	2,4	4,8	3,5
Japan	3885	15,3	28,4	2,9	15,1	2,5	14,2	5,2
Vereinigte Staaten	20994	15,1	27,7	8,6	7,2	0,7	14,9	6,2

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/DE/educ_uae_h_esms.htm).

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: tps00062 und educ_enr15)



4.5 Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen umfasst alle zielgerichteten formalen, nicht formalen und informellen Lerntätigkeiten, die einer kontinuierlichen Verbesserung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen dienen. Die Absicht oder das Ziel des Lernens ist der entscheidende Faktor, der diese Lerntätigkeiten von anderen Tätigkeiten wie etwa kulturellen oder sportlichen Aktivitäten unterscheidet.

Der Anteil der Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die an einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme teilnahmen, belief sich 2014 in der EU-28 auf 10,7%; dieser Anteil lag um 1,6 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil für 2009.

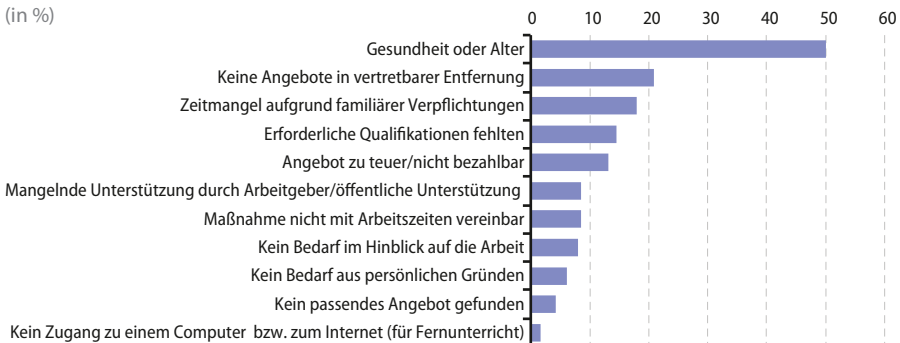
Der Anteil der Bevölkerung, der am lebenslangen Lernen teilgenommen hatte, war in der EU-28 bei den Frauen (11,6% im Jahr 2014) höher als bei den Männern (9,8%). Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen waren 2014 die Anteile höher als fünf Jahre zuvor. Mit Ausnahme von Griechenland, Rumänien und Deutschland erzielten

Frauen 2014 in allen EU-Mitgliedstaaten höhere Beteiligungsquoten als Männer. Das größte Geschlechtergefälle ausgedrückt in Prozentpunkten war in Schweden und Dänemark zu beobachten, wo die Beteiligungsquoten der Frauen mindestens 10 Prozentpunkte über denen der Männer lagen.

Die einschlägigen Daten stammen nicht nur aus der Arbeitskräfteerhebung, sondern auch aus der Erhebung über die Erwachsenenbildung (AES). Die jüngste Erhebungswelle erfolgte zwischen Juli 2011 und Juni 2012 („AES 2011“). Die drei Hinderungsgründe, die von Personen, die eigentlich an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen hatten teilnehmen wollen, dies jedoch unterließen, in der Erhebung über die Erwachsenenbildung 2011 am häufigsten genannt wurden, waren fehlender Bedarf im Hinblick auf die Arbeit (50,0% in der EU-27); Zeitmangel aufgrund familiärer Verpflichtungen (20,9%) und Unvereinbarkeit mit der Arbeitszeit (18,0%).

Abbildung 4.5: Hinderungsgründe für die Teilnahmen an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, 2011 ⁽¹⁾

(in %)



⁽¹⁾ Mehrere Antworten möglich. Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/de/educ_uoe_h_esms.htm).

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [trng_aes_176](#))

**Tabelle 4.5:** Lebenslanges Lernen, 2009 und 2014 ⁽¹⁾

(in % der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren)

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	2009	2014	2009	2014	2009	2014
EU-28 ⁽²⁾	9,1	10,7	8,2	9,8	10,0	11,6
Belgien	6,8	7,1	6,4	6,7	7,2	7,6
Bulgarien ⁽²⁾	1,4	1,8	1,3	1,6	1,5	2,0
Tsch. Republik ⁽²⁾	6,8	9,3	6,5	9,1	7,0	9,6
Dänemark	31,2	31,7	25,3	26,0	37,2	37,5
Deutschland ⁽²⁾	7,8	7,9	7,8	8,0	7,7	7,8
Estland	10,5	11,5	7,5	9,2	13,2	13,7
Irland	6,3	6,7	5,6	6,0	7,0	7,3
Griechenland	3,3	3,0	3,3	3,1	3,3	2,8
Spanien ⁽²⁾	10,6	9,8	9,6	9,2	11,6	10,5
Frankreich ⁽²⁾	5,7	18,6	5,3	16,1	6,1	21,0
Kroatien	2,6	2,5	2,8	2,4	2,5	2,6
Italien	6,0	8,0	5,6	7,7	6,3	8,3
Zypern	7,8	6,9	7,7	6,3	7,8	7,3
Lettland	5,4	5,5	3,5	4,8	7,0	6,2
Litauen	4,4	5,0	3,4	4,5	5,2	5,4
Luxemburg	13,4	14,0	13,4	13,4	13,5	14,5
Ungarn	2,7	3,2	2,4	2,9	3,0	3,5
Malta	6,1	7,1	6,0	6,8	6,2	7,5
Niederlande ⁽²⁾	17,0	17,8	16,5	17,4	17,5	18,2
Österreich	13,8	14,2	12,8	13,2	14,8	15,3
Polen ⁽²⁾	4,7	4,0	4,3	3,6	5,1	4,3
Portugal ⁽²⁾	6,0	9,3	5,6	8,9	6,4	9,6
Rumänien ⁽²⁾	1,5	1,5	1,3	1,6	1,6	1,3
Slowenien	14,6	11,9	12,9	10,4	16,4	13,6
Slowakei ⁽²⁾	2,8	3,0	2,2	2,8	3,3	3,1
Finnland	22,1	25,1	18,5	21,6	25,9	28,8
Schweden	22,2	28,9	16,1	22,1	28,5	36,0
Ver. Königreich	20,1	15,8	16,7	14,2	23,3	17,4
Island	25,1	25,9	20,4	21,7	30,0	30,2
Norwegen	18,1	19,7	16,8	18,1	19,5	21,4
Schweiz	23,9	31,7	22,8	32,2	25,0	31,2
EJR Mazedonien	3,3	3,1	3,2	3,0	3,4	3,2
Türkei ⁽²⁾	2,3	5,0	2,4	5,1	2,1	4,9

⁽¹⁾ Siehe Metadaten-Datei im Internet (http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/de/educ_uae_h_esms.htm).⁽²⁾ Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: trng_lfs_01)

Arbeitsmarkt

5





Einleitung

In [Arbeitsmarktstatistiken](#) fließen sowohl wirtschaftliche als auch soziale Aspekte zusammen. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat nicht nur direkten Einfluss auf die Wirtschaft, sondern wirkt sich auch auf das Leben nahezu aller europäischen Bürgerinnen und Bürger aus. Für wirtschaftliche Zwecke erfassen diese Statistiken Arbeit als einen Faktor für wirtschaftliches Wachstum und dienen dazu, [geleistete Arbeitsstunden](#), [Arbeitsproduktivität](#), [freie Stellen](#), Lohn- und Gehaltsniveau, [Arbeitskosten](#) usw. zu messen. Gleichzeitig geben Arbeitsmarktstatistiken Aufschluss über soziale und sozioökonomische Themen wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, ([arbeitslose](#) Personen), [Verdienste](#) und deren Zusammensetzung, soziale Ungleichheiten (z.B. [geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle](#)), Beschäftigungsmodelle und soziale Integration. [Eurostat](#) deckt daher sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes ab und stellt dafür sowohl monetäre als auch nicht monetäre Daten für kurzfristige Analysen und Strukturanalysen bereit.

Zur Wiederbelebung der Wirtschaft rief die Europäische Kommission die [Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum](#) ins Leben. Eine

der wichtigsten Prioritäten für das [Kollegium der Kommissionsmitglieder](#), das 2014 sein Amt antrat, ist in der Tat, Arbeitsplätze zu schaffen sowie Wachstum und Investitionen anzukurbeln mit dem Ziel, die Regulierung zu verringern und vorhandene Finanzmittel und öffentliche Mittel intelligenter zu nutzen.

Im November 2014 legte die Europäische Kommission ihre Strategie im [Jahreswachstumsbericht](#) vor, mit dem das [Europäische Semester \(auf Englisch\)](#) auf den Weg gebracht wurde. Im Februar 2015 veröffentlichte sie eine Reihe von [Länderberichten \(auf Englisch\)](#), in denen die Wirtschaftspolitik von EU-Mitgliedstaaten analysiert und über die Prioritäten der EU-Mitgliedstaaten im Bereich Wachstumsförderung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den kommenden Jahren informiert wird. Im selben Monat schlug die Europäische Kommission auch vor, 2015 1 Mrd. EUR aus der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen bereitzustellen, um so die Vorfinanzierungen, die die Mitgliedstaaten zur Erhöhung der Jugendbeschäftigungsquoten erhalten konnten, um das 30 fache aufzustocken, wodurch bis zu 650 000 junge Menschen einen Arbeitsplatz finden könnten.

5.1 Beschäftigung

Nachdem 1997 ein Kapitel über Beschäftigung in den [Vertrag von Amsterdam](#) aufgenommen wurde, steht die Arbeitsmarktstatistik im Mittelpunkt zahlreicher politischer Maßnahmen der EU. Die [Beschäftigungsquote](#), d.h. der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der einer Erwerbstätigkeit nachgeht, gilt als ein sozialer Schlüs-

selindikator für die Untersuchung von Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

2014 betrug die mit der [Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union \(EU-AKE\)](#) gemessene Beschäftigungsquote für Erwerbspersonen zwischen 15 und 64 Jahren in der [EU-28](#) 64,9%. Nachdem sie 2008



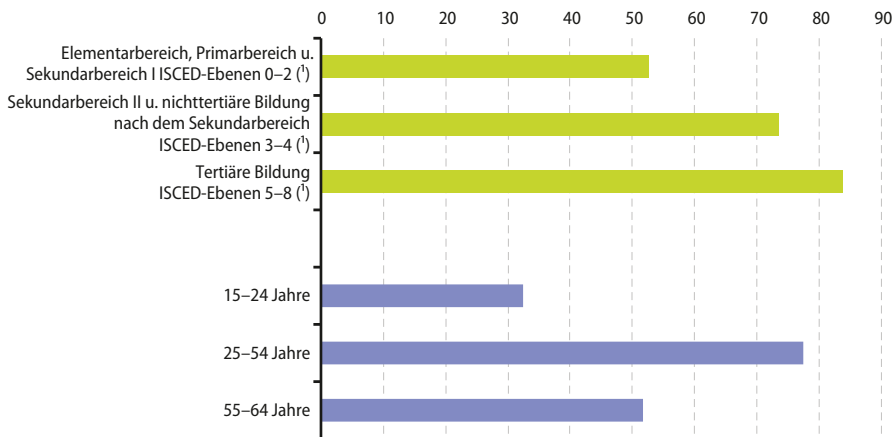
einen Spitzenwert von 65,7% erreicht hatte, sank sie in den Folgejahren bis 2010 kontinuierlich auf 64,1%. Auf diesen Rückgang während der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise — ein Rückgang von insgesamt 1,6 Prozentpunkten — folgte eine Periode der Stabilität zwischen 2010 und 2013, während der die Beschäftigungsquote der EU-28 bei 64,1% bzw. 64,2% lag. 2014 setzte der vor der Krise beobachtete Aufwärtstrend bei der Beschäftigungsquote wieder ein; sie stieg gegenüber 2013 um 0,8 Prozentpunkte und erreichte 64,9%.

Die Beschäftigungsquoten von Frauen und von älteren Arbeitnehmern sind in der Regel niedriger als die Gesamtquote. 2014 lag die Beschäftigungsquote der Männer in der EU-28 bei 70,1%, die der Frauen hingegen bei 59,6%. Ein langfristiger Vergleich zeigt, dass während die Beschäftigungsquote der

Männer 2014 niedriger war als zehn Jahre zuvor (2004: 70,3%), die Quote der Arbeitnehmerinnen deutlich stieg, nämlich um 4,1 Prozentpunkte (2004: 55,5%).

Auch je nach erreichtem Bildungsgrad waren erhebliche Unterschiede zwischen den Beschäftigungsquoten festzustellen: Bei den diesbezüglichen Statistiken wird die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen zugrunde gelegt, nicht die der 15- bis 64-Jährigen. Die Beschäftigungsquote der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss (Kurzstudiengänge, Bachelor oder gleichwertiger Abschluss, Master oder gleichwertiger Abschluss und Promotion oder gleichwertiger Abschluss) lag in der EU-28 im Jahr 2014 mit 83,7% deutlich über der Quote (52,6%) derjenigen Personen mit einem geringeren Bildungsgrad (Primarstufe oder Sekundarstufe I).

Abbildung 5.1: Beschäftigungsquote nach höchstem Bildungsgrad und Alter, EU-28, 2014 (in %)



(¹) Altersgruppe 25–64.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [lfsa_ergaed](#) und [lfsi_emp_a](#))



Tabelle 5.1: Beschäftigungsquote nach Altersgruppe und Geschlecht, 2014
(in %)

	Beschäftigungsquote (Altersgruppe 15–64)			Beschäftigungsquote nach Altersgruppe		
	Insgesamt	Männer	Frauen	15–24	25–54	55–64
EU-28	64,9	70,1	59,6	32,5	77,5	51,8
ER-19	63,9	69,0	58,8	30,7	76,1	51,7
Belgien	61,9	65,8	57,9	23,2	79,1	42,7
Bulgarien	61,0	63,9	58,2	20,7	74,5	50,0
Tsch. Republik	69,0	77,0	60,7	27,1	83,8	54,0
Dänemark	72,8	75,8	69,8	53,7	82,0	63,2
Deutschland	73,8	78,1	69,5	46,1	83,5	65,6
Estland	69,6	73,0	66,3	33,3	80,9	64,0
Irland	61,7	66,9	56,7	28,4	72,6	53,0
Griechenland	49,4	58,0	41,1	13,3	62,4	34,0
Spanien	56,0	60,7	51,2	16,7	67,4	44,3
Frankreich	64,3	67,7	60,9	28,4	80,4	47,0
Kroatien	54,6	59,1	50,0	18,3	71,2	36,2
Italien	55,7	64,7	46,8	15,6	67,9	46,2
Zypern	62,1	66,0	58,6	25,8	76,2	46,9
Lettland	66,3	68,4	64,3	32,5	78,2	56,4
Litauen	65,7	66,5	64,9	27,6	80,8	56,2
Luxemburg	66,6	72,6	60,5	20,4	83,7	42,5
Ungarn	61,8	67,8	55,9	23,5	79,2	41,7
Malta	62,3	74,9	49,3	46,1	75,8	37,7
Niederlande	73,1	78,1	68,1	58,8	81,7	59,9
Österreich	71,1	75,2	66,9	52,1	83,4	45,1
Polen	61,7	68,2	55,2	25,8	78,4	42,5
Portugal	62,6	65,8	59,6	22,4	77,4	47,8
Rumänien	61,0	68,7	53,3	22,5	77,1	43,1
Slowenien	63,9	67,5	60,0	26,8	81,9	35,4
Slowakei	61,0	67,6	54,3	21,8	76,8	44,8
Finnland	68,7	69,5	68,0	41,4	80,5	59,1
Schweden	74,9	76,5	73,1	42,8	85,4	74,0
Ver. Königreich	71,9	76,8	67,1	48,1	82,1	61,0
Island	81,7	84,0	79,3	69,2	85,1	83,6
Norwegen	75,2	77,0	73,4	50,1	83,9	72,2
Schweiz	79,8	84,4	75,1	61,6	86,9	71,6
EJR Mazedonien	46,9	56,1	37,4	15,2	59,3	38,6
Türkei	49,5	69,5	29,5	33,5	58,8	31,4
Japan	72,7	81,5	63,6	:	:	68,7
Vereinigte Staaten	68,1	73,5	63,0	:	:	61,3

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: lfsi_emp_a)



5.2 Arbeitslosigkeit und mehr

Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquoten verhalten sich zyklisch und folgen im Wesentlichen der allgemeinen **Konjunktur**. Allerdings kann sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Entwicklung der Arbeitslosigkeit zusätzlich durch andere Faktoren wie **arbeitsmarktpolitische** Maßnahmen oder demografische Veränderungen beeinflusst werden.

Anfang 2000 waren ca. 20,6 Mio. Personen bzw. 9,2% der gesamten **Erwerbsbevölkerung** der EU-28 arbeitslos; dabei ist zu beachten, dass es sich bei allen Zahlenangaben zu Quoten/Raten in diesem Abschnitt um saisonbereinigte Daten handelt.

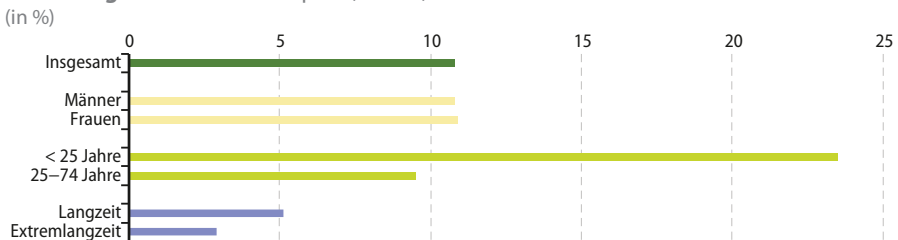
Tatsächlich stieg die Arbeitslosigkeit in der EU-28 vom ersten Quartal 2011 bis zum ersten Quartal 2013 wieder kontinuierlich bis auf einen Rekordwert von 26,5 Mio. Personen an, was einer Quote von 10,9% entsprach. Danach verringerte sich die Arbeitslosenquote geringfügig und lag im vierten Quartal 2013 bei 10,7%.

Die **Jugendarbeitslosenquote** (erfasst werden Personen unter 25 Jahren) ist in der Regel höher als die Arbeitslosenquote von Personen aller Altersklassen (15–74 Jahre), zuweilen mehr als doppelt so hoch. Wie die

Gesamtarbeitslosenquote nahm auch die Jugendarbeitslosenquote in der EU-28 von 2005 bis 2007 deutlich ab und erreichte im ersten Quartal 2008 mit 15,1% ihren Tiefststand. Die Finanz- und Wirtschaftskrise traf die Jugendlichen jedoch schwer. Ab dem zweiten Quartal 2008 stieg die Jugendarbeitslosenquote und erreichte im ersten Quartal 2013 einen Höchstwert von 23,6%; danach fiel sie dann wieder und stand im letzten Quartal desselben Jahres bei 23,1%.

Hohe Jugendarbeitslosenquoten spiegeln bis zu einem gewissen Grade die Schwierigkeiten junger Menschen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz wider. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass die absolute Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren sehr hoch ist, denn in dieser Altersklasse absolvieren viele junge Menschen ein Vollzeitstudium und sind daher weder erwerbstätig noch arbeitsuchend (d.h., sie gehören nicht zur Erwerbsbevölkerung, die bei der Berechnung der Arbeitslosenquote den Nenner bildet). Deshalb wird der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen anders berechnet, und zwar als Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der gesamten jugendlichen Bevölkerung.

Abbildung 5.2: Arbeitslosenquote, EU-28, 2013



Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [une_rt_a](#) und [une_ltu_a](#))



Tabelle 5.2: Jugendarbeitslosenquote und Anteil der erwerbslosen Jugendlichen an der gleichaltrigen Bevölkerung, 2011–13
(in %)

	Jugendarbeitslosenquote				Anteil der erwerbslosen Jugendlichen an der gleichaltrigen Bevölkerung		
	2011	2012	2013	Q4-2013 ⁽¹⁾	2011	2012	2013
EU-28	21,5	23,0	23,5	23,1	9,1	9,7	9,8
ER-18	20,9	23,1	24,0	23,8	8,7	9,5	9,8
Belgien	18,7	19,8	23,7	23,9	6,0	6,2	7,3
Bulgarien	25,0	28,1	28,4	28,1	7,4	8,5	8,4
Tsch. Republik	18,1	19,5	18,9	18,9	5,4	6,1	6,0
Dänemark	14,2	14,1	13,0	12,8	9,6	9,1	8,1
Deutschland	8,6	8,1	7,9	7,9	4,5	4,1	4,0
Estland ⁽²⁾	22,4	20,9	18,7	19,1	9,1	8,7	7,4
Irland	29,1	30,4	26,8	25,5	12,1	12,3	10,6
Griechenland	44,7	55,3	58,3	57,3	13,0	16,1	16,6
Spanien	46,2	52,9	55,5	54,9	19,0	20,6	20,8
Frankreich ⁽²⁾	22,6	24,4	24,8	23,7	8,4	8,9	9,0
Kroatien	36,1	43,0	50,0	48,6	11,3	12,7	14,4
Italien	29,1	35,3	40,0	41,8	8,0	10,1	10,9
Zypern	22,4	27,7	38,9	40,8	8,7	10,8	15,0
Lettland	31,0	28,5	23,2	23,9	11,6	11,5	9,1
Litauen	32,6	26,7	21,9	20,6	9,2	7,8	6,9
Luxemburg	16,4	18,0	16,9	17,2	4,2	5,0	4,0
Ungarn	26,1	28,1	27,2	24,8	6,4	7,3	7,4
Malta	13,3	14,1	13,0	13,5	7,1	7,2	7,0
Niederlande	7,6	9,5	11,0	11,4	5,3	6,6	7,7
Österreich ⁽²⁾	8,3	8,7	9,2	9,9	5,0	5,2	5,4
Polen	25,8	26,5	27,3	27,2	8,6	8,9	9,1
Portugal	30,3	37,9	38,1	34,8	11,7	14,3	13,5
Rumänien	23,7	22,7	23,6	:	7,4	7,0	7,3
Slowenien	15,7	20,6	21,6	19,9	5,9	7,1	7,3
Slowakei	33,7	34,0	33,7	33,5	10,1	10,4	10,4
Finnland	20,1	19,0	19,9	20,0	10,1	9,8	10,3
Schweden	22,8	23,7	23,6	22,6	12,1	12,4	12,8
Ver. Königreich	21,1	21,0	20,5	19,7	12,4	12,4	12,0
Island	14,6	13,6	10,7	10,2	10,6	10,2	8,3
Norwegen	8,7	8,6	9,1	8,9	4,8	4,8	5,2
Schweiz	:	:	:	:	5,2	5,7	5,8
EJR Mazedonien	:	:	:	:	17,7	18,1	17,5
Türkei	16,9	15,8	17,1	17,1	6,4	5,9	6,6
Japan	8,2	8,1	6,8	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	17,3	16,2	15,5	14,2	:	:	:

(¹) Saisonbereinigt.

(²) Anteil der erwerbslosen Jugendlichen an der gleichaltrigen Bevölkerung, 2013: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [une_rt_a](#), [une_rt_q](#) und [lfsi_act_a](#))

Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der gleichaltrigen Bevölkerung in den Mitgliedstaaten der EU-28 lag wie erwartet deutlich unter der Jugendarbeitslosenquote;

seit 2008 ist er aufgrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt jedoch erheblich angestiegen.



5.3 Löhne und Arbeitskosten

Der Faktor Arbeit spielt eine wichtige Rolle für das Funktionieren einer Volkswirtschaft. Aus der Sicht der Unternehmen stellt sie einen Kostenfaktor (Arbeitskosten) dar, der nicht nur die an die Beschäftigten zu zahlenden Löhne und Gehälter umfasst, sondern auch Lohnnebenkosten, insbesondere vom Arbeitgeber zu entrichtende Sozialbeiträge. Sie ist somit ein Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, wenngleich diese auch von den Kapitalkosten (z.B. Zinsen auf Darlehen und Dividenden auf Eigenkapital) und nicht preisrelevanten Faktoren wie Innovation oder der Positionierung der Marke bzw. des Produkts auf dem Markt beeinflusst wird.

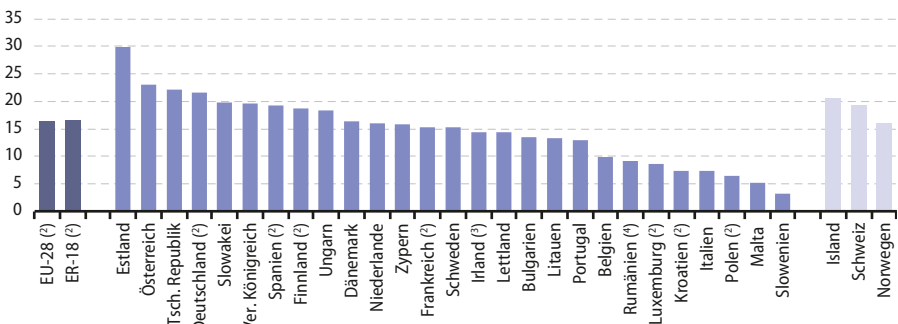
Die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der EU-28 wurden 2014 auf 24,60 EUR und auf 29,20 EUR im Euroraum (ER-18) geschätzt. Allerdings verbergen sich

hinter diesem Durchschnittswert erhebliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten mit Arbeitskosten pro Stunde im Bereich zwischen 3,80 EUR und 40,30 EUR.

Trotz einer gewissen Konvergenz bestehen zwischen dem Durchschnittsverdienst von Männern und Frauen in der EU weiterhin erhebliche Unterschiede, ein Zustand, der gemeinhin als **geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle** bezeichnet wird. Im Jahr 2013 war dieser Verdienst für Frauen in der EU-28 insgesamt durchschnittlich 16,4% geringer als für Männer. Die geringsten geschlechtsspezifischen Unterschiede im Hinblick auf den Durchschnittsverdienst wurden in Slowenien, Malta, Polen, Italien, Kroatien, Luxemburg, Rumänien und Belgien verzeichnet (weniger als 10,0% Unterschied). Das größte geschlechtsspezifische Verdienstgefälle wurde in Estland, (29,9%),

Abbildung 5.3: Geschlechtsspezifisches Lohngefälle, 2013 ⁽¹⁾

(Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und von Frauen in % des Bruttoverdiensts von Männern, nicht bereinigt)



⁽¹⁾ Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmer; NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S ohne O; Griechenland: nicht verfügbar.

⁽²⁾ Vorläufig.

⁽³⁾ Schätzungen.

⁽⁴⁾ Vorläufig, 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsdsc340)



Tabelle 5.3: Geschätzte Arbeitskosten pro Stunde, 2014 ⁽¹⁾
(in EUR)

	Arbeitskosten insgesamt	Bruttolöhne und Gehälter	Andere Arbeitskosten
EU-28	24,6	18,6	6,0
ER-18	29,2	21,6	7,6
Belgien	39,1	28,2	10,9
Bulgarien	3,8	3,2	0,6
Tsch. Republik	9,4	6,9	2,6
Dänemark	40,3	35,0	5,3
Deutschland	31,4	24,4	7,0
Estland	9,8	7,2	2,6
Irland	29,8	25,8	4,0
Griechenland ⁽²⁾	14,6	14,6	:
Spanien	21,3	15,7	5,5
Frankreich	34,6	23,1	11,5
Kroatien	9,4	8,0	1,4
Italien	28,3	20,3	8,0
Zypern	15,8	13,1	2,7
Lettland	6,6	5,3	1,3
Litauen	6,5	4,7	1,8
Luxemburg	35,9	31,0	4,9
Ungarn	7,3	5,6	1,7
Malta	12,3	11,5	0,9
Niederlande	34,0	25,5	8,5
Österreich	31,5	23,2	8,3
Polen	8,4	6,8	1,6
Portugal	13,1	10,4	2,7
Rumänien	4,6	3,6	1,1
Slowenien	15,6	13,1	2,4
Slowakei	9,7	7,1	2,6
Finnland	32,3	25,2	7,2
Schweden	37,4	25,6	11,8
Ver. Königreich	22,3	18,6	3,7
Norwegen	54,0	44,2	9,8

⁽¹⁾ Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmer. NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S ohne O. Einschließlich vorläufiger Daten.

⁽²⁾ Nur Gesamtarbeitskosten verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [lc_lci_lev](#))

Österreich (23,0%), der Tschechischen Republik (22,1%) und Deutschland (21,6%) ermittelt.

Es kann verschiedene Ursachen haben, etwa Unterschiede bei der Erwerbsbeteiligung, Unterschiede bei den Berufen und Tätigkeiten, die hauptsächlich von Männern bzw.

Frauen ausgeübt werden, Unterschiede im Umfang der Teilzeittätigkeit von Männern und Frauen sowie die Einstellung der Personalabteilungen im privaten und im öffentlichen Sektor zur Karriereentwicklung und zu unbezahltm Urlaub und/oder Mutterschaftsurlaub.



5.4 Mindestlöhne

Im Januar 205 gab es in 22 der 28 EU-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Dänemark, Italien, Zypern, Österreich, Finnland und Schweden) nationale Mindestlöhne. Zum 1. Januar 2015 waren die monatlichen Mindestlöhne sehr unterschiedlich, sie reichten von 184 EUR in Bulgarien bis hin zu 1 923 EUR in Luxemburg.

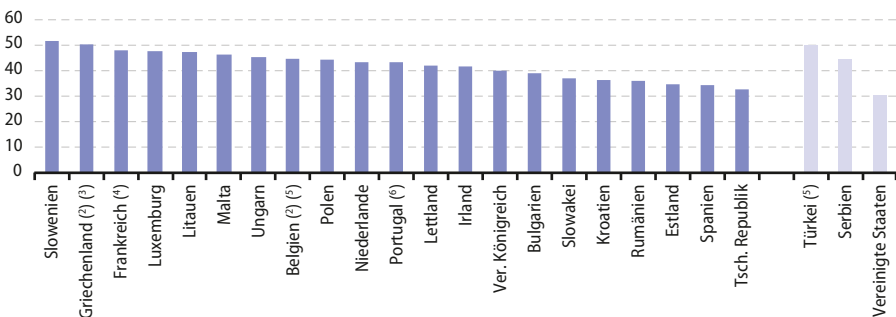
Erwartungsgemäß werden die Diskrepanzen zwischen den einzelnen Ländern durch die Bereinigung der Unterschiede im Preisniveau verringert. Während die Unterschiede zwischen den Mindestlöhnen der EU-Mitgliedstaaten in Euro ausgedrückt eine Größenordnung von 1:10 erreichen, belaufen sie sich in KKS ausgedrückt nur noch auf eine Größenordnung von 1:4. In den EU-Mitgliedstaaten lagen die monatlichen Mindestlöhne im Bereich von 380 KKS in Bulgarien bis 1 561 KKS in Luxemburg.

Im Jahr 2013 bewegten sich die Bruttomindestlöhne der Beschäftigten in den Bereichen Industrie, Baugewerbe und Dienstleistungen (NACE Rev. 2, Abschnitte B bis S, d.h. ohne private Haushalte mit Hauspersonal sowie extraterritoriale Organisationen und Körperschaften) zwischen knapp 33 % und gut 50 % der durchschnittlichen **Bruttomonatsverdienste**.

In Slowenien (51,4 %), Griechenland (50,1 %, 2011) und der Türkei (50,0 %, 2010) wurden im Verhältnis zu den durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten die höchsten Mindestlöhne festgestellt. Am unteren Ende dieser Skala rangierten die Vereinigten Staaten, die Tschechische Republik, Spanien und Estland, die Mindestlöhne unter 35 % der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste meldeten.

Abbildung 5.4: Mindestlöhne als Anteile des Mittelwerts der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste, 2013 ⁽¹⁾

(in %)



(1) NACE Rev. 2 Abschnitten B-S. Dänemark, Deutschland, Italien, Zypern, Österreich, Finnland und Schweden: keine nationale Mindestlöhne.

(2) Ohne NACE Rev. 2 Abschnitt O.

(3) 2011.

(4) 2012.

(5) 2010.

(6) Ohne NACE Rev. 2 Abschnitt O-Q.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [earn_mw_avg2](#))

**Tabelle 5.4:** Mindestlöhne, Januar 2015 ⁽¹⁾

	Mindestlöhne	
	(in EUR pro Monat)	(in KKS pro Monat) ⁽²⁾
Belgien	1 502	1 374
Bulgarien	184	380
Tsch. Republik	332	502
Deutschland	1 473	1 441
Estland	390	488
Irland	1 462	1 238
Griechenland ⁽²⁾	684	764
Spanien	757	798
Frankreich	1 458	1 337
Kroatien	396	584
Lettland	360	507
Litauen	300	464
Luxemburg	1 923	1 561
Ungarn	333	593
Malta	720	906
Niederlande	1 502	1 363
Polen	410	738
Portugal	589	685
Rumänien	218	384
Slowenien	791	949
Slowakei	380	536
Ver. Königreich	1 379	1 114
Montenegro	288	513
EJR Mazedonien	214	457
Serbien	235	470
Türkei	424	739
Albanien	157	309
Vereinigte Staaten	1 035	1 019

⁽¹⁾ Dänemark, Italien, Zypern, Österreich, Finnland und Schweden: keine nationale Mindestlöhne.

⁽²⁾ Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [earn_mw_cur](#))

5.5 Offenen Stellen

Von 2003 bis 2007 stieg die Quote der offenen Stellen in der EU-27 und erreichte 2007 einen Höchststand von 2,2%. In den folgenden Jahren nahm die Quote der offenen Stellen kontinuierlich ab; 2008 sank sie auf 1,9%. In der EU-28 erreichte die Quote 2009 (auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise) ein historisches Tief

von 1,3%. 2010 gab es mit einer Quote der offenen Stellen von 1,4% eine leichte Erholung, und ein ähnlicher Anstieg wurde 2011 verzeichnet, als die Quote 1,5% in der EU-28 erreichte. Den jüngsten verfügbaren Daten zufolge hat sie sich danach kaum verändert; 2012 sank sie auf 1,4% und stieg dann 2013 wieder auf 1,5% an.



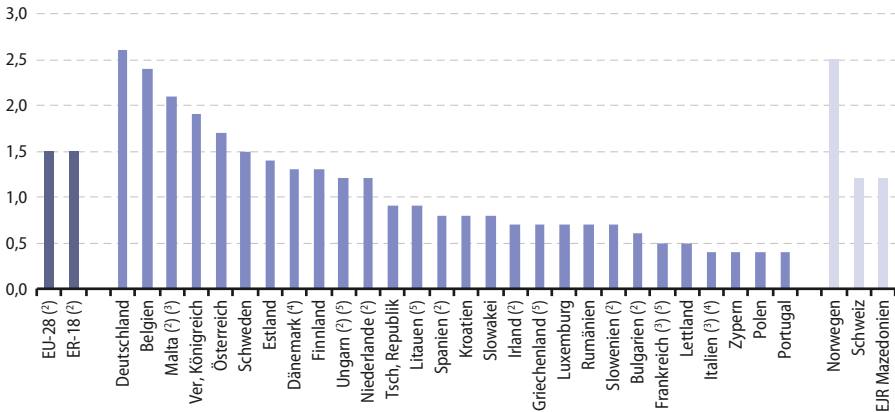
Unter den EU Mitgliedstaaten verzeichneten Deutschland (2,6%), Belgien (2,4%) und Malta (2,1%) 2013 die höchsten Quoten der offenen Stellen; von den Drittstaaten in Abbildung 5.5 verzeichnete Norwegen ebenfalls eine relativ hohe Quote der offenen Stellen (2,5%). In 17 Mitgliedstaaten betrug die Zahl der offenen Stellen 2013 weniger als 1 % der Gesamtzahl der Stellen (die Daten für Griechenland beziehen sich auf das Jahr 2012); die niedrigsten Quoten der offenen

Stellen (0,4%) wurden in Italien, Zypern, Polen und Portugal verzeichnet.

Die Quote der offenen Stellen spiegelt zum Teil die nicht gedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften wider und kann zudem Hinweise auf ein Missverhältnis zwischen Qualifikation und Verfügbarkeit der **Arbeitslosen** und Qualifikation und Verfügbarkeit der von den Arbeitgebern benötigten Arbeitskräfte liefern.

Abbildung 5.5: Quote der freien Stellen, 2013 ⁽¹⁾

(in %)



⁽¹⁾ NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S.

⁽²⁾ Vorläufig.

⁽³⁾ Unternehmen mit 10 oder mehr Arbeitnehmern.

⁽⁴⁾ NACE Rev. 2 Abschnitte B bis N.

⁽⁵⁾ 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [jvs_a_nace2](#))



Tabelle 5.5: Quote der freien Stellen, 2003–13 ⁽¹⁾
(in %)

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
EU-28 ⁽²⁾	1,5	1,6	1,8	2,1	2,2	1,9	1,3	1,4	1,5	1,4	1,5
ER-18 ⁽³⁾	1,5	1,5	1,9	2,3	2,2	1,9	1,3	1,5	1,6	1,5	1,5
Belgien	:	2,2	2,2	2,2	2,2	:	:	1,7	1,8	2,4	2,4
Bulgarien	:	:	0,9	0,9	1,0	0,9	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Tsch. Republik	:	:	1,4	2,0	2,8	3,2	1,1	0,8	0,9	1,0	0,9
Dänemark	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Deutschland	2,5	2,2	3,2	3,8	3,5	3,1	:	2,6	2,7	2,6	2,6
Estland	:	:	:	3,8	:	:	0,9	1,0	1,3	1,4	1,4
Irland	:	:	2,4	3,0	3,3	2,5	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7
Griechenland	:	2,4	0,9	2,0	1,5	1,2	1,7	1,1	1,0	0,7	:
Spanien	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,6	0,6	1,2	1,0	0,8	0,8
Frankreich ⁽⁴⁾	:	:	:	:	:	:	0,4	1,0	1,1	1,0	0,9
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,0	0,8
Italien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Zypern	:	:	1,5	1,4	4,6	4,1	:	1,6	1,1	0,6	0,4
Lettland	:	:	1,3	1,9	1,9	1,0	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5
Litauen	:	0,8	0,7	1,5	2,0	1,7	0,5	0,6	0,9	0,9	:
Luxemburg	0,3	0,4	0,4	0,6	0,8	0,6	0,4	0,6	0,8	0,8	0,7
Ungarn	:	1,1	1,0	1,2	1,4	1,3	1,1	1,2	1,3	1,2	:
Malta	:	:	:	:	1,9	:	:	:	:	:	:
Niederlande	1,1	1,5	2,2	2,8	3,2	2,9	1,7	1,5	1,6	1,4	1,2
Österreich	:	1,5	1,4	:	:	:	1,5	1,9	2,0	1,9	1,7
Polen	:	:	:	:	2,0	1,5	0,6	0,6	0,6	0,4	0,4
Portugal ⁽⁴⁾	0,6	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Rumänien	:	:	1,7	1,8	2,1	1,9	0,9	0,6	0,6	0,6	0,7
Slowenien	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	0,9	0,7	0,7	0,8	0,8	0,7
Slowakei	:	0,6	0,8	0,9	1,1	1,3	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8
Finnland	1,7	1,7	1,9	2,3	2,5	2,3	1,6	1,9	2,1	2,2	:
Schweden	1,2	1,0	1,1	1,2	1,3	1,2	0,8	1,2	1,5	1,5	1,5
Ver. Königreich	2,2	2,3	2,3	2,2	2,4	2,2	1,6	1,7	1,7	1,7	1,9

⁽¹⁾ 2003–08: NACE Rev. 1.1 Abschnitte A bis O. Seit 2009: NACE Rev. 2 Abschnitte B bis S.

⁽²⁾ 2003–08: EU-27.

⁽³⁾ 2003–08: ER-16.

⁽⁴⁾ 2010: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [jvs_a_nace1](#) und [jvs_a_nace2](#))

Wirtschaft und Finanzen

6





Einleitung

2014 gab die Europäische Kommission eine Liste der zehn wichtigsten **Prioritäten** aus, die im Mittelpunkt ihres Arbeitsprogramms für 2015 stehen sollten. Drei von ihnen waren von besonderer Bedeutung für die Wirtschaftsstatistik: als oberste Priorität ein neuer **Schub für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen**, der **Binnenmarkt der EU** und die **Wirtschafts- und Währungsunion**.

Mit der Maßgabe, innerhalb von drei Jahren bis zu 300 Mrd. EUR an privaten und öffentlichen Mitteln zusätzlich bereitzustellen, ist vorgesehen, in den Mittelpunkt des Beschäftigungs-, Wachstums- und Investitionspakets der Europäischen Kommission eine Begrenzung der Regulierungstätigkeit, eine intelligenterere Nutzung der vorhandenen Finanzressourcen und einen flexiblen Einsatz der öffentlichen Mittel zu stellen. Diese Investitionen sollten in die Bereiche Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation, erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie Jugendbeschäftigung fließen.

Der Binnenmarkt gilt als das beste Kapital, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Durch Stärkung der industriellen Basis der Wirt-

schaft in der EU — indem der Anteil der Industrie am BIP in der EU bis 2020 wieder auf 20% gebracht wird — soll sichergestellt werden, dass Europa seine weltweite Führungsposition in strategischen Sektoren mit hochwertigen Arbeitsplätzen behält. Zu den im Rahmen dieser Priorität ausgegebenen Zielen gehört die Schaffung einer Kapitalmarktunion, die kleinen Unternehmen die Einwerbung von Geldern erleichtern und Europa zu einem attraktiveren Investitionsstandort machen soll.

In Bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion ist es das Ziel der Europäischen Kommission, demokratisch stärker legitimierte Entscheidungen über die Unterstützung in Schieflage befindlicher Länder des Euroraums zu treffen, die Förder- und Reformprogramme nicht nur auf ihre finanzielle Tragfähigkeit zu prüfen, sondern auch auf ihre Auswirkungen auf die Bürger, eine Überprüfung der für die steuerpolitische und makroökonomische Überwachung geltenden Rechtsvorschriften und der Vorschriften für die Haushaltsdisziplin vorzunehmen sowie weitere Strukturreformen in Ländern des Euroraums voranzutreiben.

6.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und BIP

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) sind Quelle für zahlreiche bekannte Wirtschaftsindikatoren, die in diesem Artikel vorgestellt werden. Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** ist der am häufigsten verwendete Messwert für die Gesamtgröße einer Volkswirtschaft; davon abgeleitete In-

dikatoren wie das **BIP pro Kopf** — z.B. in Euro oder bereinigt um die Unterschiede in den Preisniveaus — werden oft für einen Vergleich des Lebensstandards oder für die Überwachung des Konvergenzprozesses in der **Europäischen Union (EU)** herangezogen.

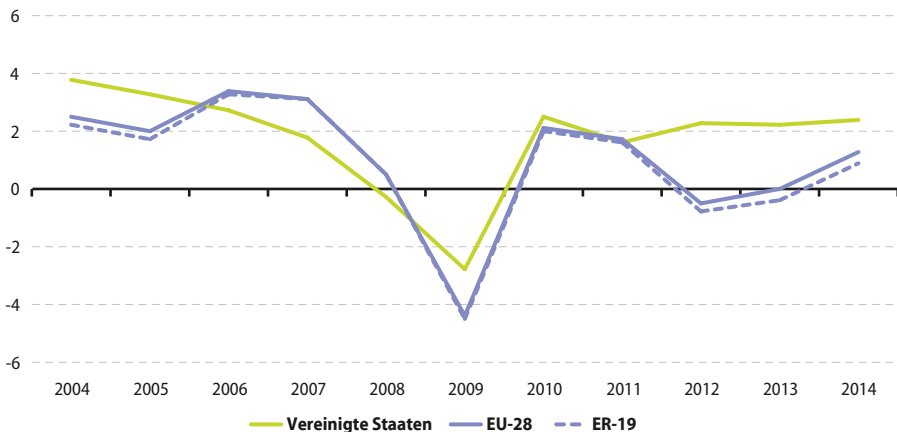


Das BIP-Wachstum verlangsamte sich in der EU-28 im Jahr 2008 (in jeweiligen Preisen) beträchtlich, und 2009 schrumpfte das BIP infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erheblich. Im Jahr 2010 erholte sich das BIP auf der Ebene der EU-28 wieder; diese Entwicklung setzte sich, wenn auch langsamer, im Zeitraum 2011–13 fort, bis sich das Wachstum 2014 wieder beschleunigte und das BIP zu jeweiligen Preisen um 3,0% stieg. 2014 betrug das BIP in der EU-28 13,9 Bio. EUR (13900 Mrd. EUR) und lag damit etwa 6,2% höher als in den Vereinigten Staaten. Auf den Euroraum (ER-19) entfiel 2014 ein Anteil von 72,6% des BIP der EU-28 und damit weniger als im Jahr 2009 mit 75,8%.

Für die Beurteilung des Lebensstandards ist daher das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) besser geeignet, da bei diesem Indikator die Unterschiede in der Größe einer Volkswirtschaft gemessen an der Bevölkerung sowie Unterschiede im Preisniveau

zwischen den Ländern berücksichtigt sind. 2013 belief sich das durchschnittliche BIP pro Kopf in der EU-28 auf 26600 KKS und lag damit etwas über dem Höchststand von 2008 (25900 KKS), der erreicht worden war, bevor sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bemerkbar machten. Die relative Position einzelner Länder lässt sich anhand eines Vergleichs mit diesem Durchschnitt darstellen, wobei der Wert für die EU-28 100 gleichgesetzt wird. Den höchsten Wert aller EU-Mitgliedstaaten verzeichnete 2013 Luxemburg mit einem BIP pro Kopf in KKS, das den Durchschnitt der EU-28 um etwa das 2,6-fache überstieg (was zum Teil mit der großen Zahl von Grenzgängern aus Belgien, Frankreich und Deutschland erklärt werden kann). Im Gegensatz dazu belief sich das BIP pro Kopf in KKS in Bulgarien im Jahr 2013 auf weniger als die Hälfte des Durchschnittswerts für die EU-28.

Abbildung 6.1: Reales BIP-Wachstum, 2004–14
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [nama_10_gdp](#))



Tabelle 6.1: BIP in jeweiligen Marktpreisen, 2003–04 und 2012–14

	BIP					BIP pro Kopf			
	(in Mrd. EUR)					(KKS, EU-28 = 100)			(in EUR)
	2003	2004	2012	2013	2014	2003	2012 (¹)	2013	2014
EU-28	10 490	11 016	13 426	13 520	13 921	100	100	100	27 300
ER-19	7 825	8 157	9 846	9 931	10 111	109	107	107	29 800
Belgien	282	298	388	395	402	123	120	119	36 000
Bulgarien	19	21	41	41	42	33	45	45	5 800
Tsch. Republik	88	96	161	157	155	77	82	82	14 700
Dänemark	193	202	251	253	257	124	125	124	45 600
Deutschland	2 217	2 268	2 750	2 809	2 904	116	123	122	35 200
Estland	9	10	18	19	20	52	71	73	14 800
Irland	145	155	173	175	185	141	130	130	40 200
Griechenland	179	193	194	182	179	93	74	73	16 300
Spanien	803	861	1 055	1 049	1 058	100	94	94	22 800
Frankreich	1 637	1 711	2 091	2 114	2 142	111	107	107	32 400
Kroatien	31	33	44	44	43	56	61	61	10 200
Italien	1 391	1 449	1 615	1 609	1 616	112	101	99	26 600
Zypern	13	14	19	18	18	94	93	89	20 500
Lettland	10	12	22	23	24	45	60	64	12 100
Litauen	:	18	33	35	36	48	69	73	12 400
Luxemburg	26	28	44	45	:	240	264	257	:
Ungarn	75	83	99	101	103	62	65	66	10 500
Malta	5	5	7	8	8	82	84	86	18 600
Niederlande	506	520	641	643	655	133	132	131	38 900
Österreich	231	242	317	323	329	127	129	128	38 500
Polen	192	205	386	396	413	48	66	67	10 700
Portugal	146	152	168	169	173	78	76	79	16 600
Rumänien	53	61	134	144	150	31	53	55	7 500
Slowenien	26	28	36	36	37	83	82	82	18 100
Slowakei	30	35	72	74	75	55	74	75	13 900
Finnland	152	158	200	202	204	114	115	113	37 400
Schweden	293	307	423	436	429	127	126	127	44 300
Ver. Königreich	1 720	1 850	2 041	2 017	2 222	123	107	109	34 400
Island	10	11	11	12	13	126	116	119	39 500
Norwegen	202	213	397	393	377	154	190	186	73 400
Schweiz	312	317	518	516	:	136	162	163	:
Montenegro	:	:	:	:	:	:	39	40	:
EJR Mazedonien	4	5	8	8	:	27	34	36	:
Albanien	:	:	:	:	:	:	28	28	:
Serbien	19	20	32	34	33	:	37	37	:
Türkei	:	:	:	:	:	35	52	53	:
Bosnien und Herzegowina	:	:	:	:	:	:	28	29	:
Japan	:	:	:	:	:	111	102	103	:
Vereinigte Staaten	10 176	9 868	12 580	12 626	13 112	157	148	150	41 100

(¹) Bruch in der Zeitreihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [nama_10_gdp](#), [nama_10_pc](#) und [tec00114](#))



6.2 Sektorkonten

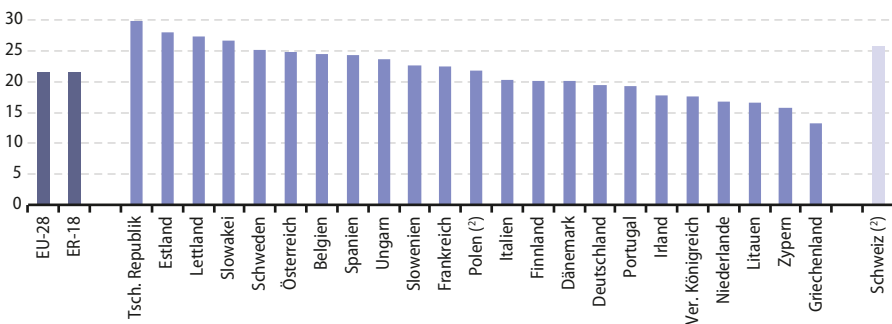
Die Untersuchung nach **institutionellen Sektoren** gibt genaueren Aufschluss über die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Bereichen Produktion, Einkommensentstehung und -(um)verteilung, Konsum und Investitionen. Insbesondere die Sektorkonten der **Europäischen Union (EU)** liefern verschiedene Schlüsselindikatoren für **Haushalte** und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, wie die **Sparquote** der privaten Haushalte und die **Gewinnquote der Unternehmen**.

Die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2013 war in den 18 Mitgliedstaaten des **Euroraums** um fast 2 Prozentpunkte höher (12,9%) als in der **EU-28** (11,0%). Dieses Gefälle lässt sich zumindest zum Teil auf die hohen Sparquoten in Deutschland (16,3%), Frankreich und den Niederlanden (jeweils 14,7%) zurückführen. Von den EU-Mitgliedstaaten des Euroraums (keine Daten verfügbar für Griechenland, Luxemburg

und Malta), wiesen acht eine Sparquote der privaten Haushalte über dem EU-28-Durchschnitt (Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Slowenien, Belgien, Österreich, Irland und Italien) und die übrigen acht eine Quote darunter auf. Eine negative Sparquote verzeichneten Lettland (-4,0%) und Zypern (-7,6%). Die höchste Sparquote unter den nicht zum Euroraum gehörenden EU-Mitgliedstaaten (für die bei Redaktionsschluss Daten vorlagen) verzeichnete Schweden (18,1%), das damit auch die höchste Sparquote von allen EU-Mitgliedstaaten aufwies.

Im Jahr 2013 betrug die Investitionsquote der privaten Haushalte in der EU-28 7,8%. Diese Quote reichte (in den 21 Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen) von 10,7% in Finnland und 10,0% in Belgien bis etwa 5% in Spanien, Lettland und Ungarn; noch darunter lagen Portugal mit 4,6% und Schweden mit 4,1%.

Abbildung 6.2: Investitionsquote (brutto) der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, 2013 ⁽¹⁾ (in %)



⁽¹⁾ Bulgarien, Kroatien, Luxemburg, Malta und Rumänien: nicht verfügbar.

⁽²⁾ 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [nasa_10_ki](#))

Tabelle 6.2: Kennzahlen der Sektorkonten, Haushalte, 2013 ⁽¹⁾

	Sparquote	Investitionsquote	Verhältnis Schulden zu Einkommen	Verhältnis Net- tovermögen zu Einkommen	Sparquote	Investitionsquote	Verhältnis Schulden zu Einkommen	Verhältnis Net- tovermögen zu Einkommen
	(in %)				Veränderung gegenüber 2012 (in Prozentpunkten)			
EU-28	11,0	7,8	:	:	-0,2	-0,2	:	:
ER-18	12,9	8,3	:	:	0,2	-0,4	:	:
Belgien	13,5	10,0	93,6	372,9	-0,4	-0,3	2,0	9,2
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:
Tsch. Republik	9,7	7,9	57,7	128,3	-1,6	0,0	1,9	4,2
Dänemark	6,7	7,8	255,8	270,8	-0,3	0,0	-8,6	17,9
Deutschland	16,3	9,3	83,3	183,4	-0,2	0,0	-1,0	6,5
Estland	8,8	7,2	72,2	130,3	0,8	0,4	-5,2	10,6
Irland	12,7	5,6	186,0	182,9	-0,2	0,3	-4,1	10,2
Griechenland	:	:	:	:	:	:	:	:
Spanien	10,4	4,9	115,8	146,1	1,0	-1,4	-6,8	28,0
Frankreich	14,7	8,9	85,7	235,1	-0,2	-0,3	1,1	12,3
Kroatien	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien	11,3	8,6	63,3	269,1	1,7	-0,5	-1,2	7,2
Zypern	-7,6	6,4	197,9	219,8	-9,4	-1,0	16,7	83,4
Lettland	-4,0	4,9	48,8	83,6	1,7	-1,2	-8,1	-5,7
Litauen	2,2	5,5	:	:	0,8	0,8	:	:
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:
Ungarn	10,7	4,8	48,2	143,8	0,4	-0,1	-5,0	9,7
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	14,7	8,2	222,3	311,5	1,1	-1,0	-6,5	-15,0
Österreich	12,8	8,5	82,7	200,5	-1,5	0,0	-0,4	4,6
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:
Portugal	8,7	4,6	120,9	165,3	1,0	-0,6	-5,3	15,9
Rumänien	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowenien	14,4	5,5	47,1	119,2	3,0	-0,5	-1,6	8,1
Slowakei	8,5	7,3	48,1	59,5	1,3	-0,2	3,0	-0,5
Finnland	8,2	10,7	106,6	106,6	0,4	-0,3	0,3	8,6
Schweden	18,1	4,1	144,4	289,9	0,3	-0,2	2,0	30,9
Ver. Königreich	6,4	6,7	:	:	-1,6	0,4	:	:
Schweiz ⁽²⁾	22,0	5,7	168,1	314,2	:	:	:	:

⁽¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

⁽²⁾ 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [nasa_10_ki](#))

Die Investitionsquote der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) im Jahr 2013 lag in der EU-28 bei 21,6%. Von 2012 bis 2013 ging sie in fast der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten (für die Daten vorliegen) zurück, insbesondere in Finnland (-2,1 Prozentpunkte), Lettland (-1,4 Punkte), der Slowakei (-1,2 Punkte) und Portugal

(-1,1 Punkte), während der durchschnittliche Rückgang im Euroraum (ER-18) bei 0,4 Prozentpunkten und in der EU-28 als Ganzes bei 0,2 Punkten lag. Die stärksten Zuwächse verzeichneten 2013 (im Vergleich zu 2012) Slowenien und Estland (jeweils um 1,4 Prozentpunkte).



6.3 Öffentliche Finanzen

Diese Statistiken liefern wichtige Indikatoren für die Bestimmung des Zustands der Volkswirtschaft eines Mitgliedstaats. Im **Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)** der EU haben sich die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, ihr öffentliches Defizit und den öffentlichen Schuldenstand unterhalb bestimmter Grenzen zu halten. Das öffentliche Defizit eines Mitgliedstaats darf – 3 % des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** des Staates nicht übersteigen, der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des BIP eines Landes ausmachen. Wenn ein Mitgliedstaat diese Grenzwerte überschreitet, wird das so genannte **Verfahren bei einem übermäßigen Defizit** eingeleitet.

In der EU-28 schrumpfte das Defizit der öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP von –3,2 % im Jahr 2013 auf –2,9 % im Jahr 2014, im ER-19 verringerte es sich von –2,9 % auf –2,4 %. Vier Mitgliedstaaten — Dänemark, Deutschland, Estland und Luxemburg — verzeichneten 2014 einen Finanzierungsüberschuss des Sektors Staat. In 11 EU-Mitgliedstaaten, und zwar in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, den Niederlanden, Österreich, Rumänien, der Slowakei und Schweden, lagen die Defizite 2014 unter –3,0 % des BIP. Italien verzeichnete 2014 ein Defizit von –3,0 % des BIP.

In 12 EU-Mitgliedstaaten überschritt das öffentliche Defizit 2014 die Grenze von –3,0 % des BIP. Die höchsten öffentlichen Defizite (in % des BIP) verzeichneten Zypern (–8,8 %), Spanien (–5,8 %), Kroatien und das Vereinigte Königreich (jeweils –5,7 %). Von den zwölf Mitgliedstaaten mit einem öffentlichen Defizit von über –3,0 % des BIP hatten zehn auch in jedem der drei Vorjahre Defizite von über –3,0 % gemeldet und lagen damit im gesamten aufgeführten Berichtszeitraum über dieser Grenze.

Die Bedeutung des **Sektors Staat** in der Volkswirtschaft lässt sich an der Höhe seiner gesamten Einnahmen und Ausgaben und an dem auf ihn entfallenden Prozentsatz des BIP messen. In der EU-28 beliefen sich die Gesamteinnahmen des Sektors Staat 2014 auf 45,2 % des BIP (ein Rückgang gegenüber 45,4 % des BIP im Jahr 2013), und die Gesamtausgaben betragen 48,1 % des BIP (ein Rückgang gegenüber 48,6 % im Jahr 2013). Im ER-19 betragen die Staatsausgaben 2014 insgesamt 49,0 % des BIP (ein Rückgang gegenüber 49,4 % des BIP im Jahr 2013) und die Staatseinnahmen insgesamt 46,6 % des BIP (keine Veränderung gegenüber 2013).



Tabelle 6.3: Öffentlicher Finanzierungssaldo und öffentlicher Schuldenstand, 2011–14 ⁽¹⁾
(in % des BIP)

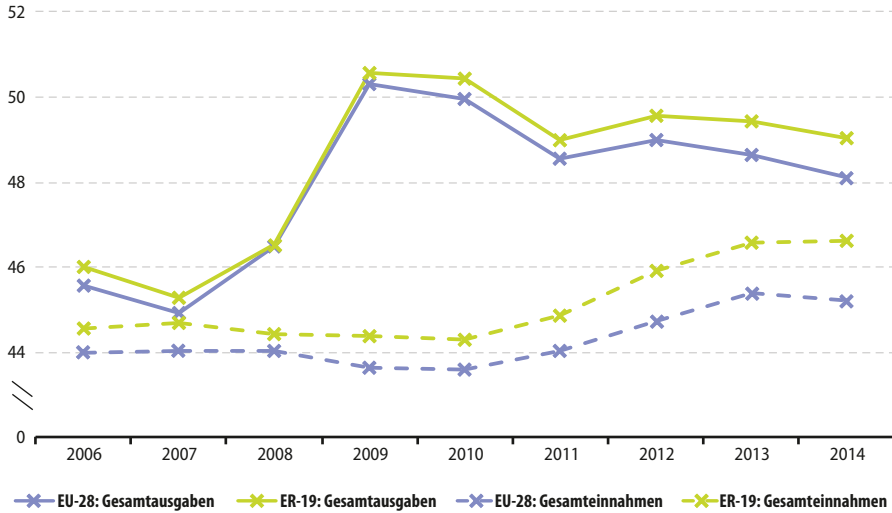
	Finanzierungssaldo (konsolidierter Finanzierungssaldo des Sektors Staat)				Staatsverschuldung (konsolidierter Bruttoschuldenstand des Sektors Staat)			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
EU-28	-4,5	-4,2	-3,2	-2,9	80,9	83,7	85,5	86,8
ER-19	-4,1	-3,6	-2,9	-2,4	85,8	89,1	90,9	91,9
Belgien	-4,1	-4,1	-2,9	-3,2	102,0	103,8	104,4	106,5
Bulgarien	-2,0	-0,7	-0,9	-2,8	15,7	18,0	18,3	27,6
Tsch. Republik	-2,7	-3,9	-1,2	-2,0	39,9	44,6	45,0	42,6
Dänemark	-2,1	-3,7	-1,1	1,2	46,4	45,6	45,0	45,2
Deutschland	-0,9	0,1	0,1	0,7	77,9	79,3	77,1	74,7
Estland	1,2	-0,2	-0,2	0,6	6,0	9,7	10,1	10,6
Irland	-12,7	-8,1	-5,8	-4,1	111,2	121,7	123,2	109,7
Griechenland	-10,2	-8,7	-12,3	-3,5	171,3	156,9	175,0	177,1
Spanien	-9,4	-10,3	-6,8	-5,8	69,2	84,4	92,1	97,7
Frankreich	-5,1	-4,8	-4,1	-4,0	85,2	89,6	92,3	95,0
Kroatien	-7,5	-5,3	-5,4	-5,7	63,7	69,2	80,6	85,0
Italien	-3,5	-3,0	-2,9	-3,0	116,4	123,1	128,5	132,1
Zypern	-5,8	-5,8	-4,9	-8,8	66,0	79,5	102,2	107,5
Lettland	-3,3	-0,8	-0,7	-1,4	42,7	40,9	38,2	40,0
Litauen	-8,9	-3,1	-2,6	-0,7	37,2	39,8	38,8	40,9
Luxemburg	0,4	0,1	0,9	0,6	19,1	21,9	24,0	23,6
Ungarn	-5,5	-2,3	-2,5	-2,6	81,0	78,5	77,3	76,9
Malta	-2,6	-3,6	-2,6	-2,1	69,7	67,4	69,2	68,0
Niederlande	-4,3	-4,0	-2,3	-2,3	61,3	66,5	68,6	68,8
Österreich	-2,6	-2,2	-1,3	-2,4	82,1	81,5	80,9	84,5
Polen	-4,9	-3,7	-4,0	-3,2	54,8	54,4	55,7	50,1
Portugal	-7,4	-5,6	-4,8	-4,5	111,1	125,8	129,7	130,2
Rumänien	-5,3	-2,9	-2,2	-1,5	34,2	37,3	38,0	39,8
Slowenien	-6,6	-4,0	-14,9	-4,9	46,5	53,7	70,3	80,9
Slowakei	-4,1	-4,2	-2,6	-2,9	43,4	52,1	54,6	53,6
Finnland	-1,0	-2,1	-2,5	-3,2	48,5	52,9	55,8	59,3
Schweden	-0,1	-0,9	-1,4	-1,9	36,2	36,6	38,7	43,9
Ver. Königreich	-7,6	-8,3	-5,7	-5,7	81,8	85,8	87,3	89,4
Norwegen	13,4	13,8	11,3	9,1	27,5	29,2	29,3	26,4

⁽¹⁾ Datenauszug am 21.04.2015.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: tec00127 und tsdde410)



Abbildung 6.3: Entwicklung der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben, 2006–14 ⁽¹⁾
(in % des BIP)



(1) Datenauszug am 21.04.2015. Ausschnitt aus y-Achse.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: gov_10a_main)

6.4 Wechselkurse und Zinssätze

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung der Wechselkurse in der gesamten **Europäischen Union (EU)** ebenso wie die Wechselkursschwankungen zwischen **Euro**, japanischem Yen, Schweizer Franken und US-Dollar (alle wichtige **Reservewährungen**) berücksichtigt. Die zweite Hälfte dieses Artikels ist der Untersuchung der Zinssätze gewidmet, d.h. der Kosten der Aufnahme und/oder der Vergabe von Geldmitteln. Auf makroökonomischer Ebene werden die Leitzinssätze in der Regel von den Zentralbanken festgesetzt; sie sind ein primäres Instrument der Geldpolitik und dienen der Aufrechterhaltung der Preisstabilität sowie der Steuerung der **Inflation**.

Der in Abbildung 6.4 dargestellte Index der

Wechselkurse im Jahresdurchschnitt beginnt im Jahr 2004, als sich der Euro noch immer von einem historischen Tiefstand gegenüber vielen Währungen erholte. Bis 2007 kam es zu einer deutlichen Wertsteigerung des Euro im Vergleich zum japanischen Yen. Danach verlor der Euro rasch an Wert und sank zwischen 2007 und 2012 jährlich um durchschnittlich 8,7%. Die Entwicklung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar verlief anfangs ähnlich, so dass der Euro bis 2008 zunächst anzog. Bis 2012 kam es zu einem Wertverlust des Euro (–3,3% pro Jahr), der insgesamt geringer ausfiel, jedoch weniger regelmäßig verlief. Im Jahr 2013 zog der Kurs wieder leicht an und blieb dann 2014 stabil. Gegenüber dem

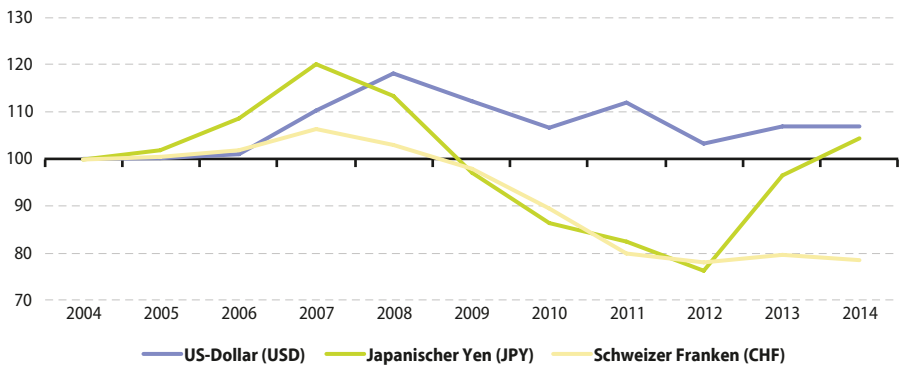


Schweizer Franken erholte sich der Euro dagegen zwischen 2004 und 2007 mit einer Wertsteigerung von 2,1 % jährlich nur leicht. Von 2007 bis 2011 verlor der Euro immer rascher an Wert — 2008 belief sich der Wertverlust gegenüber dem Schweizer Franken auf 3,4 %, 2009 auf 4,9 %, 2010 auf 8,6 % und 2011 auf 10,7 %. 2012 verlangsamte sich dieser Wertverlust auf 2,2 %; damit lag der Wert des Euro gegenüber dem Schweizer Franken 26,6 % unter dem Niveau von 2007, was einem durchschnittlichen Wertverlust von 6,0 % pro Jahr entspricht. Im September 2011 legte die Schweizerische Nationalbank einen Mindest-Wechselkurs von 1,20 CHF = 1 EUR fest, der die Wertsteigerung des Schweizer Franken wirksam beendete und den Kurs stabilisierte. Dieser Mindest-Wechselkurs wurde bis zum 15. Januar 2015 aufrechterhalten: Nachdem er aufgehoben wurde, stieg der Schweizer Franken um 30 % im Tageshandel und schloss bei 23 % ab.

Die Entwicklung der Anleiherenditen im

(gewichteten) EU-28-Durchschnitt verlief im Allgemeinen so, dass sie im Vorfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 bis 2008 einen Höchststand erreichten, bevor sie bis 2014 wieder an Wert verloren (2011 kam es im Zusammenhang mit der Staatsschuldenfinanzierung zu einem deutlichen Anstieg). 2014 betrug die Renditen weniger als die Hälfte der in 2007 verzeichneten Werte. Dieses Muster wiederholte sich in vielen EU-Mitgliedstaaten weitgehend, als viele Renditen am Ende des Betrachtungszeitraums unter die Werte aus 2007 und 2008 sanken. Griechenland und Zypern bildeten dabei die wichtigsten Ausnahmen: In beiden Staaten waren die Renditen 2014 höher als vor und während der Finanz- und Wirtschaftskrise, auch wenn die Werte aus dem Jahr 2012 nicht erreicht wurden. In anderen von der Staatsschuldenkrise betroffenen Volkswirtschaften, wie Portugal, Irland und — in geringerem Ausmaß — Spanien, Italien und Slowenien, sanken die Renditen 2014 nach den Rekordhöhen von 2011, 2012 und 2013 wieder.

Abbildung 6.4: Wechselkurse gegenüber dem Euro, 2004–14 ⁽¹⁾
(2004 = 100)



⁽¹⁾ Ein Rückgang des Index bedeutet einen Anstieg des Werts der Fremdwährung und einen Wertverlust des Euro.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ert_bil_eur_a](#)), ECB



Tabelle 6.4: WWU-Konvergenzkriterium Anleiherenditen (Maastricht-Kriterium), 2004–14 ⁽¹⁾
(in %)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
EU-28 ⁽²⁾	4,38	3,70	4,10	4,57	4,56	4,15	3,82	4,28	3,66	2,96	2,21
ER ⁽³⁾	4,12	3,42	3,84	4,32	4,31	3,82	3,61	4,35	3,88	3,00	2,05
Belgien	4,15	3,43	3,81	4,33	4,42	3,90	3,46	4,23	3,00	2,41	1,71
Bulgarien	5,36	3,87	4,18	4,54	5,38	7,22	6,01	5,36	4,50	3,47	3,35
Tsch. Republik	4,82	3,54	3,80	4,30	4,63	4,84	3,88	3,71	2,78	2,11	1,58
Dänemark	4,30	3,40	3,81	4,29	4,28	3,59	2,93	2,73	1,40	1,75	1,32
Deutschland	4,04	3,35	3,76	4,22	3,98	3,22	2,74	2,61	1,50	1,57	1,16
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Irland	4,08	3,33	3,76	4,31	4,53	5,23	5,74	9,60	6,17	3,79	2,37
Griechenland	4,26	3,59	4,07	4,50	4,80	5,17	9,09	15,75	22,50	10,05	6,93
Spanien	4,10	3,39	3,78	4,31	4,37	3,98	4,25	5,44	5,85	4,56	2,72
Frankreich	4,10	3,41	3,80	4,30	4,23	3,65	3,12	3,32	2,54	2,20	1,67
Kroatien	:	:	4,43	4,93	6,04	7,83	6,29	6,54	6,13	4,68	4,05
Italien	4,26	3,56	4,05	4,49	4,68	4,31	4,04	5,42	5,49	4,32	2,89
Zypern	5,80	5,16	4,13	4,48	4,60	4,60	4,60	5,79	7,00	6,50	6,00
Lettland	4,86	3,88	4,13	5,28	6,43	12,36	10,34	5,91	4,57	3,34	2,51
Litauen	4,50	3,70	4,08	4,55	5,61	14,00	5,57	5,16	4,83	3,83	2,79
Luxemburg	2,84	2,41	3,30	4,46	4,61	4,23	3,17	2,92	1,82	1,85	1,34
Ungarn	8,19	6,60	7,12	6,74	8,24	9,12	7,28	7,64	7,89	5,92	4,81
Malta	4,69	4,56	4,32	4,72	4,81	4,54	4,19	4,49	4,13	3,36	2,61
Niederlande	4,10	3,37	3,78	4,29	4,23	3,69	2,99	2,99	1,93	1,96	1,45
Österreich	4,13	3,39	3,80	4,30	4,36	3,94	3,23	3,32	2,37	2,01	1,49
Polen	6,90	5,22	5,23	5,48	6,07	6,12	5,78	5,96	5,00	4,03	3,52
Portugal	4,14	3,44	3,91	4,42	4,52	4,21	5,40	10,24	10,55	6,29	3,75
Rumänien	:	:	7,23	7,13	7,70	9,69	7,34	7,29	6,68	5,41	4,48
Slowenien	4,68	3,81	3,85	4,53	4,61	4,38	3,83	4,97	5,81	5,81	3,27
Slowakei	5,03	3,52	4,41	4,49	4,72	4,71	3,87	4,45	4,55	3,19	2,07
Finnland	4,11	3,35	3,78	4,29	4,29	3,74	3,01	3,01	1,89	1,86	1,45
Schweden	4,42	3,38	3,70	4,17	3,89	3,25	2,89	2,61	1,59	2,12	1,72
Ver. Königreich	4,93	4,46	4,37	5,06	4,50	3,36	3,36	2,87	1,74	2,03	2,14

⁽¹⁾ Der Indikator für Luxemburg basiert auf einem Korb langfristiger Anleihen mit einer durchschnittlichen Restlaufzeit von knapp zehn Jahren; Emittent der Anleihen ist ein privates Kreditinstitut.

⁽²⁾ 2004 und 2005: EU-27.

⁽³⁾ ER-12: 2004–06; ER-13: 2007; ER-15: 2008; ER-16: 2009–10; ER-17: 2011–13; ER-18, 2014.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [tec00097](#)), ECB



6.5 Verbraucherpreisindizes — Inflation und vergleichende Preisniveaus

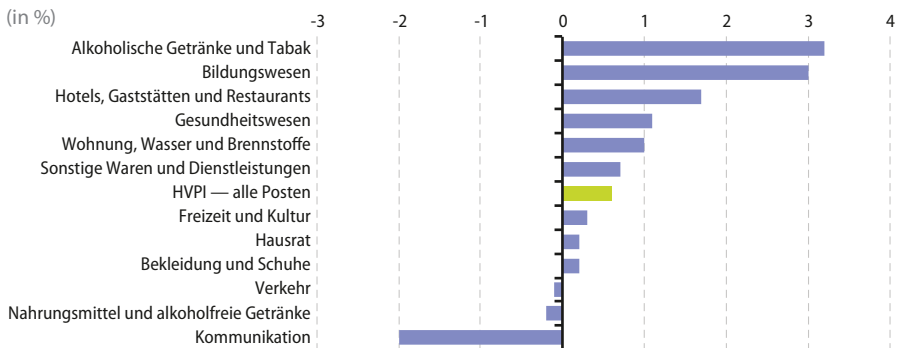
Inflation bezeichnet, der umgekehrte Fall — das Absinken des allgemeinen Preisniveaus — als Deflation. Inflation und Deflation werden in der Regel anhand von **Verbraucherpreisindizes** oder Einzelhandelspreisen gemessen. Innerhalb der **Europäischen Union (EU)** wurde ein spezieller Verbraucherpreisindex entwickelt, der **harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI)**. Wenn andere Faktoren (beispielsweise Löhne) gleich bleiben, nimmt bei einer Inflation in einer Volkswirtschaft die Kaufkraft der Verbraucher ab, da diese für denselben Geldbetrag nicht mehr dieselbe Menge an Waren und Dienstleistungen kaufen können.

Im Vergleich zur Entwicklung in der Vergangenheit stiegen die Verbraucherpreisindizes in den letzten beiden Jahrzehnten relativ moderat. Nach starken Schwankungen im Zeitraum 2008–14 verlangsamten sich die Preisanstiege 2014 auf 0,6% — den niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen. Überdies wurden in mehreren Mona-

ten des Jahres 2014 negative Inflationsraten verzeichnet (was auf eine Deflation hinwies). Von 2005 bis 2014 war unter den EU-Mitgliedstaaten in Rumänien der höchste HVPI-Anstieg (54,7%) und in Irland der niedrigste (9,6%) festzustellen. Die Veränderung in der EU insgesamt lag bei 20,9% und damit nahe dem Wert in den Vereinigten Staaten (22,1%).

Was die Hauptbestandteile des HVPI betrifft, so stiegen die Energiepreise in der EU von 2005 bis 2014 — trotz des Einbruchs im Jahr 2014 — am schnellsten (um 49,0%), die Preise für Industriegüter ohne Energie im selben Zeitraum dagegen um 4,8%. Die Raten für Nahrungsmittel und für Dienstleistungen stiegen etwas schneller als der Gesamt-Index. Bei den Dienstleistungen ist besonders auf die Entwicklung im Bereich Kommunikation hinzuweisen, wo die Preise im Betrachtungszeitraum um 13,1% zurückgingen.

Abbildung 6.5: HVPI nach Hauptkategorien, durchschnittliche jährliche Inflationsrate EU-28, 2014



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [prc_hicp_aind](#))



Tabelle 6.5: Gesamt-HVPI, durchschnittliche jährliche Inflationsrate, 2004–14
(in %)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
EU⁽¹⁾	2,0	2,2	2,2	2,3	3,7	1,0	2,1	3,1	2,6	1,5	0,6
ER⁽²⁾	2,1	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,6	2,7	2,5	1,4	0,4
Belgien	1,9	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	2,3	3,4	2,6	1,2	0,5
Bulgarien	6,1	6,0	7,4	7,6	12,0	2,5	3,0	3,4	2,4	0,4	-1,6
Tsch. Republik	2,6	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,2	2,1	3,5	1,4	0,4
Dänemark	0,9	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	2,2	2,7	2,4	0,5	0,3
Deutschland	1,8	1,9	1,8	2,3	2,8	0,2	1,2	2,5	2,1	1,6	0,8
Estland	3,0	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	2,7	5,1	4,2	3,2	0,5
Irland	2,3	2,2	2,7	2,9	3,1	-1,7	-1,6	1,2	1,9	0,5	0,3
Griechenland	3,0	3,5	3,3	3,0	4,2	1,3	4,7	3,1	1,0	-0,9	-1,4
Spanien	3,1	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,2	2,0	3,1	2,4	1,5	-0,2
Frankreich	2,3	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,7	2,3	2,2	1,0	0,6
Kroatien	2,1	3,0	3,3	2,7	5,8	2,2	1,1	2,2	3,4	2,3	0,2
Italien	2,3	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,6	2,9	3,3	1,3	0,2
Zypern	1,9	2,0	2,2	2,2	4,4	0,2	2,6	3,5	3,1	0,4	-0,3
Lettland	6,2	6,9	6,6	10,1	15,3	3,3	-1,2	4,2	2,3	0,0	0,7
Litauen	1,2	2,7	3,8	5,8	11,1	4,2	1,2	4,1	3,2	1,2	0,2
Luxemburg	3,2	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	2,8	3,7	2,9	1,7	0,7
Ungarn	6,8	3,5	4,0	7,9	6,0	4,0	4,7	3,9	5,7	1,7	0,0
Malta	2,7	2,5	2,6	0,7	4,7	1,8	2,0	2,5	3,2	1,0	0,8
Niederlande	1,4	1,5	1,7	1,6	2,2	1,0	0,9	2,5	2,8	2,6	0,3
Österreich	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2	0,4	1,7	3,6	2,6	2,1	1,5
Polen	3,6	2,2	1,3	2,6	4,2	4,0	2,7	3,9	3,7	0,8	0,1
Portugal	2,5	2,1	3,0	2,4	2,7	-0,9	1,4	3,6	2,8	0,4	-0,2
Rumänien ⁽³⁾	11,9	9,1	6,6	4,9	7,9	5,6	6,1	5,8	3,4	3,2	1,4
Slowenien	3,7	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	2,1	2,1	2,8	1,9	0,4
Slowakei	7,5	2,8	4,3	1,9	3,9	0,9	0,7	4,1	3,7	1,5	-0,1
Finnland	0,1	0,8	1,3	1,6	3,9	1,6	1,7	3,3	3,2	2,2	1,2
Schweden	1,0	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,9	1,4	0,9	0,4	0,2
Ver. Königreich	1,3	2,1	2,3	2,3	3,6	2,2	3,3	4,5	2,8	2,6	1,5
Island	2,3	1,4	4,6	3,6	12,8	16,3	7,5	4,2	6,0	4,1	1,0
Norwegen	0,6	1,5	2,5	0,7	3,4	2,3	2,3	1,2	0,4	2,0	1,9
Schweiz	:	:	1,0	0,8	2,3	-0,7	0,6	0,1	-0,7	0,1	0,0
Türkei ⁽⁴⁾	10,1	8,1	9,3	8,8	10,4	6,3	8,6	6,5	9,0	7,5	8,9
Japan ⁽⁴⁾	0,0	-0,3	0,3	0,0	1,4	-1,4	-0,7	0,1	0,0	0,4	2,7
Vereinigte Staaten ⁽⁴⁾	2,7	3,4	3,2	2,8	3,8	-0,4	1,6	3,2	2,1	1,5	1,6

(1) Die Daten beziehen sich auf das amtliche EU-Aggregat, dessen Zusammensetzung sich mit dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten ändert; dem wird durch die Verwendung eines Kettenindex Rechnung getragen.

(2) Die Daten beziehen sich auf das amtliche Aggregat für den Euroraum, dessen Zusammensetzung sich mit dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten ändert; dem wird durch die Verwendung eines Kettenindex Rechnung getragen.

(3) 2004–05: mit dem HVPI nicht 100%ig vergleichbar.

(4) Nationaler VPI: mit dem HVPI nicht 100%ig vergleichbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [prc_hicp_a](#) und [prc_ipc_a](#))



6.6 Zahlungsbilanzstatistik

Die **Zahlungsbilanz** erfasst alle wirtschaftlichen Transaktionen zwischen **gebietsansässigen** und gebietsfremden Einheiten für einen bestimmten Zeitraum. Die Leistungsbilanz gibt Aufschluss über die Stellung einer Volkswirtschaft gegenüber der übrigen Welt, während die Kapitalbilanz die zugrunde liegende Finanzierung beleuchtet.

Der **Leistungsbilanzüberschuss** der **EU-28** belief sich 2014 auf 126,5 **Milliarden EUR**, was 0,9 % des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** entsprach. Dem gegenüber stehen die Daten für 2013, als der Leistungsbilanzüberschuss bei 155,5 Mrd. EUR lag. Die jüngsten Entwicklungen der Leistungsbilanz der EU-28 zeigen leichte Abweichungen von dem Muster, wie es sich ab 2008 darstellte: Nachdem das **Leistungsbilanzdefizit** 2008 mit 2,3 % des BIP einen Höchststand erreicht hatte, ging es allmählich zurück und verwandelte sich 2012 in einen Überschuss von 0,7 % des BIP; 2013 lag der Überschuss bei 1,2 % des BIP und 2014 bei 0,9 %. In den Leistungsbilanzüberschuss für 2014 gingen ein Defizit beim Sekundäreinkommen (-0,6 % des BIP) sowie Überschüsse der Warenbilanz (0,3 % des BIP), der Dienstleistungsbilanz (1,1 %) und beim Primäreinkommen (0,1 %) ein. Acht EU-Mitgliedstaaten meldeten 2014 Leistungsbilanzdefizite, während zwanzig Länder Überschüsse verzeichneten. Die höchsten Defizite (im Verhältnis zum BIP) meldeten das Vereinigte Königreich (-5,5 %) und Zypern (-5,1 %), während die Niederlande (10,3 % des BIP) den größten Überschuss verzeichneten, gefolgt von

Deutschland (7,6 %), Irland und Dänemark (jeweils 6,2 %).

Von den Partnerländern und -regionen war das Leistungsbilanzdefizit der EU-28 im Jahr 2014 mit China mit 57,2 Mrd. EUR am größten, gefolgt von Russland (37,4 Mrd. EUR). Der höchste Leistungsbilanzüberschuss wurde mit den Vereinigten Staaten (138,0 Mrd. EUR) und der Schweiz (85,4 Mrd. EUR) erzielt. Auch mit Hongkong, Brasilien, Kanada, Japan und Indien wies die Leistungsbilanz Überschüsse auf. Bemerkenswert ist, dass sich die Leistungsbilanz der EU-28 gegenüber Japan 2014 von einem Defizit zu einem Überschuss (4,5 Mrd. EUR) wandelte.

Eine positive Netto-Kapitalbilanz wird als Nettokreditvergabe an die übrige Welt interpretiert und eine negative Netto-Kapitalbilanz wird als Nettokreditaufnahme von der übrigen Welt gewertet. Insgesamt 19 EU-Mitgliedstaaten waren 2014 Nettokreditgeber an die übrige Welt, wobei die Niederlande mit 10,7 % des BIP den höchsten Wert verzeichneten, während neun EU-Mitgliedstaaten Nettokreditnehmer waren, insbesondere Malta (-8,3 % des BIP) und Kroatien (-6,1 % des BIP). Der in absoluten Zahlen bei weitem größte Nettokreditgeber der EU-28 war 2014 Deutschland mit 243,8 Mrd. EUR. Auch der Euroraum war 2014 Nettokreditgeber gegenüber der übrigen Welt, und zwar mit 296,3 Mrd. EUR, was 2,9 % des BIP entsprach.



Tabelle 6.6: Hauptbestandteile des Leistungsbilanzsaldos, 2014
(in % des BIP)

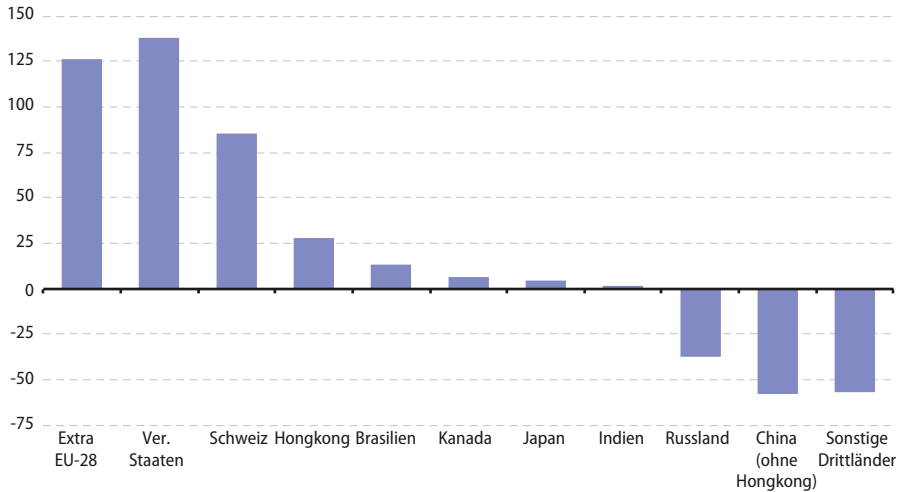
	Leistungsbilanz	Waren	Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen
EU-28 (¹)	0,9	0,3	1,1	0,1	-0,6
ER-19 (¹)	2,1	2,4	0,6	0,4	-1,4
Belgien	1,4	-0,7	1,3	2,8	-2,0
Bulgarien	0,9	-8,2	7,3	-2,1	3,8
Tsch. Republik	0,6	5,6	1,3	-6,1	-0,2
Dänemark	6,2	2,8	2,4	2,9	-2,0
Deutschland	7,6	7,9	-1,3	2,3	-1,3
Estland	-0,1	-5,2	7,7	-2,6	0,1
Irland	6,2	25,0	-3,6	-14,0	-1,2
Griechenland	0,9	-10,0	11,0	0,1	-0,2
Spanien	0,8	-2,0	4,6	-0,6	-1,2
Frankreich	-1,0	-1,7	0,7	2,2	-2,2
Kroatien	0,6	-14,7	16,8	-3,3	1,8
Italien	1,9	3,1	0,0	:	:
Zypern	-5,1	-15,2	15,1	-2,6	-2,3
Lettland	-3,1	-10,1	7,3	-0,8	0,5
Litauen	0,1	-4,2	4,3	-3,1	3,1
Luxemburg	5,4	-0,9	37,7	-31,6	0,1
Ungarn	4,1	2,6	4,8	-2,6	-0,8
Malta	2,7	-14,1	20,4	-6,1	:
Niederlande	10,3	11,8	-1,0	1,3	-1,9
Österreich	0,8	-0,7	3,1	-0,6	-1,1
Polen	-1,4	-0,2	2,0	-3,2	-0,1
Portugal	0,6	-5,2	6,3	-1,4	0,9
Rumänien	-0,4	-3,6	3,9	-1,9	1,2
Slowenien	5,8	3,5	4,6	-1,6	-0,7
Slowakei	0,1	4,5	0,2	-3,0	-1,6
Finnland	-1,8	0,4	-0,7	:	:
Schweden	6,3	3,0	1,6	3,3	-1,7
Ver. Königreich	-5,5	-6,7	4,8	-2,2	-1,4
Island	3,7	:	:	:	:
Norwegen	8,5	9,5	-1,1	1,7	-1,6
Montenegro	-15,3	-40,0	20,1	1,3	3,3
EJR Mazedonien	-1,3	-21,7	4,2	-2,6	18,9
Serbien	-6,3	-12,3	1,4	-4,4	9,1
Türkei	-5,8	-8,0	3,2	-1,1	0,1

(¹) EU-28 im Vergleich zu extra-EU-28. Euroraum im Vergleich zum Extra-Euroraum. Enthält vertrauliche Daten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [bop_c6_q](#), [bop_gdp6_q](#) und [nama_10_gdp](#)), ECB



Abbildung 6.6: Leistungsbilanzsaldo gegenüber ausgewählten Partnern, EU-28, 2014
(in Mrd. EUR)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_eu6_q](#))

6.7 Ausländische Direktinvestitionen

Nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind bei den ausländischen Direktinvestitionen (ADI) der EU Anzeichen einer Erholung zu beobachten. Im Jahr 2013 waren die ADI-Abflüsse der EU-28 um 34% höher als die ADI-Ströme der EU-27 im Jahr 2012. Auch die ADI-Zuflüsse der EU-28 lagen um 12% über den ADI-Strömen der EU-27 im Vorjahr. Allerdings lagen die ADI-Ströme der EU-28 bezogen auf die Investitionen in der übrigen Welt im Jahr 2013 sowohl für die Zu- als auch für die Abflüsse um mehr als 20% unter dem Höchststand der EU-27 im Jahr 2011. Die Renditen sowohl der Investitionsabflüsse als auch der Investitionszuflüsse der EU-27 fielen 2012 etwas niedriger aus als im Vorjahr, verblieben jedoch über dem Stand von 2008 und 2009. Über **Zweckgesellschaften (SPE)**

kanalisierte ADI-Ströme spielten wie in den Vorjahren für die Ergebnisse eine wesentliche Rolle.

Die Direktinvestitionen der EU-28 in den Vereinigten Staaten betragen 2013 mehr als das Doppelte (ein Anstieg um 153%) des 2012 für die EU-27 verzeichneten Volumens. Deutlich erhöhten sich die ADI-Abflüsse der EU-28 in der Schweiz (auf 24,4 Mrd. EUR), Brasilien (35,6 Mrd. EUR) und den Offshore-Finanzzentren (39,9 Mrd. EUR). Andererseits sanken die ADI-Transaktionen der EU-28 in China (von 15,5 Mrd. EUR für die EU-27 im Jahr 2012 auf 8,2 Mrd. EUR für die EU-28 2013), Hongkong (von 15,0 Mrd. EUR auf 10,4 Mrd. EUR) und Indien (von 5,5 Mrd. EUR auf 3,2 Mrd. EUR), während sie in Russland und Kanada unter



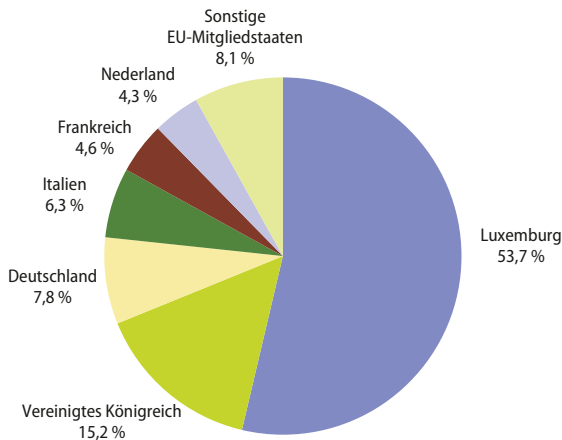
dem Stand der (früheren) ADI-Abflüsse lagen, die aus diesen Ländern zurückgezogen wurden, sodass die ADI-Abflüsse der EU-28 in diese Länder insgesamt negativ waren (Desinvestitionen).

Die ADI-Zuflüsse der EU-28 im Jahr 2013 fielen um 12% höher aus als die entsprechenden Ströme für die EU-27 im Vorjahr. Dabei blieben die Vereinigten Staaten die wichtigste Quelle von ADI-Zuflüssen; ihre Direktinvestitionen in der EU haben sich 2013 mehr als verdreifacht. Auch die ADI-Zuflüsse aus Brasilien stiegen 2013 kräftig an (von 2,2 Mrd. EUR für die EU-27 im Jahr 2012 auf 21,5 Mrd. EUR für die EU-28 im Jahr 2013), ebenso die aus Japan (von 3,9 Mrd. EUR auf 9,6 Mrd. EUR), während Hongkong und Indien nach den 2012 in der EU-27 registrierten Desinvestitionen 2013 wieder Investitionen in der EU-28 tätigten. Demgegenüber wurden bei

den ADI-Zuflüssen aus Kanada und China erhebliche Rückgänge verzeichnet, und die Zuflüsse aus Offshore-Finanzzentren gingen derart drastisch zurück, dass sie 2013 in den negativen Bereich abglitten (Desinvestition).

ADI-Ströme können von einem Jahr zum nächsten erheblich schwanken, da sie häufig von umfangreichen Fusionen und Übernahmen beeinflusst werden. Im Zeitraum 2011–13 entfiel der größte Anteil (54%) an den ADI-Abflüssen der EU auf Luxemburg, weil die meisten Direktinvestitionen Luxemburgs von Zweckgesellschaften abgewickelt werden. Zweckgesellschaften spielen auch in anderen Mitgliedstaaten der EU eine wichtige Rolle, insbesondere in den Niederlanden, Österreich, Ungarn und Zypern, doch bei den hier vorgelegten Daten für diese Länder sind Zweckgesellschaften ausgenommen.

Abbildung 6.7: Abflüsse ausländischer Direktinvestitionen, Durchschnitt 2011–13 ⁽¹⁾
(in % extra-EU Abflüsse der EU-27)



⁽¹⁾ 2013: vorläufig, 2011 und 2012: extra-EU Abflüsse der EU-27, 2013: extra-EU Abflüsse der EU-28.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_fdi_main](#))



Tabelle 6.7: Ausländische Direktinvestitionen, EU, 2010–13 ⁽¹⁾
(in Mrd. EUR)

	ADI-Abflüsse				ADI-Zuflüsse			
	2011	2012	2013	Anteil 2012 (in %)	2011	2012	2013	Anteil 2012 (in %)
Extra-EU	474,8	255,6	341,4	100,0	424,0	291,8	326,6	100,0
Europa (Nicht-EU, einschließlich EFTA), davon	94,3	72,2	:	28,2	50,2	66,1	:	22,7
Schweiz	48,7	4,5	24,4	1,8	42,4	19,7	18,2	6,7
Norwegen	6,5	19,3		7,6	10,0	10,6	:	3,6
Russland	8,3	16,2	-10,7	6,3	3,1	8,4	8,1	2,9
Türkei	9,9	4,9	:	1,9	0,3	2,6	:	0,9
Ukraine	1,0	0,0	:	0,0	-0,1	0,1	:	0,0
Afrika, davon	14,8	7,8	:	3,1	3,2	15,3	:	5,2
Ägypten	5,4	2,9	:	1,1	0,2	0,4	:	0,1
Südafrika	2,8	4,9	:	1,9	-1,7	-4,8	:	-1,6
Nordamerika, davon	193,7	80,5	:	31,5	261,9	118,5	:	40,6
Kanada	30,3	17,6	-1,8	6,9	1,2	19,7	2,5	6,8
Ver. Staaten	163,4	62,9	159,3	24,6	260,5	98,8	312,8	33,9
Mittelamerika, davon	42,5	-4,9	:	-1,9	41,7	48,3	:	16,6
Mexiko	4,8	0,1	:	0,0	0,4	4,9	:	1,7
Südamerika, davon	37,8	31,6	:	12,4	18,2	3,7	:	1,3
Argentinien	0,4	2,4	:	0,9	0,0	0,2	:	0,1
Brasilien	30,3	22,2	35,6	8,7	13,0	2,2	21,5	0,8
Asien, davon	89,8	57,0	:	22,3	47,7	38,0	:	13,0
Arabische Golfstaaten	11,5	13,8	:	5,4	14,1	-0,1	:	0,0
China (ohne Hongkong)	20,1	15,5	8,2	6,1	4,3	7,7	1,1	2,6
Hongkong	7,0	15,0	10,4	5,9	7,2	-1,1	8,2	-0,4
Japan	3,7	1,4	2,8	0,6	10,0	3,9	9,6	1,3
Indien	13,8	5,5	3,2	2,1	2,3	-0,7	0,4	-0,2
Singapur	7,9	-8,9	:	-3,5	4,4	5,8	:	2,0
Südkorea	2,5	0,0	:	0,0	1,7	4,3	:	1,5
Ozeanien und Südpolargebiete, davon	-3,2	11,0	:	4,3	3,7	0,5	:	0,2
Australien	-4,0	11,6	:	4,5	3,7	0,2	:	0,1
Offshore-Finanzzentren	69,9	23,0	39,9	9,0	46,4	74,2	-41,4	25,4

(¹) 2011 und 2012: EU-27. 2013: EU-28. Preliminary figures for 2013 are based on annualised quarterly data. The sum of data by continent does not always equal the extra-EU total because of non-allocated flows.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_fdi_main](#))

Außenhandel

7





Einleitung

Die Europäische Union (EU) verfolgt eine gemeinsame Handelspolitik. Dies bedeutet, dass die EU in Fragen, die den Handel betreffen (u. a. die in der [Welthandelsorganisation \(WTO\)](#) behandelten Themen) als eine Einheit auftritt. Entsprechend führt die [Europäische Kommission](#) Verhandlungen über Handelsübereinkünfte und vertritt die Interessen der EU im Namen der Mitgliedstaaten.

Nachdem der Handel 2009 durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise beeinträchtigt worden war, stellte sich von 2010 bis 2012 wieder schrittweise eine stärkere Handelsintegration der [EU-28](#) ein, die jedoch im Jahr 2013 wieder zurückging. Die Krise hatte 2009 zwar erhebliche Auswirkungen auf den internationalen Warenverkehr, doch war dies von verhältnismäßig kurzer Dauer, und der Umfang der Handelsintegration für Waren kehrte 2010 rasch zu einem Niveau zurück, das über dem des Jahres 2008 lag. Die Handelsintegration der EU-28 im Dienstleistungsverkehr war 2009 stabil und setzte dann ihren Aufwärtstrend fort.

Der Wert der [Ausfuhren](#) und der [Einfuhren](#) der EU-28 im Verhältnis zum [Bruttoinlands-](#)

[produkt \(BIP\)](#) lag 2013 bei den Waren bei durchschnittlich 12,9% des BIP, ein Anstieg gegenüber dem relativ niedrigen Wert von 9,8% im Jahr 2009. Die Handelsintegration im Dienstleistungsverkehr war weniger ausgeprägt als beim Warenverkehr. Dennoch stieg der Kredit- und der Debit-Durchschnittswert bei den Dienstleistungen 2013 von 3,2% des BIP im Jahr 2003 auf 4,6% an. Aus den neuesten Zahlen für 2013 geht hervor, dass die Handelsintegration sowohl des Waren- als auch des Dienstleistungsverkehrs in der Volkswirtschaft der EU-28 einen historischen Höchststand erreichte bzw. knapp davorstand; diese Zahlen bestätigen, dass sich der Außenhandel im Allgemeinen rascher von der Krise erholt hat als das BIP.

Der Handelsüberschuss der EU-28 bei Waren und Dienstleistungen belief sich 2013 auf 1,5% des BIP, während Japan und die USA ein Defizit von 0,7% bzw. 3,6% verzeichneten. (Die jüngsten verfügbaren Daten für diese beiden Länder beziehen sich auf 2011.) Der Überschuss der EU-28 im Jahr 2013 setzte sich aus einem Überschuss sowohl bei den Dienstleistungen (1,3% des BIP) als auch bei den Waren (0,2%) zusammen.

7.1 Internationaler Warenverkehr

Der Warenhandel der EU-28 mit der übrigen Welt (Summe aus Extra-EU-Ausfuhren und -Einfuhren) belief sich 2013 auf 3 419 Mrd. EUR (= 3 419 000 Mio. EUR); während die Ausfuhren der EU-28 auf einen Rekordwert kletterten, sanken die Einfuhren gegenüber 2012 um mehr als 100 Mrd. EUR. Infolgedessen war die [Handelsbilanz](#)

der EU-28 erstmals seit Beginn der Reihe positiv (Daten zu den Extra-EU-Ausfuhren der EU-28 sind seit 2002 verfügbar).

Von 2012 bis 2013 entwickelten sich die Warenausfuhren der EU-28 nach den wichtigsten Handelspartnern höchst unterschiedlich. Die höchste Zuwachsrate wurde bei



den Ausfuhren in die Schweiz (+ 27,0%) verzeichnet, während die Ausfuhren nach Südkorea, in die Türkei und nach China langsamer anstiegen (+5,8%, +3,1% bzw. +3,0%). Der stärkste Rückgang wurde bei den Ausfuhren nach Indien (-6,9%) verzeichnet, während die Rückgänge bei den Ausfuhren nach Russland (-2,9%), Japan (-2,8%) und in die Vereinigten Staaten (-1,6%) weniger signifikant waren. Dennoch waren die Vereinigten Staaten 2013 weiterhin der mit Abstand größte Abnehmer für aus der EU-28 ausgeführte Waren, wenngleich der Anteil der EU-28-Ausfuhren in die Vereinigten Staaten von 26,4% der Gesamtausfuhren im Jahr 2003 auf 16,6% im Jahr 2013 fiel. Wertmäßig waren Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge im Jahr 2013 die Produktkategorie mit den meisten Ausfuhren der EU-28 in die Vereinigten Staaten. Auch nach China, das 2013 mit 8,5% der Gesamtausfuhren der EU-28 hinter der Schweiz (9,8%) der dritt wichtigste Zielmarkt für die Warenausfuhren der EU-28 war, wurden hauptsächlich dieselben Produktgruppen ausgeführt.

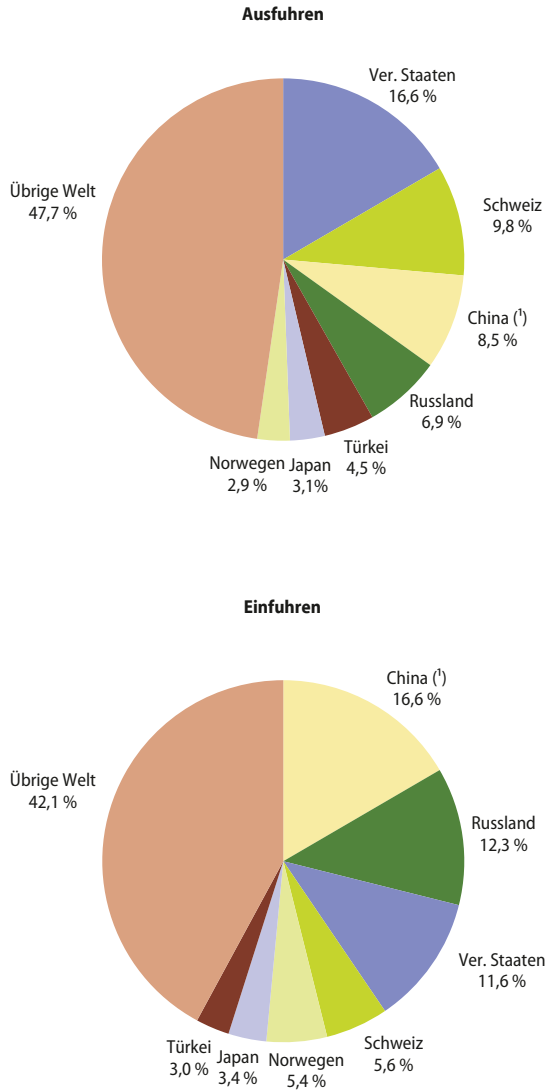
Bei ihren Wareneinfuhren verzeichnete die EU-28 von 2012 bis 2013 bei allen

wichtigen Handelspartnern einen Rückgang, mit Ausnahme der Einfuhren aus der Türkei (+4,4%). Den stärksten Rückgang gab es bei Einfuhren aus Japan (-12,7%), Brasilien (-11,8%), der Schweiz (-11,0%) und Norwegen (-10,9%). China war mit einem Sechstel aller Einfuhren in die EU-28 im Jahr 2013 nach wie vor der wichtigste Lieferant von in die EU-28 eingeführten Waren, wenngleich die Einfuhren aus China von 2012 bis 2013 um 4,0% zurückgingen. Bei den Einfuhren aus China war mit Ausnahme von chemischen Erzeugnissen (+1,1%) sowie Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak (+0,2%) in allen Hauptproduktkategorien ein Rückgang zu verzeichnen.

Im Jahr 2013 wurden für die zwei Produktgruppen mit den höchsten Ausfuhraten der EU-28 relativ geringe Zuwächse gemeldet (Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge um 0,6% sowie sonstige Industrieerzeugnisse um 1,0%). Die höchste Zuwachsrate bei den EU-28-Ausfuhren wurde 2013 bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak erzielt, die den Rekordwert von 104,3 Mrd. EUR erreichten.



Abbildung 7.1: Wichtigste Handelspartner bei den Aus- und Einfuhren EU-28, 2013
(Anteil an den Extra EU-28-Aus- und Einfuhren in %)



(¹) Ohne Hongkong.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ext_lt_maineu](#))

**Tabelle 7.1:** Extra EU-28-Handel nach wichtigsten Produkten, EU-28, 2008, 2012 und 2013

	2008		2012		2013	
	(in Mrd. EUR)	(in %)	(in Mrd. EUR)	(in %)	(in Mrd. EUR)	(in %)
Ausfuhren						
Insgesamt	1 309,1	100,0	1 683,1	100,0	1 737,0	100,0
Nahrungsmittel, Getränke und Tabak	67,8	5,2	99,0	5,9	104,3	6,0
Grundstoffe	32,0	2,4	47,6	2,8	45,3	2,6
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel	84,7	6,5	125,6	7,5	120,8	7,0
Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	197,5	15,1	275,4	16,4	273,2	15,7
Sonstige Industrieerzeugnisse	313,5	23,9	379,3	22,5	383,0	22,1
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	570,9	43,6	705,2	41,9	709,2	40,8
Einfuhren						
Insgesamt	1 585,2	100,0	1 798,6	100,0	1 682,4	100,0
Nahrungsmittel, Getränke und Tabak	81,0	5,1	93,1	5,2	93,5	5,6
Grundstoffe	75,3	4,8	80,7	4,5	76,0	4,5
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel	460,2	29,0	548,5	30,5	498,7	29,6
Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	124,2	7,8	163,3	9,1	157,6	9,4
Sonstige Industrieerzeugnisse	375,1	23,7	387,9	21,6	381,8	22,7
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	425,8	26,9	452,3	25,1	434,1	25,8
Handelsbilanz						
Insgesamt	-276,1	-	-115,5	-	54,6	-
Nahrungsmittel, Getränke und Tabak	-13,2	-	5,9	-	10,9	-
Grundstoffe	-43,3	-	-33,2	-	-30,8	-
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel	-375,4	-	-422,9	-	-377,8	-
Chemische Erzeugnisse, a.n.g.	73,3	-	112,1	-	115,5	-
Sonstige Industrieerzeugnisse	-61,6	-	-8,5	-	1,3	-
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	145,1	-	252,9	-	275,0	-

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ext_lt_intertrd](#))

7.2 Internationaler Dienstleistungsverkehr

Dienstleistungen spielen in allen modernen Volkswirtschaften eine wichtige Rolle. Einem effizienten Dienstleistungssektor wird für den Handel und das Wirtschaftswachstum eine ebenso große Bedeutung beigemessen wie für die Dynamik und die Stabilität der Wirtschaft. Dienstleistungen erfüllen lebensnotwendige Funktionen für

Wirtschaft und insbesondere für die Industrie, beispielsweise auf den Gebieten Finanzen, Logistik und Kommunikation. Ein verstärkter Dienstleistungsverkehr und die höhere Verfügbarkeit von Dienstleistungen können das Wirtschaftswachstum ankurbeln, indem sie die Leistungsfähigkeit anderer Wirtschaftszweige verbessern, denn



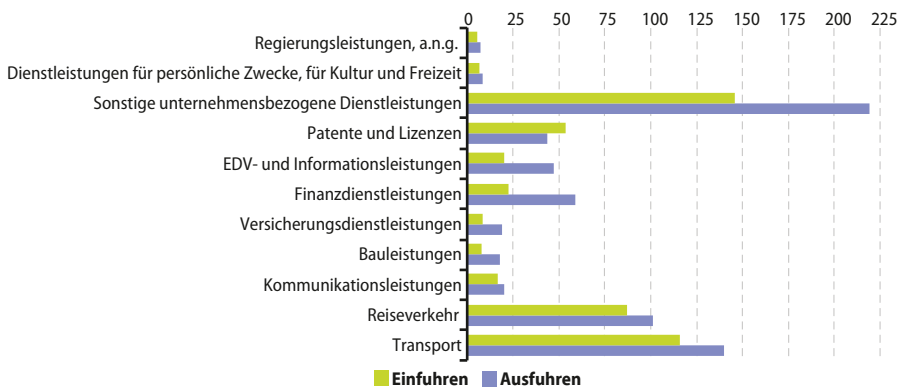
Dienstleistungen können — insbesondere in einer zunehmend vernetzten, globalisierten Welt — wichtige Vorleistungen darstellen.

Im Jahr 2013 (vorläufige Zahlen) wuchs der internationale Dienstleistungsverkehr der EU-28; die Ausfuhren in Länder der übrigen Welt nahmen um 3,4% zu: von 661,9 Mrd. EUR (=661900 Mio. EUR) 2012 auf 684,4 Mrd. EUR im Jahr 2013. Die Einfuhren der EU-28 aus Ländern der übrigen Welt stiegen um 0,5%: von 508,5 Mrd. EUR in 2012 auf 511,2 Mrd. EUR in 2013. Infolgedessen wurde 2013 bei den Dienstleistungstransaktionen der EU-28 mit Ländern der übrigen Welt 2013 ein Überschuss in Höhe von 173,2 Mrd. EUR verzeichnet, während es 2008 noch 71,3 Mrd. EUR und 2012 noch 153,4 Mrd. EUR waren.

Bei den Transaktionen in den unterschiedlichen Dienstleistungskategorien entfiel ein Drittel der Extra-EU-Ausfuhren und Einfuhren der EU-28 im Jahr 2013 auf die sonstigen unternehmensbezogenen Dienst-

leistungen, zu denen die übrigen unternehmensbezogenen, die freiberuflichen und die technischen Dienstleistungen zählen; diese Kategorie hatte einen Anteil von 219 Mrd. EUR an den Extra-EU-Ausfuhren der EU-28 und 146 Mrd. EUR an den Extra-EU-Einfuhren der EU-28. Danach folgten Reisen (140 Mrd. EUR bei den Ausfuhren und 116 Mrd. EUR bei den Einfuhren), Reisen (101 Mrd. EUR bei den Ausfuhren und 87 Mrd. EUR bei den Einfuhren) und Finanzdienstleistungen (59 Mrd. EUR bei den Ausfuhren und 23 Mrd. EUR bei den Einfuhren). Der höchste Überschuss im Extra-EU-Dienstleistungsverkehr der EU-28 wurde bei den sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen (73 Mrd. EUR), den Finanzdienstleistungen (36 Mrd. EUR), den EDV- und Informationsdienstleistungen (27 Mrd. EUR) und beim Verkehr (24 Mrd. EUR) verzeichnet. Das einzige Extra-EU-Defizit (9 Mrd. EUR) wurde bei Patenten und Lizenzen verzeichnet.

Abbildung 7.2: Extra EU-Handel nach Hauptdienstleistungskategorien, EU-28, 2013 ⁽¹⁾
(in Mrd. EUR)



⁽¹⁾ Vorläufige Daten, basierend auf annualisierten vierteljährlichen Daten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_its_det](#))



Tabelle 7.2: Dienstleistungsverkehr, 2008 und 2013 ⁽¹⁾
(in Mrd. EUR)

	Ausfuhren			Einfuhren			Saldo	
	2008	2013	Wachstums- rate 2012–13 (in %)	2008	2013	Wachstums- rate 2012–13 (in %)	2008	2013
EU-28 ⁽²⁾	525,3	684,4	3,4	454,0	511,2	0,5	71,3	173,2
ER-17	512,9	661,2	5,5	470,0	549,1	2,1	42,9	112,1
Belgien	62,7	81,4	3,0	58,0	73,7	3,5	4,7	7,7
Bulgarien	5,4	5,8	0,5	4,0	3,7	7,3	1,3	2,1
Tsch. Republik	14,9	16,9	-1,8	11,9	14,8	-2,4	3,0	2,0
Dänemark	49,6	52,9	2,9	42,6	45,0	-0,6	7,0	7,8
Deutschland	174,7	226,7	7,7	200,3	239,9	4,2	-25,6	-13,1
Estland	3,6	4,5	5,1	2,3	3,2	6,8	1,3	1,2
Irland	67,9	94,6	4,8	75,6	88,6	1,7	-7,7	6,1
Griechenland	34,1	27,9	1,4	16,9	11,0	-11,4	17,1	16,9
Spanien	97,7	109,3	2,0	71,9	68,4	-2,5	25,8	40,9
Frankreich	112,9	178,5	6,1	96,4	142,3	4,9	16,5	36,2
Kroatien	10,1	9,5	2,4	3,1	2,7	-4,4	7,0	6,8
Italien	78,8	83,5	2,0	87,4	80,5	-2,5	-8,6	3,0
Zypern	6,5	5,8	-6,8	2,9	2,5	-12,6	3,6	3,3
Lettland	3,1	3,7	4,2	2,2	2,0	-0,5	0,9	1,7
Litauen	3,2	5,4	17,0	2,8	3,8	12,8	0,4	1,6
Luxemburg	46,5	60,3	7,4	26,5	36,5	11,0	20,0	23,9
Ungarn	13,8	16,2	2,3	12,3	12,7	2,1	1,5	3,5
Malta	2,9	3,8	0,0	1,8	2,4	-0,5	1,1	1,4
Niederlande	85,9	87,5	-15,7	76,5	73,7	-21,2	9,5	13,8
Österreich	43,4	49,1	4,3	29,1	33,7	2,1	14,2	15,4
Polen	24,2	30,2	2,5	20,7	25,0	0,5	3,5	5,3
Portugal	17,9	20,6	7,7	11,3	10,6	2,2	6,6	9,9
Rumänien	8,8	10,8	28,3	8,1	8,1	10,8	0,7	2,7
Slowenien	5,0	5,4	4,9	3,5	3,4	1,6	1,4	2,0
Slowakei	5,8	5,6	0,6	6,3	5,5	3,6	-0,5	0,1
Finnland	21,7	22,9	4,4	21,0	22,5	-4,2	0,7	0,4
Schweden	47,2	57,2	3,6	35,9	43,9	3,6	11,3	13,4
Ver. Königreich	195,0	225,4	-1,1	138,3	136,4	-3,7	56,7	89,0
Island	1,3	2,6	9,1	1,5	2,2	-0,3	-0,2	0,4
Norwegen	30,8	30,8	-7,9	30,6	37,7	-0,3	0,2	-6,9
Schweiz	52,7	:	:	21,0	:	:	31,6	:
Montenegro	:	1,1	6,1	:	0,4	6,7	:	0,6
EJR Mazedonien	0,7	0,9	6,6	0,7	0,8	3,0	0,0	0,1
Türkei	25,3	:	:	12,5	:	:	12,8	:
Japan	100,8	:	:	114,9	:	:	-14,0	:
Vereinigte Staaten	364,2	:	:	274,7	:	:	89,5	:

(1) 2013: Vorläufige Daten, basierend auf annualisierten vierteljährlichen Daten. Die Daten für die EU und für den Euroraum umfassen nur die Datenströme der Extra-EU bzw. des Extra-Euroraums, während die Daten für die einzelnen Länder die Datenströme mit den Ländern der übrigen Welt (alle Partner) betreffen.

(2) 2008: EU-27. 2012 und 2013: EU-28.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [bop_its_det](#))

**Landwirtschaft,
Forstwirtschaft und
Fischerei**

8





Einleitung

Die Landwirtschaft war einer der ersten Wirtschaftsbereiche (nach Kohle und Stahl), auf den sich die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger in der **Europäischen Union (EU)** richtete. In Artikel 39 des **Römischen Vertrags** zur Gründung der EWG (1957) wurden die Ziele der ersten **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** festgelegt. Im Mittelpunkt standen dabei die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, um der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf diese Weise eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, die Stabilisierung der Märkte und die Sicherstellung der Versorgung der Verbraucher zu erschwinglichen Preisen.

Im Dezember 2013 wurde die jüngste Reform der GAP offiziell vom Europäischen Parlament und vom Rat verabschiedet. Diese Reform beruht auf vier neuen Rechtsinstrumenten, die eine Vereinfachung der Vorschriften der GAP zum Ziel haben und folgende Bereiche regeln:

- **die Förderung der ländlichen Entwicklung**, Verordnung (EU) Nr. 1305/2013
- **die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik**, Verordnung (EU) Nr. 1306/2013
- **Direktzahlungen**, Verordnung (EU) Nr. 1307/2013
- **Maßnahmen im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen**, Verordnung (EU) Nr. 1308/2013

Die wichtigsten Aspekte der GAP nach 2013 betreffen die gerechtere Verteilung der Direktzahlungen (mit gezielter Stützung und Konvergenzziele), die Stärkung der Stellung der Landwirte in der Lebensmittel-Produktionskette (etwa durch die Förderung von Berufs- und Branchenverbänden, durch Änderungen bei der Organisation des Zucker- und des Weinsektors, durch eine Überarbeitung der Regelungen der öffentlichen Intervention und der Beihilfe für die private Lagerhaltung sowie durch neue Instrumente für das Krisenmanagement) sowie die Fortsetzung der Förderung der ländlichen Entwicklung bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt und der Artenvielfalt.

Die EU verfolgt keine gesonderte Fortwirtschaftspolitik, doch Wälder werden von einem breiten Spektrum sektorspezifischer Politikmaßnahmen der EU berührt. Die ökologischen Funktionen des Waldes rücken im Zusammenhang mit dem Schutz der biologischen Vielfalt und im Kontext der Energiepolitik und der Auswirkungen des Klimawandels zunehmend in den Blickpunkt. Zudem finanziert die EU zahlreiche Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, die den Forstbesitzern unmittelbar zugutekommen.

Die Europäische Kommission präsentierte Vorschläge für eine Reform der **Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)**, die im Dezember 2013 angenommen wurden und am 1. Januar 2014 in Kraft traten. Die GFP dient der Erhaltung der Fischbestände und der Bewirtschaftung dieser gemeinsamen



Ressource; sie gewährt allen europäischen Fischereifloten einen gleichberechtigten Zugang zu den Gewässern und Fanggründen der EU. Sie soll sicherstellen, dass die EU-Fischerei durch einen hohen und langfristigen Ertrag bei allen Fischbeständen (bis spätestens 2020) unter nachhaltigen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen

Bedingungen ausgeübt wird, was als höchstmöglicher Dauerertrag bezeichnet wird. Ein weiteres und immer mehr an Bedeutung gewinnendes Ziel der GFP besteht in der maximalen Einschränkung bzw. Vermeidung von Beifängen und verschwenderischen Praktiken.

8.1 Landwirtschaftliche Erzeugung, Preisindizes und Einkommen

Eines der Hauptziele der **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** besteht darin, Landwirten eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. In der GAP ist hierfür zwar keine explizite Definition vorgegeben, doch können anhand einer Reihe von Indikatoren, zu denen auch die Entwicklung der Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit zählt, die Fortschritte bei der Verwirklichung dieses Ziels ermittelt werden.

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sank der Bruttowert der Erzeugerpreise der **pflanzlichen Erzeugung** der EU-28 auf einen relativen Tiefstand von 170,3 Mrd. EUR im Jahr 2009. Im Anschluss daran waren eine Erholung und eine vierjährige ununterbrochene Zunahme bis 2013 auf einen Höchstwert von 212,1 Mrd. EUR zu verzeichnen. Den jüngsten verfügbaren Informationen zufolge fiel der Wert der pflanzlichen Erzeugung 2014 in der EU-28 jedoch um 4,8 % auf 201,8 Mrd. EUR.

Der Bruttowert der **Erzeugerpreise** der **tierischen Erzeugung** der EU-28 ging 2009 ebenfalls auf einen relativen Tiefstand von 134,7

Mrd. EUR zurück; anschließend nahm er bis 2014 fünf Jahre lang stetig zu, anfangs in sehr raschem Tempo. Danach verlangsamte sich das Tempo der Veränderung, und 2014 blieb der Wert der pflanzlichen Erzeugung in der EU-28 mit einer Zunahme um 0,2 % praktisch unverändert und erreichte 167,9 Mrd. EUR.

Diese Zunahmen des Wertes der Bruttoerzeugung der EU-28 im Zeitraum 2009–13 wurden bis zu einem gewissen Grad durch einen Anstieg des Wertes der **Vorleistungen** von Waren und Dienstleistungen zu Herstellungspreisen ausgeglichen. Auch hierbei folgten auf einen Zeitraum relativ raschen Wachstums bescheidenere Wachstumsraten und im Jahr 2014 eine Abnahme um 2,7 %. So nahm die Bruttowertschöpfung der landwirtschaftlichen Erzeugung der EU-28 zu Erzeugerpreisen von einem relativen Tiefstand von 125,0 Mrd. EUR im Jahr 2009 vier Jahre hintereinander bis auf einen relativen Höchststand von 162,3 Mrd. EUR im Jahr 2013 zu, bevor sie 2014 um 1,5 % auf 159,8 Mrd. EUR zurückging.

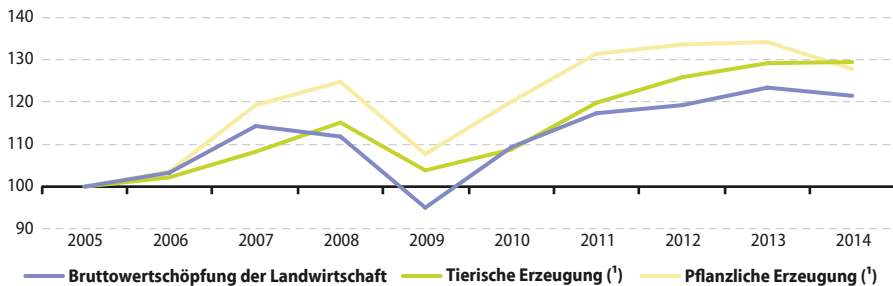


Tabelle 8.1: Landwirtschaftliche Erzeugung und Bruttowertschöpfung zu Erzeugerpreisen, 2010–14
(in Mio. EUR)

	Pflanzliche Erzeugung		Tierische Erzeugung		Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft	
	2010	2014	2010	2014	2010	2014
EU-28	189685	201814	140928	167878	143817	159835
Belgien	3618	3368	3959	4577	2390	2040
Bulgarien	2118	2485	1037	1050	1277	1564
Tsch. Republik	2250	2815	1571	1794	918	1414
Dänemark	3474	3340	5601	6605	2639	2571
Deutschland	22770	24040	21299	25143	14278	19492
Estland	274	383	317	425	231	332
Irland	1518	1811	3847	5241	1382	2103
Griechenland	6596	6607	2770	2609	5399	5139
Spanien	24587	24163	13519	15846	21646	21192
Frankreich	38809	39420	22329	26116	26686	25156
Kroatien	1541	1186	846	772	1007	906
Italien	24986	26438	14322	16567	24197	26894
Zypern	324	357	330	338	315	339
Lettland	474	602	371	495	223	186
Litauen	924	1335	801	923	502	775
Luxemburg	133	191	166	220	86	115
Ungarn	3473	4548	2111	2605	1910	3008
Malta	47	47	68	71	54	62
Niederlande	12602	12879	9361	11378	9620	10119
Österreich	2765	2870	2840	3420	2489	2795
Polen	8782	10842	9115	11260	6498	8702
Portugal	3538	3595	2371	2582	2378	2242
Rumänien	10311	10938	3592	3888	6534	6783
Slowenien	592	584	486	548	399	449
Slowakei	868	1166	744	824	300	513
Finnland	1377	1486	1955	2189	1132	844
Schweden	2317	2652	2344	2739	1488	1571
Ver. Königreich	8619	11664	12857	17655	7842	12528
Norwegen	1419	1550	2317	2526	1194	1279
Schweiz	3039	3412	3436	4294	2710	3470
EJR Mazedonien	852	:	291	:	600	:

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: aact_eaa01)

Abbildung 8.1: Landwirtschaftliche Erzeugung und Bruttowertschöpfung zu Erzeugerpreisen, EU-28, 2005–14 (2005 = 100)



(¹) 2014: Schätzung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: aact_eaa01)

8.2 Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Die Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe, die auch als **Betriebsstrukturerhebung (FSS)** bezeichnet wird, trägt dazu bei, die Lage der Landwirtschaft in der EU zu beurteilen und die Entwicklungstendenzen und Veränderungen hinsichtlich der **landwirtschaftlichen Betriebe** zu beobachten; zugleich ermöglicht sie es, die Auswirkungen von äußeren Entwicklungen und politischen Vorschlägen anhand von Modellen aufzuzeigen.

Im letzten Jahrzehnt war die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU rückläufig. In den 19 EU-Mitgliedstaaten, für die zum Zeitpunkt der Redaktion Ergebnisse der Landwirtschaftszählungen 2000 und 2010 vorlagen, sank die Gesamtzahl der Betriebe um durchschnittlich 25,5%. Ausgehend von den 2010 Daten gab es in der EU-28 rund 12,2 Mio. landwirtschaftliche Betriebe.

In der EU-28 waren etwa 176 Mio. ha (rund 40% der gesamten Landfläche) als landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) ausgewiesen. Die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Betriebs betrug somit 14,4 ha. Zwischen 2000 und 2010 nahm die landwirtschaftliche Nutzfläche in Griechenland um 44,5%, in Lettland um 25,4% und in Irland um 12,3% zu, während sie in Österreich um 15,1% und in der Slowakei um 12,2% abnahm.

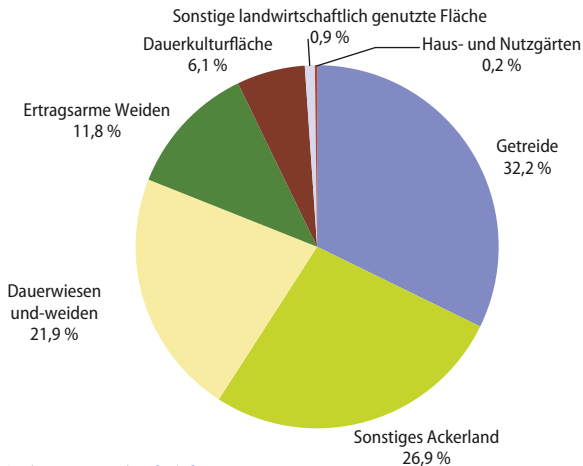
2010 machte der Anteil an Ackerland (hierzu zählen Getreideanbauflächen und sonstiges Ackerland) drei Fünftel (59,1%) der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der EU-28 aus, während auf Dauergrünland (hierunter werden Weideland, Wiesen und ertragsarme Weiden erfasst) ein Anteil von 33,7% entfiel. Der Anteil der Dauerkulturen wie Rebflächen, Olivenhaine und Obstbaumanlagen betrug 6,1%, die Haus- und Nutzgärten machten rund 0,2 aus.

**Tabelle 8.2:** Landwirtschaftliche Betriebe, 2000 und 2010

	Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (in Tsd.)		Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LGF) (in Tsd. ha)		Durchschnittliche LGF je Betrieb (ha)	
	2000	2010	2000	2010	2000	2010
EU-28	:	12 248,0	:	175 815,2	:	14,4
Belgien	61,7	42,9	1 393,8	1 358,0	22,6	31,7
Bulgarien	:	370,5	:	4 475,5	:	12,1
Tsch. Republik	:	22,9	:	3 483,5	:	152,4
Dänemark	57,8	42,1	2 644,6	2 646,9	45,7	62,9
Deutschland	472,0	299,1	17 151,6	16 704,0	36,3	55,8
Estland	:	19,6	:	940,9	:	48,0
Irland	141,5	139,9	4 444,0	4 991,4	31,4	35,7
Griechenland	817,1	723,1	3 583,2	5 177,5	4,4	7,2
Spanien	1 287,4	989,8	26 158,4	23 752,7	20,3	24,0
Frankreich	663,8	516,1	27 856,3	27 837,3	42,0	53,9
Kroatien	:	233,3	:	1 316,0	:	5,6
Italien	2 153,7	1 620,9	13 062,3	12 856,1	6,1	7,9
Zypern	:	38,9	:	118,4	:	3,0
Lettland	140,8	83,4	1 432,7	1 796,3	10,2	21,5
Litauen	:	199,9	:	2 742,6	:	13,7
Luxemburg	2,8	2,2	127,5	131,1	45,4	59,6
Ungarn	966,9	576,8	4 555,1	4 686,3	4,7	8,1
Malta	:	12,5	:	11,5	:	0,9
Niederlande	101,6	72,3	2 027,8	1 872,4	20,0	25,9
Österreich	199,5	150,2	3 388,2	2 878,2	17,0	19,2
Polen	:	1 506,6	:	14 447,3	:	9,6
Portugal	416,0	305,3	3 863,1	3 668,2	9,3	12,0
Rumänien	:	3 859,0	:	13 306,1	:	3,4
Slowenien	86,5	74,7	485,9	482,7	5,6	6,5
Slowakei	71,0	24,5	2 159,9	1 895,5	30,4	77,5
Finnland	81,2	63,9	2 218,4	2 291,0	27,3	35,9
Schweden	81,4	71,1	3 073,2	3 066,3	37,7	43,1
Ver. Königreich	233,3	186,8	15 798,5	16 881,7	67,7	90,4
Island	:	2,6	:	1 595,7	:	616,1
Norwegen	70,7	46,6	1 038,2	1 005,9	14,7	21,6
Schweiz	:	59,1	:	1 047,8	:	17,7
Montenegro	:	48,9	:	221,3	:	4,5

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [ef_ov_kvaa](#) und [ef_kvaaeg](#))

Abbildung 8.2: Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Bodennutzung, EU-28, 2010
(in % der landwirtschaftlich genutzten Fläche)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: ef_oluf)

8.3 Landwirtschaftliche Erzeugnisse

2013 wurden in der EU-28 306 Mio. Tonnen **Getreide** (einschließlich Reis) produziert. Damit erreichte die Erzeugung nach 2008 einen neuen Höchststand. Die Erzeugung von Getreide in der EU-28 lag 2013 20,9 Mio. Tonnen höher als 2012 (+7,3 %). Die EU-28 produzierte 2013 109,1 Mio. Tonnen Zuckerrüben und damit 5,7 Mio. Tonnen weniger als 2012. Die Erzeugung der anderen bedeutenden Hackfrucht (Kartoffeln) in der EU-28 lag bei 53,9 Mio. Tonnen.

Die Erzeugung von Ölsaaten stieg in den letzten Jahren an, was in erster Linie auf den größeren Einsatz von Ölsaaten für die Herstellung von Bioenergie zurückzuführen war. Raps und Rüben sowie Sonnenblumenkerne sind die wichtigsten Ölsaaten, die in der EU-28 erzeugt werden. Im Jahr 2013 wurden 21,0 Mio. Tonnen Raps und Rüben erzeugt, viel mehr als 2012 (+9,2 %). Im Vergleich dazu wurden 2013 schätzungsweise

9,2 Mio. Tonnen Sonnenblumenkerne in der EU-28 erzeugt.

2013 wurde die gesamte Kuhmilchaufnahme in der EU-28 auf 141 Mio. Tonnen geschätzt. Deutschland und Frankreich meldeten 2013 die höchsten Mengen bei der Kuhmilchaufnahme, und auf sie entfielen auch die größten Produktionsmengen bei Butter und Käse. Zusammen trugen sie zwischen 38 % und 46 % zur Gesamterzeugung dieser drei Molkereierzeugnisse in der EU-28 bei.

Das wichtigste Fleischerzeugnis in der EU-28 war **Schweinefleisch** (21,9 Mio. Tonnen im Jahr 2013) mit einer fast um das Dreifache höheren gewichtsmäßigen Erzeugung als bei **Rind- und Kalbfleisch** (7,3 Mio. Tonnen). **Schafffleisch** wurde in der EU-28 in relativ geringen Mengen erzeugt (0,7 Mio. Tonnen).



Tabelle 8.3: Tierische Erzeugung, 2013
(in Tsd. Tonnen)

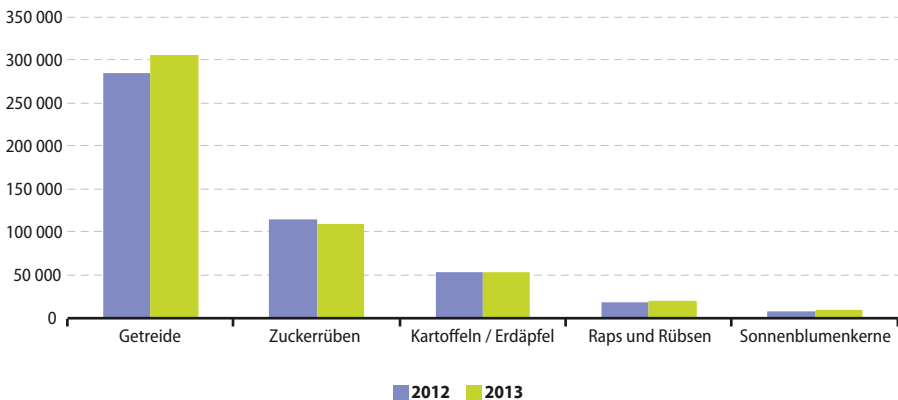
	Kuhmilch- aufnahme	Butter	Käse	Rindfleisch	Schweine- fleisch	Schafffleisch
EU-28 ⁽¹⁾	141 243	1 675	9 280	7 272	21 940	713
Belgien	3 474	13	79	250	1 131	2
Bulgarien	511	1	68	6	52	2
Tsch. Republik	2 358	24	118	65	234	0
Dänemark	5 026	43	325	125	1 589	2
Deutschland	30 301	424	2 182	1 106	5 474	20
Estland	706	3	44	8	35	0
Irland	5 581	152	183	518	239	57
Griechenland	607	1	187	50	109	61
Spanien	5 949	34	315	581	3 431	118
Frankreich	23 991	342	1 936	1 408	1 939	80
Kroatien	504	4	33	47	80	1
Italien	10 397	97	1 158	855	1 625	35
Zypern	157	0	20	5	49	3
Lettland	736	6	33	16	26	0
Litauen	1 339	11	113	37	67	0
Luxemburg	287	:	:	8	11	0
Ungarn	1 364	4	68	23	337	0
Malta	41	:	:	1	6	0
Niederlande	12 213	:	793	379	1 307	12
Österreich	2 933	0	158	227	528	8
Polen	9 922	143	732	339	1 684	1
Portugal	1 777	26	70	84	346	10
Rumänien	882	10	70	29	308	3
Slowenien	517	:	16	32	19	0
Slowakei	827	7	33	10	52	1
Finnland	2 287	44	102	80	194	1
Schweden	2 870	17	89	136	234	5
Ver. Königreich	13 687	:	349	848	833	290
Island	:	:	:	4	6	10
Schweiz ⁽²⁾	3 400	41	183	145	248	5
Montenegro	25	:	1	:	:	:
Serbien	:	:	:	35	132	1
Türkei ⁽²⁾	7 939	42	599	645	:	107

⁽¹⁾ Beinhaltet zum Zwecke dieser Veröffentlichung vorgenommene Eurostat-Schätzungen.

⁽²⁾ Fleischprodukten: 2011.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [apro_mk_pobta](#) und [apro_mt_pann](#))

Abbildung 8.3: Erzeugung wichtiger landwirtschaftlicher Kulturen, EU-28, 2012 und 2013 ⁽¹⁾
(in Tsd. Tonnen)



⁽¹⁾ Beinhaltet zum Zwecke dieser Veröffentlichung vorgenommene Eurostat-Schätzungen.
Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [apro_cpp_crop](#))

8.4 Forstwirtschaft

Die Rundholzerzeugung in der EU-28 erreichte 2013 435 Mio. m³ und lag damit um etwa 28 Mio. m³ bzw. 5,9% unter dem Spitzenwert von 2007. Von den EU-Mitgliedstaaten war Schweden 2013 das wichtigste Erzeugerland für Rundholz (70,4 Mio. m³), gefolgt von Finnland, Deutschland und Frankreich, die jeweils zwischen 52 Mio. und 55 Mio. m³ erzeugten.

Die Rundholzerzeugung ist gleichbedeutend mit dem Holzeinschlag. Sie umfasst die gesamte Holzmenge, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums aus Wäldern, von sonstigen bewaldeten Flächen oder anderen Fällorten abtransportiert wurde. Die Rund-

holzerzeugung wird in Kubikmetern (m³) ohne Rinde angegeben. Zur Schnittholzerzeugung gehören Holzwaren, die entweder durch Längseinschnitt oder durch Profilierung hergestellt wurden und eine Stärke von mehr als 6 mm aufweisen.

2013 wurden in der EU-28 etwa 101 Mio. m³ **Schnittholz** erzeugt, rund zwei Drittel davon in den fünf größten Erzeugerländern der EU: Deutschland (21,3%), Schweden (16,2%, Daten für 2012), Finnland (10,1%), Österreich (8,8%) und Frankreich (8,0%). 2013 stieg die Schnittholzerzeugung in der EU-28 um 2,4%, während sie sich 2012 um 3,6% verringert hatte.



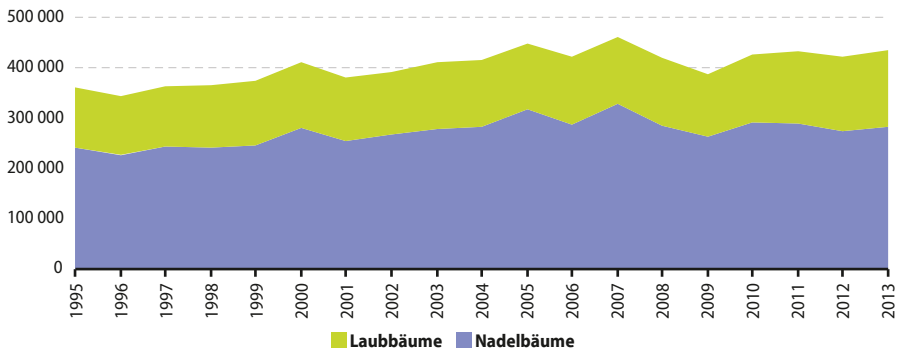
Tabelle 8.4: Holzherzeugung, 2000–13
(in Tsd. m³)

	Rundholzerzeugung			Schnittholzerzeugung		
	2000	2010	2013	2000	2010	2013
EU-28	411 764	427 611	434 998	100 706	100 815	100 682
ER (†)	236 540	234 993	235 252	61 337	59 673	57 996
Belgien	4 510	4 827	:	1 150	1 383	:
Bulgarien	4 784	5 668	6 155	312	554	716
Tsch. Republik	14 441	16 736	15 331	4 106	4 744	4 037
Dänemark	2 952	2 669	:	364	448	:
Deutschland	53 710	54 418	53 207	16 340	22 059	21 478
Estland	8 910	7 200	7 488	1 436	1 771	1 540
Irland	2 673	2 618	2 760	888	772	825
Griechenland	2 245	1 048	:	123	118	:
Spanien	14 321	16 089	15 600	3 760	2 038	1 971
Frankreich	65 865	55 808	52 371	10 536	8 316	8 067
Kroatien	3 669	4 477	:	642	677	:
Italien	9 329	7 844	:	1 630	1 200	1 360
Zypern	21	9	9	9	4	2
Lettland	14 304	12 534	12 708	3 900	3 150	3 367
Litauen	5 500	7 097	7 053	1 300	1 272	1 120
Luxemburg	260	275	:	133	94	:
Ungarn	5 902	5 740	6 027	291	133	109
Malta	0	0	0	0	0	0
Niederlande	1 039	1 081	1 022	389	231	211
Österreich	13 276	17 831	17 390	10 390	9 603	8 850
Polen	26 025	35 467	38 058	4 262	4 220	4 515
Portugal	10 831	9 648	11 231	1 427	1 045	1 085
Rumänien	13 148	13 112	17 700	3 396	4 323	5 532
Slowenien	2 253	2 945	3 415	439	760	660
Slowakei	6 163	9 599	8 063	1 265	2 576	1 430
Finnland	54 542	50 952	55 087	13 420	9 473	10 140
Schweden	63 300	72 200	70 436	16 176	16 750	:
Ver. Königreich	7 791	9 718	10 780	2 622	3 101	3 571
Island	0	:	:	0	:	:
Liechtenstein	:	25	19	:	4	0
Norwegen	8 156	10 443	11 598	2 280	2 118	2 206
Schweiz	9 238	4 938	4 568	1 625	1 457	1 093
Montenegro	:	364	:	:	50	:
EJR Mazedonien	:	631	:	:	5	:
Türkei	15 939	20 554	:	5 528	6 243	:
Brasilien	:	271 501	:	:	25 080	:
Kanada	201 845	142 013	:	50 465	38 667	:
China	:	291 251	:	:	37 231	:
Indien	:	332 499	:	:	6 889	:
Indonesien	:	113 849	:	:	4 169	:
Russland	158 100	175 000	:	20 000	28 870	:
Vereinigte Staaten	466 549	323 986	:	91 076	57 629	:

(†) 2000: ER-11, 2005: ER-12, 2010: ER-16, 2011–13: ER-17.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [for_remov](#) und [for_swpan](#))

Abbildung 8.4: Jährliche Rundholzerzeugung, EU-28, 1995–2013 ⁽¹⁾
(in Tsd. m³)



⁽¹⁾ Schätzungen, 2011: Vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: for_remov)

8.5 Fischerei

Die Fischereiflotten der EU-28 hatten 2014 eine Gesamtkapazität von 1,6 Mio. BRZ und eine Gesamtmaschinenleistung von 6,5 Mio. Kilowatt (kW). Gemessen an der Leistung besaßen Frankreich, Italien, Spanien und das Vereinigte Königreich die mit Abstand größten Fischereiflotten von allen EU-Mitgliedstaaten. 2014 kamen die Fischereiflotten jedes dieser Länder auf eine Gesamtleistung zwischen 0,8 Mio. kW und 1,0 Mio. kW. Gemessen an der Bruttoreaumzahl (einem Indikator für die Fischaufnahmekapazität) verfügte jedoch Spanien über die weitaus größte Flotte (358 000 BRZ); dies ist fast das Doppelte des entsprechenden Wertes der nächstkleineren Fischereiflotte, nämlich der des Vereinigten Königreichs (196 000 BRZ).

Nachdem die Gesamtfangmenge in der EU-28 1995 einen Spitzenwert von 7,6 Mio. t Lebendgewicht erreicht ging sie in fast jedem Jahr zurück und blieb nur im Zeitraum 2007–11 relativ stabil. 2013 lag die Gesamt-

fangmenge um 15,8% unter dem Niveau zehn Jahre zuvor und war um 37,1% kleiner als 1995. 2013 entfiel mehr als die Hälfte der Gesamtfangmenge (56,1%) der Fischereiflotten der EU-Mitgliedstaaten auf die Flotten Dänemarks, Spaniens, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs. Fast 75% der Fangmengen der EU-28 stammten 2013 aus dem Nordostatlantik. Das zweitgrößte Fischereigebiet waren das Mittelmeer und das Schwarze Meer, dicht gefolgt vom mittleren Ostatlantik.

Die in Tonnen gemessene Aquakulturerzeugung in der EU-28 blieb von 2002 bis 2012 mit einer Produktion im Bereich von 1,23 bis 1,36 Mio. t relativ stabil. Die fünf größten Aquakultur-Erzeugerländer unter den EU-Mitgliedstaaten waren Spanien, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien und Griechenland. Auf diese Länder zusammen entfielen 2012 etwas mehr als drei Viertel (75,4%) der EU-28 insgesamt.



Tabelle 8.5: Fischerei-Indikatoren
(in Tsd. Tonnen Lebendgewicht)

	Gesamtfangmengen in ausgewählten Fischereigeieten (¹)			Aquakulturerzeugung (²)(³)		
	2003	2012	2013	2002	2011	2012
EU-28	5 707	4 419	4 806	1 285	1 249	1 225
Belgien	26	24	25	2	0	0
Bulgarien	10	8	10	2	7	7
Tsch. Republik (⁴)	–	–	–	19	21	21
Dänemark	1 031	503	668	32	32	34
Deutschland	238	205	219	50	39	27
Estland	75	63	67	0	0	0
Irland	266	276	246	63	44	36
Griechenland	90	61	64	88	111	109
Spanien	798	758	882	259	274	267
Frankreich	699	461	529	252	194	205
Kroatien	20	64	75	9	17	14
Italien	291	196	173	184	164	137
Zypern	2	1	1	2	5	4
Lettland	114	90	116	0	1	1
Litauen	155	70	75	2	3	4
Luxemburg (⁴)	–	–	–	:	0	:
Ungarn (⁴)	–	–	–	12	16	15
Malta	1	2	2	1	4	7
Niederlande	524	345	324	54	44	46
Österreich (⁴)	–	–	–	2	3	3
Polen	152	180	195	33	26	33
Portugal	209	196	194	8	9	10
Rumänien	2	1	2	9	8	10
Slowenien	1	0	0	1	1	1
Slowakei (⁴)	–	–	–	1	1	1
Finnland	86	138	144	15	11	13
Schweden	285	150	177	6	13	14
Ver. Königreich	631	626	618	179	199	206
Island	2 002	1 452	1 384	4	5	7
Liechtenstein (⁴)	–	–	–	–	–	–
Norwegen	2 549	2 047	1 944	551	1 145	1 321
Schweiz (⁴)	–	–	–	1	:	:
Montenegro	0	:	:	:	:	:
EJR Mazedonien (⁴)	–	–	–	1	:	:
Albanien	2	:	:	1	:	:
Serbien (⁴)	–	–	–	:	:	:
Türkei	463	396	339	61	189	212
Bosnien und Herzegowina	0	:	:	5	:	:

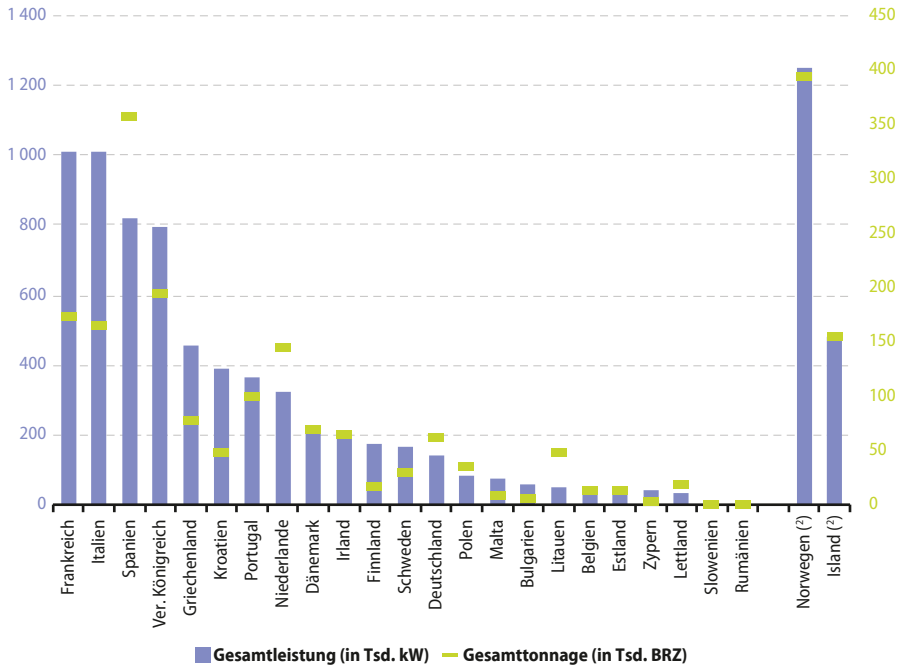
(¹) Die Gesamtfangmengen in allen Fischereigeieten werden als die Summe der sieben Regionen berechnet, für die Rechtsakte gelten, nämlich 21 - Nordwestatlantik; 27 - Nordostatlantik; 34 - Mittlerer Ostatlantik; 37 - Mittelmeer und Schwarzes Meer; 41 - Südwestatlantik; 47 - Südostatlantik; und 51 - Westlicher Indischer Ozean. Somit bleiben die Fangmengen in Binnengewässern unberücksichtigt.

(²) Ausgenommen Erzeugung aus Brutanlagen und Aufzuchtanlagen, Fischerei für den menschlichen Verzehr, Zier- und Aquariumsarten.

(³) 2011: Unterschiede zwischen der EU-28 insgesamt und der Summe für die EU-Mitgliedstaaten sind rundungsbedingt.

(⁴) Binnenländer ohne Hochseefischerei.

Quelle: Eurostat (Online-Daten-codes: [fish_ca_main](#), [fish_aq_q](#) und [fish_aq_2a](#))

Abbildung 8.5: Fischereiflotte, 2014 ⁽¹⁾

⁽¹⁾ Tschechische Republik, Luxemburg, Ungarn, Österreich und Slowakei: Binnenländer ohne Hochseefischerei.

⁽²⁾ 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [fish_fleet](#))

Industrie, Handel und Dienstleistungen

9





Einleitung

Die Unternehmenspolitik der **Europäischen Kommission** ist darauf ausgerichtet, günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen und ihre erfolgreiche Entwicklung in der **Europäischen Union (EU)** zu schaffen, um so **Produktivität**, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu steigern. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand zu verringern, die **Innovation** zu fördern, eine **nachhaltige** Produktion zu unterstützen und das reibungslose Funktionieren des **EU-Binnenmarkts** zu gewährleisten.

Im April 2011, kurz vor dem zwanzigsten Jahrestag der Einführung des Binnenmarktes, veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „**Binnenmarktakte — Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen**“ (KOM(2011)0206 endg.), die auf eine Verbesserung des Binnenmarkts für Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher zielte. Die in der Mitteilung aufgeführten Initiativen befassen sich mit so unterschiedlichen Bereichen wie dem Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für KMU, der Mobilität der Arbeitnehmer, dem Regulierungsumfeld, der Förderung der Normung oder der Bereitstellung leichterer, schnellerer und kostengünstigerer Verfahren zur Streitbeilegung für Verbraucher. Im Oktober 2012 untermauerte die Europäische Kommission diese Bemühungen durch eine weitere Mitteilung mit dem Titel „**Binnenmarktakte II — Gemeinsam für neues Wachstum**“ (KOM(2012)0573 endg.). Aufbauend auf der ersten Binnenmarktakte werden in der zweiten Mitteilung vier Bereiche festgelegt,

in denen Leitaktionen durchgeführt werden sollen:

- Aufbau vollständig integrierter Netze im Binnenmarkt (z.B. Verkehrs- und Energienetze);
- Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von Bürgern und Unternehmen;
- Unterstützung der digitalen Wirtschaft in ganz Europa zur Erhöhung von Produktivität und Kreativität;
- Stärkung des sozialen Unternehmergeits, des Zusammenhalts und des Verbrauchervertrauens.

Im Januar 2014 nahm die Europäische Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „**Für ein Wiedererstarren der europäischen Industrie**“ (KOM(2014)0014 endg.) an. In dieser Mitteilung wird die Bedeutung einer umfassenden und wirksamen Umsetzung der Industriepolitik in der EU betont, zudem soll sie dazu einen Beitrag leisten. Zu den angeregten Initiativen gehören Investitionen in Innovation, Ressourceneffizienz, neue Technologien und Qualifikationen, die Vereinfachung der Vorschriften, die Überarbeitung des Small Business Act (SBA) und die weitere Verbesserung des „Aktionsplans zur unternehmerischen Initiative“. Weitere Informationen über **spezifische Maßnahmen für ein Wiedererstarren der europäischen Industrie** (auf Englisch) sind auf der Website der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Europäischen Kommission zu finden.



9.1 Strukturelle Unternehmensstatistik

Statistiken über die Unternehmensstruktur geben Aufschluss über die Vermögensbildung, die **Wertschöpfung**), die **Investitionen** und den Arbeitsinput in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Mit diesen Daten lassen sich beispielsweise der Strukturwandel zwischen der Industrie und den Dienstleistungen, spezielle Angaben zu einzelnen Ländern in bestimmten Wirtschaftsbereichen, die sektorale **Produktivität** und **Wirtschaftlichkeit** sowie eine Reihe anderer Themen analysieren.

Im Jahr 2012 generierten die Unternehmen im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft der EU-28 insgesamt eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von 6180 **Milliarden** EUR. Dabei entfielen 2012 auf diesen Bereich (ausgenommen die Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern) 69,9% der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft zu Herstellungspreisen. Im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft waren 133,5 Millionen Personen **erwerbstätig**; dies entspricht rund drei Fünfteln (62,6%) der Beschäftigten in der EU-28.

Gemessen an Beschäftigung und Wertschöpfung hatte das Verarbeitende Gewerbe den größten Anteil am nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft der NACE Rev. 2. Die etwa 2,1 Millionen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit ihren rund 30 Millionen Beschäftigten erwirtschafteten 2012 eine Wertschöpfung von 1620 Mrd. EUR. Den größten Anteil an der **Beschäftigung** hatten Handelsunternehmen. Diese Unternehmen erzielten mit 32,7 Millionen Beschäftigten eine Wert-

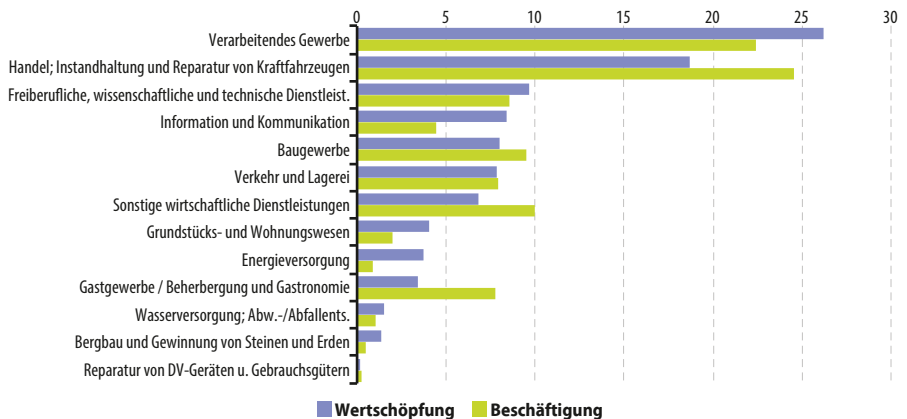
schöpfung von 1155 Mrd. EUR. Die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen wies die dritthöchste Wertschöpfung, aber nur die fünftgrößte Erwerbstätigenzahl aus und rangierte damit hinter sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und dem Baugewerbe. Die Industriezweige Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren und Energie- und Wasserversorgung trugen gemessen an der Wertschöpfung mehr zum nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft bei als gemessen an der Beschäftigung, was auf eine überdurchschnittliche **sichtbare Arbeitsproduktivität** hindeutet. Dies galt auch für einige Dienstleistungsbereiche: Information und Kommunikation, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. Das Baugewerbe hingegen und mehrere Dienstleistungsbereiche, insbesondere Gastgewerbe und Gastronomie, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (zu denen Reinigungs- und Sicherheitsdienste sowie die befristete Überlassung von Arbeitskräften zählen) sowie Handel, meldeten eine relativ geringe sichtbare Arbeitsproduktivität. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den hier dargestellten Beschäftigungsdaten um absolute Zahlen handelt und nicht etwa um **Vollzeitäquivalente** und dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in einigen Wirtschaftszweigen erhebliche Größenordnungen erreicht, was bis zu einem Grad zumindest für einige Wirtschaftszweige die geringe sichtbare Arbeitsproduktivität erklärt.



Die Zahl der **Unternehmen unter ausländischer Kontrolle** ist insgesamt gering, doch aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Unternehmensgröße ist ihre wirtschaftliche Bedeutung hoch. Unternehmen unter ausländischer Kontrolle generierten in vielen Mitgliedstaaten der EU im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft beträchtliche Wertschöpfungsanteile. Die höchsten Anteile von Unternehmen unter ausländischer Kontrolle an der Wertschöpfung des nichtfinanziellen Bereichs meldeten 2011 Irland und Ungarn (über 50%), wo-

bei Anteile über 40% auch für Malta (Daten von 2008), Estland, die Tschechische Republik, Luxemburg und Rumänien beobachtet wurden. Der Anteil von Unternehmen unter ausländischer Kontrolle an der Beschäftigung lag im Allgemeinen unter ihrem Wertschöpfungsanteil. Gleichwohl überstieg der Beschäftigungsanteil dieser Unternehmen in der Slowakei, Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik ein Viertel, während er sich in Estland und Luxemburg auf etwa zwei Fünftel belief.

Abbildung 9.1: Aufteilung der Wertschöpfung und der Beschäftigung des nichtfinanziellen Bereichs der gewerblichen Wirtschaft, EU-28, 2012 ⁽¹⁾
(in % der Wertschöpfung und Beschäftigung des nichtfinanziellen Bereichs der gewerblichen Wirtschaft)



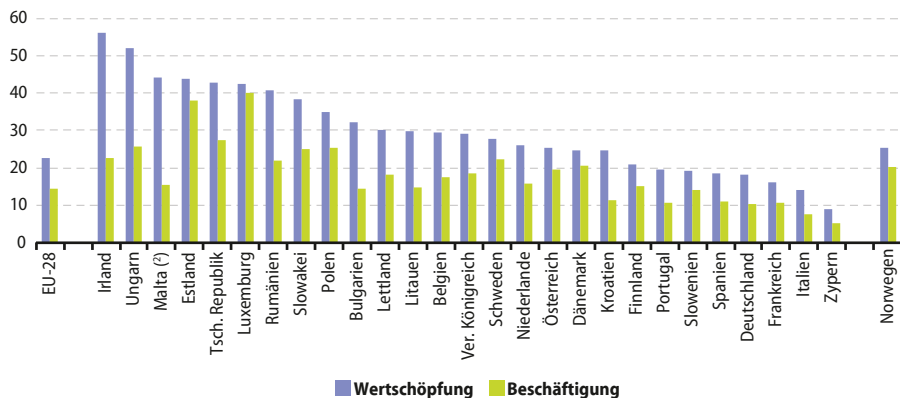
⁽¹⁾ Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: sbs_na_ind_r2, sbs_na_con_r2, sbs_na_dt_r2 und sbs_na_1a_se_r2)



Abbildung 9.2: Anteil der Unternehmen unter ausländischer Kontrolle an Wertschöpfung und Beschäftigung, nichtfinanzieller Bereich der gewerblichen Wirtschaft, 2011 ⁽¹⁾

(in %)



⁽¹⁾ Griechenland: nicht verfügbar.

⁽²⁾ 2008.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [fats_g1a_08](#))

9.2 Industrieproduktion

Die Prodcom-Erhebung deckt die Wirtschaftszweige Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeiten des Gewerbe/Herstellung von Waren (Abschnitte B und C der NACE Rev. 2) ab. Die Prodcom-Statistiken beziehen sich also auf Erzeugnisse (nicht auf Wirtschaftszweige) und sind daher nur bedingt mit Statistiken vergleichbar, die auf der Wirtschaftstätigkeit basieren, wie dies bei den [strukturellen Unternehmensstatistiken](#) der Fall ist.

Derzeit werden für jede Position Prodcom-Daten über den Wert der im Erhebungszeitraum verkauften Produktion verlangt. Erzeugnisse des Fahrzeugbaus (Abteilungen 29 und 30) standen 2013 ganz oben auf der Liste der in der EU-28 am meisten verkauften Erzeugnisse des Verar-

beitenden Gewerbes. Hohe Werte wurden bei der verkauften Produktion auch für mehrere verarbeitete Nahrungsmittel und Getränke (Abteilungen 10 und 11) und eine Reihe von Metallerezeugnissen (Abteilung 25) verzeichnet.

Ferner werden Daten über die (auch als Volumen angegebene) physische Menge der im Erhebungszeitraum verkauften Produktion angefordert. Unter bestimmten Umständen können diese Informationen durch Angaben über die physische Menge der im Erhebungszeitraum tatsächlichen (gesamten) Produktion ergänzt werden, so dass sie die Produktion einschließen, die das Unternehmen (als Zwischenerzeugnisse) zur Herstellung anderer Erzeugnisse auf der Liste verwendet.

**Tabelle 9.1:** Wert der verkauften Produktion, ausgewählte Erzeugnisse, EU-28, 2013

Prodcom-Code	Erzeugnis	Wert (in Mio. EUR)	Rundungs-basis (in Mio.) (¹)
29.10.22.30	PKW mit Hubkolbenverbrennungsmotor mit Fremdzündung, mit Hubraum > 1 500 cm ³	150 000	30 000
29.10.23.30	PKW mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung (Diesel-/Halbdieselmotor), mit Hubraum > 1 500 cm ³ , <= 2 500 cm ³	99 271	:
21.20.13.80	Andere Arzneiwaren, Jod, Jodverbindungen oder and. zu therapeutischen oder prophylaktischen Zwecken bestimmte Bestandteile enthaltend, a.n.g., dosiert oder in Aufmachungen für den Einzelverkauf	68 491	:
10.00.00.Z1	Fleisch und Blut und sonstige Schlachtnebenerzeugnisse, zubereitet und haltbar gemacht, einschließlich Fertiggerichte aus zubereitetem Fleisch und zubereiteten Schlachtnebenerzeugnissen	53 263	:
10.90.10.Z0	Zubereitungen für die Fütterung von Tieren (ausgenommen Heimtierfutter)	52 324	:
29.32.30.90	Andere Teile und Zubehör für Einachsschlepper, Personen-, Lastkraftwagen und Kraftfahrzeuge zu besonderen Zwecken; Teile davon	42 000	7 000
29.10.21.00	Personenkraftwagen und Wohnmobile, mit Hubkolbenverbrennungsmotor mit Fremdzündung, mit einem Hubraum <= 1 500 cm ³ , neu	39 493	:
29.32.20.90	Andere Karosserieteile und anderes Karosseriezubehör (auch für Fahrerhäuser) für Personen-, Lastkraftwagen und Kraftfahrzeuge zu besonderen Zwecken	36 640	:
30.30.50.90	Andere Teile für zivile Luft- und Raumfahrzeuge	33 211	:
10.71.11.00	Frisches Brot	29 573	:
11.05.10.00	Bier aus Malz	28 942	:
25.11.23.55	Schützen, Wehre und andere Konstruktionen für den Wasserbau, aus Eisen oder Stahl, andere Konstruktionen und zu Konstruktionszwecken vorgearbeitete Stäbe, Profile und dergleichen, aus Eisen oder Stahl, a.n.g. (ohne Brücken und -elemente; Türme und Gittermaste, Tore, Türen, Fenster und deren Rahmen und Verkleidungen, Tor- und Türschweller, Gerüst-, Schalungs- oder Stützmaterial sowie Konstruktionen und Konstruktionsteile, ausschließlich oder hauptsächlich aus Blech)	28 000	7 000
10.51.40.50	Käse, gerieben oder in Pulverform, Käse mit Schimmelbildung im Teig und anderer Käse (ohne Schmelzkäse)	27 300	700
27.90.60.37	Elektrische Festwiderstände für eine Leistung von mehr als 20 W (ohne Heizwiderstände und Kohlemasse- und Kohleschichtfestwiderstände)	27 011	:
25.62.20.00	Metallteile (ausgenommen durch Drehen hergestellte Metallteile)	25 242	2
11.07.19.30	Wasser (einschließlich Mineralwasser und kohlenstoffhaltiges Wasser) mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Aromastoffen (Erfrischungsgetränke)	22 800	600

(¹) Zeigt an, wie stark gerundet wurde, um die vertraulichen Felder zu schützen (beim Prodcom-Code 11.07.19.30 liegt der vertrauliche Wert im Bereich von +/- EUR 600 Mio. EUR des gemeldeten Wertes).

Quelle: Eurostat, auf <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, dann weiter zu Datenbank nach Themen/Industrie, Handel und Dienstleistungen/Statistiken über die Produktion von Waren (prom)/Detaillierte Daten je Prodcom Liste (NACE Rev. 2) (prom2)/Verkäufte Produktion, Exporte und Importe je Prodcom Liste (NACE Rev. 2) - Jährliche Daten (DS_066341)

**Tabelle 9.2:** Volumen der verkauften Produktion, ausgewählte Erzeugnisse, EU-28, 2013

Prodcom-Code	Erzeugnis	Menge (in Tsd.)	Rundungsbasis (in Tsd.) ⁽¹⁾	Einheit
08.11.11.33	Marmor und Travertin, roh oder grob behauen	5 553 511	:	kg
08.11.30.10	Kreide	11 257 728	:	kg
10.51.52.45	Sauermilch, Sauerrahm, Joghurt und andere fermentierte Erzeugnisse mit Geschmackszusätzen oder mit Früchten, Nüssen oder Kakao	5 650 553	:	kg
10.73.11.30	Teigwaren, weder gekocht noch in anderer Weise zubereitet, Eier enthaltend	1 391 195	:	kg
11.07.11.30	Mineralwasser und kohlenstoffhaltiges Wasser, nicht gesüßt	57 000 000	3 000 000	l
16.10.23.03	Holz in Form von Plättchen oder Schnitzeln (Hackschnitzel), aus Nadelholz	40 520 000	40 000	kg
17.12.11.00	Zeitungsdruckpapier, in Rollen oder Bogen	8 268 852	:	kg
20.11.11.70	Sauerstoff	34 120 914	:	m ³
20.15.80.00	Tierische oder pflanzliche Düngemittel	5 730 749	:	kg
20.41.32.50	Zubereitete Waschmittel, Waschhilfsmittel und zubereitete Reinigungsmittel, auch Seife enthaltend, in Aufmachungen für den Einzelverkauf	8 003 409	:	kg
23.13.11.40	Flaschen für Nahrungsmittel und Getränke, aus nicht gefärbtem Glas, mit einem Nenninhalt < 2,5 l	16 699 034	:	Stk.
23.61.11.30	Baublöcke und Mauersteine, aus Zement, Beton oder Kunststein	59 200 000	800 000	kg
23.61.11.50	Dachsteine, Gehwegplatten, Belagsplatten, Betonpflastersteine und dergleichen, aus Zement, Beton oder Kunststein (Kalksandstein)	66 137 074	:	kg
25.92.11.33	Konservendosen aus Eisen oder Stahl, die durch Schweißen, Löten oder Falzen verschlossen werden, mit einem Fassungsvermögen < 50 l, für Nahrungsmittel	49 101 024	:	Stk.
27.20.11.00	Elektrische Primärelemente und Primärbatterien	5 085 344	:	Stk.

(¹) Zeigt an, wie stark gerundet wurde, um die vertraulichen Felder zu schützen (beim Prodcom-Code 16.10.23.03 liegt der vertrauliche Wert im Bereich von +/- 40 Mio kg des gemeldeten Wertes).

Quelle: Eurostat, aus <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, dann weiter zu Datenbank nach Themen/Industrie, Handel und Dienstleistungen/Statistiken über die Produktion von Waren (prom)/Detaillierte Daten je Prodcom Liste (NACE Rev. 2) (prom2)/Verkaufte Produktion, Exporte und Importe je Prodcom Liste (NACE Rev. 2) - Jährliche Daten (DS_066341)



9.3 Industrie und Baugewerbe — konjunkturelle Entwicklung

Für die **Konjunkturstatistik (KS)** werden Indizes erstellt, die eine sofortige Bewertung des Wirtschaftsklimas in Industrie und Baugewerbe ermöglichen, indem sie einen ersten Überblick über die aktuelle Entwicklung in verschiedenen Wirtschaftszweigen bieten. Die Konjunkturstatistik zeigt die Entwicklungen im zeitlichen Verlauf an, so dass Veränderungsraten berechnet werden können, die in der Regel Gegenüberstellungen für einen Monat oder ein Quartal mit dem vorhergehenden Monat oder Quartal oder dem entsprechenden Vorjahreszeitraum enthalten.

Die Industrieproduktion in der EU-28 erholte sich innerhalb von gut zwei Jahren von dem im April 2009 erreichten relativen Tiefstand und verzeichnete in 19 von 25 Monaten positive monatliche Veränderungsraten, bis im Mai 2011 ein Höhepunkt erreicht wurde, als sie um 13,8% höher lag als im April 2009, aber dennoch um 8,4% niedriger als bei dem vor der Krise im April 2008 verzeichneten Höchststand. Anschließend war in der EU-28 bis November 2012 ein allmählicher Rückgang der Industrieproduktion zu beobachten; in diesem Zeitraum schrumpfte die Produktion um 4,7%. In der Folgezeit nahm die Industrieproduktion bis April 2014 langsam wieder zu, und danach stellte sich die Entwicklung bis August 2014 (unterschiedlich dar).

Demgegenüber leitete die Rückkehr zu positiven Veränderungsraten bei den Erzeugerpreisen der Industrie in der EU-28 im August 2009 einen Zeitraum des nachhaltigeren und längerfristigen Preisanstiegs ein. Der Erzeugerpreisindex der Industrie übertraf im Februar 2011 den vor der Krise verzeichneten Höchststand und stieg nahezu ununterbrochen weiter an bis April 2012, als er ungefähr 13,5% über dem Tiefstand während der Krise und 4,9% über dem vor der Krise (fast vier Jahre zuvor) verzeichneten Höchststand lag. Seit April 2012 stellt sich in der EU-28 die Entwicklung der Erzeugerpreise in der Industrie unterschiedlich dar, wobei bis Herbst 2013 insgesamt fast gar keine Veränderung der Preise festzustellen war. Anschließend gingen die Erzeugerpreise in der Industrie bis August 2014 fast ein Jahr lang langsam zurück.

Der Abschwung der Wirtschaftstätigkeit hielt im Baugewerbe der EU-28 länger an als in der Industrie. Nach einer Phase relativer Stabilität im größten Teil des Jahres 2010 und im Jahr 2011 sank der Produktionsindex des Baugewerbes in der EU-28 über weite Strecken des Jahres 2012 und darüber hinaus, bis März 2013. In der restlichen Zeit des Jahres 2013 und in den ersten acht Monaten 2014 schwankte die Bautätigkeit in der EU-28 zwar, wies jedoch im Allgemeinen einen Aufwärtstrend auf.



Tabelle 9.3: Jährliche Wachstumsraten, Baugewerbe, 2009–13
(in %)

	Produktionsindex ⁽¹⁾					Kostenindex des Baugewerbes ⁽²⁾				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
EU-28	-7,7	-4,2	-1,2	-5,2	-2,3	0,8	1,5	3,0	1,8	0,8
ER-18	-7,0	-6,7	-3,0	-4,8	-2,8	0,4	2,0	3,3	1,7	0,6
Belgien	-3,3	-1,5	5,7	-0,7	-3,9	-1,1	0,0	3,9	1,9	0,3
Bulgarien	-14,8	-14,6	-12,9	-0,5	-5,2	8,2	-0,8	0,8	-0,3	1,2
Tsch. Republik	-0,5	-7,6	-3,6	-7,4	-6,8	-0,3	1,2	1,7	0,5	-0,4
Dänemark	-12,2	-10,4	10,4	-3,1	-6,1	-0,4	1,2	3,6	2,6	1,4
Deutschland	0,0	-0,5	7,8	-1,1	-0,2	0,3	2,1	3,7	2,2	0,9
Estland	-29,8	-8,5	27,3	16,5	0,8	-8,4	-2,6	3,4	4,3	5,0
Irland	-36,9	-29,7	-16,6	-2,5	11,4	-9,9	0,5	-2,2	1,1	0,8
Griechenland	-17,5	-29,2	-41,3	-33,5	-8,1	-0,3	1,8	1,1	-0,1	-1,4
Spanien	-11,2	-20,4	-19,6	-5,4	1,4	1,0	2,5	3,8	-0,3	0,3
Frankreich	-5,7	-2,4	-1,8	-1,7	-1,5	0,4	2,7	4,0	2,2	0,8
Kroatien	-6,5	-15,7	-8,6	-10,9	-4,3	-8,2	-5,3	1,4	-2,5	-5,7
Italien	-11,5	-3,5	-4,1	-13,7	-10,9	0,9	1,5	3,0	2,3	0,6
Zypern	-10,6	-8,0	-9,0	-20,2	-29,8	0,8	3,2	3,4	0,9	-4,1
Lettland	-34,9	-23,4	12,5	14,1	7,6	-7,8	-7,4	2,6	3,0	4,1
Litauen	-48,3	-7,5	22,7	-7,4	12,1	-14,5	-4,8	3,8	3,0	4,5
Luxemburg	0,2	0,2	1,1	-3,1	-4,5	1,4	0,8	2,6	2,9	2,0
Ungarn	-4,3	-10,4	-8,0	-6,7	8,5	3,0	-0,4	0,9	4,5	4,7
Malta	3,4	1,7	-1,2	-2,6	-3,4	1,6	-2,5	1,5	2,2	1,3
Niederlande	-4,5	-9,9	0,9	-8,2	-4,4	0,3	0,4	1,9	1,8	0,2
Österreich	-1,7	-4,0	2,0	3,4	0,5	0,6	3,2	2,3	2,2	1,7
Polen	4,0	4,4	15,3	-5,1	-10,1	0,2	-0,1	1,1	0,3	-1,6
Portugal	-9,9	-10,9	-12,7	-16,2	-15,9	-0,6	1,8	1,6	2,0	1,9
Rumänien	-15,1	-13,3	2,9	1,2	-0,5	1,6	1,9	9,0	6,4	-4,3
Slowenien	-20,9	-16,9	-24,9	-16,9	-2,4	-3,1	5,7	4,6	-1,2	-1,1
Slowakei	-10,9	-4,8	-2,1	-12,1	-5,4	2,1	-0,1	0,7	0,1	0,4
Finnland	-13,1	6,9	9,1	-1,5	-2,9	-1,1	1,1	3,3	2,4	1,0
Schweden	-12,2	7,8	2,4	-4,0	0,0	2,0	2,5	3,0	2,5	1,7
Ver. Königreich	-11,6	7,3	2,2	-7,6	1,5	2,7	-0,4	1,4	2,4	2,4
Norwegen	-8,2	0,0	3,3	7,1	6,6	2,3	3,2	3,6	3,1	2,9
Schweiz	1,4	1,9	1,8	-1,2	1,6	0,0	0,2	2,0	0,2	0,2
Montenegro	-19,2	-0,7	18,6	7,6	41,6	-14,9	-4,2	6,5	-14,7	3,0
EJR Mazedonien	11,8	15,3	28,1	8,3	43,2	6,0	-2,2	5,1	1,6	1,9
Türkei	-16,2	18,6	11,4	0,6	7,5	-4,1	5,7	12,4	5,5	5,1

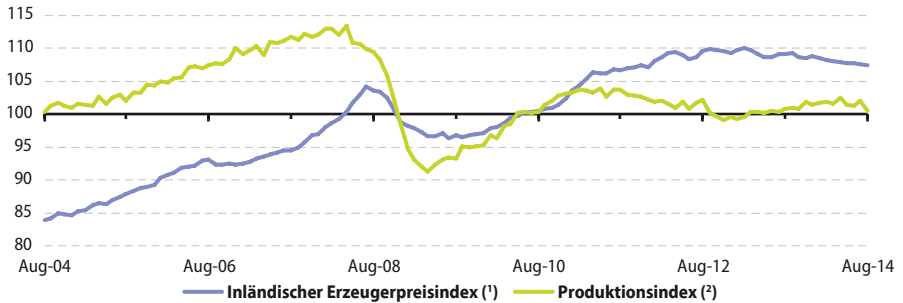
(¹) Arbeitstäglich bereinigt.

(²) Bruttoreihe für neue Wohngebäude.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: sts_copgrg_a und sts_copigr_a)



Abbildung 9.3: Produktionsindex und inländischer Erzeugerpreisindex für die Industrie (ohne Baugewerbe), EU-28, 2004–14 (2010 = 100)



(°) Bruttoreihe, August 2014: Schätzung.

(°) Saisonbereinigte Daten, August 2014: Schätzung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [sts_inppd_m](#) und [sts_inpr_m](#))

9.4 Dienstleistungen — konjunkturelle Entwicklung

Traditionell konzentrierte sich die Konjunkturstatistik auf die Industrie und das Baugewerbe sowie in geringerem Umfang auf den Einzelhandel. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden die amtlichen Statistiken der EU neu ausgerichtet und die Konjunkturdatenerhebung verstärkt auf Dienstleistungen konzentriert.

Der Umsatz mit Dienstleistungen ging in der EU-28 im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 10,1 % zurück, belebte sich 2010 und 2011 aber zunehmend und erreichte ein Wachstum von 5,4 % bzw. 5,6 %. 2012 und 2013 setzte sich das Wachstum fort, jedoch etwas langsamer als zuvor (ein Anstieg um 0,3 % bzw. 1,0 %).

Nach Spitzenwerten im Jahr 2008 beim Umsatz aller sechs Dienstleistungsbranchen erreichte dieser in der EU-28 im zweiten bzw. dritten Quartal 2009 und im ersten Quartal 2010 einen Tiefstand. Danach meldete

der Bereich der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen bis zum zweiten Quartal 2014 die größte Umsatzsteigerung der verschiedenen Dienstleistungsbranchen (24,4 %), gefolgt vom Bereich Verkehr und Lagerei (17,8 %). Der Handel sowie die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen verzeichneten ebenfalls zweistellige Wachstumsraten zwischen ihren Tiefstwerten inmitten der Krise und ihren jüngsten Werten (zweites Quartal 2014); hier stiegen die Umsätze um 13,9 % bzw. 13,3 % an. In den anderen Dienstleistungsbranchen fielen die Veränderungsraten moderater aus: Gemessen an den kurz zuvor, auf dem Höhepunkt der Krise, verzeichneten Tiefstwerten in der EU-28 war der Umsatz im zweiten Quartal 2014 im Bereich Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie um 8,1 % und im Bereich Information und Kommunikation um 4,4 % angestiegen.



Tabelle 9.4: Jährliche Wachstumsraten des Umsatzes, ausgewählte Dienstleistungen, 2012–13 ⁽¹⁾
(in %)

	Handel; Instandhaltung u. Reparatur v. Kraftfahrzeu- gen		Verkehr und Lagerei		Gastgewerbe/ Beherbergung und Gastronomie		Information und Kommunika- tion		Freiberufliche, wissenschaftliche u. techn. Dienstleist. ⁽²⁾		Sonstige wirtschaftliche Dienstleistun- gen ⁽²⁾	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
EU-28	0,4	2,0	1,2	0,8	-0,4	0,6	1,1	-1,0	1,0	1,9	3,8	2,4
ER-18	-0,2	-0,4	0,9	0,0	-1,8	0,1	0,8	-2,3	-0,1	-0,2	1,2	0,3
Belgien	2,0	0,8	-1,8	-7,9	1,3	3,3	6,3	0,6	3,2	5,6	1,8	8,8
Bulgarien	5,1	6,3	2,4	-4,0	4,1	-5,2	2,6	-4,4	8,2	-8,2	6,7	2,6
Tsch. Republik	0,8	-0,2	2,5	3,0	-0,7	1,1	-0,1	-3,6	-3,8	-6,4	2,4	2,4
Dänemark	-0,2	-1,1	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Deutschland	1,1	0,0	1,4	0,3	1,5	1,2	2,2	-0,4	3,3	2,2	3,8	0,5
Estland	9,7	15,2	10,2	-5,9	14,9	8,1	8,7	3,1	21,9	-9,0	16,0	-6,7
Irland	1,1	-4,0	12,6	12,1	-4,0	-3,1	13,5	-6,0	1,5	-21,9	34,5	27,4
Griechenland	-13,1	-10,1	-6,1	-3,3	-17,3	5,0	-8,4	-9,2	-8,2	-8,9	-13,2	-3,5
Spanien	-6,2	-1,8	-3,6	-0,4	-6,6	0,1	-5,0	-5,1	-9,1	-3,7	-5,5	-3,1
Frankreich	1,5	0,0	1,7	0,5	-0,5	-0,8	2,4	-1,7	1,7	0,0	1,9	0,0
Kroatien	-3,4	1,5	2,6	0,2	4,5	20,1	-2,2	-4,4	-4,8	0,0	1,0	2,5
Italien	-4,2	-2,5	-0,2	0,1	1,1	-2,3	-3,8	-5,7	-3,2	-2,2	-2,6	-4,2
Zypern	-6,8	-10,0	-5,8	-2,1	3,0	-1,8	-0,5	-8,2	-1,6	-9,5	2,2	-12,1
Lettland	11,9	4,8	11,4	-1,9	12,8	7,1	11,4	7,6	8,5	6,2	8,9	14,3
Litauen	13,3	6,9	20,3	8,2	7,9	7,8	3,1	2,1	-4,2	10,3	10,0	13,2
Luxemburg	-1,2	4,5	-0,4	2,3	2,1	5,3	9,6	5,1	6,9	8,6	-0,7	9,5
Ungarn	0,6	4,8	5,0	10,7	1,8	15,0	14,7	17,0	-11,0	10,7	-2,0	18,6
Malta	2,5	0,4	1,3	6,2	3,8	0,7	-4,3	1,7	5,7	6,4	12,7	-2,7
Niederlande	-1,4	-3,1	3,0	0,6	1,5	0,6	-3,0	-2,4	-0,5	-0,5	2,0	1,1
Österreich	0,3	-2,3	2,5	1,1	3,3	3,9	0,8	0,2	2,0	1,2	2,8	2,8
Polen	5,1	3,8	10,3	5,0	1,6	5,9	3,0	2,6	3,1	6,0	8,3	9,0
Portugal	-8,9	-3,5	0,3	1,0	-12,4	-3,3	-6,9	-5,5	-10,2	-7,7	-9,3	-5,0
Rumänien	6,9	2,7	3,8	9,9	0,4	2,8	1,4	4,6	5,6	4,2	15,8	14,7
Slowenien	1,0	-0,7	-0,2	0,7	-1,1	-1,2	-2,7	-0,1	-6,3	-2,5	-4,9	3,1
Slowakei	3,2	2,7	7,3	10,8	2,6	3,2	5,9	4,3	20,2	19,0	22,4	15,2
Finnland	2,3	-3,4	3,3	-1,5	4,1	0,6	1,7	2,7	5,3	1,0	4,5	-0,1
Schweden	-1,8	-0,6	-0,5	-1,5	3,4	5,3	4,5	-1,2	4,6	-0,1	2,9	0,5
Ver. Königreich	2,1	9,0	-0,6	3,5	2,6	0,9	0,6	2,7	4,2	7,9	10,4	7,9
Türkei	10,9	9,1	8,3	11,1	7,8	15,5	3,7	8,8	0,9	9,5	4,1	11,1

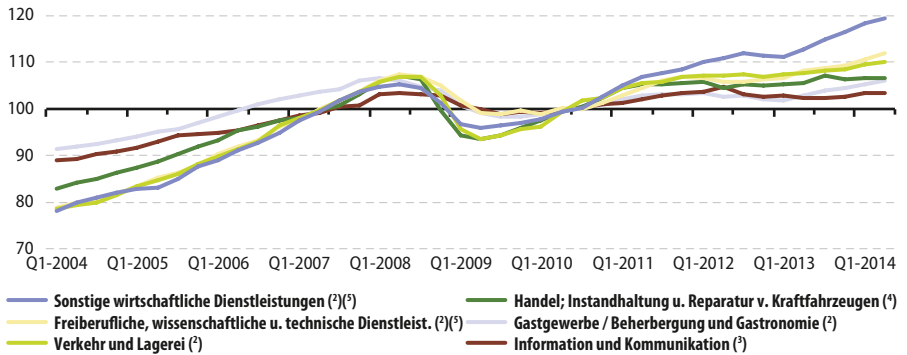
(1) Arbeitstäglich bereinigt.

(2) Gemäß Konjunkturstatistik-Verordnung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: sts_trtu_a und sts_setu_a)



Abbildung 9.4: Umsatzindex, ausgewählte Dienstleistungsbranchen, EU-28, 2004–14 ⁽¹⁾
(2010 = 100)



⁽¹⁾ Saisonbereinigte Daten.

⁽²⁾ 2004–09: Schätzungen. Q2-2013–Q4-2014: Schätzungen.

⁽³⁾ 2004: Schätzungen.

⁽⁴⁾ Q2-2013–Q4-2014: Schätzungen.

⁽⁵⁾ Gemäß Konjunkturstatistik-Verordnung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: sts_trtu_q und sts_setu_q)

9.5 Tourismus

Die Einwohner der EU-28 (im Alter von 15 Jahren oder älter) verreisten 2013 1,1 Mrd. Mal aus persönlichen oder geschäftlichen Gründen. Bei mehr als der Hälfte dieser Reisen (57,5 %) handelte es sich um Kurzreisen (eine bis drei Übernachtungen). Drei Viertel dieser Reisen (75,3 %) führten an einen Zielort im eigenen Land und die übrigen ins Ausland.

In einigen EU-Mitgliedstaaten, so in Luxemburg, Belgien, Malta und Slowenien (sowie der Schweiz), führte 2013 mehr als die Hälfte der Urlaubsreisen ins Ausland. In Rumänien, Spanien, Griechenland (Daten für 2012) und Portugal hingegen lag die Quote der Einwohner, die ins Ausland reisten, bei weniger als 10 %. Diese Zahlen scheinen sowohl von der Größe als auch von der geografischen Lage der Mitgliedstaaten beeinflusst zu werden (kleinere Länder in den nördlichen Regionen melden in der Regel eine größere Neigung ihrer Einwohner zu Reisen ins Ausland).

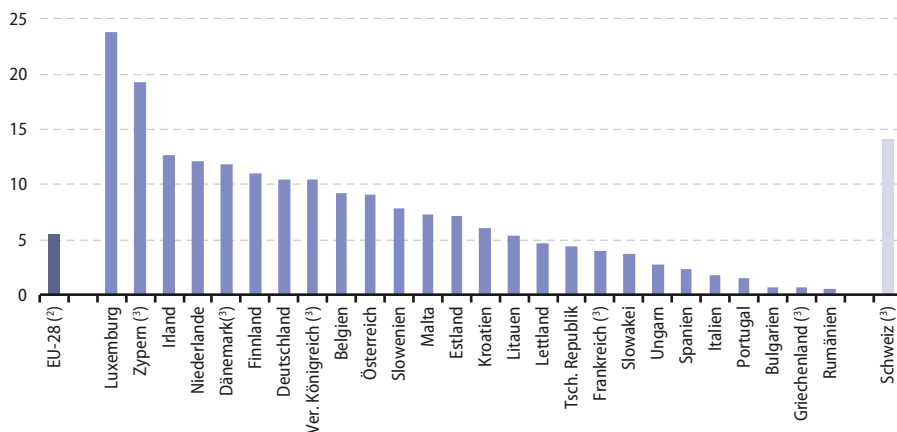
Berücksichtigt man die Größe eines Landes (gemessen an seiner Einwohnerzahl), war Luxemburg der EU-Mitgliedstaat, dessen Einwohner die meisten Nächte je Einwohner im Ausland verbrachten (durchschnittlich 23,8 Übernachtungen im Jahr 2013), gefolgt von Zypern (19,3 — Daten für 2012), Irland (12,6) und den Niederlanden (12,1). Am anderen Ende des Spektrums befinden sich Rumänien, Griechenland (Daten für 2012) und Bulgarien, deren Einwohner 2013 im Durchschnitt weniger als eine Nacht im Ausland verbrachten.

Spanien war 2013 das beliebteste Reiseziel in der EU für Nichtinländer (Touristen aus dem Ausland). Auf dieses Land entfielen 252 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben bzw. 21,2 % aller Übernachtungen von Nichtinländern in der EU-28). In der EU waren die drei beliebtesten Reiseziele bei Nichtinländern Spanien, Italien (185 Millionen Übernachtungen) und Frankreich (131 Millionen Übernachtungen).

tungen), die zusammengenommen fast die Hälfte (47,7%) der Übernachtungen von Nichtinländern in der EU-28 auf sich vereinigten. Am wenigsten gefragt waren Lux-

emburg, Lettland und Litauen, wobei jedoch die Größe der betreffenden Mitgliedstaaten zu berücksichtigen ist.

Abbildung 9.5: Herkunftsland bei Reisen ins Ausland, 2013 ⁽¹⁾
(durchschnittliche Zahl der Auslandsübernachtungen pro Einwohner 15 Jahre und älter)



⁽¹⁾ Polen und Schweden: nicht verfügbar.

⁽²⁾ Auf der Grundlage der neuesten verfügbaren Daten für die Mitgliedstaaten für diese Veröffentlichung erstellte Schätzung.

⁽³⁾ 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [tour_dem_tntot](#) und [demo_pjanbroad](#))

Tabelle 9.5: Die 10 führenden Ziel-Mitgliedstaaten bei Reisen ins Ausland —
Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben, 2013
(in Mio. Übernachtungen von Nichtinländern im Land)

	Übernachtungen im Land	Anteil (in %)
EU-28	1 192,2	100,0
Top 10	1 018,3	85,4
1 Spanien	252,4	21,2
2 Italien	184,8	15,5
3 Frankreich	131,3	11,0
4 Ver. Königreich ⁽¹⁾	105,5	8,8
5 Österreich	78,4	6,6
6 Griechenland	71,5	6,0
7 Deutschland	71,2	6,0
8 Kroatien	59,4	5,0
9 Portugal	32,1	2,7
10 Niederlande	31,8	2,7

⁽¹⁾ 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [tour_occ_ninat](#))

**Innovation und
Informationsgesellschaft**

10





Einleitung

Die Forschung in Europa wird zwar überwiegend aus privaten und/oder öffentlichen Mitteln auf nationaler Ebene finanziert, wobei seit ihrer Einführung im Jahr 1984 die Forschungsrahmenprogramme der EU bei multidisziplinären Forschungsaktivitäten eine führende Rolle spielen.

Horizont 2020 (auf Englisch) ist das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation für den Zeitraum von 2014 bis 2020 und stützt sich auf das **Siebte Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung (RP7)**, das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT). Durch die Verknüpfung von Forschung und Innovation legt Horizont 2020 den Schwerpunkt auf Wissenschaftsexzellenz, die führende Rolle der Industrie und gesellschaftliche Herausforderungen. Damit soll sichergestellt werden, dass Europa wissenschaftliche Leistungen auf Weltklasseniveau hervorbringt, Innovationshindernisse beseitigt und dem öffentlichen und privaten Sektor die Zusammenarbeit erleichtert, um gemeinsam Innovation zu schaffen. Das Rahmenprogramm wird ergänzt durch weitere Maßnahmen zur Vervollständigung und Weiterentwicklung des EFR. Diese Maßnahmen werden auf die Beseitigung von Hindernissen bei der Schaffung eines Binnenmarktes für Wissen, Forschung und Innovation abzielen. Im Dezember 2013 wurden die **Verordnung (EU) Nr. 1291/2013 des Europäischen**

Parlaments und des Rates über Horizont 2020 und die Verordnung (Euratom) Nr. 1314/2013 des Rates über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung verabschiedet, die zusammen das Programm Horizont 2020 bilden. Hinzu kamen **weitere Rechtsakte**, etwa:

- die Regeln für die Teilnahme am Programm;
- das spezifische Programm (mit Zielen und Durchführungsbestimmungen, programm Laufzeit und erforderlichen Mitteln) für Horizont 2020; und
- Änderungen betreffend das **Europäische Innovations- und Technologieinstitut**.

Den politischen Hintergrund für IKT bildet eine Mitteilung der Europäischen Kommission über **„Eine Digitale Agenda für Europa“** (KOM(2010)0245 endg./2), die eine Strategie zur Förderung einer florierenden digitalen Wirtschaft in der EU bis 2020 enthält. Die Digitale Agenda für Europa ist Teil der sieben Leitinitiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. In der Agenda werden sieben Schwerpunktbereiche für Maßnahmen genannt — Näheres siehe Artikel auf **Informationsgesellschaft** — darunter die Errichtung eines digitalen **Binnenmarktes**.



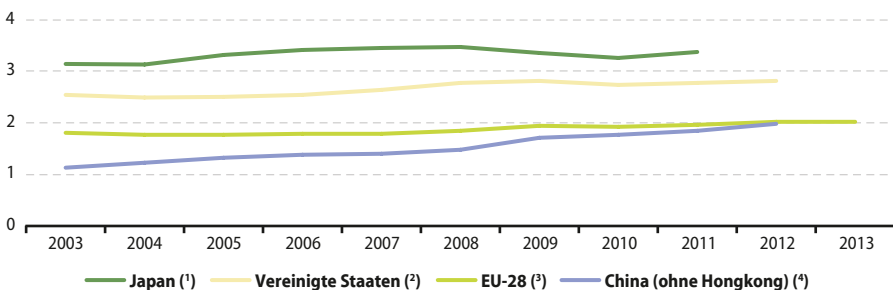
10.1 FuE-Ausgaben

Eines der wichtigsten Ziele der EU in den letzten zehn Jahren bestand darin, verstärkte Investitionsanreize zu setzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. In der Lissabon-Strategie wurde der EU das Ziel vorgegeben, bis 2010 3 % ihres **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** in FuE-Tätigkeiten zu investieren. Dieses Ziel wurde nicht erreicht — und deshalb wurde das 3 % Ziel beibehalten; es ist eines von fünf Hauptzielen der 2010 angenommenen **Strategie Europa 2020**.

Die **Bruttoinlandsaufwendungen für FuE (GERD)** beliefen sich 2013 in der **EU-28** auf 272 **Mrd. EUR**; dies entspricht einem Anstieg um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr und um 43,8 % gegenüber dem Stand vor zehn Jahren (2003). Allerdings basieren diese Veränderungsdaten auf den Werten in jeweiligen Preisen und spiegeln daher sowohl Preisänderungen als auch reale Änderungen der Höhe der Ausgaben wider. Um eine bessere Vergleichbarkeit der Zahlen zu erreichen, werden die GERD

häufig im Verhältnis zum BIP oder im Verhältnis zur Einwohnerzahl angegeben. Das Verhältnis GERD zu BIP, einer der fünf Schlüsselindikatoren der Strategie Europa 2020, das auch als **FuE-Intensität** bezeichnet wird, sank in der EU-28 im Zeitraum 2003–05 geringfügig von 1,80 % auf 1,76 %. 2006 begann es anzusteigen und erreichte 2012 trotz eines leichten Rückgangs im Jahr 2010 den Wert von 2,01 %; auch 2013 stand es unverändert bei 2,01 %. Trotz des jüngsten Anstiegs blieben die FuE-Ausgaben der EU-28 im Verhältnis zum BIP deutlich hinter den entsprechenden Werten Japans (3,38 % im Jahr 2011) und der Vereinigten Staaten (2,81 % im Jahr 2012) zurück, wie dies bereits seit längerer Zeit zu beobachten ist; 2012 hatte die FuE-Intensität in China fast den Wert der EU-28 erreicht. Die höchsten FuE-Intensitäten in den EU-Mitgliedstaaten wurden 2013 in Finnland (3,31 %), Schweden (3,30 %) und Dänemark (3,06 %) erreicht.

Abbildung 10.1: Bruttoinlandsaufwendungen für FuE in der Triade und China, 2003–13 (in % des BIP)



(¹) 2008: Bruch in der Reihe.

(²) Ohne die meisten oder die gesamten Investitionsaufwendungen. 2012: vorläufig.

(³) 2002 und 2008–12: Schätzungen.

(⁴) 2009: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsc00001)

**Tabelle 10.1:** Bruttoinlandsaufwendungen für FuE nach Mittelherkunft, 2012–13

	Bruttoinlandsaufwendungen für FuE (in % des BIP)		Nach Mittelherkunft (in % der Bruttoinlandsaufwendungen für FuE)		
			Unternehmens- sektor	Staatssektor	Ausland
	2012	2013	2013		
EU-28 ⁽¹⁾	2,01	2,01	55,0	32,8	9,7
ER-19 ⁽¹⁾	2,09	2,09	56,9	33,4	7,8
Belgien ⁽²⁾	2,24	2,28	60,2	23,4	13,0
Bulgarien	0,62	0,65	19,5	31,6	48,3
Tsch. Republik	1,79	1,91	37,6	34,7	27,2
Dänemark	3,02	3,06	59,8	29,3	7,2
Deutschland ⁽¹⁾	2,88	2,85	66,1	29,2	4,3
Estland	2,16	1,74	42,1	47,2	10,3
Irland ⁽¹⁾	1,58	:	50,3	27,3	21,4
Griechenland	0,69	0,80	30,3	52,3	14,0
Spanien	1,27	1,24	46,3	41,6	7,4
Frankreich ⁽¹⁾	2,23	2,23	55,4	35,0	7,6
Kroatien	0,75	0,81	42,8	39,7	15,5
Italien ⁽¹⁾	1,27	1,26	44,3	42,5	9,5
Zypern ⁽¹⁾	0,43	0,48	10,9	66,4	17,5
Lettland	0,66	0,60	21,8	23,9	51,6
Litauen	0,90	0,95	27,5	34,5	37,1
Luxemburg ⁽²⁾	1,16	1,16	47,8	30,5	20,4
Ungarn	1,27	1,41	46,8	35,9	16,6
Malta	0,86	0,85	44,3	33,9	20,3
Niederlande	1,97	1,98	47,1	34,3	14,3
Österreich ⁽³⁾	2,81	2,81	44,1	39,1	16,4
Polen	0,89	0,87	37,3	47,2	13,1
Portugal ⁽¹⁾	1,37	1,36	46,0	43,1	5,2
Rumänien	0,48	0,39	31,0	52,3	15,5
Slowenien	2,58	2,59	63,8	26,9	8,9
Slowakei	0,81	0,83	40,2	38,9	18,0
Finnland ⁽⁴⁾	3,42	3,31	60,8	26,0	11,5
Schweden	3,28	3,30	61,0	28,2	6,8
Ver. Königreich	1,63	1,63	46,5	27,0	20,6
Island ⁽⁵⁾	:	:	49,8	40,0	8,2
Norwegen	1,62	1,66	43,1	45,8	9,5
Schweiz ⁽¹⁾	2,96	:	60,8	25,4	12,1
Montenegro	:	0,38	42,3	31,7	22,5
Serbien	0,91	0,73	7,5	59,5	7,8
Türkei	0,92	0,95	48,9	26,6	0,8
China (ohne Hong Kong) ⁽¹⁾	1,98	:	74,0	21,6	1,0
Japan ⁽²⁾ ⁽³⁾	:	:	76,5	16,4	0,5
Russland	1,13	1,11	28,2	67,6	3,0
Südkorea ⁽²⁾	:	:	73,7	24,9	0,2
Vereinigte Staaten ⁽¹⁾ ⁽⁵⁾ ⁽⁶⁾	2,81	:	59,1	30,8	3,8

⁽¹⁾ Unternehmenssektor, Staatssektor und Ausland: 2012 statt 2013.

⁽²⁾ Unternehmenssektor, Staatssektor und Ausland: 2011 statt 2013.

⁽³⁾ Staatssektor: abweichende Definition.

⁽⁴⁾ Staatssektor: Bruch in der Reihe.

⁽⁵⁾ Bruttoinlandsaufwendungen für FuE: abweichende Definition.

⁽⁶⁾ Abweichende Definition. Unternehmenssektor: Bruch in der Reihe.

Hinweis: Bei abweichender Definition siehe http://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/DE/rd_esms.htm.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: t2020_20_rd_e_gerdot und tsc00031)



10.2 FuE-Personal

Die Zahl der **Forscher** ist in der **EU-28** in den letzten Jahren gestiegen: Im Jahr 2013 waren in der EU-28 1,73 Millionen Forscher (ausgedrückt in **Vollzeitäquivalenten (VZÄ)**) beschäftigt; dies bedeutet gegenüber dem Wert von 2003 einen deutlichen Anstieg um 501 700 (bzw. 41,0%).

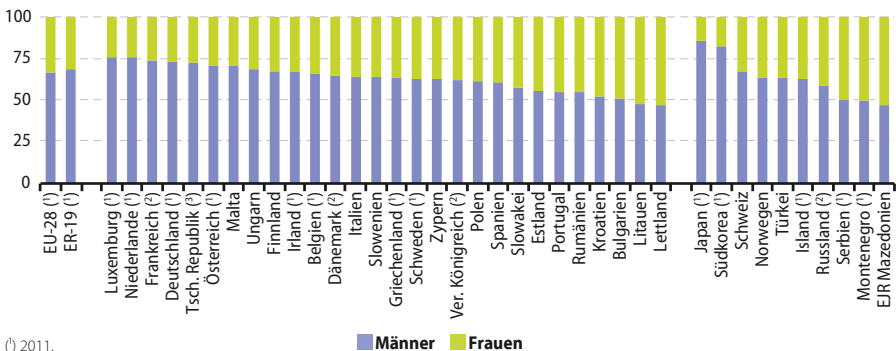
Die Analyse des FuE-Personals in der EU-28 nach Sektor ergibt für das Jahr 2013, dass besonders viele Forscher im Unternehmenssektor (48%) und im Hochschulsektor (39%) tätig und 12% im **Sektor Staat** beschäftigt waren. Die relative Bedeutung der verschiedenen Sektoren war dabei in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. In Schweden, Malta, Österreich, Irland (Daten von 2012), Dänemark, Frankreich und den Niederlanden waren mehr als drei Fünftel aller Forscher in der Wirtschaft tätig. Dagegen war in Bulgarien der größte Anteil der Forscher im Sektor Staat beschäftigt (43%). Etwa zwei Drittel aller in der Slowakei, Griechenland und Lettland

beschäftigten Forscher fanden sich im Hochschulsektor, und auch in Litauen, Zypern, dem Vereinigten Königreich, Portugal, Estland, Kroatien und Polen war mehr als die Hälfte aller Forscher im Hochschulsektor tätig.

Im Jahr 2013 machte das FuE Personal aller Sektoren in Dänemark, Finnland und Luxemburg 2,0% der **Erwerbsbevölkerung** aus, während es im Durchschnitt der EU-28 1,1% waren. Abgesehen von den drei genannten Mitgliedstaaten lag dieser Anteil im Bereich zwischen 0,3% in Rumänien und Zypern und 1,6% in Schweden.

Eine Untersuchung der Forscher nach Geschlecht ergibt, dass Männer im Jahr 2011 67% dieser Arbeitskräfte der EU-28 stellten, drei Prozentpunkte weniger als im Jahr 2003. In Lettland und Litauen stellten Frauen im Jahr 2012 mehr als die Hälfte der Forscher, in Bulgarien und Kroatien lag ihr Anteil bei nahezu 50%.

Abbildung 10.2: Forscher nach Geschlecht, 2012
(in % der Forscher insgesamt, auf Basis der Kopfzahlen)



(1) 2011.
(2) Schätzungen.
(3) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: rd_p_femres)

**Tabelle 10.2:** Forscher in Vollzeitäquivalenten (VZÄ), nach Sektor, 2013 ⁽¹⁾

	Total	Unternehmenssektor		Staatssektor		Hochschulsektor	
	(in Tsd. VZÄ)	(in Tsd. VZÄ)	(in % der Forscher insges.)	(in Tsd. VZÄ)	(in % der Forscher insges.)	(in Tsd. VZÄ)	(in % der Forscher insges.)
EU-28	1 726,1	830,1	48	209,0	12	667,8	39
ER-19	1 195,3	607,4	51	159,2	13	414,9	35
Belgien	44,6	22,4	50	3,3	7	18,7	42
Bulgarien	12,3	2,8	22	5,3	43	4,0	33
Tsch. Republik	34,3	16,8	49	6,3	18	11,0	32
Dänemark	40,9	25,2	62	1,2	3	14,3	35
Deutschland	360,3	203,1	56	56,7	16	100,5	28
Estland	4,4	1,4	31	0,6	13	2,4	54
Irland ⁽²⁾	15,7	9,8	62	0,5	3	5,5	35
Griechenland	29,1	4,1	14	5,8	20	18,9	65
Spanien	123,2	44,7	36	20,7	17	57,6	47
Frankreich	265,2	159,9	60	28,1	11	74,1	28
Kroatien ⁽³⁾	6,5	1,1	16	1,9	30	3,5	54
Italien	118,0	47,8	41	20,5	17	45,8	39
Zypern	0,9	0,2	20	0,1	10	0,5	62
Lettland	3,6	0,6	16	0,7	20	2,3	65
Litauen	8,6	1,8	21	1,4	16	5,4	63
Luxemburg	2,6	1,0	38	0,7	28	0,9	34
Ungarn	25,0	14,3	57	4,8	19	5,9	24
Malta	0,9	0,6	63	0,0	4	0,3	33
Niederlande ⁽³⁾	72,3	43,2	60	7,9	11	21,2	29
Österreich	39,9	24,9	62	1,6	4	13,1	33
Polen	71,5	20,6	29	13,6	19	37,2	52
Portugal	43,3	12,5	29	1,6	4	23,8	55
Rumänien	18,7	5,3	29	6,6	35	6,7	36
Slowenien	8,7	4,7	54	1,8	21	2,2	25
Slowakei ⁽³⁾	14,7	2,4	17	2,6	18	9,6	65
Finnland	39,2	22,3	57	4,5	11	12,1	31
Schweden	62,3	43,1	69	2,4	4	16,5	26
Ver. Königreich	259,3	93,6	36	7,7	3	153,8	59
Island ⁽⁴⁾	2,3	1,1	47	0,4	18	0,7	32
Norwegen ⁽⁵⁾	28,3	13,6	48	4,7	17	10,1	35
Schweiz ⁽²⁾⁽³⁾	36,0	16,8	47	0,4	1	18,8	52
Montenegro	0,4	0,1	21	0,1	24	0,2	51
EJR Mazedonien	1,4	0,1	9	0,3	25	0,9	66
Serbien	12,3	0,4	3	3,1	25	8,9	72
Türkei	89,1	40,2	45	6,3	7	42,6	48
China ⁽²⁾	1 404,0	872,4	62	269,6	19	262,1	19
Japan ⁽⁴⁾	656,7	490,9	75	32,2	5	126,1	19
Russland	440,6	205,5	47	144,8	33	89,1	20
Südkorea ⁽⁴⁾	288,9	223,5	77	21,2	7	40,8	14
Vereinigete Staaten ⁽⁴⁾	1 252,9	853,0	68	:	:	:	:

(1) Aufgrund von Schätzungen und des Ausschlusses der Daten für den Sektor der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck aus der Tabelle ergibt die Summe nicht genau 100 %.

(2) 2012.

(3) Staatssektor: abweichende Definition.

(4) 2011.

(5) Unternehmenssektor: abweichende Definition.

Anmerkung: Bei abweichender Definition siehe http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/EN/rd_esms.htm.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsc00004)



10.3 Innovation

Diese Sektion gibt Auskunft über den Stand der **Innovation** und widmet sich dabei insbesondere einigen Merkmalen und Schlüsselaspekten der Entwicklung von Innovationen seitens der Unternehmen. Innovation zu fördern und anzuregen gehört zu den wichtigsten Zielen der europäischen Politik. Im Rahmen der **Innovationserhebung der Gemeinschaft (CIS)** werden statistische Daten erhoben und nach der Art der Innovatoren, der Wirtschaftstätigkeit und der Größenklasse analysiert.

Nahezu die Hälfte aller Unternehmen in der **EU-28** (48,9%) meldete im Zeitraum 2010–2012 **Innovationstätigkeiten**. Im Vergleich zum Zeitraum 2008–2010 ging der Anteil innovativer Unternehmen um 3,9 Prozentpunkte zurück. Von den EU-Mitgliedstaaten wies Deutschland im Zeitraum 2010–2012 mit 66,9% aller Unternehmen den höchsten Anteil an **innovativen Unternehmen** auf; dahinter folgten Luxemburg (66,1%), Irland (58,7%) und Italien (56,1%).

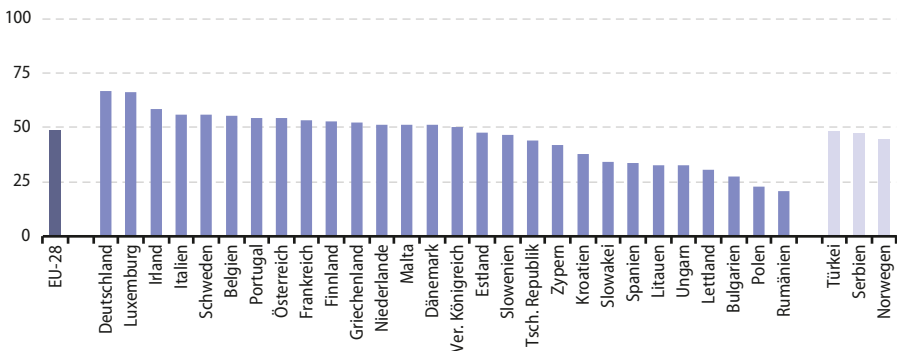
Die niedrigsten Anteile wurden in Bulgarien (27,4%), Polen (23,0%) und Rumänien (20,7%) verzeichnet.

Über ein Viertel (27,5%) der Unternehmen der EU-28 insgesamt meldeten **Innovationen im Bereich Organisation**. An zweiter Stelle standen Innovationen im Bereich Marketing, die in 24,3% aller Unternehmen umgesetzt wurden. **Produktinnovationen** (Innovationen, die neue oder deutlich verbesserte Waren oder Dienstleistungen beinhalten) wurden in 23,7% der Unternehmen durchgeführt. Relativ wenige Unternehmen (21,4%) setzten **Prozessinnovationen** um. Dabei ist zu beachten, dass einzelne Unternehmen unter Umständen mehrere Arten von Innovationen eingeführt haben.

Generell verzeichneten Mitgliedstaaten mit einem hohen Gesamtanteil innovativer Unternehmen auch hohe Anteile bei den meisten Arten von Innovationen. So hatten insbesondere Mitgliedstaaten mit einem

Abbildung 10.3: Anteil innovativer Unternehmen, 2010–12 ⁽¹⁾

(in % aller Unternehmen)



(1) Der Bezugszeitraum der Erhebung erfasst die drei Jahre von 2010 bis 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: inn_cis8_type)



Tabelle 10.3: Anteil innovativer Unternehmen nach Hauptart der Innovation, 2010–12 ⁽¹⁾
(in % aller Unternehmen)

	Innovative Unternehmen ⁽²⁾	Produktinnovative Unternehmen	Prozessinnovative Unternehmen	Bei der Organisation innovative Unternehmen	Bei der Vermarktung innovative Unternehmen
EU-28	48,9	23,7	21,4	27,5	24,3
Belgien	55,6	31,5	31,1	29,3	21,9
Bulgarien	27,4	10,8	9,3	12,4	14,2
Tsch. Republik	43,9	25,3	24,0	20,5	22,4
Dänemark	51,1	24,8	22,9	32,2	29,4
Deutschland	66,9	35,8	25,5	32,2	34,4
Estland	47,6	20,7	23,8	21,7	21,9
Irland	58,7	27,8	25,9	21,8	35,7
Griechenland	52,3	19,5	25,6	30,2	36,8
Spanien	33,6	10,5	15,1	19,4	13,2
Frankreich	53,4	24,2	24,1	34,2	25,4
Kroatien	37,9	16,4	19,0	22,9	23,5
Italien	56,1	29,1	30,4	33,5	31,0
Zypern	42,1	20,9	28,2	26,2	29,5
Lettland	30,4	10,4	12,7	16,9	16,5
Litauen	32,9	11,6	13,1	17,5	19,3
Luxemburg	66,1	30,3	32,8	46,8	32,4
Ungarn	32,5	10,6	8,3	16,5	19,7
Malta	51,1	23,9	26,4	34,7	32,6
Niederlande	51,4	31,9	25,9	27,3	23,2
Österreich	54,4	26,6	28,7	36,4	29,5
Polen	23,0	9,4	11,0	10,4	10,6
Portugal	54,6	26,0	33,5	32,8	32,8
Rumänien	20,7	3,4	4,6	14,1	13,8
Slowenien	46,5	23,6	22,5	26,3	28,5
Slowakei	34,0	14,4	13,5	18,6	19,3
Finnland	52,6	31,0	29,3	29,7	26,5
Schweden	55,9	31,5	23,9	25,3	30,4
Ver. Königreich	50,3	24,0	14,1	34,2	16,8
Norwegen	44,7	19,1	11,9	21,7	23,2
Serbien	47,5	24,5	22,0	32,6	32,2
Türkei	48,5	17,7	20,4	31,7	34,7

⁽¹⁾ Der Bezugszeitraum der Erhebung erfasst die drei Jahre von 2010 bis 2012.

⁽²⁾ Einschließlich Unternehmen mit aufgegebenen/ausgesetzten oder laufenden Innovationstätigkeiten.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [inn_cis8_type](#))

hohen Anteil produktinnovativer Unternehmen auch einen hohen Anteil prozessinnovativer Unternehmen; die einzige nennenswerte Ausnahme bildete hier das Vereinigte Königreich. Bezüglich der verschiedenen Arten von Innovationen wiesen Deutschland, die Niederlande, Belgien, Schweden, Finnland und Luxemburg mit jeweils über 30,0% aller Unternehmen die höchsten Anteile an produktinnovativen Unternehmen auf. Einen hohen Anteil an prozessinnovativen Unternehmen verzeichneten mit ebenfalls jeweils über 30,0% Portugal, Luxemburg, Belgien und Italien. Hinsichtlich der Einführung neuer Methoden

im Bereich Organisation — neue Verfahren oder Methoden für Organisationsabläufe, die Außenbeziehungen oder die Organisation der Arbeitsaufgaben und Entscheidungsfindung — wurden für Unternehmen in Luxemburg, Österreich, Malta, dem Vereinigten Königreich und Frankreich die höchsten Anteile gemeldet, die jeweils über 34,0% lagen; dabei war der Anteil in Luxemburg mit 46,8% beträchtlich höher als in allen anderen EU-Mitgliedstaaten. Bei den Innovationen im Bereich Marketing lagen die Unternehmen in Griechenland, Irland und Deutschland mit Anteilen von jeweils mehr als 34,0% vorn.



10.4 Patente

Patente spiegeln die erfinderische Tätigkeit eines Landes wider und zeigen auch dessen Fähigkeit auf, Wissen zu nutzen und in potenzielle wirtschaftliche Gewinne umzusetzen. In diesem Zusammenhang werden auf Patentstatistiken beruhende Indikatoren häufig zur Bewertung der erfinderischen Leistungsfähigkeit von Ländern oder Regionen herangezogen.

Von den Mitgliedstaaten der **EU-28** wurden beim **Europäischen Patentamt (EPA)** 2012 insgesamt 54 900 Patentanmeldungen eingereicht. Dies entspricht gegenüber 2005 einem Rückgang um 2 100 oder einer relativen Abnahme um 3,7 % bzw. 0,5 % jährlich. Bei den EU-Mitgliedstaaten entfiel 2012 die weitaus größte Zahl von Patentanmeldungen beim EPA mit 22 800 auf Deutschland (41,4 % der Gesamtzahl für die EU-28). Dahinter rangierten Frankreich (8 300), das Vereinigte Königreich (5 100), Italien (4 200) und die Niederlande (2 800). Was die Drittländer betrifft, so waren bei den Patentanmeldungen die Vereinigten Staaten (28 500), Japan (22 700), Südkorea (5 900) und China (5 500) führend.

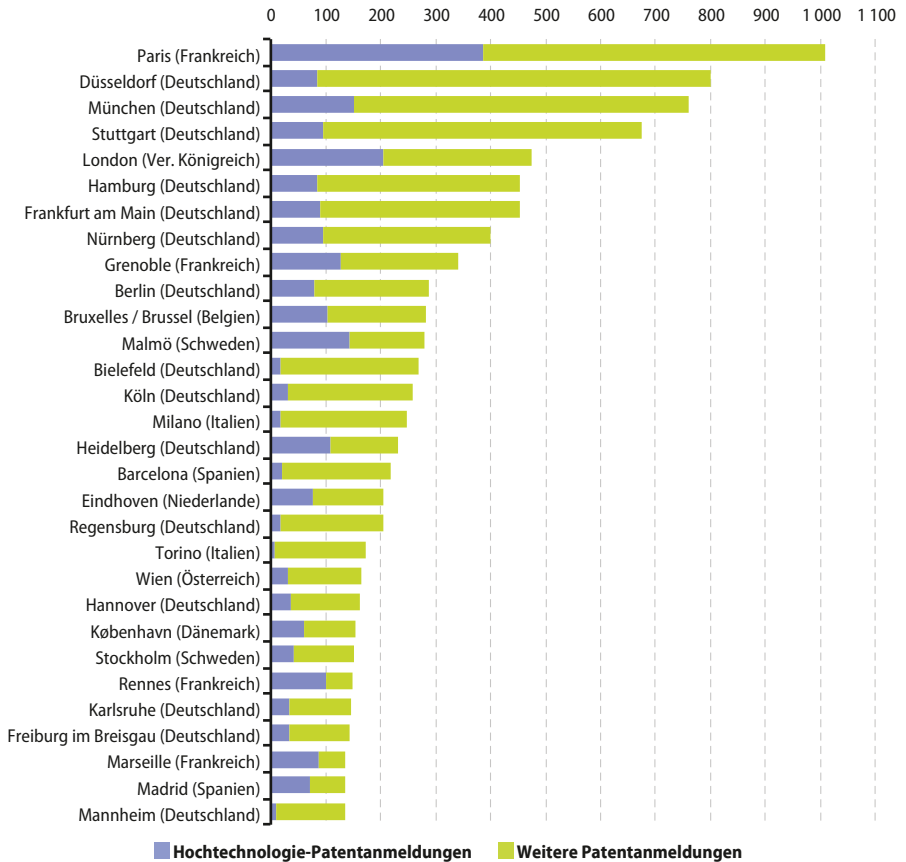
Im Verhältnis zur Einwohnerzahl verzeichnete Schweden mit 290 je eine Million Einwohner die meisten Patentanmeldungen, gefolgt von Deutschland (278) und Finnland (271). Mit Ausnahme von Italien (70 Patentanmeldungen je eine Million Einwohner)

gab es in den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten sowie in den **baltischen Mitgliedstaaten** 2012 weniger als 50 Patentanmeldungen je eine Million Einwohner.

Eurostat hat erst unlängst begonnen, Daten über Patentanmeldungen nach **Metropolregionen** zu erheben, also eine geografische Analyse anhand der Daten für eine oder mehrere NUTS-3-Regionen zu erstellen. Aus dieser Perspektive betrachtet gehörten 2012 erwartungsgemäß zahlreiche Hauptstadtregionen (Paris, Berlin, London, Stockholm, Bruxelles/Brüssel, Wien, København und Stockholm) bei den Patentanmeldungen zu den Spitzenreitern. Zu den führenden 30 Regionen zählten 15 deutsche Metropolregionen, von denen sieben in der Gruppe der zehn Spitzenreiter vertreten waren. In Frankreich fand die traditionell hohe Konzentration von Forschungszentren in der Metropolregion Paris ihren Niederschlag in 1 010 Patentanmeldungen, einem von keiner anderen Metropolregion der EU erreichten Spitzenwert. Auch die drei französischen Metropolregionen Grenoble, Rennes und Marseille gehörten zur Gruppe der führenden 30 Regionen, die mit Barcelona und Madrid, Milano und Torino sowie Stockholm und Malmö auch jeweils zwei Metropolregionen aus Spanien, Italien und Schweden umfasste.



Abbildung 10.4: Die führenden 30 Metropolregionen in Bezug auf die Gesamtzahl der Patentanmeldungen beim EPA, 2012 ⁽¹⁾
(Zahl)



⁽¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [pat_ep_mtot](#) und [pat_ep_mtec](#))

**Tabelle 10.4:** Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA), 2005 und 2012

	Zahl der Patentanmeldungen		Pro Mio. Einwohner		Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate, 2005–12 (in %) ⁽²⁾
	2005	2012 ⁽¹⁾	2005	2012 ⁽¹⁾	
EU-28	57034	54935	115	109	-0,5
Belgien	1508	1477	144	133	-0,3
Bulgarien	23	22	3	3	-0,7
Tsch. Republik	108	188	11	18	8,3
Dänemark	1189	1246	220	223	0,7
Deutschland	24011	22766	291	278	-0,8
Estland	6	42	5	32	31,0
Irland	275	303	67	66	1,4
Griechenland	111	59	10	5	-8,7
Spanien	1359	1560	31	33	2,0
Frankreich	8380	8252	133	126	-0,2
Kroatien	33	29	8	7	-2,0
Italien	4908	4159	85	70	-2,3
Zypern	17	5	23	6	-15,2
Lettland	18	14	8	7	-3,1
Litauen	9	18	3	6	11,0
Luxemburg	98	70	213	133	-4,8
Ungarn	135	198	13	20	5,6
Malta	11	2	28	4	-25,0
Niederlande	3497	2752	214	165	-3,4
Österreich	1518	1804	185	215	2,5
Polen	128	469	3	12	20,4
Portugal	123	78	12	7	-6,3
Rumänien	29	56	1	3	10,0
Slowenien	108	86	54	42	-3,3
Slowakei	31	53	6	10	7,9
Finnland	1339	1461	256	271	1,3
Schweden	2433	2749	270	290	1,8
Ver. Königreich	5628	5063	94	80	-1,5
Island	34	15	116	47	-11,0
Liechtenstein	26	50	738	1382	10,2
Norwegen	495	557	107	112	1,7
Schweiz	3207	3389	432	426	0,8
Türkei	165	661	2	9	21,9
Australien	1138	729	56	32	-6,2
Brasilien	206	179	1	1	-2,0
Kanada	2478	2395	77	69	-0,5
China	1661	5521	1	:	18,7
Indien	583	1221	1	1	11,1
Israel	1424	1055	205	133	-4,2
Japan	22074	22733	173	178	0,4
Russland	303	391	2	3	3,7
Südafrika	138	114	3	2	-2,6
Südkorea	5177	5938	108	119	2,0
Taiwan	746	1572	33	:	11,2
Vereinigte Staaten	37297	28456	126	91	-3,8

⁽¹⁾ Schätzungen.⁽²⁾ Schätzungen. Basierend auf der Gesamtzahl der Patentanmeldungen beim EPA.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: pat_ep_ntot)



10.5 Informationsgesellschaft — Haushalte und Einzelpersonen

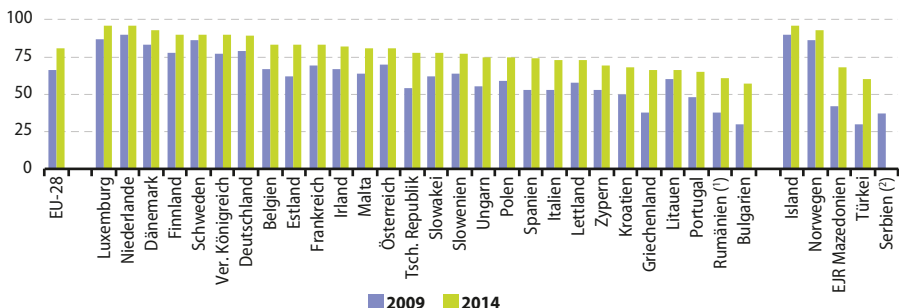
Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) beeinflussen viele Bereiche unseres Alltags, sowohl im Arbeitsleben als auch im privaten Umfeld, beispielsweise im Hinblick auf die Kommunikation oder Online Einkäufe. Die von der EU getroffenen politischen Maßnahmen reichen von der Regulierung ganzer Wirtschaftszweige, z.B. des E-Commerce, bis hin zum Schutz der Privatsphäre.

Den höchsten Anteil (96 %) an Haushalten mit Internetzugang wiesen 2014 Luxemburg und die Niederlande aus, während in Dänemark, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich 2014 ebenfalls mindestens neun von zehn Haushalten über einen Internetzugang verfügten. Die niedrigste Quote beim Internetzugang in der EU wurde für Bulgarien gemeldet (57 %). Allerdings war in diesem Land von 2009 bis 2014 mit einem Plus von 27 Prozentpunkten eine rasche Zunahme des Anteils der Haus-

halte mit Internetzugang zu verzeichnen, die unter den EU-Mitgliedstaaten nur von Griechenland (28 Prozentpunkte) übertroffen wurde. Noch etwas höher fiel sie mit 30 Prozentpunkten in der Türkei aus. Auch die Tschechische Republik, Rumänien, Estland, Spanien, Ungarn und Italien erzielten in diesem Zeitraum Zuwächse um 20 Prozentpunkte oder mehr. Erwartungsgemäß wurden in mehreren Mitgliedstaaten, die die Sättigungsgrenze schon nahezu erreicht hatten, wie Schweden und die Niederlande, relativ geringe Steigerungen beobachtet. Litauen hingegen registrierte trotz eines relativ niedrigen Anteils von Haushalten mit Internetzugang (66 % im Jahr 2014) den zweitgeringsten Zuwachs (6 Prozentpunkte).

2014 nutzten fast zwei Drittel (65 %) der Privatpersonen das Internet täglich, weitere 10 % nutzten es mindestens einmal wöchentlich (aber nicht täglich). Damit lag

Abbildung 10.5: Internetzugang der privaten Haushalte, 2009 und 2014
(in % aller Haushalte)



(†) Bruch in der Reihe.

(‡) 2014: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [isoc_ci_in_h](#))



die Zahl der regelmäßigen Internetnutzer (mindestens einmal wöchentlich) bei 75 %, so dass das Zielvorgabe der Digitalen Agenda von 75 % im Jahr 2015 ein Jahr früher als geplant erreicht wurde. Der Anteil der täglichen Internetnutzer in der EU reichte von 60 % in Rumänien über 76 % in der

Tschechischen Republik und Polen bis hin zu 90 % in den Niederlanden, Luxemburg (92 %) und Italien (94 %). Norwegen (93 %) und Island (95 %) meldeten ebenfalls hohe Anteile täglicher Internetnutzer unter allen Internetnutzern.

Tabelle 10.5: Häufigkeit der Internetnutzung, 2014
(in % der 16- bis 74-Jährigen)

	In den letzten 3 Monaten	Durchschnittlich mind. einmal die Woche (aber nicht jeden Tag)	Jeden Tag
EU-28	78	10	65
Belgien	85	12	71
Bulgarien	55	8	46
Tsch. Republik	80	15	60
Dänemark	96	7	85
Deutschland	86	10	72
Estland	84	9	73
Irland	80	12	65
Griechenland	63	10	49
Spanien	76	11	60
Frankreich	84	12	68
Kroatien	69	10	56
Italien	62	1	58
Zypern	69	9	56
Lettland	76	10	61
Litauen	72	12	57
Luxemburg	95	6	87
Ungarn	76	8	66
Malta	73	7	63
Niederlande	93	7	84
Österreich	81	13	64
Polen	67	12	51
Portugal	65	10	51
Rumänien	54	15	32
Slowenien	72	10	58
Slowakei	80	14	62
Finnland	92	9	81
Schweden	93	8	83
Ver. Königreich	92	8	81
Island	98	3	94
Norwegen	96	5	89
Schweiz	90	11	76
Montenegro (¹)	57	9	46
EJR Mazedonien	68	11	53
Türkei	48	10	35

(¹) 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [isoc_ci_ifp_iu](#) und [isoc_ci_ifp_fu](#))



10.6 Informationsgesellschaft — Unternehmen

Zu Beginn des Jahres 2014 hatten in der EU-28 nur 3 % der (in der [Gemeinschaftserhebung über die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien \(IKT\) in Unternehmen erfassten](#)) Unternehmen keinen Internetzugang, während die überwiegende Mehrheit (92 %) über einen festen Breitbandzugang verfügte. Die mobile Internetnutzung für geschäftliche Zwecke nahm rapide zu, was zum Teil darauf zurückzuführen war, dass in der EU-28 zwei Drittel (66 %) der Unternehmen ihre Mitarbeiter mit tragbaren Computern, Smartphones und anderen mobilen Geräten ausstatteten. 2014 hatten drei Viertel (74 %) der Unternehmen in der EU-28 einen Internetauftritt.

Insgesamt machten 2014 Großunternehmen in der EU-28 stärkeren Gebrauch von IKT als kleinere Unternehmen: Alle Großunternehmen hatten einen Internetzugang, 98 % verfügten über einen festen Breitbandzugang, 94 % stellten ihren Mitarbeitern mobile Geräte für den drahtlosen Internetzugang für geschäftliche Zwecke zur Verfügung und 93 % hatten einen Internetauftritt.

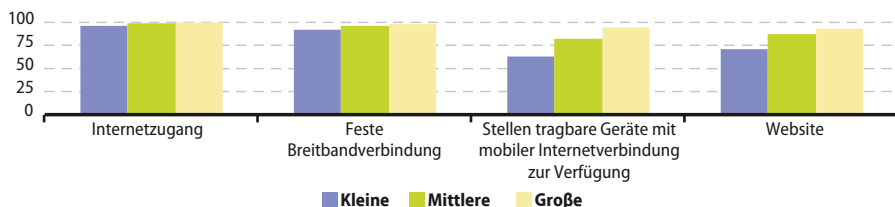
Anstatt eine eigene IT Infrastruktur aufzubauen (wozu Hardware und die Entwicklung/der Aufbau und die Pflege von Softwareanwendungen und Datenbanken notwendig wären), können Unternehmen Rechenressourcen von Dritten (Service Providern) im Internet in Anspruch nehmen — die Cloud. Ein Fünftel (19 %) der Unternehmen in der EU-28 meldete für 2014, dass sie Cloud-Computing-Dienste genutzt haben. Dabei zeigten sich erhebliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten: In Finnland, Italien, Schweden und Dänemark

nutzten über 35 % der Unternehmen Cloud Computing, ebenso in Island. Demgegenüber waren es in Ungarn, Bulgarien, Griechenland, Polen, Lettland und Rumänien weniger als 10 %.

Von den Unternehmen in der EU-28, die 2014 die Nutzung von Cloud Computing meldeten, griffen etwa 66 % für ihre E-Mails auf eine Cloud-Lösung zurück. Anstatt eine Server-Infrastruktur für ihr E-Mail-System aufzubauen, was (unter anderem) mit Investitionen und Wartungskosten verbunden gewesen wäre, entschieden sich diese Unternehmen für eine Cloud-Lösung zu Betriebskosten pro Nutzer. Cloud-Computing-Dienste können eine breite Palette anderer IKT-Erfordernisse von Unternehmen abdecken. Über die Hälfte (53 %) aller Unternehmen in der EU-28, die 2014 Cloud Computing nutzten, taten dies, um elektronische Dateien zu speichern, 39 % verwendeten die Cloud als Speicherort für ihre Datenbank(en), und 34 % nutzten sie für Bürosoftware (beispielsweise für Textverarbeitung oder Tabellen). Unternehmen haben über die Cloud auch Zugriff auf relativ weiter fortgeschrittene kundenorientierte Softwareanwendungen, etwa für ihre Finanzen/Buchhaltung und die Verwaltung ihrer Kundendaten (Customer Relationship Management — CRM). Solche cloud-gestützten Dienste wurden von 31 % bzw. 21 % derjenigen EU-28-Unternehmen in Anspruch genommen, die 2014 Cloud Computing nutzten. Darüber hinaus berichteten 17 % dieser Unternehmen, dass sie über die Cloud auf Computer zugriffen, auf denen ihre eigenen Unternehmenssoftwareanwendungen laufen.



Abbildung 10.6: IKT-Nutzung der Unternehmen, nach Größenklasse, EU-28, 2014
(in % der Unternehmen)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [isoc_ci_eu_en2](#))

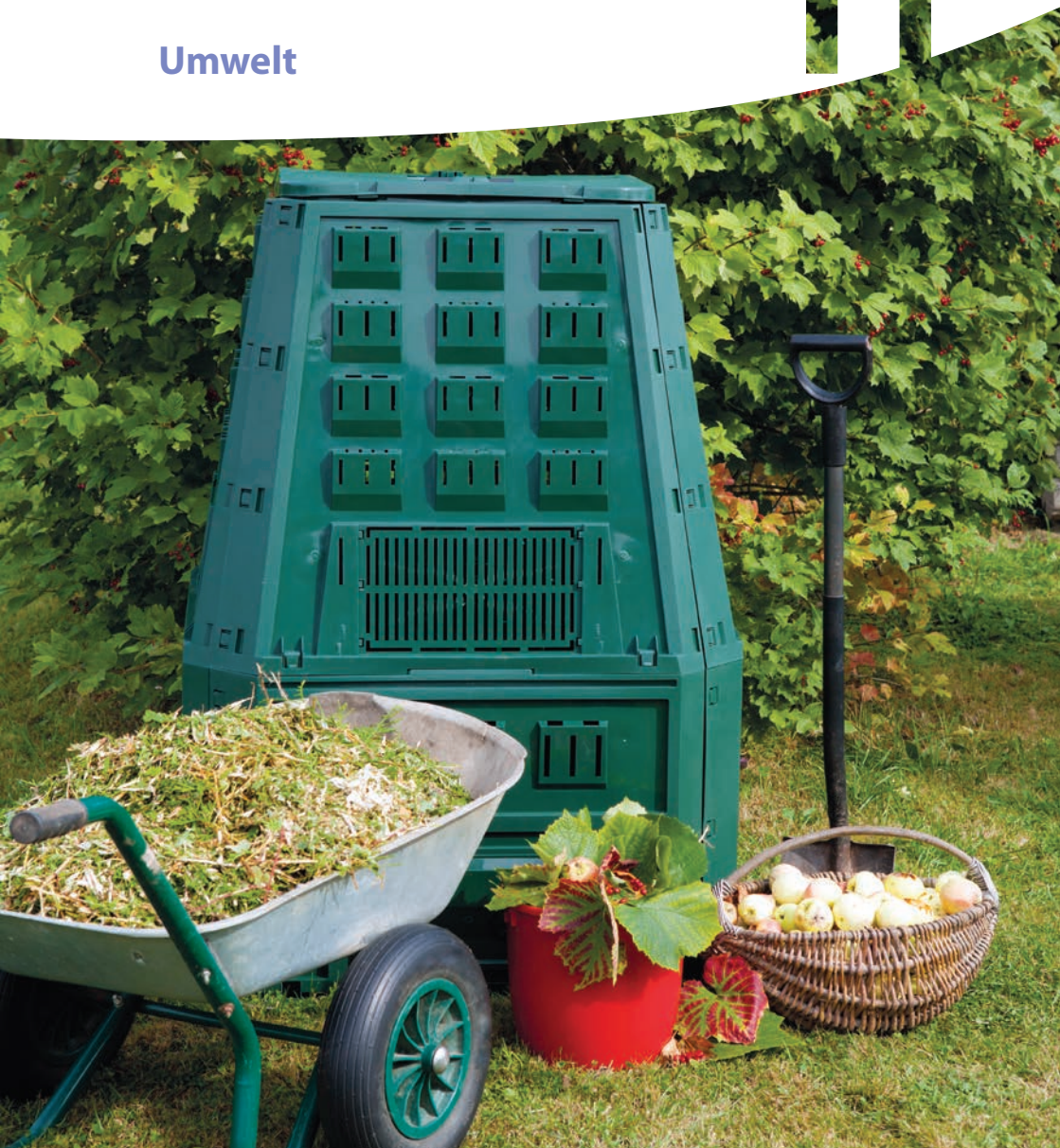
Tabelle 10.6: Nutzung von Cloud Computing Diensten in Unternehmen, 2014

	Nutzung von Cloud Computing (in % aller Unternehmen)	Speicherung von Daten, Betrieb von Unternehmensdatenbanken, Bürosoftware, Finanz- und Buchhaltungssoftware Anwendungen, CRM-Software Anwendungen, Rechnerkapazität für den Betrieb unternehmenseigener Software						
		E-mail	Speicherung von Daten	Betrieb von Unternehmensdatenbanken	Bürosoftware	Finanz- und Buchhaltungssoftware Anwendungen	CRM-Software Anwendungen	Rechnerkapazität für den Betrieb unternehmenseigener Software
EU-28	19	66	53	39	34	31	21	17
Belgien	21	52	62	45	31	33	26	23
Bulgarien	8	74	50	53	58	50	24	16
Tsch. Republik	15	79	41	34	38	35	18	20
Dänemark	38	63	70	55	42	49	34	34
Deutschland	11	46	56	33	21	25	18	20
Estland	15	58	41	18	41	47	17	7
Irland	28	57	74	37	36	25	23	17
Griechenland	8	67	50	36	31	32	25	26
Spanien	14	61	69	54	28	21	24	25
Frankreich	12	62	61	49	32	26	23	14
Kroatien	22	85	49	46	52	50	13	26
Italien	40	86	32	28	41	33	14	8
Zypern	10	68	70	26	39	23	29	16
Lettland	6	58	58	55	42	47	19	26
Litauen	13	70	50	47	34	45	33	38
Luxemburg	13	46	61	41	32	19	18	14
Ungarn	8	64	46	33	43	35	25	20
Malta	17	60	57	44	31	17	19	19
Niederlande	28	55	63	64	40	52	37	18
Österreich	12	51	54	31	33	23	23	16
Polen	6	69	54	41	31	27	22	19
Portugal	13	78	49	31	36	31	18	30
Rumänien	5	76	36	37	37	33	0	19
Slowenien	15	67	44	39	35	33	20	29
Slowakei	19	84	34	31	46	54	13	22
Finnland	51	66	54	38	39	39	29	13
Schweden	39	55	65	43	32	37	26	25
Ver. Königreich	24	51	71	44	29	25	24	22
Island	43	69	74	73	45	62	25	26
Norwegen	29	63	66	54	41	41	33	31
EJR Mazedonien	12	74	48	47	57	63	27	31

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [isoc_cicce_use](#))

Umwelt

11





Einleitung

Eurostat erstellt Statistiken und Gesamtrechnungen zu Umweltbelastungen, Auswirkungen auf den Zustand und die Veränderung der Umweltqualität und zu den Maßnahmen zur Vermeidung oder Verringerung von Auswirkungen auf die Umwelt.

Umweltökonomische Gesamtrechnungen beschreiben die Beziehungen der Umwelt zur Wirtschaft, einschließlich der Auswirkungen der Wirtschaft auf die Umwelt und des Beitrags der Umwelt zur Wirtschaft. Die Rechtsgrundlage für europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen bildet die [Verordnung Nr. 691/2011](#), die bisher sechs Module beinhaltet. Dazu zählen je ein Modul für Luftemissionsrechnungen, umweltbezogene Steuern, Materialflussrechnungen, Energierechnungen, Umweltschutzausgaben und Umweltgüter- und dienstleistungen.

Mehrere Umweltindikatoren wurden als [Indikatoren für nachhaltige Entwicklung](#) (siehe Artikel über [Statistiken für die europäische Politik und vorrangige Initiativen](#)) ausgewählt, mit denen die Fortschritte im Hinblick auf die Ziele der Strategie für nachhaltige Entwicklung bewertet werden können. Zu den von Eurostat verwalteten ökologischen Leitindikatoren zählen Ressourcenproduktivität (als Indikator für nachhaltigen Verbrauch und nachhaltige Produktion) und die Treibhausgasemissionen nach Wirtschaftszweig (als Indikator für den Klimawandel). Mehrere ökologische Indikatoren werden zur Überwachung der Fortschritte bei der effizienten Nutzung natürlicher Ressourcen, ökologischer Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und der Auswirkungen von Verkehr und

Energieverbrauch auf den [Klimawandel](#) herangezogen.

Das aktuelle Programm [EU environment action programme](#) (auf Englisch), das 7. UAP, wurde durch den Beschluss Nr. 1386/2013 des [Europäischen Parlaments](#) und des [Rates](#) vom November 2013 mit dem Titel '[Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten](#)' erlassen. An diesem Programm ist die EU-Umweltpolitik bis 2020 ausgerichtet. Das Programm baut auf eine Reihe aktueller strategischer Initiativen, wie dem [Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa](#), der [Strategie zum Schutz der Biodiversität](#) und dem [Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft](#).

Zu den praktischen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, gehören die schrittweise Abschaffung umweltschädlich wirkender Subventionen, die Verlagerung der [Steuerlast](#) von der Arbeit zur Umweltverschmutzung, die Festlegung von partnerschaftlichen Durchführungsvereinbarungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission über die Umsetzung von Umweltgesetzen und die Entwicklung eines Systems für die Verfolgung der [Umweltschutzausgaben](#) im EU Haushalt und die Berichterstattung hierüber.

Die Umweltstatistiken und -gesamtrechnungen Eurostats werden die Strategie Europa 2020 begleiten und zur Überwachung ihrer Erfolge anhand eines Satzes von Statistiken und Indikatoren beitragen, insbesondere für die Bereiche der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und der Ressourceneffizienz.



11.1 Bodenbedeckung, Bodennutzung und Landschaft

Der Boden ist integraler Bestandteil von Ökosystemen und unverzichtbar für die **biologische Vielfalt** und den Kohlenstoffkreislauf. Der Bereich Boden kann in zwei miteinander verbundene Konzepte gegliedert werden: **Bodenbedeckung** bezieht sich auf die bio-physische Bedeckung des Bodens (z.B. Anbaukulturen, Gras, Laubwald und bebaute Flächen); mit **Bodennutzung** wird die sozioökonomische Verwendung einer Fläche (z.B. Land- und Forstwirtschaft, Erholung und Wohnen) angegeben.

Daten zur Bodenbedeckung und zur Bodennutzung bilden die Grundlage für Raumanalysen und territoriale Analysen, die in den folgenden Bereichen eine immer größere Bedeutung erlangen:

- Planung und Verwaltung von land- und forstwirtschaftlich genutzten Gebieten; Feuchtgebieten, Gewässern und städtischen Gebieten;
- Schutz der Natur, der biologischen Vielfalt und des Bodens; und
- Vermeidung und Begrenzung natürlicher Gefahren und des **Klimawandels**.

Im Jahr 2012 bedeckten Wälder und andere bewaldete Flächen 41,2% der Gesamtfläche der **EU-27**, Ackerflächen nahezu ein Viertel (24,7%) und Grünland fast ein Fünftel (19,5%) der Gesamtfläche, während bebaute und andere künstlich angelegte Flächen, wie Straßen und Schienenstrecken, ebenso wie Gewässer und Feuchtgebiete 4,6% der Gesamtfläche ausmachten. Bewaldete Flächen stellten 2012 die vorherrschende Bodenbedeckung in Nordeuropa und einer Reihe von Ländern dar, deren Topografie

von Bergen und Gebirgsregionen geprägt ist. Dänemark und Ungarn waren die beiden Mitgliedstaaten mit den höchsten Anteilen von Ackerflächen, die nahezu 50% der gesamten Landesfläche bedeckten. Natürliche und landwirtschaftlich genutzte Grünflächen bestimmten das Landschaftsbild in Irland, dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Luxemburg. Strauchland ist charakteristisch für Mitgliedstaaten mit heißem und trockenem Klima wie Zypern, Griechenland, Malta, Spanien, Portugal und Italien. Andererseits herrscht Strauchland auch in den Mooren und Heidegebieten der nördlichen Regionen des Vereinigten Königreichs. Malta und die Benelux^(*) Staaten wiesen die höchsten Anteile bebauter Flächen auf.

Die Heterogenität der Bodenbedeckung und lineare Elemente wie Hecken, Baumreihen, Straßen, Schienen, Flüsse und Bewässerungskanäle sind zwei wichtige Merkmale von Landschaftsstrukturen. In einigen Mitgliedstaaten gibt es große zusammenhängende Gebiete mit derselben Bodenbedeckung, während andere Länder ein vielfältiges Mosaik von Bodenbedeckungsarten aufweisen. In Malta, Portugal, Slowenien, Zypern, Österreich und Italien ist die Bodenbedeckungsvielfalt relativ groß und zeichnet sich durch ein abwechslungsreiches Mosaik aus unterschiedlichen kleinen Arealen aus. In Irland, dem Vereinigten Königreich und Estland hingegen dominieren große Gebiete mit derselben Bodenbedeckungsart. In Irland, dem Vereinigten Königreich und Estland hingegen dominieren große Gebiete mit derselben Bodenbedeckungsart.

(*) Die Bezeichnung „Benelux“, die setzt sich aus den ersten zwei bzw. drei Buchstaben der Ländernamen in der Landessprache zusammensetzt, stand ursprünglich für eine 1948 gegründete Zollunion dieser Länder. Heute dient sie als Sammelbezeichnung der drei Länder.



Tabelle 11.1: Vorherrschende Bodenbedeckung nach Bodenbedeckungsart, 2012 ⁽¹⁾
(in % der Gesamtfläche)

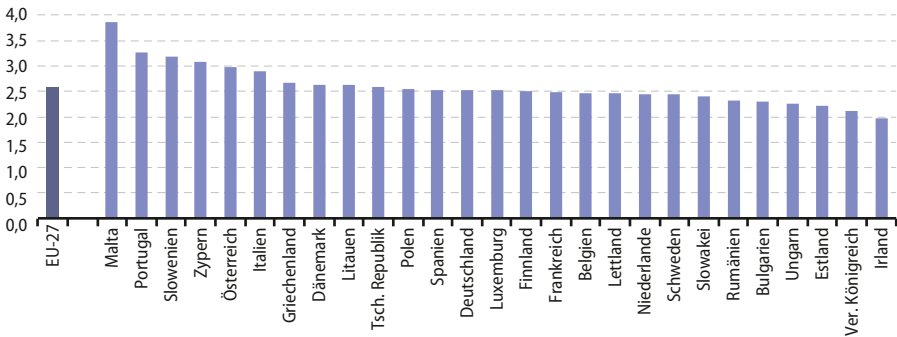
	Bewaldete Flächen	Ackerflächen	Grünland	Strauchland	Künstlich angelegte Flächen	Gewässer und Feucht- gebiete	Vegeta- tionslose Böden
EU-27	41,2	24,7	19,5	4,6	4,6	4,0	1,5
Belgien	24,7	27,5	32,3	13,4	1,4	0,2	0,4
Bulgarien	42,5	32,2	16,8	2,3	1,1	4,0	1,1
Tsch. Republik	38,5	34,1	20,3	4,0	1,6	0,8	0,7
Dänemark	18,3	48,5	21,1	7,1	2,4	1,2	1,3
Deutschland	32,9	33,1	22,5	7,7	2,1	0,9	0,8
Estland	60,6	11,2	16,2	1,8	7,3	2,0	0,9
Irland	13,2	4,7	67,1	3,9	7,0	2,0	2,2
Griechenland	37,4	23,2	11,4	3,8	2,4	19,1	2,7
Spanien	36,7	28,0	13,9	3,9	1,0	11,7	4,7
Frankreich	31,8	30,6	26,9	5,8	1,6	2,4	0,8
Italien	34,5	32,2	15,4	7,8	3,1	5,1	1,9
Zypern	29,6	19,0	14,7	7,4	0,8	21,2	7,4
Lettland	55,5	14,0	21,0	1,6	6,1	1,0	0,9
Litauen	38,7	26,7	27,2	2,6	3,6	0,2	0,8
Luxemburg	30,5	18,3	37,1	11,9	0,7	0,3	1,2
Ungarn	24,1	46,9	18,8	3,7	3,2	2,2	1,1
Malta	5,1	26,6	11,4	32,9	1,3	15,2	7,6
Niederlande	12,6	23,1	38,0	12,2	11,0	1,8	1,3
Österreich	47,5	17,7	22,9	5,8	2,3	1,2	2,6
Polen	36,2	34,1	21,6	3,9	2,3	1,0	0,8
Portugal	44,2	17,6	15,1	6,2	1,9	11,6	3,4
Rumänien	31,3	36,0	25,0	2,4	2,9	1,7	0,7
Slowenien	60,2	11,5	20,5	3,7	1,4	1,4	1,4
Slowakei	46,4	27,6	19,3	3,2	1,2	1,7	0,5
Finnland	71,8	4,9	4,4	1,6	15,6	1,1	0,7
Schweden	75,6	4,3	4,6	1,8	12,1	1,0	0,6
Ver. Königreich	19,8	21,7	40,1	6,5	5,3	5,6	1,0

⁽¹⁾ Kroatien: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [lan_lcv_oww](#))



Abbildung 11.1: Indikator für die Bodenbedeckungsvielfalt — durchschnittliche Anzahl unterschiedlicher Bodenbedeckungsarten in einem 250m-Transect, 2012 ⁽¹⁾ (Anzahl)



⁽¹⁾ Anhand weiterer Analysen und der Berechnung von Grunddaten abgeleitete Daten.

Quelle: Eurostat

11.2 Treibhausgasemissionen nach Industrien und für Haushalte

Im vorliegenden Abschnitt werden die Emissionen von drei **Treibhausgasen** in der **Europäischen Union (EU)** auf der Grundlage einer Untersuchung der Wirtschaftszweige und privaten Haushalte analysiert, die diese Emissionen verursachen. Diese Gase sind Kohlendioxid (CO₂), Distickstoffoxid (N₂O) und Methan (CH₄).

Die von den verschiedenen Industrien und den privaten Haushalten freigesetzten Treibhausgasemissionen belief sich 2012 in der EU-27 auf 4,65 bzw. in der EU-28 auf 4,67 Mrd. Tonnen Kohlendioxidäquivalente (CO₂). In der EU-27 entfiel mit 27 % der Gesamtemissionen der größte Anteil an Treibhausgasen auf den Wirtschaftszweig Energieversorgung (NACE D). Die Emissionen von den Energieanbietern entstehen bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe zur

Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme, darin sind jedoch nicht die Emissionen aus der Verbrennung in privaten Haushalten enthalten. Der Anteil der Herstellung von Waren (NACE C) an den Gesamtemissionen belief sich auf 19 %, so dass 2012 auf die Herstellung von Waren und die Energieversorgung zusammen knapp die Hälfte (46 %) aller Treibhausgasemissionen in der EU-27 entfiel. Auf private Haushalte entfielen 19 % der Treibhausgasemissionen, während Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei (NACE A) weitere 12 % verursachten — genauso viel wie Sonstige Dienstleistungen, Wasserversorgung und Bau (NACE E bis U, ausgenommen Verkehr) zusammengerechnet. Die verbleibenden 1 % in entfielen auf den Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (NACE B).

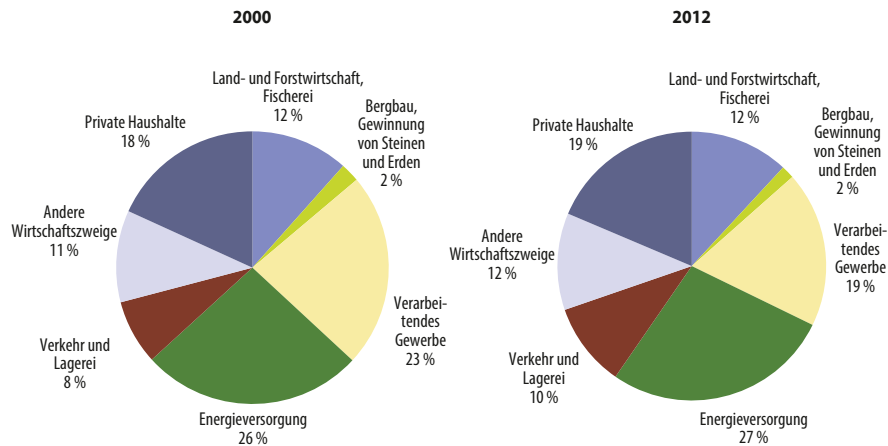


Die einzelnen Wirtschaftszweige und die privaten Haushalte tragen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten in unterschiedlicher Weise zu den Treibhausgasemissionen bei, so dass sich diesbezüglich insgesamt ein heterogenes Bild ergibt. Die Unterschiede sind teilweise auf die verschiedenen Wirtschaftsstrukturen und die unterschiedliche Zusammensetzung erneuerbarer und nicht erneuerbarer Energiequellen zurückzuführen. In den meisten Mitgliedstaaten war der Wirtschaftszweig Energieversorgung im Jahr 2012 der Hauptverursacher von Treibhausgasen, gefolgt von der Herstellung von

Waren. In den meisten Mitgliedstaaten war der Wirtschaftszweig Energieversorgung im Jahr 2012 der Hauptverursacher von Treibhausgasen, gefolgt von der Herstellung von Waren. Nennenswerte Ausnahmen bilden in diesem Zusammenhang Irland und Lettland, wo der größte Anteil der Emissionen auf Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei entfiel, Dänemark, Luxemburg und Malta, wo der Verkehr der größte Verursacher von Emissionen war, und Frankreich, wo die privaten Haushalte für den größten Anteil verantwortlich waren.

Abbildung 11.2: Treibhausgasemissionen (CO₂, CH₄ und N₂O) nach Wirtschaftszweig, EU-27, 2000 und 2012

(in % der Gesamtemissionen auf der Grundlage von CO₂-Äquivalenten)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_ac_ainah_r1](#) und [env_ac_ainah_r2](#))



Tabelle 11.2: Treibhausgasemissionen nach Wirtschaftszweig, 2012
(in 1 000 Tonnen CO₂-Äquivalente)

	Alle NACE-Wirtschafts- zweige ohne private Haushalte	Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Energieversorgung	Verkehr und Lagerei	Andere Wirtschaftszweige	Private Haushalte
EU-28	3 802 402	556 596	73 571	877 818	1 278 293	501 509	514 614	870 641
EU-27	3 781 388	552 513	73 041	871 553	1 273 004	499 225	512 051	865 526
Belgien	88 931	11 505	32	31 008	18 479	9 633	18 274	26 738
Bulgarien	53 659	5 208	461	6 063	33 678	6 344	1 906	6 918
Tsch. Republik	107 813	9 203	7 567	18 037	53 459	8 803	10 744	8 140
Dänemark	82 176	11 913	1 845	5 887	13 699	42 495	6 337	8 137
Deutschland	811 653	77 135	11 495	179 908	356 855	83 167	103 093	183 833
Estland	18 169	1 392	107	1 577	12 696	1 479	918	1 163
Irland	45 755	18 907	169	5 202	12 381	3 034	6 061	11 788
Griechenland	90 741	13 230	63	10 012	52 077	7 941	7 418	14 575
Spanien	270 941	43 590	3 106	78 989	77 509	38 422	29 325	61 699
Frankreich	341 250	101 623	1 058	98 058	32 157	40 141	68 212	126 576
Kroatien	21 014	4 083	530	6 264	5 289	2 284	2 563	5 115
Italien	356 607	41 997	2 177	100 352	112 451	51 068	48 563	101 845
Zypern	7 397	900	41	1 024	3 560	539	1 333	1 944
Lettland	10 365	2 904	40	1 589	2 023	2 261	1 548	1 859
Litauen	21 702	5 221	28	6 137	3 449	5 449	1 417	3 696
Luxemburg	7 512	723	7	1 426	1 183	3 049	1 122	1 537
Ungarn	48 870	9 972	414	9 184	17 128	2 649	9 524	14 559
Malta	5 586	107	11	71	2 065	3 149	182	349
Niederlande	185 568	25 692	3 135	43 911	49 220	31 442	32 168	40 362
Österreich	60 440	9 015	1 356	27 192	9 253	6 453	7 171	15 424
Polen	352 093	53 026	13 985	65 961	156 210	24 588	38 322	47 102
Portugal	55 530	8 923	197	16 137	15 083	3 862	11 328	13 041
Rumänien	105 512	19 496	2 965	27 404	35 201	9 502	10 944	14 943
Slowenien	16 000	2 106	339	2 173	6 108	4 268	1 007	3 499
Slowakei	37 105	3 201	976	17 954	6 121	4 332	4 521	5 105
Finnland	57 028	7 692	200	14 264	17 741	10 006	7 125	5 893
Schweden	55 106	10 007	878	15 582	7 497	12 836	8 306	9 652
Ver. Königreich	487 876	57 825	20 385	86 450	165 721	82 314	75 181	135 149
Norwegen	57 494	6 608	14 161	11 963	1 565	19 706	3 492	5 249
Schweiz	34 589	6 318	102	8 687	600	7 833	11 049	19 549
Türkei	334 862	36 160	3 554	101 210	121 902	20 140	51 896	99 047

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_ac_ainah_r2](#))



11.3 Kohlendioxidemissionen durch die letzte Verwendung von Gütern

Bei den Luftemissionsrechnungen werden die Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) den produzierenden Wirtschaftszweigen zugerechnet, von denen sie tatsächlich ausgestoßen werden. Alternativ dazu können Emissionen auch den Endverbrauchern zugerechnet werden, die die Emissionen durch die Nachfrage nach diesen Produkten verursachen. Dieser Ansatz wird häufig als verbrauchs-basierte Verbuchung von CO₂ Emissionen bezeichnet, deren Ergebnisse auch als CO₂ Fußabdrücke bekannt sind. Dabei werden die CO₂ Emissionen von den produzierenden Wirtschaftszweigen wieder auf die verbrauchten Produkte umgerechnet und mit Hilfe von Informationen aus Input-Output-Tabellen nach Endverbrauchs-kategorien aufgeschlüsselt. Bei diesem Ansatz finden auch die CO₂ Emissionen Berücksichtigung, die in den Einfuhren der EU-Mitgliedstaaten enthalten sind und in den weltweiten Produktionsketten noch vor der Einfuhr der Produkte entstehen. CO₂ Fußabdrücke können zur Konzeption von Strategien herangezogen werden, mit denen die Emissionen aus der Verbrauchersperspektive überwacht und reduziert werden sollen.

Nach Schätzungen von Eurostat wurden 2011 in der EU-27 durch den Endverbrauch CO₂-Emissionen von 7,8 t pro Kopf verursacht. Dieser Wert bezieht sich auf den Endverbrauch der Haushalte und der Produktionseinheiten in der EU-27. Ob der jeweilige Produktions- bzw. Emissionsort innerhalb oder außerhalb der EU liegt, spielt keine Rolle, wobei Emissionen in der EU, die in Ausfuhren enthalten sind, nicht berücksichtigt werden. Die drei Hauptkomponenten sind die folgenden:

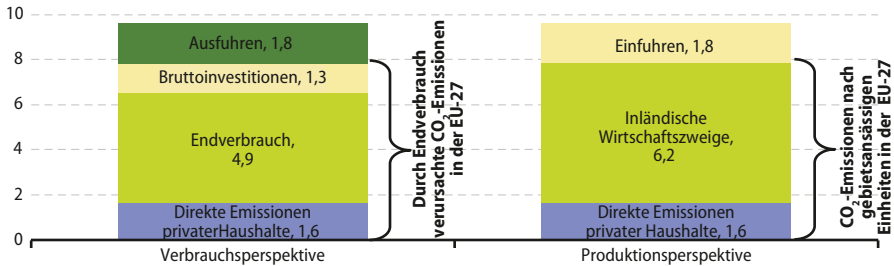
- Etwa 4,9 t CO₂ pro Einwohner waren auf die Nachfrage nach Produkten seitens der Haushalte zurückzuführen. Es handelt sich also um Emissionen während der Produktion von Waren und der Erbringung von Dienstleistungen, die letztendlich für Haushalte bestimmt waren, und um den Kollektivverbrauch des Staates.
- Weitere 1,6 t CO₂ pro Einwohner waren direkte Emissionen der Haushalte, z.B. durch das Verbrennen fossiler Energieträger zum Betrieb privater Fahrzeuge oder durch das Heizen von Privathaushalten.
- Schließlich gingen 1,3 t CO₂ pro Einwohner auf die Nachfrage von Unternehmen nach Investitionsgütern zurück, wurden also während der Produktion von Investitionsgütern, die von Unternehmen als Anlagevermögen erworben wurden, und während sogenannter Vorratsveränderungen (Bruttoinvestitionen) emittiert.

Weitere 1,8 t entfallen auf Ausfuhren und wurden als globale Emissionen durch die externe Nachfrage nach Produkten aus der EU-27 verursacht.

Tabelle 11.3 enthält Daten über verschiedene nach den Endverbrauchs-kategorien aufgeschlüsselte Produktgruppen, die für die globalen CO₂ Emissionen verantwortlich sind. Die höchsten Anteile an den Emissionen entfallen auf Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung, Gebäude und Bauarbeiten, Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabakerzeugnisse sowie Kokerei- und Mineralölerzeugnisse.



Abbildung 11.3: Weltweite CO₂-Emissionen des EU-27-Verbrauchs und der EU-27-Produktion, 2011 ⁽¹⁾ (in Tonnen CO₂ je Einwohner)



⁽¹⁾ Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: env_ac_ainah_r2, env_ac_io2 und demo_gind)

Tabelle 11.3: Weltweite CO₂-Emissionen verursacht durch Endverbrauch in der EU-27 und durch EU-27 Ausfuhren, EU-27, 2011 ⁽¹⁾

Produktgruppe	Konsumausgaben	Bruttoinvestitionen	Ausfuhren	Letzte Verwendung	
	(in kg CO ₂ je Einwohner)			(in %)	
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	998	-15	92	1075	11,2
Gebäude und Bauarbeiten	31	663	4	698	7,2
Nahrungs- und Futtermittel, Getränke und Tabakerzeugnisse	436	-2	54	488	5,1
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	238	13	122	373	3,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile	127	72	105	304	3,2
Chemische Erzeugnisse	81	21	199	301	3,1
Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, der Verteidigung und der Sozialversicherung	262	2	1	265	2,7
Luftfahrtleistungen	156	0	96	252	2,6
Einzelhandelsleistungen (ohne Handelsleistungen mit Kraftfahrzeugen)	225	14	12	251	2,6
Maschinen	5	119	124	248	2,6
Beherbergungs- und Gastronomiedienstleistungen	238	0	5	243	2,5
Landverkehrsleistungen und Transportleistungen in Rohrfernleitungen	204	8	28	240	2,5
Großhandelsleistungen (ohne Handelsleistungen mit Kraftfahrzeugen)	154	32	51	237	2,5
Dienstleistungen des Gesundheitswesens	196	0	0	197	2,0
Schiffahrtsleistungen	57	1	122	180	1,9
Textilien, Bekleidung, Leder und Lederwaren	109	2	29	140	1,4
Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd sowie damit verbundene Dienstleistungen	95	19	16	129	1,3
Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen	124	0	1	125	1,3
Andere Produkte	1151	376	725	2252	23,4
Insgesamt Produkte	4886	1326	1786	7998	83,1
Direkte Emissionen privater Haushalte	1629	0	0	1629	16,9
Insgesamt Produkte plus direkte Emissionen privater Haushalte	6515	1326	1786	9627	100,0

⁽¹⁾ Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: env_ac_io2 und demo_gind)



11.4 Materialflussrechnung und Ressourcenproduktivität

Die Materialflussrechnungen von Eurostat stellen ein umfassendes Rahmenwerk für Datenmaterial dar, in dem die Materialzüge in die europäischen Volkswirtschaften systematisch erfasst werden. Die Ressourcenproduktivität beschreibt das Verhältnis zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Verbrauch natürlicher Ressourcen und gibt Aufschluss darüber, inwieweit beide Hand in Hand gehen oder entkoppelt sind (siehe Definitionen im Abschnitt [Datenquellen und Datenverfügbarkeit](#)). Zu den natürlichen Ressourcen gehören [Biomasse](#), [Erze](#), [nichtmetallische Mineralien](#) und [fossile Energiematerialien/-träger](#).

Die Komponenten der Ressourcenproduktivität sind das [Bruttoinlandsprodukt \(BIP\)](#) in [verketteten Volumen](#) (auf Englisch) und der inländische Materialverbrauch (DMC). Letzterer misst die Gesamtmenge der direkt in einer Volkswirtschaft von Unternehmen für die Wirtschaftsproduktion oder von privaten Haushalten verwerteten Materialien.

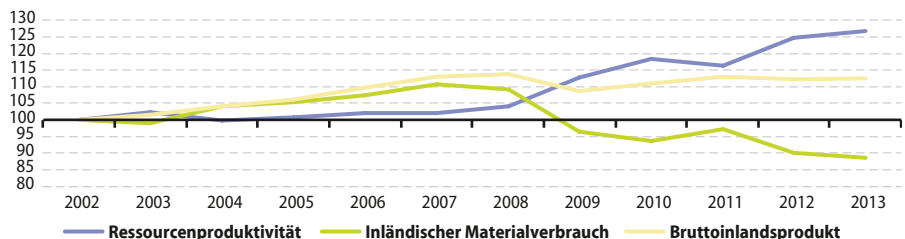
Die Ressourcenproduktivität der [EU-28](#) stieg im Zeitraum 2002–2013 von 1,52 EUR/kg auf 1,93 EUR/kg und damit um

26,3%. Dies geschah nicht kontinuierlich: Insbesondere durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kam es 2008 zu einer deutlichen Veränderung. Nach positiven und negativen Veränderungen von 2,3% in den Jahren 2003 und 2004 nahm die Ressourcenproduktivität von 2004 bis 2008 mit jährlichen Anstiegen unter 2,0% stetig, aber mäßig zu. Von 2008 bis 2013 schnellte die Ressourcenproduktivität — trotz eines Einbruchs (–1,8%) 2011 — von 1,59 auf 1,93 EUR/kg. Dabei war die jährliche Steigerung in den Jahren 2009 (8,2%) und 2012 (7,3%) am höchsten.

Der Umfang des DMC war in den EU-Mitgliedstaaten ganz unterschiedlich und reichte 2013 von 8,4 Tonnen pro Kopf in Spanien bis 34,5 Tonnen pro Kopf in Finnland. Auch die Struktur des DMC — nach Hauptmaterialkategorie — ist in den Mitgliedstaaten unterschiedlich. Die Zusammensetzung des DMC in den einzelnen Mitgliedstaaten ist abhängig von der inländischen Entnahme und der natürlichen Ausstattung mit Materialressourcen, wobei letztere ein wichtiges strukturelles Element jeder Volkswirtschaft bilden können.

Abbildung 11.4: Entwicklung der Ressourcenproduktivität im Vergleich zum BIP und zum DMC, EU-28, 2002–13 (1)

(2002 = 100)



(1) BIP in verkettete Volumen. 2007 und 2008: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [nama_10_gdp](#) und [env_ac_mfa](#))



Tabelle 11.4: Inländischer Materialverbrauch nach Hauptmaterialkategorie, 2013
(Tonnen pro Kopf)

	Insgesamt	Biomasse	Erze	Nichtmetallische Mineralien	Fossile Energiematerialien/-träger
EU-28	13,2	3,4	0,5	6,2	3,1
Belgien	13,6	4,2	0,4	5,8	3,3
Bulgarien	17,6	2,4	4,0	6,4	5,0
Tsch. Republik	14,7	1,9	0,4	6,5	5,9
Dänemark	20,8	5,1	0,1	11,1	4,4
Deutschland	16,1	3,4	0,5	6,9	5,3
Estland	30,9	4,1	0,0	12,2	14,7
Irland	26,2	9,1	1,5	11,3	4,2
Griechenland	12,4	2,2	0,3	3,7	6,2
Spanien	8,4	2,9	0,4	3,2	1,9
Frankreich	11,9	3,6	0,3	5,9	2,0
Kroatien	10,0	2,9	0,1	5,3	1,6
Italien	9,0	2,1	0,2	4,4	2,3
Zypern	15,3	1,9	4,3	6,7	2,3
Lettland	20,8	10,7	–	8,9	1,4
Litauen	15,7	7,1	0,0	7,0	1,8
Luxemburg	19,4	4,0	1,6	9,7	3,4
Ungarn	10,2	3,3	0,1	4,4	2,4
Malta	10,1	1,4	0,3	5,6	2,6
Niederlande	9,4	2,8	0,2	2,2	4,4
Österreich	21,5	4,8	1,0	12,5	3,0
Polen	17,3	4,6	1,0	7,7	4,1
Portugal	14,1	2,9	1,1	8,6	1,4
Rumänien	21,7	3,1	0,2	16,2	2,3
Slowenien	12,2	1,9	0,3	6,3	3,8
Slowakei	11,4	3,0	0,8	4,9	2,6
Finnland	34,5	6,9	4,0	19,0	4,3
Schweden	22,7	5,6	5,7	9,1	1,8
Ver. Königreich	9,2	3,2	0,2	3,0	2,7

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_ac_mfa](#))

11.5 Abfall

Abfall — dieser Begriff bezeichnet laut Artikel 3 Absatz 1 der [Richtlinie 2008/98/EG](#) „jeden Stoff oder Gegenstand, dessen sich sein Besitzer entledigt, entledigen will oder

entledigen muss“ — stellt potenziell einen erheblichen Verlust von Ressourcen, sowohl in Form von Material als auch von Energie, dar. Darüber hinaus können die Bewirt-



schaftung und die Beseitigung von Abfall bedeutende Auswirkungen auf die Umwelt haben.

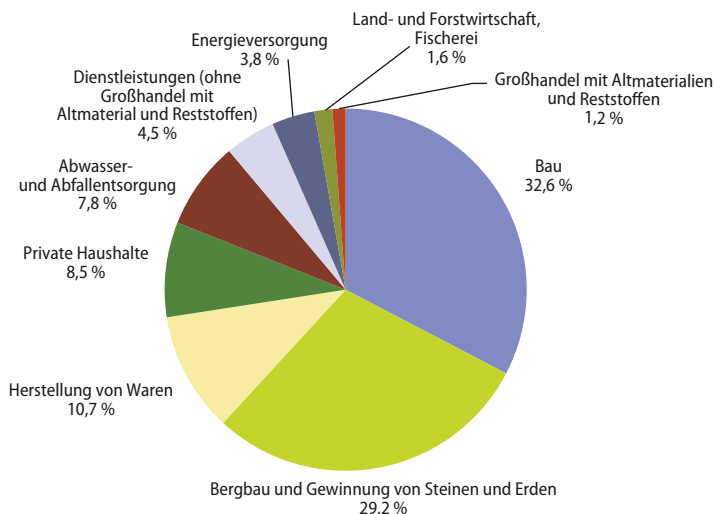
2012 belief sich das Abfallaufkommen aller Wirtschaftszweige und Haushalte in der EU-28 auf 2 515 Mio. Tonnen. Die 2012 in der EU-28 erzeugte durchschnittliche Abfallmenge entsprach fast fünf Tonnen (4 984 kg) je Einwohner.

Auf das Baugewerbe entfiel im Jahr 2012 33 % der Gesamtmenge (821 Mio. Tonnen), gefolgt von Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden (29 % oder 734 Mio. Tonnen), dem Verarbeitenden Gewerbe (11 % oder 270 Mio. Tonnen), Haushalten (8 % oder 213 Mio. Tonnen) und der Energiewirtschaft (4 % oder 96 Mio. Tonnen); bei den verbleibenden 15 % handelte es sich um das Abfallaufkommen anderer Wirtschaftszweige. Ein großer Teil (63 %) des gesamten

Abfallaufkommens in der EU-28 entfiel auf mineralische Abfälle.

Auf die Abfallbeseitigung entfiel rund die Hälfte (47,8 %) der gefährlichen Abfälle, die 2012 in der EU-28 behandelt wurden. Rund 10,5 Mio. Tonnen (oder 13,9 %) aller gefährlichen Abfälle wurden verbrannt oder energetisch verwertet, und 28,8 Mio. Tonnen (oder 38,3 %) wurden verwertet. Die Menge der verwerteten Abfälle (ohne energetische Verwertung) stieg von 890 Mio. Tonnen im Jahr 2004 auf 1 053 Mrd. Tonnen im Jahr 2012, d.h. um 18,3 %. Der Anteil der Abfallverwertung an der gesamten Abfallbehandlung stieg deshalb von 42,1 % im Jahr 2004 auf 45,7 % im Jahr 2012. Die Abfallverbrennung (einschließlich energetische Verwertung) nahm zwischen 2004 und 2012 um insgesamt 27,4 % zu.

Abbildung 11.5: Abfälle aus wirtschaftlichen Tätigkeiten und von Haushalten, EU-28, 2012 (in %)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_wasgen](#))



Tabelle 11.5: Abfallbehandlung, 2012
(in Tsd. Tonnen)

	Insgesamt	Recycling	Energetische Verwertung	Verfüllung	Verbrennung	Beseitigung
EU-28	2 302 560	838 960	101 140	213 790	36 650	1 112 020
Belgien	41 328	30 237	4 612	0	3 331	3 148
Bulgarien	158 752	1 789	172	0	14	156 777
Tsch. Republik	18 263	8 420	959	5 137	76	3 670
Dänemark	14 070	8 147	3 255	0	0	2 668
Deutschland	352 996	152 807	33 953	91 469	11 017	63 750
Estland	20 610	7 903	349	4 196	0	8 162
Irland	8 033	827	403	1 985	13	4 805
Griechenland	71 334	2 928	118	5 440	21	62 827
Spanien	108 475	48 745	3 269	8 194	7	48 259
Frankreich	315 147	151 724	11 637	39 591	7 153	105 042
Kroatien	2 999	994	39	42	0	1 923
Italien	130 460	98 809	2 593	160	5 814	23 084
Zypern	2 077	409	2	232	7	1 429
Lettland	1 573	808	153	0	1	612
Litauen	4 221	999	106	0	1	3 115
Luxemburg	10 302	4 691	36	1 934	134	3 507
Ungarn	12 964	4 637	960	436	90	6 842
Malta	1 351	116	0	46	6	1 183
Niederlande	119 962	61 796	8 997	0	1 612	47 556
Österreich	32 122	14 272	3 305	2 795	75	11 675
Polen	160 697	80 941	3 567	35 103	328	40 757
Portugal	10 188	4 598	1 735	0	70	3 785
Rumänien	264 647	18 849	1 708	1 037	182	242 871
Slowenien	5 068	2 965	326	1 102	36	639
Slowakei	7 052	2 651	270	0	71	4 059
Finnland	90 478	31 700	10 317	0	445	48 015
Schweden	151 225	18 732	6 712	774	43	124 964
Ver. Königreich	186 163	77 467	1 585	14 114	6 102	86 895
Island	521	344	14	3	0	160
Norwegen	10 103	4 303	4 271	143	86	1 300
EJR Mazedonien	9 023	68	19	0	41	8 896
Serbien	55 023	793	49	0	0	54 180
Türkei	983 046	307 467	440	0	44	675 095

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_wastrt](#))



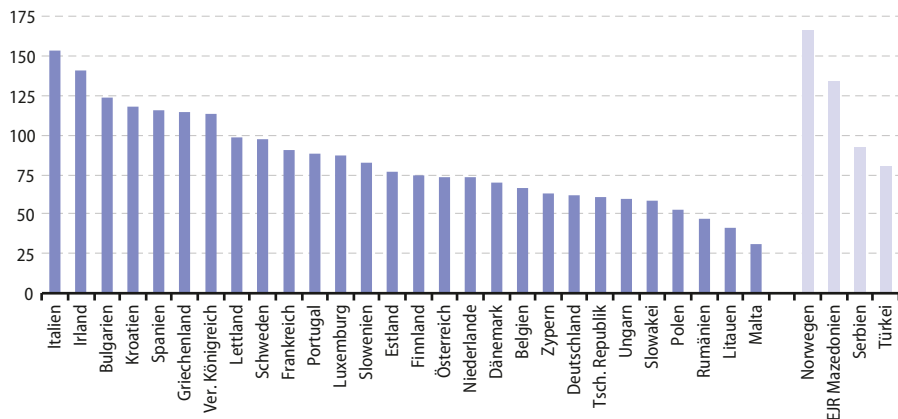
11.6 Wasser

Der Begriff Wasserressourcen bezeichnet das in einem Gebiet zur Nutzung verfügbare Wasser und umfasst Oberflächenwasser (d.h. Meeresbuchten, Seen, Flüsse und Ströme) und Grundwasser. Erneuerbare Wasserressourcen werden berechnet als die Summe des internen Flusses (d.h. Niederschlag minus aktuelle Evapotranspiration) und externen Zuflusses. Die Verfügbarkeit von Süßwasser in einem Land ist abhängig von den klimatischen und geomorphologischen Bedingungen, der Bodennutzung und grenzüberschreitenden Wasserläufen (d.h. den externen Zuflüssen). Daher sind diesbezüglich erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten festzustellen, wobei Deutschland, Frankreich, Schweden, Italien und das Vereinigte Königreich mit einem langfristigen Jahresdurchschnitt zwischen 164 300 Mio. m³ und 188 000 Mio. m³ über

die größten Süßwasserressourcen verfügen.

Im Hinblick auf Wasserentnahmen in den EU-Mitgliedstaaten lag die jährliche Entnahmekquote von Süßwasser zwischen 30 m³ und 100 m³ je Einwohner. Die Extremwerte der Süßwasserentnahme spiegeln besondere Bedingungen wider: z.B. in Irland (141 m³ pro Kopf) war die öffentliche Wasserversorgung 2011 noch immer kostenlos; in Bulgarien (124 m³ pro Kopf) gehen besonders große Mengen durch Lecks im öffentlichen Versorgungsnetz verloren. Auch einige Nicht-Mitgliedstaaten, insbesondere Norwegen und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, wiesen recht hohe Entnahmekquoten auf. Litauen und Malta wiesen dagegen niedrige Entnahmekquoten auf.

Abbildung 11.6: Gesamtsüßwasserentnahmen für die öffentliche Wasserversorgung, 2011 ⁽¹⁾ (in m³ je Einwohner)



⁽¹⁾ Irland, 2007; Italien, Österreich und Vereinigtes Königreich, 2008; Portugal, Belgien und EJR Mazedonien, 2009; Spanien, Schweden, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Deutschland, Türkei und Lettland, 2010.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_wat_abs](#))



Tabelle 11.6: Süßwasserressourcen — langjährige Durchschnittsmengen (¹)
(in Mrd. m³)

	Niederschlag	Evapotranspiration	Interner Fluss	Externer Zufluss	Abfluss	Süßwasserressourcen
Belgien	28,9	16,6	12,3	7,6	15,6	19,9
Bulgarien	69,8	52,3	18,1	89,1	108,5	107,2
Tsch. Republik	54,7	39,4	15,2	0,7	16,0	16,0
Dänemark	38,5	22,1	16,3	0,0	1,9	16,3
Deutschland	307,0	190,0	117,0	75,0	182,0	188,0
Estland	29,0	:	:	:	:	:
Irland	80,0	32,5	47,5	3,5	:	51,0
Griechenland	115,0	55,0	60,0	12,0	:	72,0
Spanien	346,5	235,4	111,1	0,0	111,1	111,1
Frankreich	500,8	320,8	175,3	11,0	168,0	186,3
Kroatien	65,7	40,1	23,0	:	:	:
Italien	241,1	155,8	167,0	8,0	155,0	175,0
Zypern	3,0	2,7	0,3	-	0,1	0,3
Lettland	42,7	25,8	16,9	16,8	32,9	33,7
Litauen	44,0	28,5	15,5	9,0	25,9	24,5
Luxemburg	2,0	1,1	0,9	0,7	1,6	1,6
Ungarn	55,7	48,2	7,5	108,9	115,7	116,4
Malta	150,4	72,5	0,1	-	:	0,1
Niederlande	31,6	21,3	8,5	81,2	86,3	89,7
Österreich	98,0	43,0	55,0	29,0	84,0	84,0
Polen	193,1	138,3	54,8	8,3	63,1	63,1
Portugal	82,2	43,6	38,6	35,0	34,0	73,6
Rumänien	154,0	114,6	39,4	2,9	17,9	42,3
Slowenien	31,7	13,2	18,6	13,5	32,3	32,1
Slowakei	37,4	24,3	13,1	67,3	81,7	80,3
Finnland	222,0	115,0	107,0	3,2	110,0	110,0
Schweden	342,2	169,4	172,5	13,7	186,2	186,2
Ver. Königreich	275,0	117,2	157,9	6,4	164,3	164,3
Island	200,0	30,0	170,0	-	170,0	170,0
Norwegen	470,7	112,0	371,8	12,2	384,0	384,0
Schweiz	61,6	21,6	40,7	12,8	53,5	53,5
EJR Mazedonien	19,5	:	:	1,0	6,3	:
Serbien	56,1	43,3	12,8	162,6	175,4	175,4
Türkei	503,1	275,7	227,4	6,9	178,0	234,3

(¹) Der Mindestzeitraum für die Berechnung der langfristigen Jahresdurchschnitte beträgt 20 Jahre.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_watq1a](#))



11.7 Umweltwirtschaft — Wachstum und Beschäftigung

Die Umweltwirtschaft umfasst zwei große Gruppen von Tätigkeiten und/oder Produkten (siehe auch den Abschnitt zu [Datenquellen und Datenverfügbarkeit](#)): alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vermeidung, Verringerung und Beseitigung von Umweltverschmutzung oder jeder anderen Beeinträchtigung der Umwelt („Umweltschutz“) sowie mit der Erhaltung und Pflege des Bestands an natürlichen Ressourcen, also mit dem Schutz vor Übernutzung dieser Ressourcen („Ressourcenmanagement“).

Nach Schätzungen von Eurostat stieg die Beschäftigung in der Umweltwirtschaft der EU-28 von 2,9 Mio. [Vollzeitäquivalenten](#) im Jahr 2000 auf 4,3 Mio. Vollzeitäquivalente im Jahr 2012. Die Umweltwirtschaft in der EU-28 verzeichnete 2012 eine Produktion von 671 Mrd. EUR und eine Wertschöpfung von 271 Mrd. EUR. Mit Ausnahme des Jahres 2006 lag die Umweltwirtschaft im Zeitraum 2000 bis 2012 in Bezug auf das Wachstum von Beschäftigung und Wertschöpfung/[Bruttoinlandsprodukt \(BIP\)](#) beständig vor der Gesamtwirtschaft.

Die wachsende Zahl von Personen, die seit 2000 in der Umweltwirtschaft tätig sind, ist hauptsächlich auf das zunehmende Energie-

ressourcenmanagement zurückzuführen, insbesondere mit Blick auf Ressourcen, die mit der Erzeugung von Energie aus [erneuerbaren Quellen](#) (wie Windkraft und Solarenergie) und der Herstellung von Ausrüstungen und Anlagen zur Wärme- und Energieeinsparung in Zusammenhang stehen. Die Beschäftigung in diesem Umweltbereich erhöhte sich von 2000 bis 2012 von 475 000 auf 1,4 Mio. Vollzeitäquivalente, was einem Anstieg um nahezu 1 Million Vollzeitäquivalente entsprach. Den zweitwichtigsten Beitrag zum Beschäftigungswachstum in der Umweltwirtschaft erbrachte der Bereich Abfallwirtschaft, wo sich die Beschäftigung im Zeitraum 2000–12 von 855 000 auf 1,1 Mio. Vollzeitäquivalente erhöhte.

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung der Umweltwirtschaft erhöhte sich in der Zeit von 2000 bis 2012 von 140 Mrd. EUR auf 271 Mrd. EUR in jeweiligen Preisen, und der Beitrag der Umweltwirtschaft zum Gesamt-BIP stieg im selben Zeitraum von 1,5% auf 2,1% an. Die Bruttowertschöpfung der Umweltwirtschaft wuchs von 2000 bis 2008 kontinuierlich auf 238 Mrd. EUR an. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise ging sie auf 233 Mrd. EUR im Jahr 2009 zurück, stieg jedoch in den Folgejahren erneut an.

Tabelle 11.7: Bruttowertschöpfung der Umweltwirtschaft, nach Umweltbereichen, EU-28, 2000–12 (¹)

(in Mrd. EUR)

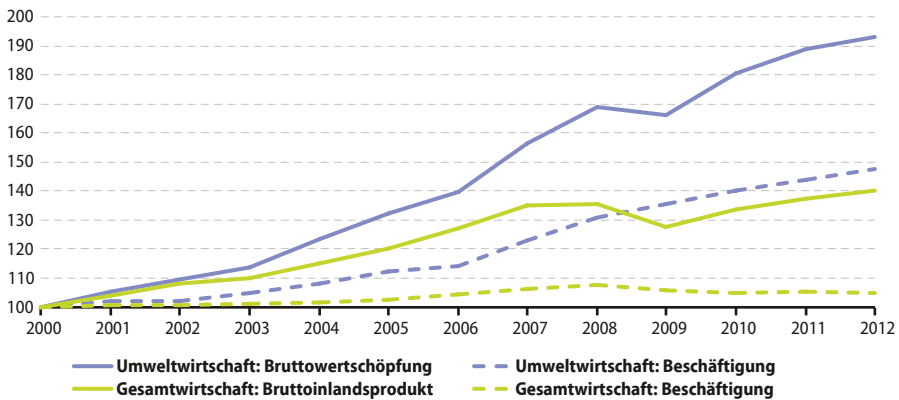
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Insgesamt	140,4	148,1	153,8	159,6	173,5	185,6	195,9	219,9	237,5	233,4	253,3	265,2	271,3
Abfallwirtschaft	44,8	45,4	48,2	49,6	52,5	55,9	59,5	64,3	67,1	64,6	71,9	73,7	75,4
Abwasserwirtschaft	34,8	35,0	35,5	36,3	37,9	39,0	34,9	41,2	42,4	40,7	41,0	41,6	41,9
Sonstiger Umweltschutz	28,4	32,0	30,8	31,1	33,4	34,4	36,7	39,9	41,3	40,8	42,8	44,7	45,3
Energiressourcenmanagement	24,8	28,0	31,4	34,6	41,7	47,5	55,5	64,9	76,7	77,7	88,4	95,5	98,8
Wassermanagement	7,6	7,6	7,9	8,0	8,1	8,7	9,3	9,6	10,1	9,6	9,3	9,7	9,9

(¹) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_ac_egss2)



Abbildung 11.7: Entwicklung der Schlüsselindikatoren für die Umweltwirtschaft und die Gesamtwirtschaft, EU-28, 2000–12
(2000 = 100)



(¹) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: env_ac_egss1, env_ac_egss3, nama_10_pe und nama_gdp_c)

11.8 Umweltschutzausgaben

Umweltschutzausgaben können anhand der Art des Erbringers von Umweltschutzdienstleistungen analysiert werden. Es gibt drei Hauptkategorien: öffentlicher Sektor, Industrie (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Herstellung von Waren; Energie- und Wasserversorgung) und auf Umweltschutzdienstleistungen spezialisierte Produzenten (etwa Abfallsammlung); bei letzteren kann es sich um öffentliche oder private Unternehmen handeln.

Auf spezialisierte Produzenten entfiel 2013 mit rund 145 Mrd. EUR gut die Hälfte (51,1 %) der Umweltschutzausgaben in der EU-28. Die restlichen Ausgaben entfielen auf den öffentlichen Sektor (87,2 Mrd. EUR) und die Industrie (51,6 Mrd. EUR).

In den meisten EU-Mitgliedstaaten lagen die Umweltschutzausgaben des öffentlichen Sektors 2013 zwischen 0,31 % und 1,06 % des BIP. Die öffentlichen Ausgaben konzentrierten sich größtenteils auf Abfallwirtschaft und Abwasserbehandlung. Eine Ausnahme bildete Spanien, denn dort verwendete der öffentliche Sektor seine Ausgaben in anderen Bereichen, so für den Arten- und Landschaftsschutz, den Strahlenschutz, für Forschung und Entwicklung (FuE) sowie für sonstige Umweltschutzaktivitäten. Weitere Ausnahmen bildeten Dänemark und Frankreich, wo über 80 % bzw. 60 % der Ausgaben des öffentlichen Sektors der Kategorie „Sonstige“ zugeordnet wurden.



Tabelle 11.8: Umweltschutzausgaben des öffentlichen Sektors nach Umweltbereichen, 2013

(in Mio. EUR)

	Luft	Abwasser	Abfall	Andere Bereiche
EU-28	3 793,7	14 133,5	35 888,6	33 368,3
Belgien ⁽¹⁾	115,2	261,2	964,2	1 014,8
Bulgarien	1,1	147,3	241,4	35,5
Tsch. Republik	19,7	291,6	350,8	62,7
Dänemark	242,9	0,0	52,0	1 302,8
Deutschland ⁽²⁾	:	3 280,0	3 040,0	1 950,0
Estland ⁽³⁾	0,2	37,9	8,5	4,2
Irland ⁽⁴⁾	0,0	192,5	129,4	287,0
Griechenland ⁽⁵⁾	0,7	215,8	429,5	214,7
Spanien ⁽¹⁾	:	:	:	2 298,0
Frankreich ⁽¹⁾	503,1	1 760,6	2 068,8	7 732,8
Kroatien	11,8	0,0	93,6	34,0
Italien ⁽³⁾	:	732,4	7 312,3	5 815,4
Zypern	-1,4	30,1	9,3	46,5
Lettland ⁽¹⁾	39,9	9,4	94,6	19,4
Litauen	30,2	22,0	75,9	67,1
Luxemburg	-47,1	254,8	1,2	50,7
Ungarn ⁽¹⁾	1,1	227,3	47,1	41,5
Malta ⁽¹⁾	0,0	27,4	51,1	16,9
Niederlande ⁽³⁾	791,2	2 945,8	2 323,2	2 566,0
Österreich ⁽¹⁾	221,5	230,1	466,3	440,6
Polen	39,1	917,3	261,1	661,5
Portugal	12,4	0,8	410,5	299,9
Rumänien	31,3	148,2	442,3	25,8
Slowenien ⁽¹⁾	10,4	126,2	37,2	73,0
Slowakei ⁽⁶⁾	12,3	31,1	155,5	:
Finnland ⁽¹⁾	:	503,1	144,7	583,4
Schweden	34,1	1,9	789,9	571,8
Ver. Königreich ⁽¹⁾	203,5	17,3	14 190,9	3 053,5
Island ⁽⁷⁾	:	5,6	28,0	0,3
Norwegen ⁽¹⁾	234,9	1 210,7	701,9	922,7
Schweiz ⁽⁸⁾	49,6	1 179,1	716,2	500,2
EJR Mazedonien	0,1	4,1	1,0	19,9
Serbien	0,6	1,1	6,0	15,8
Türkei ⁽¹⁾	7,7	351,1	1 616,6	649,8

⁽¹⁾ 2012.

⁽²⁾ 2010.

⁽³⁾ 2011.

⁽⁴⁾ 1998.

⁽⁵⁾ 1999.

⁽⁶⁾ Andere Bereiche: vertraulich.

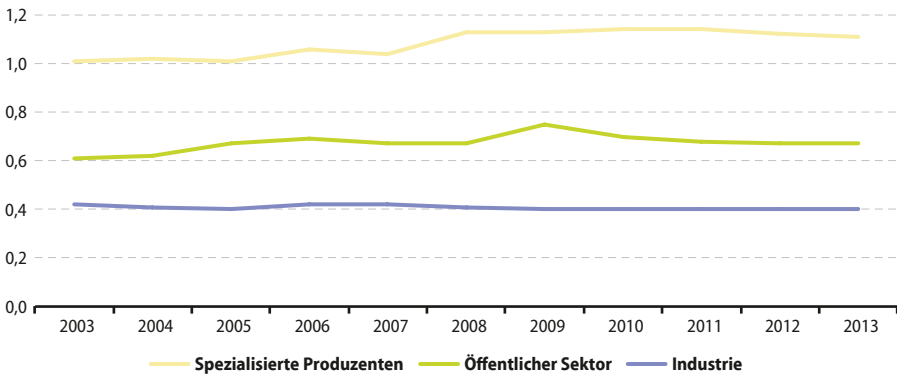
⁽⁷⁾ 2002.

⁽⁸⁾ 2003.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_ac_exp1r2)



Abbildung 11.8: Umweltschutzausgaben, EU-28, 2003–13 (¹)
(in % des BIP)



(¹) Schätzungen.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [env_ac_exp1r2](#) und [env_ac_exp2](#))

11.9 Umweltsteuern

Nach der [Verordnung \(EU\) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen](#) ist eine Umweltsteuer eine Steuer, deren Bemessungsgrundlage eine physische Einheit (oder eine Ersatzgröße einer physischen Einheit) von etwas ist, das nachweislich eine bestimmte negative Auswirkung auf die Umwelt hat, und die im [Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen](#) (ESVG 2010) als Steuer gekennzeichnet ist. In den europäischen Statistiken werden vier Steuerarten für die Bereiche Energie, Verkehr, Umweltverschmutzung und Ressourcen unterschieden; die [Mehrwertsteuer \(MwSt.\)](#) fällt nicht unter die Definition von Umweltsteuern.

Die Einnahmen aus Umweltsteuern insgesamt in der EU-28 beliefen sich 2013 auf 331 Mrd. EUR; diese Summe entspricht 2,5 % des [Bruttoinlandsprodukts \(BIP\)](#) und 6,3 % der Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben.

Energiesteuern (die auch Steuern auf Kraftstoffe für den Wirtschaftszweig Verkehr beinhalten) stellten im Jahr 2013 mit 75,0 % den bei weitem größten Anteil an den gesamten Umweltsteuereinnahmen der EU-28. Diese Steuern waren in Litauen, Luxemburg und der Tschechischen Republik von besonders großer Bedeutung — ihr Anteil an den gesamten Umweltsteuereinnahmen belief sich hier auf über 90 %. Im Gegensatz dazu lag der Anteil der Energiesteuern in Malta und Norwegen bei knapp über 50 % der Umweltsteuereinnahmen.

Am zweitwichtigsten waren die Verkehrssteuern, die 2013 mit 20,1 % zu den gesamten Umweltsteuereinnahmen in der EU-28 beitrugen. Die relative Bedeutung dieser Steuern war jedoch in Norwegen (44,6 % der gesamten Umweltsteuereinnahmen) und Malta (43,6 %) deutlich höher; die kleinsten Anteile der Verkehrssteuern an den Gesamteinnahmen aus Umweltsteuern wurden

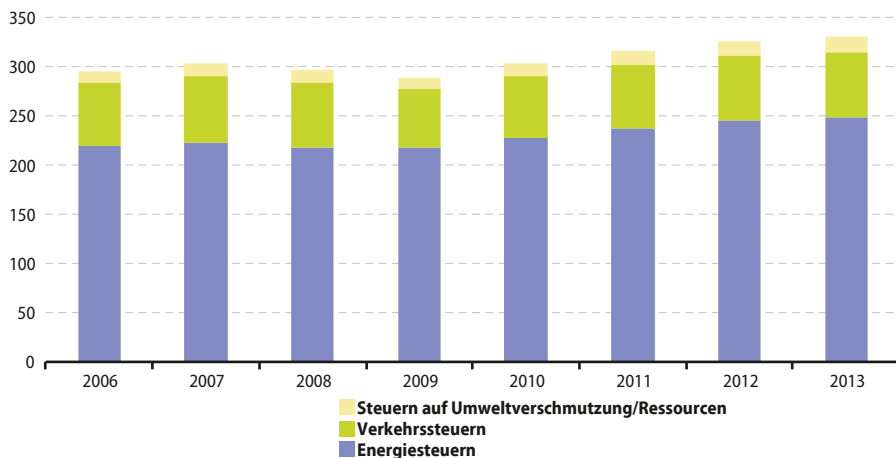


(mit weniger als 3,0%) in Litauen und Estland festgestellt.

Die Steuern auf Umweltverschmutzung und die Ressourcensteuern machten 2013 einen vergleichsweise geringen Anteil (4,9%) der gesamten Umweltsteuereinnahmen der EU-28 aus. Diese Steuerart wurde nunmehr in den meisten europäischen Ländern eingeführt. Allerdings wurden in Kroatien (18,5%), in der Slowakei (15,3%)

und in den Niederlanden (13,0%) wesentlich höhere Anteile der Steuern auf Umweltverschmutzung und der Ressourcensteuern festgestellt. In einigen EU-Mitgliedstaaten werden dagegen keine Steuern dieser Art erhoben. Der Grund dafür können besondere Gegebenheiten bei der Hundhabung von Wasser- und Abwasserabgaben sein, die möglicherweise auf andere Weise als durch Steuern erhoben werden.

Abbildung 11.9: Einnahmen aus Umweltsteuern, nach Steuerart, EU-28, 2006–13 (¹)
(in Mrd. EUR)



(¹) Vorläufig.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: env_ac_tax)



Tabelle 11.9: Umweltsteuern, nach Steuerart, 2013 ⁽¹⁾
(in % der Umweltsteuern insgesamt)

	Energiesteuern	Verkehrssteuern	Steuern auf Umweltverschmutzung/Ressourcen
EU-28	75,0	20,1	4,9
Belgien	58,5	35,1	6,4
Bulgarien	87,6	9,6	2,7
Tsch. Republik	92,7	6,7	0,6
Dänemark	58,4	35,4	6,1
Deutschland	81,3	16,4	2,3
Estland	86,7	2,3	11,1
Irland	60,1	38,3	1,6
Griechenland	67,8	21,6	10,6
Spanien	76,2	13,8	9,9
Frankreich	79,0	14,0	7,0
Kroatien	58,6	22,8	18,5
Italien	81,4	17,8	0,8
Lettland	77,9	18,4	3,6
Litauen	93,9	2,7	3,3
Luxemburg	92,2	6,9	0,9
Malta	51,1	43,6	5,3
Niederlande	58,5	28,5	13,0
Österreich	65,1	34,0	0,9
Polen	87,6	8,1	4,3
Rumänien	86,2	13,5	0,4
Slowenien	77,0	11,7	11,3
Slowakei	74,3	10,4	15,3
Finnland	66,6	31,3	2,1
Schweden	80,3	18,5	1,2
Ver. Königreich	72,0	24,5	3,5
Norwegen	50,7	44,6	4,7

(¹) Vorläufig. Zypern, Ungarn und Portugal: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [env_ac_tax](#))

Energie

12





Einleitung

Das Thema „Energie“ steht seit einigen Jahren aufgrund mehrerer Ereignisse ganz oben auf der politischen Agenda in den einzelnen Mitgliedstaaten und in der **Europäischen Union (EU)**. Zu diesen Ereignissen zählen:

- Schwankungen der Öl- und Gaspreise;
- Unterbrechungen der Versorgung mit Energie aus Drittländern ;
- Stromausfälle, deren Folgen durch ineffiziente Verbindungen zwischen nationalen Stromnetzen noch verschärft wurden;
- Schwierigkeiten beim Marktzugang für Gas- und Stromlieferanten;
- Bedenken gegenüber der Erzeugung von Atomenergie;
- vermehrt Aufmerksamkeit für anthropogene (vom Menschen verursachte) Auswirkungen auf die **Klimaveränderung**, insbesondere für die gestiegenen Treibhausgasemissionen.

Die EU muss mehr als die Hälfte ihres Energiebedarfs durch Einfuhren decken, die ins-

besondere bei einigen EU-Mitgliedstaaten aus ganz wenigen Ländern stammen. Die dadurch entstehende Abhängigkeit führt zu Schwachstellen bei der Energieversorgung, zu Versorgungsunterbrechungen und/oder zu einem Infrastrukturausfall. Die Europäische Kommission reagierte darauf im Mai 2014 mit der Veröffentlichung der **Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung** (auf Englisch) (**KOM(2014) 0330**), mit der ein stabiles und reichliches Energieangebot sichergestellt werden soll.

Im Februar 2015 veröffentlichte die Europäische Kommission in einer Mitteilung ihre Pläne für eine Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie (**KOM(2015)0080**). Diese schlägt fünf Dimensionen für die Strategie vor: Sicherheit der Energieversorgung, Solidarität und Vertrauen; einen vollständig integrierten europäischen Energiemarkt; Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung der Nachfrage; Verringerung der CO₂-Emissionen der Wirtschaft und Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

12.1 Energieerzeugung und -einfuhren

Die Erzeugung von Primärenergie belief sich 2013 in der **EU-28** auf insgesamt 790 Mio. **Tonnen Rohöleinheiten (t RÖE)**. Damit setzte sich der in den letzten Jahren beobachtete Abwärtstrend fort; die große Ausnahme davon war das Jahr 2010, als die Erzeugung von Primärenergie nach einem relativ starken Rückgang im Jahr 2009, der mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zusammenfiel, wieder anzog. Langfristig be-

trachtet war die Primärenergieerzeugung in der EU-28 im Jahr 2013 um 15,4% niedriger als ein Jahrzehnt zuvor.

2013 wurde Primärenergie in der EU-28 aus mehreren Energiequellen erzeugt. Den höchsten Anteil hatte dabei die Kernenergie (28,7% der Gesamterzeugung). Beinahe ein Viertel der gesamten Primärenergie in der EU-28 wurde aus **erneuerbaren Ener-**

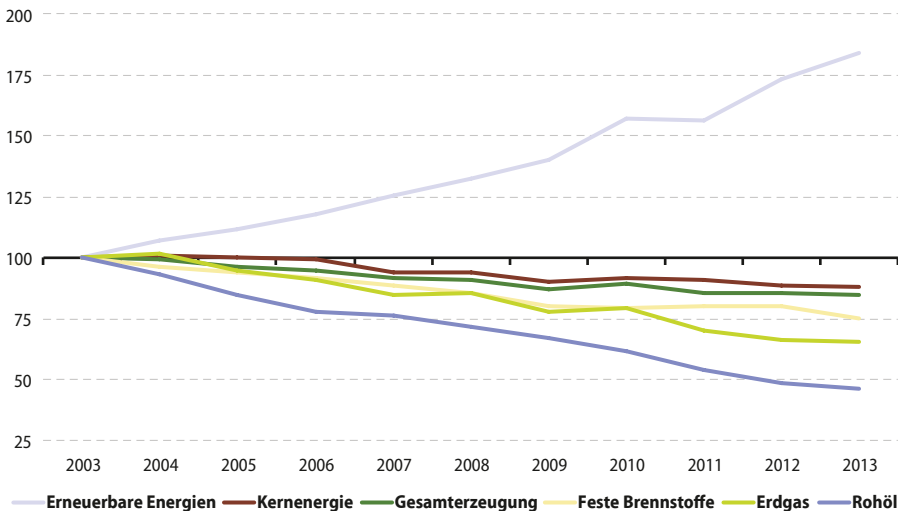


giequellen (24,3%) erzeugt, während der Anteil fester Brennstoffe (19,7%, hauptsächlich Kohle) knapp unter einem Fünftel und der Anteil von Erdgas etwas geringer war (16,7%). Mit 9,1% war Rohöl die einzige andere Hauptquelle zur Primärenergieerzeugung. Die Primärerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen nahm schneller zu als die Erzeugung aus allen anderen Energiequellen. Von 2003 bis 2013 blieb diese Zunahme weitgehend stabil, wobei 2011 mit einem leichten Rückgang eine Ausnahme bildete. Über diesen Zeitraum von zehn Jahren nahm die Erzeugung erneuerbarer Energiequellen insgesamt um 88,4% zu. Im Gegensatz hierzu gingen die Produktionsmengen bei allen anderen Primärenergiequellen in diesem Zeitraum zurück.

2013 lagen die Einfuhren an Primärenergie in der EU-28 um rund 909 Mio. t RÖE über den Ausfuhren. Die größten Nettoimporteure waren in der Regel die bevölkerungsreichsten Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Polen (das noch auf Inlandsreserven an Kohle zurückgreifen kann). Seit 2004 war Dänemark unter den Mitgliedstaaten der einzige Nettoexporteur von Primärenergie, jedoch überstiegen im Jahr 2013 die Energieeinfuhren die Ausfuhren, sodass es seitdem unter den EU-Mitgliedstaaten keinen Nettoenergieexporteur mehr gibt. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl waren Luxemburg, Malta und Belgien 2013 die größten Nettoimporteure.

Abbildung 12.1: Entwicklung der Primärenergieerzeugung (nach Brennstoffart), EU-28, 2003–13

(2003 = 100, basierend auf Tonnen Rohöleinheiten)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: nrg_100a)



Tabelle 12.1: Energieerzeugung, 2013
(in Mio. Tonnen Rohöleinheiten)

	Gesamterzeugung von Primärenergie	Anteil an der Gesamterzeugung (%)				Erneuerbare Energien
		Kernenergie	Feste Brennstoffe	Erdgas	Rohöl	
EU-28	789,8	28,7	19,7	16,7	9,1	24,3
Belgien	14,6	75,2	0,0	0,0	0,0	20,0
Bulgarien	10,5	34,8	45,4	2,1	0,3	17,3
Tsch. Republik	29,9	26,6	59,0	0,7	0,9	12,2
Dänemark	16,6	0,0	0,0	25,8	52,3	19,5
Deutschland	120,6	20,8	37,4	7,4	3,1	27,9
Estland	5,7	0,0	78,3	0,0	0,0	19,9
Irland	2,3	0,0	56,9	6,8	0,0	33,7
Griechenland	9,3	0,0	72,3	0,1	0,8	26,7
Spanien	34,3	42,6	5,1	0,1	1,1	50,6
Frankreich	135,1	80,9	0,0	0,2	0,9	17,1
Kroatien	3,6	0,0	0,0	41,6	16,8	41,4
Italien	36,9	0,0	0,1	17,2	15,9	63,7
Zypern	0,1	0,0	0,0	0	0,0	100,0
Lettland	2,1	0,0	0,1	0,0	0,0	99,7
Litauen	1,4	0,0	1,7	0,0	6,2	91,1
Luxemburg	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	76,4
Ungarn	10,1	39,3	15,9	15,3	8,5	20,5
Malta	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0
Niederlande	69,7	1,1	0,0	88,7	3,1	6,2
Österreich	12,1	0,0	0,0	9,3	7,2	78,2
Polen	70,6	0,0	80,5	5,4	1,4	12,1
Portugal	5,8	0,0	0,0	0,0	0,0	97,5
Rumänien	26,1	11,5	17,8	32,9	16,3	21,3
Slowenien	3,6	38,5	30,3	0,1	0,0	30,2
Slowakei	6,4	64,1	9,1	1,6	0,2	22,9
Finland	18,0	33,8	9,4	0,0	0,4	55,2
Schweden	34,7	49,4	0,5	0,0	0,0	48,4
Ver. Königreich	109,5	16,6	6,7	30,0	38,3	7,7
Norwegen	193,9	0,0	0,6	49,3	43,5	6,4
Montenegro	0,8	0,0	48,9	0,0	0,0	51,1
EJR Mazedonien	1,4	0,0	77,9	0,0	0,0	22,1
Albanien	2,0	0,0	0,0	0,7	57,9	41,4
Serbien	11,3	0,0	67,8	3,7	10,9	17,6
Türkei	32,3	0,0	48,5	1,4	7,7	42,4

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: nrg_100a)

12.2 Energieverbrauch

Der **Bruttoinlandsenergieverbrauch** belief sich im Jahr 2013 in der EU-28 auf 1 666 Mio. **Tonnen Rohöleinheiten** (t RÖE). Nachdem der Bruttoinlandsenergieverbrauch im Zeitraum von 2003 bis 2008 nahezu unver-

ändert blieb, ging er 2009 um 5,7% zurück, was zu einem großen Teil weniger einem Wandel bei der Struktur des Energieverbrauchs zuzuschreiben ist als vielmehr einer konjunkturellen Abschwächung infolge der



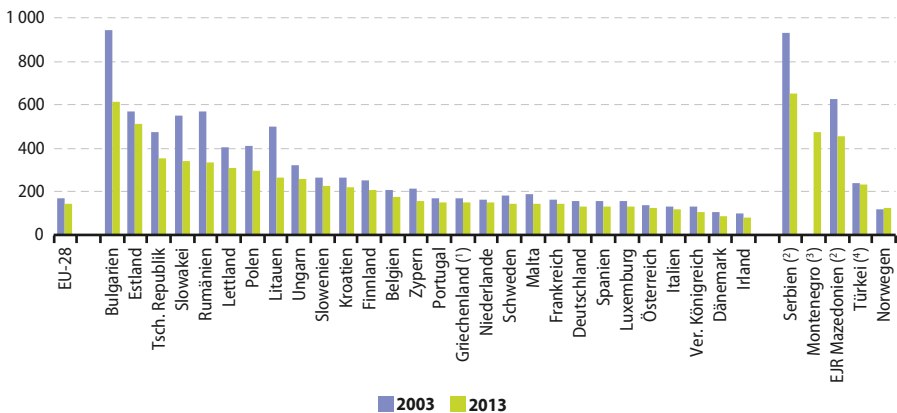
Wirtschafts- und Finanzkrise. Tatsächlich stieg der Bruttoinlandsenergieverbrauch in der EU-28 im Jahr 2010 wieder um 3,8% an, nahm allerdings 2011 in ähnlichem Maße (3,6%) ab. Nach den relativ großen Schwankungen dieser drei Jahre gab es 2012 und 2013 mit Rückgängen von 0,7% bzw. 1,2% geringfügige Veränderungen.

Der Bruttoinlandsverbrauch der einzelnen EU-Mitgliedstaaten hängt zu einem Großteil von der Struktur ihrer Energieversorgung, der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen für die **Primärenergieerzeugung** und der Struktur und Entwicklung der jeweiligen Volkswirtschaft ab. Das gilt nicht nur für konventionelle Brennstoffe und Kernenergie, sondern auch für erneuerbare Energien.

Die **Energieintensität** ist ein Maß für die Energieeffizienz einer Volkswirtschaft.

Die Länder mit der geringsten Energieintensität waren 2013 Irland, Dänemark, das Vereinigte Königreich und Italien, die (auf der Grundlage des **Bruttoinlandsprodukts** (BIP)) im Verhältnis zur Größe ihrer Volkswirtschaft den geringsten Energieverbrauch aufwiesen. Bulgarien und Estland waren die EU-Mitgliedstaaten mit der höchsten Energieintensität. Hierzu ist anzumerken, dass die Struktur einer Volkswirtschaft eine große Rolle bei der Bestimmung der Energieintensität spielt: Bei dienstleistungsbasierten Volkswirtschaften ist von relativ niedrigen Intensitätswerten auszugehen, während in Volkswirtschaften mit energieintensiven Industrien (wie Eisen- und Stahlerzeugung) die industriellen Sektoren dominieren können, was wiederum eine höhere Energieintensität nach sich zieht.

Abbildung 12.2: Energieintensität der Volkswirtschaft, 2003 und 2013
(in kg Rohöleinheiten je Tsd. EUR des BIP)



(*) 2013: vorläufig.

(†) 2013: Schätzung.

(‡) 2012 statt 2013. 2003: nicht verfügbar.

(§) 2010 statt 2013.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: tsdec360)



Tabelle 12.2: Bruttoinlandsverbrauch an Energie, 1990–2013
(in Mio. Tonnen Rohöleinheiten)

	1990	2000	2010	2011	2012	2013	Anteil an EU-28, 2013 (in %)
EU-28	1 667,3	1 726,8	1 760,6	1 698,1	1 686,1	1 666,3	100,0
Belgien	48,7	59,3	61,3	57,8	54,8	56,7	3,4
Bulgarien	27,6	18,5	17,8	19,1	18,2	16,8	1,0
Tsch. Republik	49,9	41,1	44,7	43,0	42,8	42,2	2,5
Dänemark	17,9	19,7	20,0	18,6	18,0	18,1	1,1
Deutschland	356,3	342,3	333,0	316,7	318,6	324,3	19,5
Estland	9,9	5,0	6,2	6,2	6,1	6,7	0,4
Irland	10,3	14,4	15,2	13,9	13,8	13,7	0,8
Griechenland	22,3	28,3	28,7	27,8	27,7	24,4	1,5
Spanien	90,1	123,6	130,0	128,3	127,8	118,8	7,1
Frankreich	227,8	257,5	267,6	258,0	258,3	259,3	15,6
Kroatien	9,0	7,8	8,6	8,5	8,1	7,8	0,5
Italien	153,5	174,2	174,8	172,0	166,3	160,0	9,6
Zypern	1,6	2,4	2,7	2,7	2,5	2,2	0,1
Lettland	7,9	3,9	4,6	4,4	4,5	4,5	0,3
Litauen	15,9	7,1	6,8	7,0	7,1	6,7	0,4
Luxemburg	3,5	3,7	4,6	4,6	4,5	4,3	0,3
Ungarn	28,8	25,3	25,8	25,1	23,6	22,7	1,4
Malta	0,6	0,8	0,9	0,9	1,0	0,8	0,1
Niederlande	66,7	75,6	86,6	80,2	81,8	81,2	4,9
Österreich	25,0	29,0	34,6	33,6	33,7	33,8	2,0
Polen	103,3	88,6	100,7	101,0	97,8	98,2	5,9
Portugal	18,2	25,3	24,3	23,6	22,5	22,6	1,4
Rumänien	58,1	36,6	35,8	36,6	35,4	32,3	1,9
Slowenien	5,7	6,5	7,2	7,3	7,0	6,9	0,4
Slowakei	21,8	18,3	17,9	17,4	16,7	17,3	1,0
Finnland	28,7	32,5	37,1	35,8	34,7	33,9	2,0
Schweden	47,4	48,9	50,8	49,7	49,8	49,1	2,9
Ver. Königreich	210,6	230,6	212,2	198,1	203,0	201,1	12,1
Norwegen	21,4	26,4	34,4	28,4	30,1	33,7	–
Montenegro	0,0	0,0	1,2	1,1	1,1	1,0	–
EJR Mazedonien	2,4	2,7	2,8	3,1	3,0	2,7	–
Albanien	2,6	1,8	2,1	2,3	2,1	2,6	–
Serbien	19,6	13,7	15,6	16,2	14,5	15,0	–
Türkei	52,3	76,7	106,9	113,9	119,8	118,8	–

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: nrg_100a)



12.3 Stromerzeugung, Stromverbrauch und Marktüberblick

Die **Nettostromerzeugung** belief sich 2013 in der EU-28 auf insgesamt 3,10 Mio. **Gigawattstunden** (GWh) und lag damit geringfügig unter dem Vorjahreswert (-0,9%). 2013 war das dritte Jahr in Folge mit einer rückläufigen Entwicklung; 2012 betrug der Rückgang 0,1% und 2011 2,2%. Damit blieb die Nettostromerzeugung 2013 um 3,6% unter dem 2008 verzeichneten Höchstwert (3,22 Mio. GWh). Der Rückgang der Stromerzeugung, der in den Jahren 2011, 2012 und 2013 für die EU-28 beobachtet wurde, wiederholte sich in nur vier EU-Mitgliedstaaten, nämlich in Zypern, Ungarn, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich. Die Slowakei hingegen verzeichnete als einziger Mitgliedstaat in allen drei Jahren steigende Werte.

Mehr als ein Viertel der Nettostromerzeugung in der EU-28 stammte 2013 aus Kernkraftwerken (26,8%). Ein fast doppelt so großer Anteil (49,8%) wurde in Gas-, Kohle- oder Ölkraftwerken erzeugt. Von den erneuerbaren Energiequellen entfiel 2013 der größte Anteil der Nettostromerzeugung auf die Wasserkraft (12,8%), gefolgt von der Windkraft (7,5%) und der Solarenergie (2,7%).

Der Marktanteil des größten Stromerzeugers in den betreffenden Ländern ist ein Maß für den Fortschritt bei der Liberalisierung des Strommarkts. In den beiden kleinen Inselstaaten Zypern und Malta bestand 2013 ein vollständiges Monopol: Hier wurden 100% des Stroms vom größten (und einzigen) Erzeuger geliefert. In fünf weiteren Mitgliedstaaten — Estland, Kroatien, Frankreich, Slowakei und Lettland — betrug der Anteil 80% oder mehr. In elf der 26 EU-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, stammten weniger als 50% des gesamten Stroms vom größten Erzeuger. Den niedrigsten Wert meldete Polen (17%).

In den zehn Jahren von 2003 bis 2013 stieg der Stromverbrauch der privaten Haushalte in der EU-28 um insgesamt 5,1%. Einige EU-Mitgliedstaaten verzeichneten einen noch wesentlich stärkeren Anstieg, insbesondere Rumänien, Litauen, Spanien und Lettland, mit einem Zuwachs von mindestens 25,0%. In sieben Mitgliedstaaten entwickelte sich der Stromverbrauch der privaten Haushalte allerdings rückläufig und sank in der Regel um weniger als 10,0%; in Belgien ging er sogar um nahezu ein Viertel zurück (23,9%).



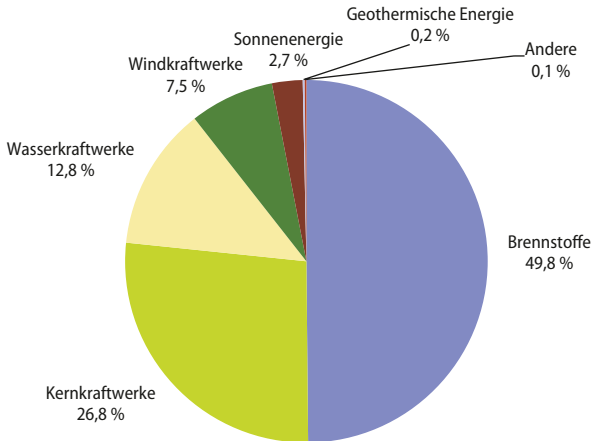
Tabelle 12.3: Strom, 2000–13

	Nettostromerzeugung (1 000 GWh)					Marktanteil des größten Erzeugers im Strommarkt (in % der Gesamterzeugung)	Stromverbrauch der Haushalte (2003 = 100)
	2000	2010	2011	2012	2013	2013	2013
EU-28	2872,9	3 199,3	3 130,2	3 128,1	3 101,3	:	105,1
Belgien	80,3	91,4	86,7	79,9	80,2	67,0	76,1
Bulgarien	36,9	42,2	45,8	42,9	39,8	:	113,2
Tsch. Republik	68,0	79,5	81,0	81,1	80,9	58,2	101,4
Dänemark	34,4	36,9	33,5	29,2	33,1	41,0	100,4
Deutschland	538,5	594,8	576,9	592,7	596,7	32,0	97,8
Estland	7,6	11,7	11,7	10,5	11,8	87,0	117,0
Irland	22,7	27,4	26,4	26,5	25,1	54,0	114,1
Griechenland	49,9	53,4	53,9	53,7	52,6	70,0	106,1
Spanien	214,4	291,0	283,3	286,6	274,5	24,5	133,7
Frankreich	516,1	544,3	536,5	541,3	548,7	83,8	118,6
Kroatien	10,3	13,6	10,4	10,2	13,0	84,0	109,4
Italien	263,3	290,7	291,4	287,8	278,8	27,0	103,0
Zypern	3,2	5,1	4,7	4,5	4,1	100,0	111,1
Lettland	3,7	6,1	5,6	5,7	5,8	79,8	125,5
Litauen	10,0	5,3	4,4	4,7	4,5	24,4	135,1
Luxemburg	1,1	4,6	3,7	3,8	2,9	70,4	106,6
Ungarn	32,3	34,6	33,5	32,3	28,0	51,9	95,6
Malta	1,8	2,0	2,1	2,2	2,1	100,0	96,7
Niederlande	86,0	114,3	109,0	98,6	96,8	:	107,7
Österreich	59,1	69,3	63,8	70,5	65,9	55,5	102,4
Polen	132,2	143,5	148,9	147,6	150,0	17,3	114,4
Portugal	42,2	52,8	51,1	45,3	50,4	45,8	104,0
Rumänien	48,6	55,9	56,5	53,7	54,1	26,8	144,3
Slowenien	12,8	15,4	15,0	14,7	15,1	57,1	107,3
Slowakei	27,7	25,4	26,1	26,1	27,2	83,8	97,8
Finnland	67,3	77,2	70,4	67,7	68,3	25,3	105,4
Schweden	141,6	145,3	146,9	162,8	149,5	44,8	91,0
Ver. Königreich	360,8	365,6	350,8	345,5	341,3	29,3	92,2
Norwegen	142,3	123,1	127,1	147,2	133,6	31,2	115,7
Montenegro	0,0	3,9	2,5	2,7	3,8	100,0	:
EJR Mazedonien	6,3	6,8	6,3	5,8	5,7	90,0	105,7
Albanien	4,7	7,6	4,2	4,7	7,0	:	186,1
Serbien	31,3	35,7	35,8	34,2	37,2	53,5	86,8
Türkei	118,7	203,0	217,6	227,7	229,0	:	178,5

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [nrg_105a](#), [ten00119](#) und [tsdpc310](#))



Abbildung 12.3: Nettostromerzeugung, EU-28, 2013 ⁽¹⁾
(in % der Gesamterzeugung, basierend auf GWh)



(1) Rundungsbedingt ergibt die Summe nicht genau 100 %.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: nrg_105a)

12.4 Erneuerbare Energien

Die **Primärerzeugung** erneuerbarer Energien hatte 2013 mit 192 Mio. **Tonnen Rohöleinheiten (t RÖE)** einen Anteil von 24,3 % an der gesamten Primärenergieerzeugung in der **EU-28**. Von 2003 bis 2013 nahm die Erzeugung erneuerbarer Energie in der EU-28 um insgesamt 84,4 % und im Jahresdurchschnitt um 6,3 % zu.

Auf erneuerbare Energiequellen entfiel 2013 ein Anteil von 11,8 % am **Bruttoinlandsenergieverbrauch** der EU-28. Die relative Bedeutung erneuerbarer Energiequellen für den Bruttoinlandsverbrauch war relativ hoch in Portugal (23,5 %), Dänemark (24,2 %), Finnland (29,2 %) und Österreich (29,6 %). Der Energieverbrauch überstieg 30,0 % in Schweden (34,8 %) und Lettland (36,1 %), aber auch in Albanien (31,0 %), Montenegro (36,9 %) und Norwegen (37,4 %).

Nach den neuesten Daten für 2013 belief sich in der EU-28 der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen auf mehr als ein Viertel (25,4 %) des **Bruttostromverbrauchs**. Dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen zwischen 2003 und 2013 zugenommen hat, ist vor allem auf die gestiegene Bedeutung der erneuerbaren Energiequellen Windkraft, Sonnenenergie und Biomasse zurückzuführen. Zwar lieferte die Wasserkraft auch 2013 den meisten aus erneuerbaren Energien gewonnenen Strom in der EU-28 (45,5 %), die damit erzeugte Menge ist aber innerhalb des vergangenen Jahrzehnts weitgehend gleich geblieben und stieg insgesamt lediglich um 17,9 %. Demgegenüber wurde aus Biomasse (einschließlich erneuerbarer Abfälle) zwischen 2003 und 2013 mehr als dreimal soviel und mit Wind-



kraftanlagen mehr als fünfmal soviel Strom erzeugt. In diesem Zehnjahreszeitraum stieg der Anteil der Sonnenenergie an der

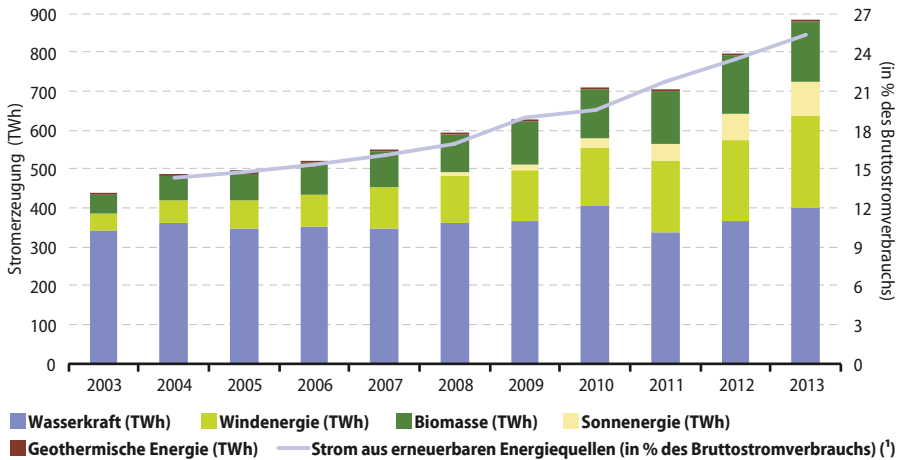
gesamten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von 0,1 % auf 9,6 %.

Tabelle 12.4: Primärerzeugung und Verbrauch erneuerbarer Energien, 2003 und 2013

	Primärerzeugung		Gesamt	Biomasse/ Abfälle	Wasser- kraft	Geother- mische Energie	Wind- energie	Solar- energie
	2003	2013						
	(1 000 toe)							
EU-28	104 094	191 961	11,8	7,7	1,9	0,4	1,2	0,6
Belgien	708	2 929	6,2	5,1	0,1	0,0	0,6	0,4
Bulgarien	952	1 826	10,8	7,0	2,1	0,2	0,7	0,8
Tsch. Republik	1 663	3 640	8,5	7,4	0,6	0,0	0,1	0,4
Dänemark	2 252	3 240	24,2	18,5	0,0	0,0	5,3	0,4
Deutschland	12 614	33 680	10,3	7,3	0,6	0,0	1,4	1,0
Estland	667	1 122	12,7	12,0	0,0	0,0	0,7	0,0
Irland	235	766	6,2	2,9	0,4	0,0	2,8	0,1
Griechenland	1 538	2 487	10,7	4,9	2,2	0,0	1,5	2,1
Spanien	9 196	17 377	14,7	5,8	2,7	0,0	3,9	2,3
Frankreich	15 521	23 073	9,0	5,8	2,3	0,1	0,5	0,2
Kroatien	800	1 499	16,2	6,6	8,8	0,1	0,6	0,1
Italien	9 999	23 500	16,5	8,4	2,8	3,1	0,8	1,3
Zypern	48	109	6,1	2,0	0,0	0,1	0,9	3,2
Lettland	1 728	2 137	36,1	30,2	5,6	0,0	0,2	0,0
Litauen	794	1 288	18,1	16,6	0,7	0,0	0,8	0,1
Luxemburg (1)	41	107	3,6	3,0	0,2	0,0	0,2	0,2
Ungarn	906	2 074	8,3	7,4	0,1	0,5	0,3	0,0
Malta	0	10	1,5	0,7	0,0	0,0	0,0	0,8
Niederlande	1 625	4 294	4,2	3,4	0,0	0,0	0,6	0,1
Österreich	6 130	9 466	29,6	17,3	10,7	0,1	0,8	0,7
Polen	4 150	8 512	8,7	7,9	0,2	0,0	0,5	0,0
Portugal	4 241	5 621	23,5	12,4	5,2	0,8	4,6	0,5
Rumänien	4 002	5 561	17,2	11,8	4,0	0,1	1,2	0,1
Slowenien	714	1 071	16,5	9,7	5,8	0,6	0,0	0,4
Slowakei	651	1 467	8,2	5,4	2,4	0,0	0,0	0,3
Finnland	7 887	9 934	29,2	25,8	3,3	0,0	0,2	0,0
Schweden	12 389	16 770	34,8	22,3	10,7	0,0	1,7	0,0
Ver. Königreich	2 642	8 404	5,0	3,4	0,2	0,0	1,2	0,2
Norwegen	10 277	12 458	37,4	4,1	32,8	0,0	0,5	0,0
Montenegro	0	389	36,9	16,1	20,8	0,0	0,0	0,0
EJR Mazedonien	313	304	10,7	5,4	5,0	0,3	0,0	0,0
Albanien	620	812	31,0	7,7	22,8	0,0	0,0	0,5
Serbien	1 750	1 989	12,8	6,9	5,9	0,0	0,0	0,0
Türkei	10 021	13 718	11,8	4,1	4,3	2,2	0,5	0,7

(1) Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch, 2013; Schätzung.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [ten00081](#), [nrg_107a](#) und [nrg_100a](#))


Abbildung 12.4: Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, EU-28, 2003–13


(¹) 2003: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: nrg_105a und tsdcc330)

12.5 Energiepreise

Die Strompreise für einen mittelgroßen Haushalt waren im zweiten Halbjahr 2014 in Dänemark, Deutschland und Irland am höchsten. Besonders niedrige Strompreise für Haushaltskunden waren in Bulgarien, gefolgt von Ungarn zu verzeichnen. Der durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte in der EU-28 (die Preise werden für jeden EU-Mitgliedstaat entsprechend dem Verbrauch des Sektors der privaten Haushalte gewichtet) betrug im zweiten Halbjahr 2014 0,208 EUR je kWh. In Dänemark (0,304 EUR je kWh) lag der Strompreis für Haushaltskunden 3,4-mal so hoch wie in Bulgarien (0,090 EUR je kWh).

Die Strompreise für industrielle Verbraucher in der EU-28 lagen im zweiten Halbjahr 2014 im Durchschnitt bei 0,120 EUR je kWh. Am höchsten war der Strompreis für diese Verbraucherguppe in Zypern, Malta

und Italien, eher niedrig dagegen war er in Finnland und Schweden (wo mit 0,067 EUR je kWh das niedrigste Preisniveau verzeichnet wurde).

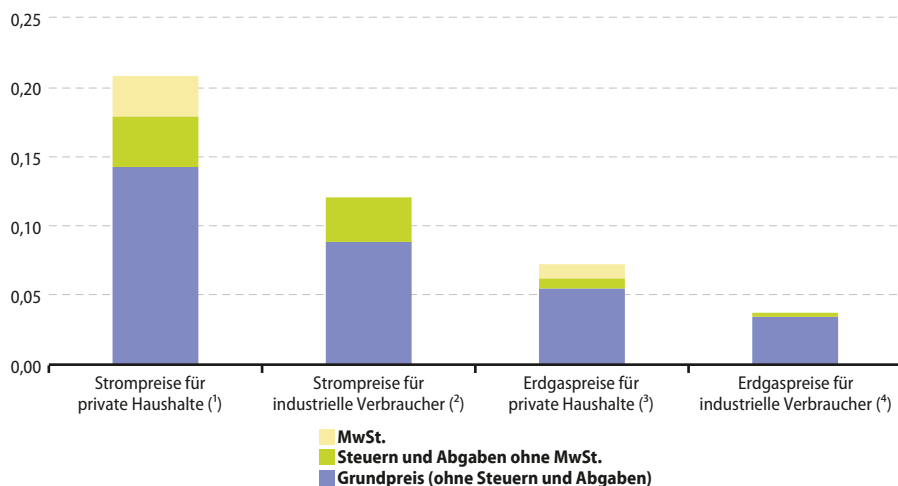
In der zweiten Hälfte des Jahres 2014 lag der Erdgaspreis für einen mittelgroßen Haushalt in der EU-28 bei 0,072 EUR je kWh. Am höchsten war er in Schweden (0,114 EUR je kWh) und Portugal (0,104 EUR je kWh). Die mit Abstand niedrigsten Erdgaspreise für private Haushalte gab es in Rumänien (0,032 EUR je kWh) und Ungarn (0,035 EUR je kWh); Polen, die **Baltischen Mitgliedstaaten**, Kroatien und Bulgarien meldeten ebenfalls Preise, die unter 0,050 EUR je kWh lagen. Der Erdgaspreis für private Haushalte im Land mit den höchsten Preisen (Schweden) war 3,6-mal so hoch wie im Land mit den niedrigsten Preisen (Rumänien).



Die Erdgaspreise für industrielle Verbraucher mittlerer Größe lagen in der EU-28 im zweiten Halbjahr 2014 im Durchschnitt bei 0,037 EUR je kWh. Am höchsten waren die Erdgaspreise im zweiten Halbjahr 2014 in Finnland, Portugal und Griechenland.

Jedoch wurde ein wesentlich geringerer Preisunterschied zwischen den EU-Mitgliedstaaten festgestellt als bei den privaten Haushalten. Der niedrigste Erdgaspreis für industrielle Verbraucher in den EU-Mitgliedstaaten wurde in Belgien verzeichnet.

Abbildung 12.5: Halbjährliche Strom- und Gaspreise, EU-28, zweites Halbjahr, 2014 (in EUR je kWh)



⁽¹⁾ Jährlicher Verbrauch: 2 500 kWh < Verbrauch < 5 000 kWh.

⁽²⁾ Jährlicher Verbrauch: 500 MWh < Verbrauch < 2 000 MWh. Ohne MwSt.

⁽³⁾ Jährlicher Verbrauch: 20 GJ < Verbrauch < 200 GJ.

⁽⁴⁾ Jährlicher Verbrauch: 10 000 GJ < Verbrauch < 100 000 GJ. Ohne MwSt.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [nrg_pc_204](#), [nrg_pc_205](#), [nrg_pc_202](#) und [nrg_pc_203](#))



Tabelle 12.5: Halbjährliche Strom- und Gaspreise, zweites Halbjahr, 2014
(in EUR je kWh)

	Strompreise		Gaspreise	
	Private Haushalte ⁽¹⁾	Industrie ⁽²⁾	Private Haushalte ⁽³⁾	Industrie ⁽⁴⁾
EU-28	0,208	0,120	0,072	0,037
ER-18	0,221	0,128	0,079	0,038
Belgien	0,204	0,109	0,065	0,029
Bulgarien	0,090	0,084	0,047	0,034
Tsch. Republik	0,127	0,082	0,056	0,030
Dänemark	0,304	0,088	0,088	0,036
Deutschland	0,297	0,152	0,068	0,040
Estland	0,133	0,093	0,049	0,037
Irland	0,254	0,131	0,075	0,042
Griechenland	0,179	0,130	0,080	0,047
Spanien	0,237	0,117	0,096	0,037
Frankreich	0,175	0,091	0,076	0,038
Kroatien	0,132	0,092	0,048	0,040
Italien	0,234	0,174	0,095	0,035
Zypern	0,236	0,190	–	–
Lettland	0,130	0,118	0,049	0,036
Litauen	0,132	0,117	0,050	0,037
Luxemburg	0,174	0,099	0,051	0,039
Ungarn	0,115	0,090	0,035	0,039
Malta	0,125	0,186	–	–
Niederlande	0,173	0,089	0,082	0,033
Österreich	0,199	0,106	0,073	0,040
Polen	0,141	0,083	0,050	0,036
Portugal	0,223	0,119	0,104	0,047
Rumänien	0,125	0,081	0,032	0,031
Slowenien	0,163	0,085	0,063	0,044
Slowakei	0,152	0,117	0,052	0,038
Finnland	0,154	0,072	:	0,056
Schweden	0,187	0,067	0,114	0,044
Ver. Königreich	0,201	0,134	0,065	0,035
Island	0,116	:	–	–
Liechtenstein	0,155	0,140	0,086	0,056
Norwegen	0,166	0,081	:	:
Montenegro	0,099	0,075	–	–
EJR Mazedonien	0,082	0,078	:	0,042
Albanien	0,116	:	–	–
Serbien	0,060	0,067	0,045	0,038
Türkei	0,131	0,081	0,037	0,027
Bosnien und Herzegowina	0,081	0,062	0,051	0,053
Kosovo	0,059	0,079	–	–

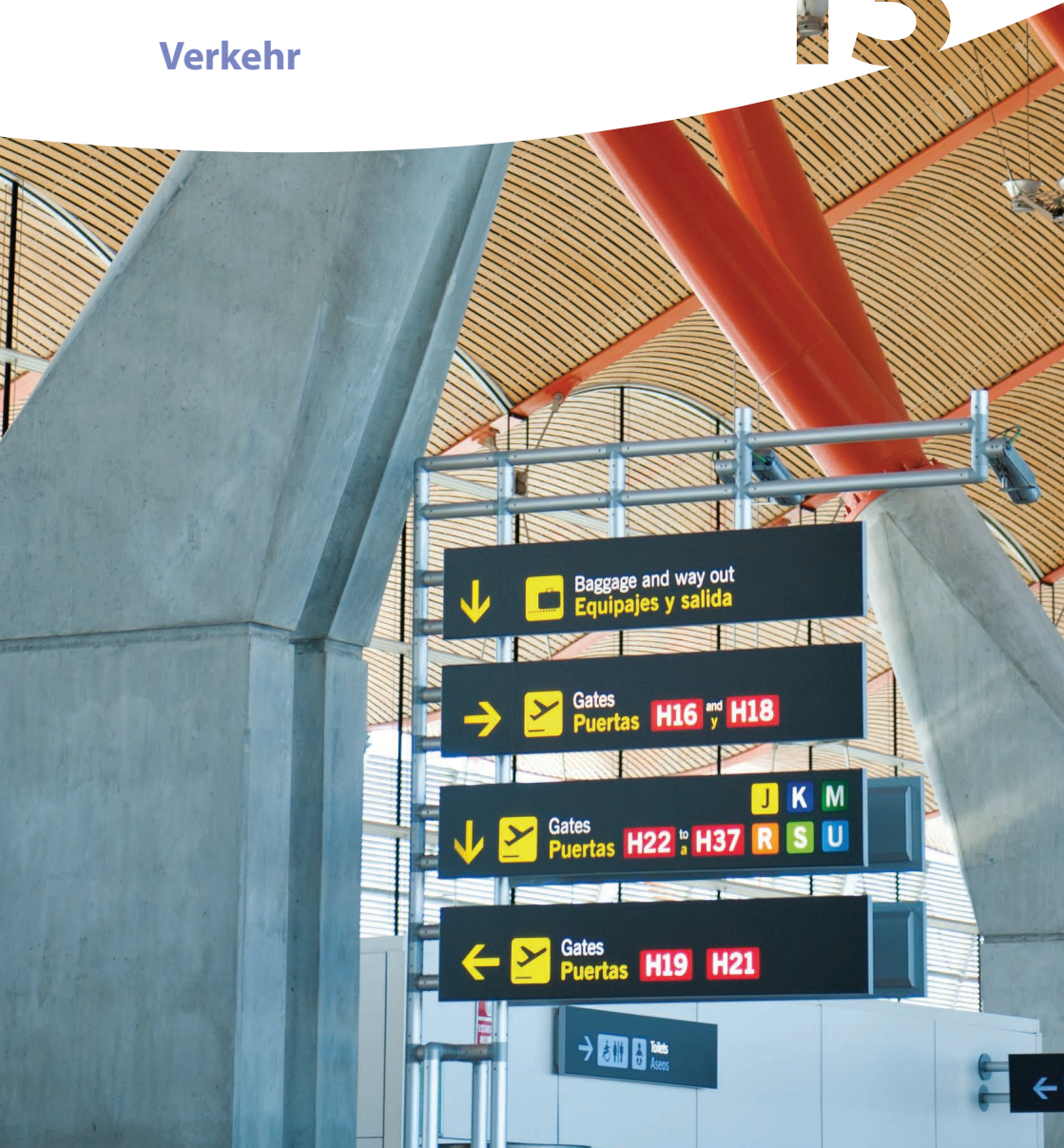
⁽¹⁾ Annual consumption: 2 500 kWh < consumption < 5 000 kWh.

⁽²⁾ Annual consumption: 500 MWh < consumption < 2 000 MWh. Excluding VAT.

⁽³⁾ Annual consumption: 20 GJ < consumption < 200 GJ.


⁽⁴⁾ Annual consumption: 10 000 GJ < consumption < 100 000 GJ. Excluding VAT.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [nrg_pc_204](#), [nrg_pc_205](#), [nrg_pc_202](#) und [nrg_pc_203](#))



↓  Baggage and way out
Equipajes y salida

→  Gates
Puertas **H16** and **H18**

↓  Gates
Puertas **H22** to **H37** **J** **K** **M**
R **S** **U**

←  Gates
Puertas **H19** **H21**

→  Toilets
Aseo

←



Einleitung

Im März 2011 verabschiedete die Europäische Kommission ein Weißbuch mit dem Titel „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum — Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ (KOM(2011)0144 endg.). Diese Strategie beinhaltet 40 spezifische Initiativen, mit denen ein wettbewerbsfähiges Verkehrssystem aufgebaut werden soll, das dazu beiträgt, die Mobilität zu steigern, größere Einschränkungen zu beseitigen sowie Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Im Oktober 2012 schlug die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung „Binnenmarktakte II — Gemeinsam für neues Wachstum“ (KOM(2012)0573 endg.) ein zweites Paket von Maßnahmen vor, um den EU-Binnenmarkt weiterzuentwickeln. Betont wurden darin die Rolle von Netzwerken als Rückgrat der EU-Wirtschaft und

die potenziellen Vorteile eines Verkehrs-, Energie- und digitalen Binnenmarkts, wobei die Maßnahmen herausgestellt wurden, die durch die Erleichterung des freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs in der EU am ehesten Wachstum und Beschäftigung fördern werden.

Mit den entsprechenden Statistiken von Eurostat werden nicht nur die wichtigsten Merkmale des Verkehrs dargestellt, sondern auch der Umfang, in dem Güter und Personen in jedem Jahr bewegt werden, oder die Zahl der genutzten Fahrzeuge und die Infrastruktur, aber auch der Beitrag der Verkehrsdienstleistungen zur Volkswirtschaft insgesamt. Für die Datenerfassung maßgeblich sind mehrere Rechtsakte, mit denen die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, statistische Daten zu melden, ebenso wie freiwillige Vereinbarungen zur Lieferung zusätzlicher Daten.

13.1 Personenverkehr

Auf Pkw entfielen 2012 83,3% des Personenbinnenverkehrs in der EU-28, auf Busse, Reisebusse und Oberleitungsbusse (9,2%) und Züge (7,4%) jeweils Anteile von knapp unter einem Zehntel des gesamten Verkehrsaufkommens (gemessen an der Zahl der im Personenbinnenverkehr zurückgelegten **Personenkilometer (pkm)** nach Verkehrsträger).

Das höchste Fluggastaufkommen in der EU-28 verzeichnete 2013 der Flughafen London Heathrow (72,3 Mio. Fluggäste), mit einem Abstand gefolgt von Paris-Charles-

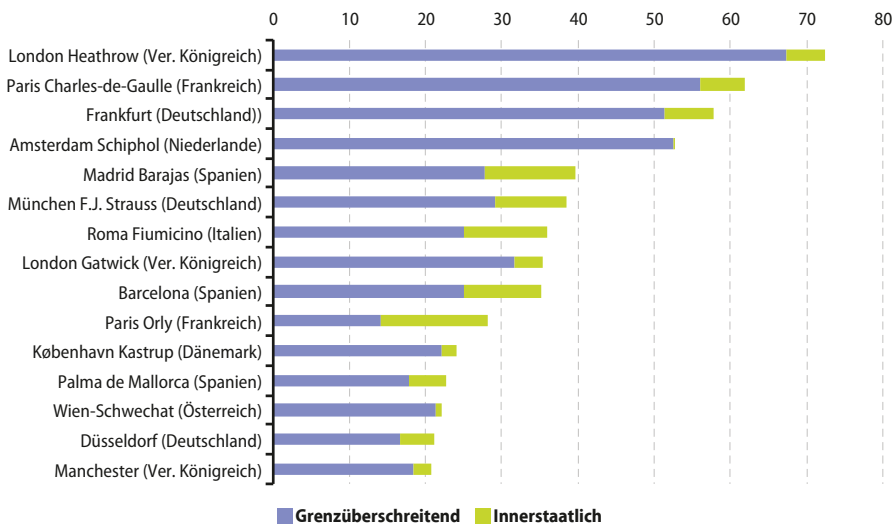
de-Gaulle (61,9 Mio.) sowie den Flughäfen Frankfurt (57,9 Mio.) und Amsterdam Schiphol (52,5 Mio.). Die große Mehrheit (mindestens 89%) der Fluggäste auf den vier größten Flughäfen der EU wurde auf grenzüberschreitenden Flügen gezählt. In Madrid-Barajas hingegen, dem Flughafen mit dem fünfthöchsten Fluggastaufkommen, wurden 2013 30,1% der 39,7 Mio. Fluggäste auf innerstaatlichen Flügen (Inlandsflügen) erfasst. Relativ hoch war der Anteil an Fluggästen im innerstaatlichen Luftverkehr auch von und nach Paris-Orly (50,2%), Rom Fiumicino (30,2%) und Barcelona (28,9%).



Im Jahr 2012 wurden in den Häfen der EU-28 nahezu 400 Mio. Passagiere abgefertigt, womit die Passagierzahlen im Vergleich zu 2011 um 3,6% zurückgingen. Vom Höchststand vor dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise von 439 Mio. Passagieren im Jahr 2008 sanken die Passagierzahlen in der EU-28 im vierten Jahr in Folge, und zwar um insgesamt 9,4% bis 2012. In den italienischen und griechischen Häfen war das Schiffspassagieraufkommen

2012 mit 76,7 Mio. bzw. 72,8 Mio. Schiffspassagieren und EU-28-Gesamtanteilen von 19,3% bzw. 18,3% etwa doppelt so hoch wie in allen anderen Mitgliedstaaten. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Landes war der Stellenwert des Personenseeverkehrs in Malta besonders hoch (20,8 Passagiere pro Einwohner im Jahr 2013), auf den nächsten Plätzen rangierten Estland (9,8), Dänemark (7,3), Griechenland (6,6 — Daten für 2012) und Kroatien (6,4).

Abbildung 13.1: Die 15 größten Flughäfen, beförderte (an und von Bord gegangene) Fluggäste, EU-28, 2013
(in Mio. Fluggästen)



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: avia_paoa)



Tabelle 13.1: Aufteilung des Personenbinnenverkehrs auf die verschiedenen Verkehrsträger („Modal Split“), 2002 und 2012 ⁽¹⁾
(in % der gesamten pkm im Binnenverkehr)

	2002			2012		
	Personenkraftwagen	Busse, Reisebusse und Oberleitungsbusse	Züge	Personenkraftwagen	Busse, Reisebusse und Oberleitungsbusse	Züge
EU-28	83,6	9,6	6,8	83,3	9,2	7,4
Belgien ⁽²⁾	82,3	11,4	6,3	80,4	12,4	7,1
Bulgarien	61,2	33,4	5,4	80,1	16,9	3,0
Tsch. Republik ⁽²⁾	73,8	18,7	7,5	74,8	16,8	8,4
Dänemark	79,1	11,7	9,2	80,2	9,7	10,1
Deutschland	86,2	6,7	7,1	85,4	5,7	9,0
Estland	71,7	26,5	1,8	83,6	14,6	1,8
Irland	81,0	15,6	3,5	82,8	14,4	2,8
Griechenland	75,1	23,0	1,9	81,6	17,7	0,7
Spanien	82,5	12,3	5,2	80,7	13,7	5,6
Frankreich	86,4	5,0	8,7	85,1	5,4	9,5
Kroatien	82,2	13,3	4,5	85,8	10,7	3,5
Italien	83,3	11,1	5,6	78,9	15,0	6,1
Zypern	77,4	22,6	–	81,3	18,7	–
Lettland	76,6	18,6	4,8	76,9	18,3	4,8
Litauen	82,0	15,4	2,5	91,0	8,2	0,8
Luxemburg	85,7	10,5	3,9	83,0	12,4	4,6
Ungarn ⁽²⁾	61,1	25,0	13,9	67,7	22,2	10,1
Malta	79,4	20,6	–	82,5	17,5	–
Niederlande	86,4	4,3	9,3	88,2	3,0	8,8
Österreich ⁽³⁾	79,4	10,9	9,7	78,5	10,0	11,5
Polen ⁽⁴⁾	77,0	13,5	9,5	84,6	10,7	4,8
Portugal ⁽⁴⁾	84,9	10,9	4,3	89,3	6,6	4,1
Rumänien ⁽⁴⁾	75,8	12,3	11,9	82,2	12,9	4,9
Slowenien	83,9	13,2	3,0	86,7	11,1	2,3
Slowakei	66,8	26,0	7,2	77,8	15,1	7,1
Finnland	84,1	11,1	4,8	84,9	9,8	5,3
Schweden ⁽²⁾	84,0	8,2	7,8	84,3	6,7	9,1
Ver. Königreich ⁽⁴⁾	88,4	6,4	5,2	86,0	5,8	8,2
Island	88,6	11,4	–	88,5	11,5	–
Norwegen	89,0	6,9	4,1	89,7	5,6	4,7
Schweiz	80,1	5,1	14,8	77,7	5,1	17,2
EJR Mazedonien	81,3	16,7	1,9	77,8	20,7	1,5
Türkei ⁽²⁾	49,0	47,8	3,1	61,6	36,6	1,7

⁽¹⁾ Ohne motorisierte Zweiräder.

⁽²⁾ Personenkraftwagen: Bruch in der Reihe.

⁽³⁾ Die Eisenbahn in Liechtenstein ist im Besitz und wird betrieben von der österreichischen ÖBB und ist in deren Statistiken enthalten.

⁽⁴⁾ Busse, Reisebusse und Oberleitungsbusse: Bruch in der Reihe.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [tran_hv_psmod](#))



13.2 Güterverkehr

Das gesamte Güterbinnenverkehrsaufkommen in der EU-28 wurde 2013 auf fast 2 100 Mrd. Tonnenkilometer (tkm) geschätzt. Etwa drei Viertel davon (75,4%) wurden auf der Straße befördert. Der Anteil der im Binnenverkehr in der EU-28 auf der Straße beförderten Güter war mehr als 4-mal höher als der der auf der Schiene beförderten Güter (17,8%), wobei 2013 die übrigen Güter (6,7%) in der EU-28 auf Binnenwasserwegen transportiert wurden

Im Jahr 2013 wurden rund 14,4 Mio. Tonnen Luftfracht (im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr) an den Flughäfen der EU-28 umgeschlagen, was im Vergleich zu 2012 einen leichten Anstieg um 0,4% darstellt. Spitzenreiter waren 2013 die deutschen Flughäfen, deren Frachtaufkommen mit 4,2 Mio. Tonnen größer als in jedem anderen EU-Mitgliedstaat war, während das Vereinigte Königreich mit 2,4 Mio. Tonnen an zweiter Stelle rangierte. Einige kleinere EU-Mitgliedstaaten haben sich relativ stark auf den Luftfrachtverkehr spezialisiert. In diesem Zusammenhang sind die Benelux-Länder und hier vor allem Luxemburg (das von den Mitgliedstaaten

der EU-28 das siebthöchste Luftfrachtaufkommen hatte) zu nennen.

Im Jahr 2012 wurden im Seeverkehr 3 739 Mio. Tonnen Güter in den Seehäfen der EU-28 umgeschlagen, was gegenüber 2011 einen leichten Rückgang von 0,8% bedeutete. Nach einem Anstieg im Zeitraum 2002–07 erreichte die Menge des Seefrachtverkehrs vor der Finanz- und Wirtschaftskrise den Spitzenwert von 3 968 Mio. Tonnen. Im Jahr 2008 war das Frachtaufkommen fast unverändert, bevor 2009 ein Rückgang um 12,1% erfolgte, der sich in den Jahren 2010 und 2011 ansatzweise umkehrte, als die Menge der in den Seehäfen der EU-28 umgeschlagenen Güter um 5,8% bzw. 2,7% stieg. Trotzdem lag die Menge der auf dem Seeweg beförderten Waren 2012 weiterhin fast 6% unter dem vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise erreichten Spitzenwert. In Seehäfen in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich wurden 2013 jeweils mehr als 500 Mio. Tonnen Güter umgeschlagen, in Italien waren es etwas weniger. Auf diese drei EU-Mitgliedstaaten entfielen rund 40% des Güterumschlags in Seehäfen der EU-28.



Tabelle 13.2: Güterbinnenverkehr und Aufteilung auf die verschiedenen Verkehrsträger („Modal Split“), 2013

	Güterbinnenverkehr (in Mio. tkm)			Modal split (in % der gesamten tkm im Binnenverkehr)		
	Straße ⁽¹⁾	Schiene ⁽²⁾	Binnenschiff- fahrt	Straße	Eisenbahn	Binnen- schifffahrt
EU-28	1 572 238	422 594	152 431	75,4	17,8	6,7
Belgien	32 796	7 593	10 365	64,5	15,1	20,4
Bulgarien	27 097	3 246	5 374	75,9	9,1	15,0
Tsch. Republik	54 893	13 965	25	79,7	20,3	0,0
Dänemark	16 072	2 278	–	86,8	13,2	–
Deutschland	305 744	110 065	60 070	63,9	23,5	12,6
Estland	5 986	4 722	–	55,9	44,1	–
Irland	9 215	99	–	98,9	1,1	–
Griechenland	19 198	283	–	98,8	1,2	–
Spanien	192 597	10 405	–	95,4	4,6	–
Frankreich	171 472	32 010	9 201	80,6	15,0	4,3
Kroatien	9 133	2 086	771	76,2	17,4	6,4
Italien	127 241	19 037	:	86,9	13,0	0,1
Zypern	634	–	–	100,0	–	–
Lettland	12 816	19 532	–	39,6	60,4	–
Litauen	26 338	13 344	–	66,4	33,6	0,0
Luxemburg	8 606	288	313	94,2	2,4	3,4
Ungarn	35 818	9 230	1 924	75,5	20,5	4,1
Malta	:	–	–	100,0	–	–
Niederlande	70 184	6 078	48 641	56,2	4,9	38,9
Österreich	24 213	19 278	2 406	52,8	42,1	5,1
Polen	247 594	50 881	91	82,9	17,0	0,0
Portugal	36 555	2 290	–	94,1	5,9	–
Rumänien	34 026	12 941	12 242	57,5	21,9	20,7
Slowenien	15 905	3 799	–	80,7	19,3	–
Slowakei	30 147	8 494	1 006	76,0	21,4	2,5
Finnland	24 429	9 470	:	71,8	27,8	0,4
Schweden	33 529	20 763	–	61,8	38,2	–
Ver. Königreich	158 527	21 444	:	86,7	13,2	0,1
Island	:	–	–	100,0	–	–
Liechtenstein	317	9	–	97,2	2,8	–
Norwegen	21 317	3 383	–	86,3	13,7	–
Schweiz	12 817	11 812	–	52,0	48,0	–
Montenegro	:	105	:	:	:	:
EJR Mazedonien	:	421	–	94,7	5,3	–
Türkei	:	10 750	–	95,4	4,6	–

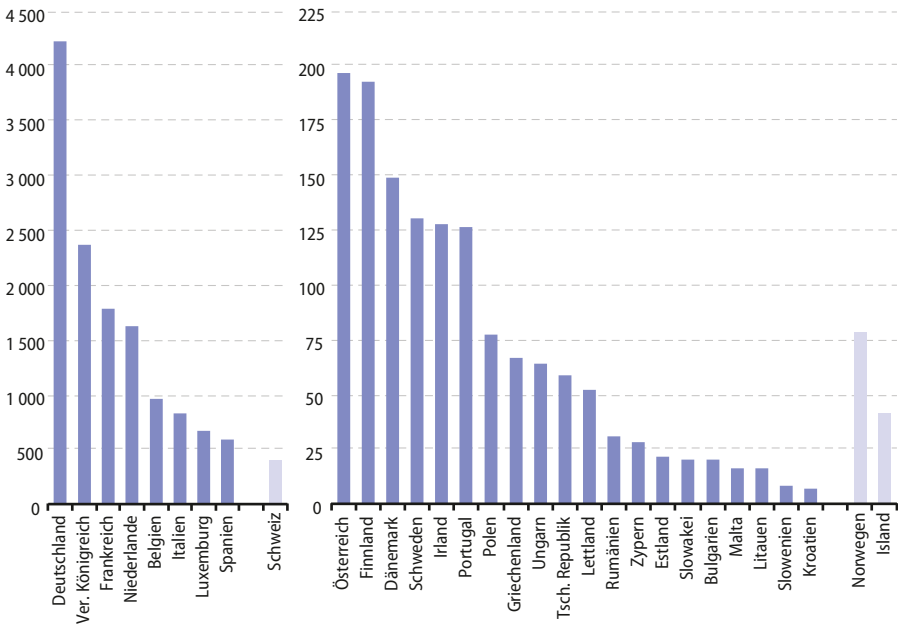
⁽¹⁾ Grundlage der Straßenverkehrsdaten sind die weltweiten Bewegungen von Fahrzeugen, die im Meldeland zugelassen sind.

⁽²⁾ EU-28, Belgien und Luxemburg: 2011. Dänemark, Deutschland, Griechenland, Ungarn und Vereinigtes Königreich: 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencodes: [road_go_ta_tot](#), [rail_go_typeall](#), [tr00007](#) und [tran_hv_fmod](#)) und Generaldirektion Mobilität und Verkehr



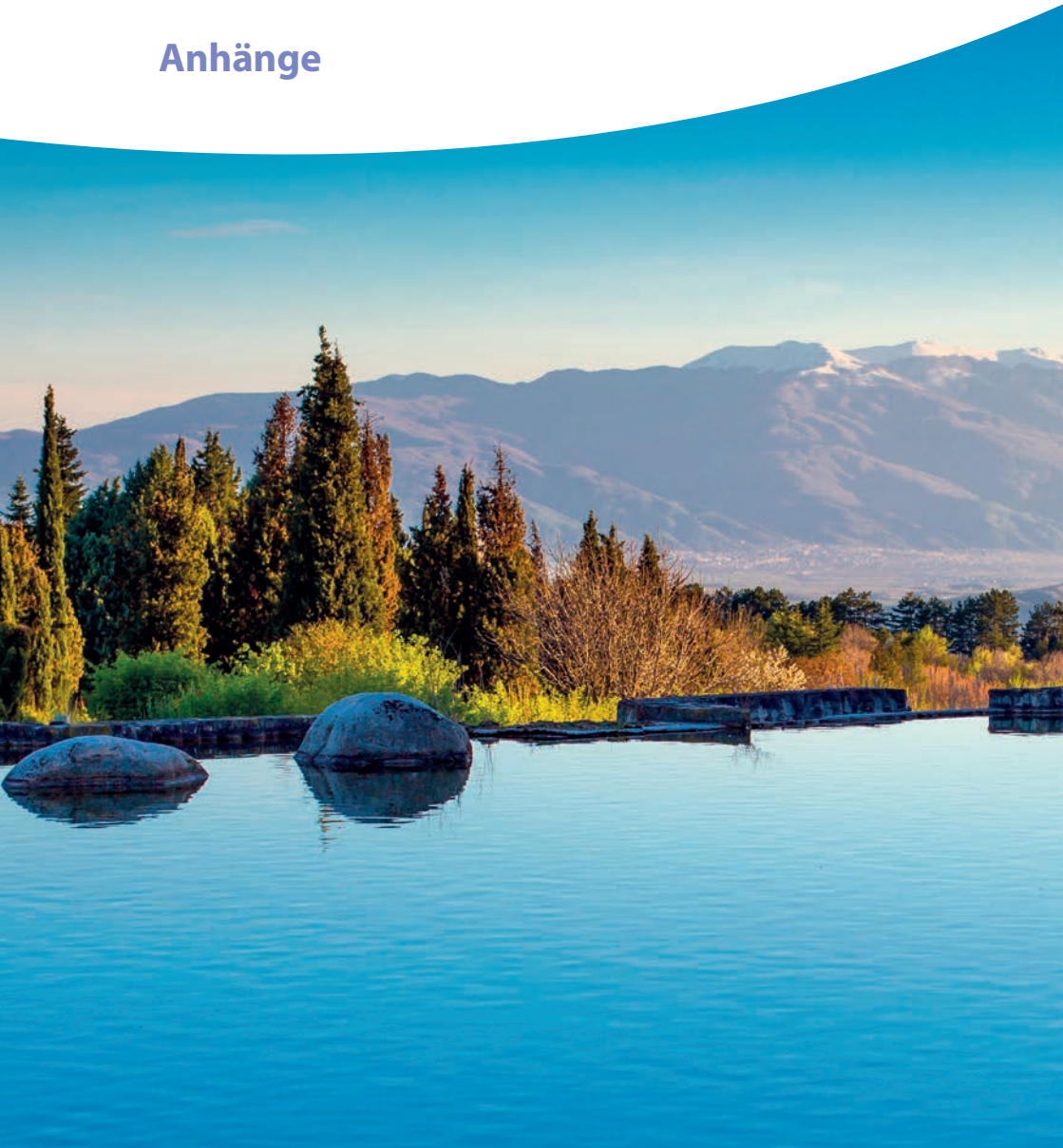
Abbildung 13.2: Luftfrachtverkehr, 2013 ⁽¹⁾
(in Tsd. Tonnen)



(¹) Zu beachten sind die unterschiedlichen Skalen in den beiden Teilen der Abbildung, Norwegen und Schweiz: 2012.

Quelle: Eurostat (Online-Datencode: [ttr00011](#))

Anhänge





Darstellung der Daten und Abkürzungen

Darstellung der Daten

Die Online-Datenbanken von Eurostat enthalten große Mengen an Metadaten, die über den Status bestimmter Werte oder Datenreihen Aufschluss geben. Um die Lesbarkeit zu verbessern, wurden in den Tabellen und Abbildungen nur die wichtigsten Informationen dargestellt. Gegebenenfalls wurde die folgende Kennzeichnung verwendet:

<i>Kursiv</i>	Datenwert ist prognostiziert, vorläufig oder geschätzt und wird sich voraussichtlich noch ändern;
:	Wert ist nicht verfügbar, vertraulich oder nicht zuverlässig;
–	nicht zutreffend.

Auf Brüche in den Zeitreihen wird in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen und Abbildungen hingewiesen.

Geografische Aggregate

EU-28	Europäische Union (28 Mitgliedstaaten)
EU-27	Europäische Union (27 Mitgliedstaaten)
EU	Europäische Union
ER-18	Euroraum (18 Mitgliedstaaten)
ER-17	Euroraum (17 Mitgliedstaaten)
ER	Euroraum

Die geografischen Beschreibungen und die Verwendung der Begriffe „Süd-/südlich“, „Nord-/nördlich“, „Zentral-“, „Ost-/östlich“ sowie „West-/westlich“ in dieser Publikation und in anderen Veröffentlichungen von Eurostat sind nicht als politische Kategorisierungen zu verstehen. Vielmehr handelt es sich dabei um Angaben zur geografischen Lage einer Gruppe von EU-Mitgliedstaaten im Vergleich zu einer anderen Gruppe von Mitgliedstaaten.



Maßeinheiten

%	Prozent
BRZ	Bruttoraumzahl
CHF	Schweizer Franken
cm ³	Kubikzentimeter
EUR	Euro
GJ	Gigajoule
GWh	Gigawattstunde
ha	Hektar
JPY	Japanischer Yen
kg	Kilogramm
KKS	Kaufkraftstandard
km ²	Quadratkilometer
kW	Kilowatt
kWh	Kilowattstunde
m ³	Kubikmeter
mm	Millimeter
MWh	Megawattstunde
p/st	Stück/Einheit
pkm	Personenkilometer
t RÖE	Tonne Rohöleinheiten
tkm	Tonnenkilometer
TWh	Terawattstunde
USD	US-Dollar
VZÄ	Vollzeitäquivalent(e)



Sonstige Abkürzungen

3G	Dritte Generation
a. n. g.	Anderweitig nicht genannt
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
AKE	Arbeitskräfteerhebung
Akt.	Aktivitäten
AMP	Arbeitsmarktpolitik
Antw.	(keine) Antwort
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CH ₄	Methan
CO ₂	Kohlendioxid
con.	Klimaanlagen
DL	Dienstleistungen
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EHIS	Europäische Gesundheitsumfrage
EPA	Europäisches Patentamt
ESS	Europäisches Statistisches System
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
ET	Allgemeine und berufliche Bildung
EU	Europäische Union
EUA	Europäische Umweltagentur
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
EU-SILC	EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen
EZB	Europäische Zentralbank
FSS	Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe
FuE	Forschung und Entwicklung
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GERD	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung
Govt.	Staat



H'halt	Haushalt
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
HS	Harmonisiertes System
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
i.A.E.	In Aufmachungen für den Einzelverkauf
ICD	Internationale Klassifikation der Krankheiten
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ISCED	Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen
IWF	Internationaler Währungsfonds
JAF	Gemeinsamer Bewertungsrahmen
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KS	Konjunkturstatistik
LF	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
MwSt	Mehrwertsteuer
N ₂ O	Distickstoffoxid
NACE	Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
NUTS	Hierarchische Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (Regionen der NUTS-Ebenen 1, 2 und 3)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PDF	Portable document format
REACH	Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe
recreation.	Freizeit-
Rev.	Überarbeitung
RP7	Siebtes Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung
SDS	Strategie für nachhaltige Entwicklung
SMS	Kurznachrichtendienst
SPE	Zweckgesellschaften.
SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt



TGM	Tables, Graphs and Maps (Software zum Anzeigen von Daten)
UAP	Umweltaktionsprogramm
UN	Vereinte Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
USB	Universal Serial Bus
VPI	Verbraucherpreisindex
WEWI	Wichtigste Europäische Wirtschaftsindikatoren
WKM	Wechselkursmechanismus
WTO	Welthandelsorganisation
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- **Einzelexemplar:**
über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu/de/home/>);
- **mehrere Exemplare/Poster/Karten:**
 - mehrere Exemplare/Poster/Karten: bei den Vertretungen der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/represent_de.htm);
 - bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union (http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm);
 - über den Dienst Europe Direct (http://europa.eu/europedirect/index_de.htm) oder
 - unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (*).

(* Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu/de/home/>).



Schlüsseldaten über Europa

Ausgabe 2015

Schlüsseldaten über Europa enthält eine Auswahl statistischer Daten über Europa. Die meisten Daten beziehen sich auf die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Einige Indikatoren werden jedoch auch für andere Länder wie die EFTA-Mitgliedstaaten, die EU-Beitrittskandidaten, Japan oder die Vereinigten Staaten bereitgestellt.

Es kann als Einführung in die europäische Statistik betrachtet werden und bietet einen Ausgangspunkt für jene Leser, welche die frei verfügbaren Daten auf der Eurostat-Website unter <http://ec.europa.eu/eurostat> erkunden möchten.



■ Amt für Veröffentlichungen



doi:10.2785/809387